

Zeitschrift: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern
Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern
Band: 1 (1815-1817)

Rubrik: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Urkundliche Erklärung

des Grossen Rathes von Bern.

Wir Schultheiss Klein und Grosse Rätthe der Stadt und Republik Bern, entbieten hiermit allen Unseren Lieben und Getreuen Angehörigen der Stadt und des ganzen Landes Unsern freundlichen Gruss und geneigten Willen, und geben ihnen dabey zu vernehmen:

21. Sept.
1815.

Alsdann bereits seit bald zwey Jahren, durch die Fügung der göttlichen Vorsehung, nach mancherley Verhältnissen, auch in Unserm Vaterlande die rechtmässige Landes-Obrigkeit und deren alte Verfassung im Wesentlichen wiederhergestellt worden; seither dann mancherley Anstände, Erörterungen und selbst Gefahren, welche die Sicherheit der ganzen Schweiz und Unsers besondern Cantons bedrohten, jede ruhige Berathung über die inneren Landes- und Verfassungs-Angelegenheiten erschwert und gehindert haben; so ist endlich durch den gesegneten Ausgang des erneuerten Kriegs der Hohen verbündeten Mächte gegen den Feind der allgemeinen Ruhe, der längst erwünschte Zeitpunkt eingetreten, wo Wir Uns in der Möglichkeit befinden, nicht allein den ordentlichen Geschäftsgang herzustellen, sondern auch die Revision Unserer Fundamental- oder Verfassungsgesetze vorzunehmen, und die ehrwürdigen alten Grundlagen der Republik zu

21. Sept. erweitern, zu befestigen und mit den Bedürfnissen der
1815. jetzigen Zeit in Uebereinstimmung zu bringen.

Indem Wir nun diese wichtige Arbeit beginnen, halten Wir Uns sowohl durch die Natur der Umstände selbst, als durch Unsere gegen alle Stände und Classen des Volks tragende dankbare Gesinnungen verpflichtet, damit den Anfang zu machen, Unseren Lieben und Getreuen Angehörigen, die Uns nicht nur in Jahrhunderten des Glücks und des Wohlstands so viele treue Dienste geleistet, sondern auch in den Tagen der Ungerechtigkeit und allgemeiner Umwälzung die rührendsten Beweise der Anhänglichkeit und Ergebenheit gegeben, in mehreren entscheidenden Zeitpunkten Uns eifrig geholfen und unterstützt, allen auf neue Verwirrung zielenden Umtrieben sich standhaft widersezt, und noch in den neuesten Zeiten gleich der hiesigen Bürgerschaft, mit rühmlicher Bereitwilligkeit dem Vaterland grosse und schwere Opfer gebracht haben, die Grundsätze feyerlich zu erklären, nach denen Wir, gleich Unseren Altvordern, wenn auch unter minder günstigen Umständen, die Regierung von Stadt und Land auszuüben gesonnen sind; bey diesem Anlaß, mit einiger Berücksichtigung ganz veränderter Umstände, allen Städten, Landschaften und Gemeinden, theils ihre ehemaligen und wirklich besizenden Rechte neuerdings anzuerkennen, zu bestätigen und gegen jeden möglichen Zweifel zuzusichern, theils solche mit neuen Gerechtsamen und Freyheiten zu vermehren, die mit Unseren Wünschen, mit den Bedürfnissen der Zeit und mit den billigen Hoffnungen rechtschaffener, durch Einsichten und Kenntnisse an öffentlichen Geschäften theilnehmender Männer übereinstimmend, das Band der Liebe zwischen Stadt und Land

auf ewige Zeiten knüpfen, und Unser gemeines Wesen 21. Sept.
stärken und befestigen können. 1815,

Aus diesen Betrachtungen haben Wir nach einer sorgfältigen Berathung, auf den Vortrag Unsers täglichen Rathes und sechszehn Ihm bengeordneter ausgewählter Standesglieder, als des seit Jahrhunderten zur Vorbereitung aller wichtigeren, in die Verfassung einschlagenden Gesetze, beauftragten Collegiums von Rath und XVI., beschlossen, nachfolgende urkundliche Erklärung feyerlich auszustellen, und hiermit zu erkennen und zu verordnen, was von einem zum andern folget:

1) Die evangelisch-reformirte Religion ist und bleibt als die herrschende Religion des dermaligen Cantons anerkannt; in denjenigen Theilen der mit Unserm Gebiet zu vereinigenden ehemaligen Bischofbaselschen Landschaften aber, deren Einwohner sich zu der römisch-katholischen Religion bekennen, wird die Benbehaltung und freye Ausübung derselben, so wie der Schutz aller dazu gehörigen noch vorhandenen Güter und Erziehungs-Anstalten zugesichert. Die näheren Bestimmungen hierüber werden in der Vereinigungs-Convention getroffen werden.

2) Gleichwie es bereits im Jahr 1803 geschehen, werden allen Städten, Landschaften und Gemeinden ihre ehemaligen Rechte, Freyheiten und Gewohnheiten, insofern sie mit den allgemeinen Einrichtungen des Cantons verträglich sind, so wie das Eigenthum und die Verwaltung ihrer besitzenden Güter und Einkünfte, Gebäude und Local-Anstalten bestätigt.

3) Die Uns zuständig gewesenen kleinen Zehnden und andere unentgeltlich aufgehobenen Gefälle und Leistungen,

21. Sept. sind und bleiben abgeschafft. Auch werden alle beschehe-
 1815. nen Loskäufe von Zehnden, Bodenzinsen und Lehenrech-
 ten nicht allein unwiderruflich von Uns bestätigt, sondern
 es soll ihre Loskäuflichkeit auch für die Zukunft und zwar
 nach dem durch die Verordnung vom 25. und 29. Juny
 und 2. July 1803, so wie durch das Defret vom 18.
 May 1804 bestimmten Preis ferner gestattet seyn.

4) Alle von den vorigen Regierungen seit 1798, über
 obrigkeitliche Güter und Liegenschaften im Canton Bern,
 geschlossenen Käufe, Verkäufe und andere Verhandlun-
 gen werden ebenfalls unwiderruflich bestätigt; auch sollen
 die Verordnungen, Gesetze und Defrete der jüngst abge-
 tretenen Cantons-Regierung fernerhin fortbestehen, in so
 fern sie noch auf die gegenwärtige Verfassung anwendbar
 sind, und nicht von Uns auf vorläufige Untersuchung
 werden abgeschafft oder verändert werden.

5) Die Freyheit des Handels und der Gewerbe wird
 unter Vorbehalt der für die gemeine Sicherheit, die Auf-
 rechthaltung des Zutrauens und die Emporhebung der
 Gewerbe selbst zu machenden Polizeigesetze, allen Lan-
 desbürgern fernerhin garantirt.

6) Alle in irgend einer Stadt oder Gemeinde des Landes
 verbürgerten Cantons-Angehörige sind ebenfalls, gleich
 den Bürgern der Hauptstadt, zu allen Stellen und Aem-
 tern im Staate wahlfähig, in so fern sie die übrigen ge-
 setzlichen Eigenschaften und Bedingungen erfüllen.

7) Die Aufnahme in das regimentsfähige Bürgerrecht
 der Stadt Bern, ist und bleibt in Folge des Defrets vom
 24. und 26. März 1814 allen in irgend einer Stadt oder
 Gemeinde des Landes verbürgerten Personen unter billi-

gen Bedingungen geöffnet, und Wir erklären, daß es in 21. Sept. 1815. Unseren Gesinnungen liegt, diese Bedingungen nicht nur nie zu erschweren, sondern eher noch zu erleichtern. Auch behalten Wir Uns ferner vor, besagtes Bürgerrecht, selbst ohne Bewerbung, an einheimische oder fremde Personen, die sich um den Stand Bern besonders verdient gemacht haben, zu schenken, oder auch von übrigen gesetzlichen Bedingungen zu dispensiren.

8) Um endlich in Befolgung und näherer Bestimmung der Dekrete vom 21. September 1802 und 18. und 20. Jenner 1814 Unsere Regierung mit den rechtschaffensten und einsichtsvollsten Männern des ganzen Cantons zu umringen, auch alle Bedürfnisse besser zu kennen und zu befriedigen, wollen Wir überdieß noch eine Landes-Deputation oder Repräsentation von neun und neunzig Mitgliedern von Städten und Landschaften angeordnet und eingeführt haben, welche vereint mit den Zweihundertten der Stadt Bern, die höchste Gewalt ausüben und gleiche Rechte im Regiment genießen sollen.

9) Diese neun und neunzig Mitglieder werden theils von den betreffenden Städten und Amtsbezirken, theils unmittelbar von dem Grossen Rath selbst, in nachfolgender Zahl frey gewählt:

1. Die grösseren Städte, Thun, Burgdorf, Brunntrut, Biel, Neuenstadt und Delsperg wählen aus der Zahl ihrer eigenen oder anderer mit ihrem Zutrauen beehrten Cantons-Bürger, jede zwei Mitglieder; die übrigen Städte hingegen, als Narberg, Büren, Erlach, Andau und Lauffen, jede ein Mitglied, zusammen siebenzehn.

21. Sept.
1815.

2. Die zwen und zwanzig Amtsbezirke des jetzigen Cantons sollen in Ausdehnung des Dekrets vom 16. Februar 1814, statt fünf und drenßig, zusammen sieben und fünfzig Mitglieder, nach der hienach bestimmten Form, frey wählen können, als nemlich: Die drenzehn grösseren Amtsbezirke Bern, Seftigen, Nidau, Narberg, Fraubrunnen, Burgdorf, Wangen, Narwangen, Trachselwald, Signau, Konolfingen, Thun und Interlaken, jeder dren; die neun kleineren Nempter aber, Laupen, Erlach, Büren, Nieder-Simmenthal, Ober-Simmenthal, Sanen, Frutigen, Oberhasle und Schwarzenburg, jedes zwen Mitglieder; alles in dem Verstand, daß wenn Wir auch in Zukunft gutfinden sollten, die Zahl der Ober-Nempter, nach sich erzeigenden Bedürfnissen, zu mehrern oder zu mindern, dadurch an der Zahl dieser Mitglieder im Ganzen nichts abgeändert werden soll. Die in den Bischofbaselschen Landen einzuführenden Amtsbezirke, werden nach gleichem Verhältniß zwölf oder drenzehn Mitglieder auf die nemliche Weise zu wählen haben.

Die Mitglieder von den Amtsbezirken sollen von eigens hiezu einzuführenden Wahl-Collegien gewählt werden, und ein zugleich mit dieser Urkunde herauszugebendes Reglement wird die Zusammensetzung dieser Wahl-Collegien und die Wahlform selbst bestimmen.

In den Städten geschieht die Wahl von der gesammten Magistratur der betreffenden Stadt und die Bestimmung die Wahlform ist ihnen selbst überlassen.

Um sowohl von den Städten als von den Wahl- 21. Sept.
Collegien der Amtsbezirke in den Großen Rath ge- 1815.
wählt werden zu können, wird erfordert: daß
der zu Wählende von ehelicher Geburt, ein recht-
schaffener, in gutem Ruf stehender, sittlicher Mann
sey, daß er ferner in irgend einer Stadt oder Ge-
meinde des Cantons verburgert und eigenen Rechts
sey, das 29ste Jahr Alters zurückgelegt habe, und ent-
weder Besitzer eines Grundeigenthums, an dem wenig-
stens ein Werth von zehntausend Franken bezahlt seyn
muß, oder Eigenthümer von bedeutenden Manufak-
tur- oder Handelsanstalten sey, oder seit fünf Jah-
ren in Obrigkeitlichen Aemtern oder in Stadt- und
Gemeinds-Verwaltungen seinem Vaterland treu ge-
dient, oder die nemliche Zeit hindurch eine Offiziers-
Stelle in den Auszögern bekleidet habe.

3. Um endlich theils etwa entstehende Mißverhältnisse
der Repartition auszugleichen, theils auch solche Per-
sonen zu berücksichtigen, die sich in Obrigkeitlichen
Aemtern, in höheren Militär-Bedienungen, durch
Wissenschaften u. s. w. besonders ausgezeichnet und
um den Staat verdient gemacht haben, sollen die
übrigen zwölf oder dreizehn ohne Unterschied in dem
ganzen Canton, mit Inbegriff der Bischofbaselschen
Landschaften, auf den Vorschlag Unserer Rätthe und
XVI. von dem Großen Rath selbst, jedoch nur aus
den Municipal-Städten, oder aus den Landgemein-
den, gewählt werden.

10) Die wirklich nach Unserm Dekret vom 16. Februar
1814 von Städten und Landschaften vorgeschlagenen,
und von Uns gewählten Standesglieder, sind als Abge-

21. Sept. ordnete der betreffenden Städte und Landschaften zu be-
 1815. trachten, von denen sie vorgeschlagen worden sind, werden aber gleichwohl das ihnen ertheilte Bürgerrecht von Bern behalten, und dasselbe auch für ihre Descendenten genießen, sobald sie die übrigen gesetzlichen Bedingungen erfüllen.

In Zukunft aber sollen sie auf die in dem vorhergehenden Artikel bestimmte Weise ersetzt werden, so daß dormalen nur die zwei und zwanzig, den Amtsbezirken des jetzigen Cantons neu bengelegten, die Mitglieder aus den ehemaligen Bischofbaselschen Landen und die von dem Grossen Rath selbst zu Wählenden, hinzuzufügen sind.

11) Bei Verledigung der Stelle eines Mitglieds von Städten oder Landschaften, durch Tod, Resignation oder andere Gründe, wird sie alsobald auf die oben angezeigte Weise wieder ersetzt, und endlich werden diese Abgeordnete, gleich den übrigen Standesgliedern, alle Jahre der gewöhnlichen Censur oder Bestätigung, in der durch die zukünftigen Gesetze zu bestimmenden Form unterworfen seyn.

12) Auf diese Grundlagen und vorläufigen Zusicherungen hin werden Wir nun unverzüglich die Revision Unserer Fundamental-Gesetze vornehmen, und nichts angelegeneres haben, als die vollständige Einrichtung des Regiments, den ordentlichen Geschäftsgang und alle schützenden Formen, deren Innbegriff die Verfassung der Republik ausmacht, wiederherzustellen.

Und gleichwie Wir durch diese feyerliche Urkunde jedermänniglich Unsere Gesinnungen an Tag gelegt, allen Cantons-Angehörigen eine ehrenvolle Laufbahn eröffnet!

und den Städten und Landschaften Unsers Gebiets einen ^{21. Sept.}
sehr bedeutenden Antheil an Unserer Regierung einge- ^{1815.}
räumt haben: so haben Wir zu allen Unseren Lieben und
Getreuen Angehörigen des ganzen Landes hinwieder das
Vertrauen, daß sie Uns auch mit ähnlicher Gesinnung
entgegenkommen, und nicht nur die äussere Ruhe befe-
stigt, sondern auch ein inneres Band der Liebe, der wech-
selseitigen Hülfe, und des Gemeinfinns geknüpft wer-
de, durch welches unter dem Schutze des Allerhöchsten,
Unser gemeines Wesen wachsen und blühen möge.

Damit endlich diese Urkunde desto allgemeiner bekannt
und besser beobachtet werde, so wollen und verordnen Wir,
daß sie nicht allein der erneuerten Sammlung Unserer
Fundamental-Gesetze einverleibt, sondern auch in deut-
scher und französischer Sprache durch den Druck bekannt
gemacht, und jeder Stadt, Landschaft, oder Gemeinde
des Cantons ein Exemplar derselben zugestellt werde.

Gegeben in Unserer Grossen Raths-Versammlung,
den 18., 19., 20. und 21. Herbstmonat, und sowohl von
Unserm fürgeliebten Ehrenhaupt, als von Unserm gelieb-
ten Staatsschreiber unterzeichnet, in Bern, den 21. Herbst-
monat, im Jahr eintausend achthundert und fünfzehn.

Der Amts-Schultheiss,
H. von Wattenwyl.

Der Staatsschreiber,
H o r m a n n.

R e g l e m e n t

über die Zusammensetzung der Wahl-Collegien und die
Wahlart der Abgeordneten von den Amtsbezirken
in den Grossen Rath.

21. Sept. 1815. **W**ir Schultheiss Klein und Grosse Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Wir in Unserer am heutigen Tage herausgegebenen urkundlichen Erklärung festgesetzt haben, daß jedem Oberamts-Bezirk das Recht eingeräumt sey, durch besonders zu bildende Wahl-Collegien, je nach ihrer verschiedenen Grösse, zwei bis drey Mitglieder in Unsern Grossen Rath zu wählen; so haben Wir hiermit auf angehörten Vortrag Unserer Rätthe und XVI. über die künftige Zusammensetzung dieser Wahl-Collegien und die in denselben zu beobachtende Wahlform folgendes zu verordnen gutbefunden:

1) Das Wahl-Collegium eines Amtsbezirks besteht aus dem Oberamtmann oder seinem Statthalter als Präsident, der aber bey der Wahl keine Stimme hat, den vereinigten Amtsrichtern, Gerichtsstatthaltern, den Besitzern der Untergerichte und Chorgerichte und so vielen Vorgesetzten des Kirchspiels als dasselbe Mitglieder am Chorgericht hat. Zu diesem Ende werden aus jeder der Dorfgemeinden, die zusammen ein Kirchspiel bilden, die Namen der Vorgesetzten derselben zusammen in einen gemeinschaftlichen Sack gelegt, und aus diesem Sack durch das Loos

so viele Wahlmänner für das Kirchspiel gezogen werden, 21. Sept. als sich Chorrichter im Kirchspiel befinden. Dieses Loos 1815. wird durch das Amtsgericht gezogen.

Die Mitglieder der Stadt-Magistraturen, welche eigene Abgeordnete wählen, können in einer andern Eigenschaft zu den Wahlen der Amtsbezirke nicht mitwirken.

Das Amtsgericht wird überdies nach öffentlicher Kunde noch vier der grösseren im Oberamt angesessenen Gutsbesitzer, Handelsleute oder Manufakturisten beifügen. Der Amtschreiber, oder an seinem Platz ein Amtsnotar besorgt das Sekretariat, hat aber bey der Wahl auch keine Stimme.

2) Sobald die Stelle eines Abgeordneten eines Amtsbezirks durch Tod, Resignation oder andere Gründe verlediget ist, wird solches von Unserm täglichen Rath dem betreffenden Oberamtmanne gemeldet, auf daß er das Wahl-Collegium spätestens in Zeit von 14 Tagen zu einer neuen Wahl versammle, und solches seinen Mitgliedern durch mündliche Ansage oder Circular-Schreiben bekannt mache.

3) Das Wahl-Collegium soll allemal an einem Sonntag Vormittags nach beendigtem Gottesdienst in der Kirche des Hauptorts des Amtsbezirks versammelt werden.

4) Der Oberamtmanne wird die Versammlung mit einer angemessenen Rede eröffnen, ihren Zweck anzeigen, das gegenwärtige Wahl-Reglement ablesen lassen, und sodann die Mitglieder des Wahl-Collegiums für die bevorstehende Verrichtung in Eidespflicht aufnehmen.

21. Sept.
1815.

5) Der abzulegende Eid soll folgendermassen lauten:
„Wir die Mitglieder des Wahl-Collegiums des Oberamts
„N. N. schwören hiermit, der Stadt und Republik Bern
„Treu und Wahrheit zu leisten, ihren Nutzen zu fördern,
„und Schaden zu wenden, in Folge des Uns eingeräum-
„ten Befugnisses und der vorgeschriebenen Wahlart, nach
„bestem Wissen und Gewissen, zu Abgeordneten des Amts-
„bezirks in den Grossen Rath nur solche Männer zu wäh-
„len, zu deren Rechtschaffenheit, Vaterlandsliebe und
„Kenntnissen wir das Zutrauen haben, daß sie der Ho-
„hen Landesobrigkeit, in welche sie berufen werden, mit
„gutem Rath beistehen, auch die Ehre und den Nutzen des
„Vaterlandes werden fördern können.“

6) Nach beendigter Beeidigung wird der Oberamtman in Erinnerung bringen, daß in Folge der urkundlichen Erklärung des Grossen Raths nur solche rechtschaffene Männer zu Abgeordneten des Amtsbezirks gewählt werden können, welche nebst dem daß sie in irgend einer Stadt oder Gemeinde des Cantons verburgert, von ehelicher Geburt, in gutem sittlichem Ruf stehend, und eigenen Rechts sind, das 29ste Jahr Alters zurückgelegt haben, und entweder Besitzer eines Grund-Eigenthums, an dem wenigstens ein Werth von zehntausend Franken bezahlt seyn muß, oder Eigenthümer bedeutender Manufaktur- oder Handels-Anstalten seyen, oder seit fünf Jahren in obrigkeitlichen Aemtern oder in Stadt- und Gemeinds-Verwaltungen dem Vaterland treu gedient, oder die nemliche Zeit hindurch eine Offiziersstelle in den Ausgü- gern bekleidet haben.

7) Hierauf ernennt der Oberamtman zwei taugliche Männer als Aufseher und Stimmenzähler; die Thüre

wird verschlossen und alle anwesenden Mitglieder werden 21. Sept. 1815.
gezählt, auf daß man die Summe aller Stimmzettel mit der Summe aller Stimmenden vergleichen und zum Voraus anzeigen könne, wie viele Stimmen für die absolute Mehrheit erforderlich seien. Sodann wird die Wahl vorgenommen, und folgendermassen beendet.

8) Nach einem in der Amtschreiberei ausgefertigten Verzeichniß aller Mitglieder des Wahl-Collegiums, wird jedes derselben, der Ordnung nach namentlich hervorgehoben, erhält bei einem abgesonderten im Chor stehenden Tisch, an welchem die zwei Aufseher und der Sekretär sitzen, einen eigenen hierzu bereit liegenden Stimmzettel, und schreibt auf denselben den Namen desjenigen dem er seine Stimme geben will, mit möglichst genauer Beschreibung der Person, also daß bei allfälligen Geschlechts-Namen kein Zweifel entstehen könne. Jeglicher Stimmzettel wird von dem Stimmenden selbst in ein Gefäß gelegt.

9) Sobald alle Anwesenden gestimmt haben, werden die Stimmzettel einer nach dem andern von dem Präsidenten oder seinem Statthalter in Gegenwart der Amtsrichter aus dem Gefäß genommen und die betreffenden Namen öffentlich mit lauter Stimme abgelesen. Der Sekretär schreibt den Namen jedes Vorgeschlagenen auf und bemerkt bei jedem die Zahl der Stimmen, deren Summe mit der Zahl aller Wählenden übereinstimmen soll.

10) Findet sich bei dieser Operation, daß jemand von mehr als der Hälfte aller Stimmenden gewählt worden ist, mithin die absolute Mehrheit des anwesenden Wahl-Collegiums für sich hat, so ist er ohne weiters erwählt und die Wahl beendet.

21. Sept.
1815.

11) Sind aber die Stimmen so getheilt, daß kein Vorgeschlagener die absolute Mehrheit für sich hat, so bleiben nur diejenigen vier in der Wahl, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind; dieselben werden durch eine zweite, geheime Wahl, bei welcher die Vorgeschlagenen und ihre allfälligen Verwandten in der Blutsfreundschaft und Schwägerschaft, bis und mit Geschwisterkind abtreten sollen, auf zwei reducirt; unter diesen zwei letzteren aber wird, wenn wieder keine absolute Stimmen-Mehrheit sich gezeigt hat, durch das offene Handmehr oder auch durch Aufstehen und Niedersitzen abgestimmt und derjenige durch den Präsident als erwählt ausgerufen, welcher alsdann die meisten Stimmen für sich hat. Bei innstehenden Stimmen sowohl in der ersten als in den folgenden Wahlen entscheidet das Loos.

12) Nach beendigter Wahl wird die Versammlung entlassen, ohne daß etwas anders in derselben angebracht werden könne.

13) Die ganze Verhandlung soll von dem Sekretär sorgfältig in Schrift verfaßt, darin die Tauf- und Geschlechts-Namen, der Geburtsort, das Alter, der Stand und Charakter, die Beweise der Wahlfähigkeit und die Zahl der Stimmen angemerkt, das Protokoll selbst von dem Präsident und Sekretär so wie von zwei Amtsrichtern unterzeichnet, ein Doppel davon in der Amtschreiberen aufbehalten, das andere aber durch den Oberamtmanu Unserm täglichen Rathe eingesendet werden.

14) Derselbige läßt durch eine Commission aus seinem Mittel untersuchen, ob die Wahl regelmäßig geschehen sey und die Gewählten die gesetzlichen Bedingungen der Wahlfähigkeit erfüllen. Findet der Kleine Rath auf den Rapport seiner Commission, daß das eine oder das

andere mangle, so wird darüber dem Grossen Rath ein 21. Sept. Rapport erstattet, der entscheidet ob die Wahl gültig oder ungültig sey. Wird letzteres erkannt, so muß auf einen zu bestimmenden Tag zu einer neuen Wahl geschritten werden. Ist aber alles in der Ordnung, so wird dem Grossen Rath solches in der nächsten Sitzung angezeigt und der Gewählte als Abgeordneter des betreffenden Amtsbezirks in den Grossen Rath berufen und von demselben anerkannt. 1815.

15) Dem Gewählten soll seine Erwählung durch ein Schreiben Unsers täglichen Rathes bekannt gemacht werden, welches ihm zugleich zum Wahlpatent dienen wird.

In Folge alles dessen befehlen Wir, daß gegenwärtiges Reglement gedruckt, und der erneuerten Sammlung Unserer Fundamental-Gesetze einverleibt werde.

Gegeben in Unserer Grossen Rathversammlung den 21. Sept. 1815.

Der Amts-Schultheiß,
A. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
Th o r m a n n.

B e s c h l u ß.

Musik der Auszöger-Bataillone.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 320.

9. Dec. 1815. Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, haben auf den Vortrag Unseres Kriegsgerichts erkennt:

1) Jedem der Auszöger-Bataillone kann eine Musik beigeordnet und mit demselben aufgeboden werden.

2) Die Zahl jeder Musik soll mit Inbegriff des Musikmeisters die Zahl von 25 Mann nicht übersteigen, nach und nach aber bei den bestehenden und bei den zu errichtenden auf 20 Mann gesetzt worden.

3) Jeder dieser Musikanten ist gehalten, während der für die Auszöger bestimmten Zeit von 9 Jahren in der Musik zu verbleiben, und die Kosten der Montierung, für das Instrument und die Erlernung selbst zu bestreiten.

4) Als Entschädigung erhält jeder Musikant von dem Staat den Werth einer Auszöger-Montur mit zwey und dreyßig Franken und hat weiter keinen Dienst zu versehen als bei der Musik sich einzufinden, wenn sie aufgeboden wird.

5) Im Fall ein Bataillon auf einige Zeit besammelt und

und die Musik dazu aufgeboden würde, erhält im Can- 9. Oct.
 tonal-Gold der Musikmeister den Gold eines Feldwei- 1815.
 bels, jeder Musikanter aber den eines Soldaten. Sollte
 aber der Fall eintreffen, daß die Musiken mit ihren re-
 spektiven Corps in Eidgenössischen Dienst treten würden,
 so sollen alsdann die Musikanten denjenigen Gold bezie-
 hen der von dem zu revidirenden Eidgenössischen Mili-
 tair-Reglement bestimmt oder von dem jeweiligen Eidge-
 nössischen Ober-Commando festgesetzt werden wird.

Dieses Defret, welches als ein Anhang zu der Militair-
 Verordnung anzusehen ist, soll in die Sammlung der De-
 crete aufgenommen werden und dem Kriegsrath die Voll-
 ziehung desselben übertragen seyn.

Gegeben in Bern den 9ten Oktober 1815.

Der Amts-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
 Gruber.

Vereinigungs-Urkunde

des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern.

23. Nov. 1815. In Folge der am 20ten Merz 1815 unterzeichneten Erklärung des Congresses zu Wien, durch welche die daselbst zur Vervollständigung des Friedens-Traktates von Paris vom 30ten May 1814, versammelten hohen verbündeten Mächte festgesetzt haben, daß die Länder, die das Bisthum Basel nebst der Stadt und dem Territorium von Biel bildeten, mit alleiniger Ausnahme eines dem Canton Basel einverleibten Bezirks, und eines kleinen Stückes eingeschlossenen Landes, das mit voller Landeshoheit dem Fürstenthum Neuenburg übergeben ward, in Zukunft einen Bestandtheil des Cantons Bern ausmachen sollen; mit der fernern Verfügung, daß die betreffenden Vereinigungs-Urkunden den in genannter Erklärung bestimmten Grundsätzen gemäß durch Commissionen errichtet werden sollen, die aus einer gleichen Anzahl von Abgeordneten beider interessirten Theile gebildet seyen, da dann diejenigen für das Bisthum Basel durch den Direktorial-Canton aus den angesehensten Bürgern des Landes ernannt werden sollen.

Vermöge der Beitritts-Akte der Tagsatzung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu Zürich, vom 27ten May 1815, auf welche die wirkliche Uebergabe des Bis-

thums Basel durch das General-Gouvernement der ver- 23. Nov.
bündeten Mächte in die Hände der Schweizerischen Eidge- 1815.
noßenschaft statt fand, haben einerseits die Hochwohlge-
bohrnen Gnädigen Herren Schultheiß und Kleiner Rath
der Stadt und Republik Bern, dazu mit Vollmachten
des souverainen Rathes versehen, zu Commissarien für
den Canton Bern ernannt: Die Herren

Abraham Friedrich von Mutach, Staats-
rath, und Canzler der Akademie.

David Rudolf von Fellenberg, Staatsrath,
Präsident des obersten Obergerichts.

Carl Rudolf von Kirchberger, von Röll,
gewesener Staatsrath.

Gottlieb von Jenner, gewesener Staatsrath,
Oberamtmann zu Interlaken.

Emanuel Ludwig von Dugsbürger, des sou-
verainen Rathes, und gewesener Oberamtmann zu Indau.

Carl Ludwig von Haller, des souverainen
Rathes, und Professor der Staatswissenschaften.

Albrecht Friedrich von May, von Schadau,
des souverainen Rathes, Lebens-Commissarius.

Andererseits hat der Direktorial-Canton Zürich, zu
Deputirten für das Bisthum Basel, ernannt: die Herren

Ursann Joseph Conrad, Freyherr von Bil-
lieu, Statthalter des General-Commissariats der Eid-
genossenschaft im Bisthum Basel, gewesener Staatsoffi-
zier in den Gardes Sr. Allerchristl. Maj. von Frank-
reich.

Peter Joseph Gerlach Arnoux, Meyer der
Stadt Bruntrut, und Rath am Gerichte dieser Stadt.

Anton von Grandvillers, Meyer der Stadt

23. Nov. Delsperg, Schweizerischer Obrist-Lieutenant, Ritter
1815. des Militair-Ordens des Heil. Ludwigs.

Jakob Gobat, gewesener Mener und Notar zu
Gremine, Friedensrichter und Präsident des erst-instan-
zlichen Gerichtes des Distrikts Münsterthal.

Johann Heinrich Belrichard, Mener und
Notar zu Courtlarn, gewesener Hauptmann in K. Preuss-
schen Diensten.

Jakob Georg Chiffelle, Präsident des Rathes
der Stadt Neuenstadt.

Friedrich Heilmann, von Biel, Mitglied der
vom grossen und kleinen Rath der Stadt ernannten Re-
gierungs-Commission.

Nachdem nun Dieselben sich am 3ten November in
Biel versammelt haben, um die Vereinigungs-Urkunde
zwischen dem Canton Bern und dem Bisthum Basel ab-
zuschliessen, so sind sie, von gleicher Gesinnung belebt,
die Vereinigung beider Länder in ein gemeinsames Vater-
land auf feste Grundlagen zu stützen und zur wechselsei-
tigen Zufriedenheit zu bewerkstelligen, in weiterer Ent-
wicklung der in der Erklärung des Wiener-Congresses
bestimmten Grundsätze, unter Vorbehalt der Ratifica-
tion, über folgende Artikel übereingekommen:

1) Die römisch-katholische Religion wird gewährlei-
stet, um in ihrem jetzigen Zustand gehandhabt, und in
allen Gemeinden des Bisthums Basel, wo sie gegenwär-
tig besteht, als öffentlicher Gottesdienst frey ausgeübt zu
werden. Der Diocesan-Bischof und die Pfarrer wer-
den ungestört ihre ganze geistliche Gerichtsbarkeit, nach
den allgemein angenommenen staatsrechtlichen Verhält-
nissen zwischen der weltlichen und geistlichen Macht, ge-
niessen; sie werden ebenfalls ohne Hinderniß ihre Amts-

verrichtungen erfüllen, namentlich der Bischof seine bi- 23. Nov.
schöflichen Visitationen, und alle Katholischen ihre Re- 1815.
ligions-Handlungen.

Doch sollen die Akten der geistlichen Gerichtsbarkeit dem Gutheissen der Regierung, nach darüber festzusehenden Formen, unterworfen seyn.

Es wird eine Offizialität im katholischen Theil des Bisthums seyn, derer Attribute die nemlichen seyn werden, wie in den übrigen katholischen Kantonen der Diocese von Basel. Die Grundsätze und die Verrichtungen dieser Offizialität werden in der Folge durch Uebereinkunft zwischen der bischöflichen Behörde und der Regierung von Bern bestimmt werden.

2) Auf den Fall, daß durch künftige Verfügungen ein Bisthum Basel beybehalten würde, verpflichtet sich der Canton Bern, im Verhältniß der übrigen Länder, die in Zukunft unter der geistlichen Verwaltung des Bischofs stehen werden, zu den für die Erhaltung dieses Prälaten, seines Kapitels und seines Seminariums nöthigen Summen beyzutragen.

3) Die Anstalten für den Religions-Unterricht sollen fortbestehen, unterhalten und verwaltet werden, auf die nemliche Weise wie es bis dahin geschehen, namentlich die Pfarrschulen und die Collegien zu Bruntrut und Delsperg. Die ihnen zugehörigen nicht verkauften Liegenschaften und die noch vorhandenen Capitalien, werden ihnen zurückgegeben werden.

4) Die Regierung von Bern sichert den katholischen Gemeinden das Eigenthum und die Verwaltung ihrer noch existirenden Kirchengüter (Fonds de fabrique) zu, die

23. Nov. 1815. sie entweder bereits besitzen, oder wieder erhalten könnten. Ihr Ertrag soll zu den Ausgaben für den Gottesdienst, so wie zur Erbauung, zum Unterhalt und zur Verzierung der Tempel verwendet werden. Die Verschönungen und Vergabungen zu Gunsten derselben wird man anerkennen und respektiren.

5) Die Kirchspiele, von denen der Regierung von Bern ein genaues Verzeichniß wird zugestellt werden, sollen ihren gegenwärtigen Umfang behalten, und ohne Zustimmung der Bischöflichen Behörde darin keine Veränderung vorgenommen werden können. Auch sollen zu ihrer Besorgung eben so viele Pfarrer angestellt werden, als es Kirchspiele giebt.

6) In den Gemeinden, welche die gedachten Kirchhöfen bilden, sollen sich die Lehrer und Professoren der öffentlichen Schulen zu der katholischen Religion bekennen. Der Pfarrer werden durch den Bischof ernannt und der Regierung vorgestellt, welche sie in den Besitz ihres weltlichen Beneficiums setzen wird. Sie sollen auch aus den im Canton verbürgerten Geistlichen genommen werden, es sey dann, daß keine hinreichende Anzahl von Priestern, welche diese Eigenschaft besitzen, vorhanden wäre.

7) Da die Regierung von Bern gesinnet ist, das Schicksal der katholischen Pfarrer zu verbessern, so erklärt sie, daß von den drey ersten Monaten nach der Uebergabe des Landes an gerechnet, das von der Regierung zu beziehende Gehalt der genannten Pfarrer auf das Minimum von achthundert und auf das Maximum von zwölfhundert französischen Franken wird bestimmt werden, je nach der Wichtigkeit der Pfarrenen,

oder nach der Schwierigkeit ihrer Besorgung, und ohne 23. Nov. 1815.
 Innbegriff der Zulage die den Cantonal-Pfarrern zukommt. Vermittelt dessen sollen die Kirchgemeinden von den Beschwerden befreit seyn, denen sie in dieser Rücksicht unter der französischen Verfassung unterworfen waren. Hingegen werden sie ihren Pfarrern ein Pfarrhaus, einen Garten und das nöthige Holz zur Feuerung liefern. Die Unterhaltung der Pfarrhäuser wird noch ferner den Gemeinden obliegen, die bisher dazu verbunden waren. Die Regierung verpflichtet sich aber denjenigen, deren Mittel als unzureichend erfunden würden, zu Hülfe zu kommen. Aufällige Vergabungen und Schenkungen um die Pfarren aufs neue auszusteuern werden anerkannt und respektirt werden, doch unter der Oberaufsicht der Regierung.

8) Wenn aus Mangel einer hinreichenden Anzahl von Priestern ein Pfarrer genöthigt wäre, zwei Pfarren zu besorgen, so wird er außer dem Gehalt, welches er genießt, noch die Hälfte desjenigen beziehen, das der verledigten Pfarre beigelegt ist.

9) Der Canton Bern verpflichtet sich förmlich, dem ehemaligen Fürst Bischof von Basel, von dem Zeitpunkt der Vereinigung des Bisthums mit dem Canton Bern an zu rechnen, seinen verhältnißmäßigen Beitrag zur Summe von zwölftausend Reichsgulden zu bezahlen, welche durch die Erklärung des Wiener-Congresses als Vermehrung der lebenslänglichen Pension des genannten Fürst Bischofs so wie zum Unterhalt der Domherren des ehemaligen Stifts von Basel bestimmt worden sind.

10) In den Bezirken des Bisthums Basel, die sich zur reformirten Religion bekennen, wird die Geistlichkeit un-

23. Nov. 1815. ter den gleichen Gesetzen, wie diejenige des Cantons Bern stehen. Die Pfarrer werden nach einem Progressiv-System, welches dem für die Pfarrer des Cantons Bern eingeführten ähnlich ist, besoldet werden, das sowohl für den Betrag der Besoldung als in Rücksicht des Rangs und der Beförderung zur Richtschnur dienen wird. Diese Verbesserung der Pfarrbesoldungen soll drey Monate nach der Uebergabe des Bisthums an den Canton Bern ihren Anfang nehmen. Von diesem nemlichen Zeitpunkt an werden die Suppletar-Besoldungen, welche die Pfarrer von ihren Gemeinden als Gegenwerth der zum Vortheil der letzteren veräußerten Kirchengüter beziehen, für Rechnung des Kirchenfonds in die Staats-Casse fließen, es sey dann, daß die genannten Gemeinden dem Staat die gedachten veräußerten Kirchengüter restituiren.

Die reformirten Pfarrer des Bisthums werden unter dem Präsidium eines Dekans eine besondere Classe bilden.

11) Die Pfarrer im reformirten Theil werden auf gleiche Weise, wie im Canton Bern, durch die Regierung auf den Vorschlag des Kirchenraths und nach Vorschrift der Gesetze ernannt werden.

12) Die Regierung von Bern wird auf Mittel bedacht seyn, die Studien der jungen Geistlichen des Bisthums Basel, die sich zur reformirten Religion bekennen, zu erleichtern; und diejenigen, die ihre Studien in Bern machen, werden gleich den Geistlichen des Cantons an den durch die Regierung errichteten Alumnaten und andern akademischen Benefizien Theil haben.

13) Die gegenwärtig existirenden Wiedertäufer und ihre Nachkommen werden des Schutzes der Gesetze genießen,

und ihr Cultus wird geduldet, unter dem Vorbehalt: 23. Nov. 1815.
 daß sie zur Regelmäßigkeit der bürgerlichen Ordnung in-
 nert einer von der Regierung zu bestimmenden Zeit ihre
 Ehen und die Geburt ihrer Kinder in die öffentlichen Rö-
 del einschreiben lassen; daß ihr Handgelübde in Rücksicht
 der gesetzlichen Kraft die Stelle des Eides vertreten und
 im Fall von Widerhandlung den nemlichen Folgen unter-
 worfen seyn soll; und endlich daß sie zwar, gleich den
 übrigen Cantons-Angehörigen, zum Dienst der Auszügler
 und der Landwehr verpflichtet seyn sollen, hingegen aber
 sich, nach darüber bestehenden Landes-Berordnungen,
 ersetzen lassen können.

14) Die Aufhebung der französischen Gesetzgebung
 in denjenigen Theilen des Bisthums, wo sie noch besteht,
 wird als Grundsatz angenommen, der Zeitpunkt dieser
 Aufhebung wird aber durch die Regierung bestimmt wer-
 den. Die während der Dauer dieser Gesetzgebung nach ihren
 Vorschriften geschlossenen Transaktionen sollen rechtskräftig
 verbleiben. Es wird durch die Regierung eine Commission
 von Rechtsgelehrten ernannt werden, um eine auf die
 Rechte und Gewohnheiten des Landes und auf die Ber-
 nerischen Gesetze als Subsidiar-Recht gegründete Samm-
 lung von Verordnungen zu veranstalten, die dem souve-
 rainen Rath zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

15) Der französische Criminal-Coder, und derjenige
 über den Criminal-Prozeß, werden vom Tag der Ueber-
 gabe des Landes an den Canton Bern abgeschaffet. Man
 wird an ihrer Stelle die Criminalprozeß-Form und den
 Criminal-Coder einführen, die bey den Gerichten von
 Bern in Uebung sind.

23. Nov.
1815.

16) Das Bisthum Basel wird in Oberämter eingetheilt werden, deren Anzahl, Umfang und Amtssitze durch die Regierung bestimmt werden. Jeder Amtsbezirk soll seine Lokal- und untergeordneten Behörden haben, wie die des Cantons Bern, und nach den durch die Verordnung vom 20sten Juny 1803 aufgestellten Grundsätzen.

17) Da die Ausübung der politischen Rechte durch die Bürgerrechte bedingt ist, so werden die letzteren hergestellt. Die Befugniß zur Aufnahme in dieselben, und die Bestimmung der daherigen Bedingungen wird den Städten und Gemeinden zugesichert, auf gleiche Weise wie solches im Canton Bern besteht. Doch behält sich die Regierung vor, über die bürgerliche Existenz derjenigen Fremden zu verfügen, die unter der französischen Verfassung Eigenthum erworben haben.

18) In Uebereinstimmung mit der Erklärung des souverainen Rathes vom 21sten September 1815 können die Städte und Gemeinden des Bisthums ihre ehemaligen Municipal- oder Gemeindverfassungen wieder herstellen, und auch die in ihren Räthen erledigten Stellen ergänzen oder neu besetzen. Sie sollen ihre ehemaligen Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten genießen, in sofern dieselben mit den allgemeinen Einrichtungen des Cantons verträglich sind. Das Eigenthum und die Verwaltung ihres beweglichen Vermögens, ihrer Einkünfte und Lokal-Anstalten wird ihnen zugesichert, jedoch unter der conservatorischen Oberaufsicht der Regierung.

19) Die Einwohner des Bisthums Basel sollen ohne Unterschied der Religion der gleichen politischen Rechte theilhaftig seyn, deren die Einwohner des Cantons Bern gegenwärtig genießen oder in Zukunft genießen mögen. Sie sollen in dem festgesetzten Verhältniß an den Stellen

im souverainen Rathe und anderen Theil haben, so wie 23. Nov. 1815.
 die Verfassung des Cantons und namentlich die urkundliche Erklärung des souverainen Rathes vom 21sten September 1815 es mit sich bringt, welche anmit auch für die Einwohner des Bisthums geltend erklärt wird. Diejenigen der letzteren, die sowohl in dem Bernerischen als in dem Baselschen Antheil des Bisthums Bürgerrechte besitzen, sollen ihre politischen Rechte am Ort ihres gewöhnlichen Aufenthaltes ausüben können.

20) Die künftigen Verhältnisse zwischen dem Stand Bern und der Stadt Biel sind in Folge des Artikels 4. §. 1. der Erklärung des Wiener - Congresses festgesetzt und bestimmt worden wie folgt:

1. Die Stadt Biel und die dren Dorfschaften Bözingen, Läubringen, und Bingels sollen zusammen nur Eine Pfarrgemeinde ausmachen.
2. Die Stadt Biel wird wieder in alle ihre Municipalrechte eingesetzt, in so fern sie auf die Herstellung ihrer eigenen Magistratur, auf das Eigenthum und die Verwaltung ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens, ihrer Stiftungen, Spithäler und Schulen Bezug haben. Streitigkeiten, die sich in Betreff der Ausübung dieser Municipalrechte zwischen der Stadt-Regierung und den Bürgern erheben könnten, sollen durch den Kleinen Rath von Bern entschieden werden.
3. In Sachen der administrativen und korrektionellen Polizen wird die Stadt Biel die Attributionen der ersten Instanz haben, und unmittelbar unter der obersten Instanz stehen.

23. Nov.
1815.

4. Für Civil-Sachen soll in der Stadt Biel ein besonderes erstinstanzliches Gericht eingeführt werden, unter dem Vorsitz desjenigen der benachbarten Oberamt-männer, den die Regierung dafür bestimmen wird. Es soll aus vier Besitzern bestehen, die von der Regierung bezahlt und aus den Einwohnern der Stadt Biel und ihrer Kirchgemeinde gewählt werden. Der Oberamtman wird aus denjenigen Besitzern, die zugleich Mitglieder des Stadtrathes sind, einen Statthalter ernennen, vor welchem die Prozesse instruiert werden sollen, und dem über dies alle Verrichtungen eines Friedensrichters in seinem Gerichtsbezirk, welcher die Pfarrgemeinde ist, zukommen. Die Verrichtungen und die Competenz des Gerichtes sollen die nemlichen wie die eines Amtsgerichtes seyn; die Competenz des Friedensrichters ist die der Oberamt-männer in Civil-Sachen.
5. Für das Criminal-Wesen stehen die Einwohner der Stadt Biel unter dem Oberamt, zu dem ihr Bezirk wird gelegt werden.
6. Die Stadt Biel wird für ihre Kirchgemeinde ein Chorgericht haben, das von dem Obersten Ehegericht in Bern abhängig ist, und dessen Attribute die nemlichen seyn sollen, wie die der erstinstanzlichen Chorgerichte.
7. Die Verwaltung der Wapensachen gehört vor den Rath der Stadt Biel. Streitigkeiten darüber werden vor ihr Civilgericht gebracht.
8. In Rücksicht ihrer Verhältnisse zur Regierung soll die Stadt Biel unmittelbar vom Kleinen Rath in Bern abhängig seyn, und es wird ihr das Vorrecht

ertheilt, unmittelbar und ohne Dazwischenkunft einer andern Behörde, mit demselben zu korrespondieren. 23. Nov. 1815.

9. Die Stadt - Satzung von Biel wird als Gesetzbuch für diese Stadt und ihre Pfarrgemeinde gehandhabt. Als Subsidiar - Recht werden die Bernerischen Gesetze gelten.

10. Die Regierung von Bern bestätigt der Stadt Biel ihr Ohmgeldrecht, ihren Zoll, und das Recht zu Beziehung eines Hintersäßgeldes, in deren Besitz sie sich befindet, und verpflichtet sich, dieselbe für den Salzhandel zu entschädigen, welcher der Regierung zugehören soll. Indessen werden die dortigen Salz - bütten Bürgern von Biel gegeben werden.

11. In allen hier nicht bestimmten Fällen wird die Stadt Biel die im Canton Bern bestehenden Gesetze und Verordnungen befolgen.

12. Weil die Einteilung des Bisthums Basel in Amts - bezirke noch nicht fest gesetzt ist, so behaltet sich die Regierung die Befugniß vor, in Betreff des Civil - gerichtes Modifikationen anzuordnen, im Fall die Stadt Biel der Hauptort eines Amtsbezirks werden sollte. Doch sollen durch diese Modifikationen in keinem Fall die Bürger von Biel in Civil - Sachen von einem erstinstanzlichen Richter abhängig gemacht werden können, der sich außerhalb ihrer Stadt befindet.

21) Der Verkauf der National - Güter wird gehandhabt, und die Lebensgefälle und Zehnten sollen nicht wieder hergestellt werden.

22) Die Städte und Gemeinden des Bisthums Basel sollen dem Staat keine andere Leistungen zu machen haben,

23. Nov. 1815. als diejenigen denen die übrigen Städte und Gemeinden des Cantons Bern unterworfen sind, oder die sich auf Titel und Verpflichtungen gründen, welche schon vor der französischen Herrschaft bestanden.

23) Die Grundsteuer, welche als Ersatz der Zehnten und Dominial-Einkünfte des ehemaligen Fürst Bischofs eingeführt ward, soll beybehalten werden, doch wird man sie erst nach einer vorzunehmenden Berichtigung definitiv festsetzen. Die Regierung behält sich die Befugniß vor, dasjenige was sie allfällig zu wenig abwerfen möchte, durch eine andere Abgabe zu vervollständigen; übrigens erklärt sie, daß das Bisthum im Ganzen nicht ein mehreres zu den allgemeinen Verwaltungs-Kosten des Staates beizutragen haben wird, als nach einem billigen Verhältniß gegen den alten Canton.

Die unter französischer Herrschaft eingeführten indirecten Abgaben sollen abgeschafft, und durch die Regalien und diejenigen indirecten Abgaben ersetzt werden, die im Canton Bern bestehen, oder in Zukunft eingeführt werden könnten. Die Abschaffung der ersteren und die Einführung der letzteren soll vom Zeitpunkt an statt haben, da die Bernerische Finanzverwaltung im Bisthum eingeführt seyn wird, und dieses soll im Laufe des Jahres 1816 geschehen.

24) Die Gebäude, Dominial-Waldungen, rückständige Zahlungen und anderes Eigenthum der vorhergehenden Regierungen, das noch im Bisthum Basel vorhanden seyn könnte, wird zu Handen der Regierung von Bern vorbehalten.

25) Die Einwohner des Bisthums sollen die Freiheit haben, in Civil- oder Militair-Dienste fremder Mächte

zu treten, mit ihrem Vermögen aus dem Canton zu zie- 23. Nov.
 hen, und wieder nach freiem Willen in denselben zurück 1815.
 zu kommen, alles nach den im Canton Bern bestehenden
 Gesetzen und Uebungen.

Da nun die hier oben stehenden Artikel mit den
 Verfügungen übereinstimmen, die durch den Wiener-
 Reich als Richtschnur für die zwischen der Regierung
 von Bern und dem Bisthum Basel einzuführenden Ver-
 hältnisse festgesetzt worden sind, und die beidseitigen Com-
 missarien ihren Auftrag erfüllt zu haben glauben: so ha-
 ben sie die gegenwärtige in zwey Doppeln ausgefertigte
 Vereinigungs = Urkunde unterschrieben. Also ge-
 schehen und abgeschlossen in Biel, am vierzehnten
 Wintermonat des Jahres eintausend achthun-
 dert und fünfzehn. 1815.

Sign. Abraham Friedrich von Mutach.

David Rudolf von Fellenberg.

Carl Rudolf von Kirchberger.

Gottlieb von Jenner.

Emanuel Ludwig von Dugsburger.

Carl Ludwig von Haller.

Albrecht Friedrich von Man.

Ursann Joseph Conrad, Freyherr von Bil-
 lieug.

Peter Joseph Gerlach Arnou.

Anton von Grandvillers.

Jakob Gobat.

Johann Heinrich Belrichard.

Jakob Georg Chiffelle.

Friedrich Heilmann.

23. Nov. 1815. **W**ir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Uns auf den heutigen Tag die vorstehende, zwischen Unseren Commissarien und den, von dem Directorial-Canton Zürich, für das Bisthum Basel ernannten Deputirten, in Biel am 14ten November 1815 unter Vorbehalt Unserer Ratifikation abgeschlossene Vereinigungs-Urkunde des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern, vorgelegt worden, und Wir daraufhin, nach einer reifen Berathung, dieselbe Unseren Gesinnungen entsprechend gefunden:

So haben wir gedachte Vereinigungs-Urkunde in ihrem ganzen Inhalt angenommen und gutgeheissen, wie Wir dann dieselbe anmit in bester und kräftigster Form genehmigen, ratificiren und erklären, daß solche in allen ihren Theilen treu gehandhabt und erfüllt werden soll.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtige Ratifikation mit unserm Standes - Insiegel verwahrt und sowohl von Unserm fürgeliebten Ehrenhaupt, dem Herrn Amts-Schultheissen, als von Unserm geliebten Staats-Canzler unterzeichnet worden.

Gegeben in unserer Grossen Rathversammlung den dreyn und zwanzigsten November des Jahrs eintausend achthundert und fünfzehn. 1815.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Staats-Canzler,
Thormann.

Strassen.

Straßen-Reglement für die Leberbergischen Aemter.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. II. S. 19.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt und ^{3. Jan. 1816.} Republik Bern, thun kund hiermit: Daß Wir Uns veranlaßt gefunden, durch ein Reglement oder Verordnung die Art zu bestimmen wie die Straßen in den Leberbergischen Aemtern unterhalten werden sollen, und daher verordnet haben, was hiernach folgt:

1) Die Zollkammer ist mit der unmittelbaren Oberaufsicht über alle in den Amtsbezirken Bruntrut, Delsperg, Münster, Courtlarn, und Frenbergen befindliche und hiernach benannte Straßen beauftragt.

1. Die Strasse, die von Nidau aus über Biel und Courtlarn an die Grenzen von Neuenburg führt.
2. Die Strasse von Conceboz über Münster und Laufsen, bis an die Grenzen von Basel.
3. Die Strasse von Dachsfelden über Bellelarn nach Bruntrut.
4. Die Strasse von Bruntrut über Courtemanche an die französischen Grenzen.

5. Jan. 1816. 5. Die Strasse von Pruntrut über Dambant an die französischen Grenzen.
6. Die Strasse von den Rangiers nach Delsperg.
7. Die Strasse von Pruntrut über St. Ursß an die Grenzen von Neuenburg.

2) Die Gemeinden sind überhaupt mit dem Unterhalt der Strassen beauftragt, welche sich in den ihnen jeweiligen angewiesenen Bezirken befinden; und damit jede Gemeinde die Strassen in ihrem Bezirke sorgfältig unterhalten könne, so soll jedes Kirchspiel einen von der Gemeinde ernannten Dorfwegmeister haben, der verpflichtet ist, wenigstens alle vierzehn Tage seinen Kehr zu machen, um nachzusehn ob die Strassen keinen Schaden gelitten; in welchem Falle er sogleich seiner Gemeinde davon Rechenschaft ablegen wird, damit sie den Schaden ausbessern und ohne Vorzug die dazu erforderliche Anzahl von Arbeitern bestimmen könne. Bei eintreffenden ausserordentlichen oder hochwichtigen Vorfällen, wie die Wirkungen von Erdfällen, Ueberschwemmungen und dergleichen, werden sich die Dorfwegmeister an Unsere Oberamt männer, oder an die nächsten Ortsbehörden wenden, und ihre Befehle gewärtig seyn.

3) Die Gemeinden sind verpflichtet, in den ihnen angewiesenen Bezirken wenigstens zweymal jährlich, nemlich im Früh- und Spätjahr, die Gräben, Ästen und Abzüge ausgraben und reinigen zu lassen, die Geleise auszufüllen und zu verebnen, auch wo vonnöthen die Strasse mit Grien zu überführen.

4) Es liegt ferner den Gemeinden ob, immer gute Grien-gruben oder Materialien von gebrochenen Steinen zur

Hand zu haben, und das bey den Gräben, Äften und Ab- 3. Jan.
zügen nöthige Mauerwerk sorgfältig zu unterhalten. 1816.

5) Die von der Regierung angestellten Wegknechte haben auf den grossen Landstrassen alle Arbeiten zu verrichten, welche durch den 2ten Artikel den Wegmeistern aufgetragen sind; nichts desto weniger sind die Gemeinden verpflichtet, dazu nach Vorschrift des 3ten Artikels gutes Grien zu liefern, die Kothhausen und andere Unreinlichkeiten wegschaffen zu lassen, und den Wegknechten im Berebnen der Strasse und in Reinigung der Gräben behülflich zu seyn; unterlassenden Falls es auf Kosten der betreffenden Gemeinden besorgt werden würde.

6) Die besoldeten Wegknechte sind verpflichtet, 9 Monate des Jahrs, nemlich vom 1sten Hornung bis 30sten Weinmonat regelmäßig von Morgens früh bis zum Anbruch der Nacht auf dem jedem angewiesenen Strassenbezirk sich einzufinden, und nöthigen Falls auch während den Wintermonaten mit Sorgfalt und Treue über den guten Stand und die Erhaltung der Strassen zu wachen.

7) Die Berrichtungen der Wegknechte und Dorfwegmeister bestehen vorzüglich darin: soviel möglich die Strassen eben zu erhalten; bey Regenwetter oder Schneeschmelzen den Ablauf des Wassers zu befördern; sorgfältig den Koth und die Unreinlichkeiten zu sammeln und am Rande der Strassen aufzuhäufen; die grossen Kiesel, die auf die Strasse rollen, zu zerschlagen, oder sie ganz auf die Seite zu schaffen; im Früh- und Spätjahr die Gräben, Abzüge und Äften zu reinigen; und vorzüglich über die Beobachtung dieses Reglements und aller ferneren auf diesen Gegenstand Bezug habenden Verfügungen zu wachen.

3. Jan. 1816. 8) Damit die Strassen durch die Sonne und Winde ungehindert getrocknet werden, wollen Wir, daß diejenigen Landstrassen, die durch Wälder führen, durch keinerlei Arten von Bäumen oder Gesträuchen, in der Entfernung von wenigstens 25 Schuben auf jeder Seite, beschränkt werden; und daß Besitzer von Gütern, die an irgend eine Landstrasse stoßen, keinen Frucht- oder Schattenbaum näher als 3 Schube vom Vort der Strasse pflanzen dürfen; bey Strafe der Ausreißung und vier Franken Busse.

9) Die Bäume und Lebhäge, deren Zweige sich über die Strassen ausdehnen und den Weg hindern könnten, sollen jährlich geschneitelt, und in diesem Zustande erhalten werden, damit die Zugluft immer freyen Zugang habe.

10) Die Landleute und Ackerbauer sollen sich hüten, die Steine, die sie auf ihren Feldern auflesen, auf die Strasse zu werfen, sondern dieselben an einer, ihnen von den Wegausssehern zu verzeigenden Stelle aufhäufen. Sie sollen auch keine Misthaufen oder Mistgruben inner dem Vort der Strasse anlegen, noch sie auf irgend eine Art mit Bauholz, abgehauenen Aesten, Gestäude oder Unrath versperren; das gleiche soll auch in Hinsicht auf die Gräben und Abzüge beobachtet werden, um jeder Verstopfung oder Beschädigung derselben vorzubeugen.

11) Die Eigenthümer oder Besitzer von Land, das an die Strassen stoßt, dürfen längs den Strassen innerhalb deren Vorts keine Wasserleitung anlegen, sondern sollen sie durch ihr Land führen. Wenn jedoch die örtliche Lage erheischen würde, daß eine Wasserleitung quere durch eine Strasse gehe, so soll sie in diesem Fall so gemauert und gewölbt werden, daß die Strasse gegen jede

Beschädigung gesichert sen, und soviel möglich eben bleibe; 3. Jan. unter vier Franken Busse, und verhältnißmäßig höherer 1816. Strafe im Wiederholungsfalle.

12) Jedermann der sich erfrechen würde, die Marksteine oder Pfähle, welche die Grenzen der Strassen, die Entfernung in Stunden, oder die Richtung der Strasse bezeichnen, von ihrer Stelle zu entfernen, die Strassen durch Erbauung von Mauern oder Zäunen zu verengen, die Graben und Wasserrinnen zu verstopfen und zu verderben, oder die Strassen auf irgend eine Weise zu beschädigen, soll mit einer Busse von vierzig Franken, auch je nach der Grösse des Vergehens mit Gefängnißstrafe belegt werden.

13) Jedermann ist verboten, irgend eine Art von Gebäuden näher als in einer Entfernung von wenigstens 12 Schuh rückwärts von den Grenzen der Strasse aufzubauen, ohne vorläufig den Plan des Gebäudes durch den Oberamtmann der Zollkammer eingesendet, und die erforderliche Bewilligung derselben erhalten zu haben; unter einer Busse von fünf und zwanzig Franken, nebst Niederreissung des Gebäudes im Unterlassungsfall.

14) Allen Postillionen, Führern von Landkutschen, Forstbeamten und Landjägern, so wie den Wegmeistern und Wegknechten wird ernstlich anbefohlen, auf jeden Mangel oder Beschädigung, die sie an den Strassen bemerken könnten, genau zu achten, und sogleich dem Oberamt oder den Ortsbehörden darüber Bericht zu erstatten.

15) Wenn die Wegknechte irgend eine Beschwerde gegen einen Partikular oder gegen eine Gemeinde anzubringen

3. Jan 1816. haben, so werden sie sich an die betreffende Ortsbehörde oder unmittelbar an den Oberamtmann des Orts wenden, der ihnen einen Empfangschein über ihre Anzeige zustellen, und von sich aus das Nöthige verfügen wird. Wäre der Wegknecht nicht im Stande, nöthigenfalls eine solche Anzeige-Bescheinigung vorzuweisen, so würde jede Beschädigung in dem seiner Aufsicht anvertrauten Strassenbezirk seiner Nachlässigkeit zugerechnet, und er insbesondere dafür verantwortlich seyn.

16) Unseren Oberamt Männern ist anbefohlen, mit allem Eifer über die gehörige Erhaltung der Strassen und insbesondere der im 1sten Artikel benannten Hauptstrassen zu wachen, sich fleißig zu erkundigen, ob die bestellten Wegmeister und Wegknechte ihren Pflichten pünktlich obliegen, und ob ihnen die Gemeinden gebührend an die Hand gehen; im Fall von Nachlässigkeit, sey es von Seite der Wegknechte oder der Gemeinden, die Fehlbaren nach Maaßgabe des Fehlers zu bestrafen, und sie überdieß zu Ersehung alles durch ihre Nachlässigkeit entstandenen Schadens anzuhalten.

17) Damit aber das gegenwärtige Strassen-Reglement desto genauer beobachtet werde, und um alle auf Erhaltung unserer Landstrassen zielende Maaßregeln zu erleichtern, wird den Oberamt Männern nicht nur andurch überlassen, den Fehlbaren die in diesen verschiedenen Artikeln verhängten Bussen aufzulegen, von denen die eine Hälfte der Regierung, die andere aber dem Verleider zukommen soll; sondern annoch der Zollkammer, Kraft der ihr von Uns unterm 28. Jenner 1804 ertheilten Vollmacht, hiermit ferner aufgetragen und anheimgestellt, alles zu veranstalten und zu verordnen, was die Abmar-

chung der Strassen, die Griengruben, die Eintheilung der 3. Jan.
 Bezirke, die Bestellung der Wegmeister und Wegknechte 1816.
 und die Besichtigung der Strassen betrifft, oder auf diese
 verschiedene Gegenstände irgend einigen Bezug haben
 kann.

Gegeben in Bern den 3ten Jenner 1816.

Der Amts-Schultheiss,
 N. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
 G r u b e r.

W a h l r e g l e m e n t

für die Leberbergischen Amtsbezirke.

Vergl. oben S. 10.

Wir Schultheiss und Rath der Stadt und 5. Jan.
 Republik Bern, thun kund hiermit: Nachdem Wir 1816.
 in Betrachtung gezogen, daß die Vollziehung des Regle-
 ments über die Zusammensetzung der Wahl-Collegien und
 die Wahlart der Abgeordneten von den Amtsbezirken in den
 grossen Rath, vom 21. September 1815, in den Leber-
 bergischen Aemtern grossen Schwierigkeiten unterworfen
 ist, weil die untergeordneten Behörden in denselben bis
 jetzt noch nicht, wie es in Zukunft geschehen wird, der Orga-
 nisation der übrigen Amtsbezirke gemäß, haben eingerich-

5. Jan. 1816. tet werden können, insbesondere auch weil die Bürgerrechte dort unter ganz anderen Verhältnissen bekannt sind, deren nähere Bestimmung eine sorgfältige Untersuchung erfordert.

In Betrachtung, daß es Uns gleichwohl angelegen ist, daß dieser Theil des Landes des ihm zugesicherten Rechts, Mitglieder in den Großen Rath abzuordnen, sobald möglich genosß werde; haben Wir für die erste Ernennung von Mitgliedern in den Großen Rath durch die Leiberbergischen Amtsbezirke, und zwar für diese allein, verordnet:

1) Für diese erste Wahl, und für diese allein, werden die Wahl-Collegien von Uns auf den Vorschlag Unserer Oberamt männer ernannt.

2) Für die Städte Bruntrut und Delsperg wird die Zahl der Mitglieder der Wahl-Collegien auf acht und zwanzig, für Lauffen auf achtzehn, bestimmt.

3) Die Hälfte dieser Wahl-Collegien soll aus der Zahl derjenigen genommen werden, welche vor dem Jahr 1793 im Besiß eines Bürgerrechts dieser Städte gewesen sind; die andere Hälfte kann aus ebendenselben und aus solchen bestehen, welche seit diesem Zeitpunkt sich in einer dieser Städte niedergelassen haben, und in derselben ein Grund-Eigenthum von dem Werthe von zwentausend Franken besitzen.

4) Diese gewählten Mitglieder der Wahl-Collegien werden sich unter dem Vorsitze des Oberamtmanns versammeln.

5) In den Landgemeinden der Amtsbezirke Bruntrut, 5. Jan. 1816.
 Delsperg, Münster, und den Freybergen, werden die
 Wahl-Collegien aus allen Mennern und den neu ernannten
 Gerichts-Statthaltern bestehen, welche zwey Dritttheile
 des ganzen Collegiums bilden; der übrige Dritttheil wird von
 Uns, auf den Vorschlag Unserer Oberamt männer, aus
 achtbaren Männern aus dem Amtsbezirk erwählt, welche
 ein Grund-Eigenthum von zweytausend Franken an
 Werth besitzen.

6) Ueber die Wahlart und die Bedinge der Wähl-
 barkeit haben Wir folgendes festgesetzt:

7) Das Wahl-Collegium versammelt sich an dem
 von dem Oberamt mann zu bestimmenden Tag in dem
 Hauptort des Amtsbezirks.

8) Der Oberamt mann wird die Versammlung mit
 einer angemessenen Rede eröffnen, ihren Zweck anzeigen,
 das gegenwärtige Wahl-Reglement ablesen lassen, und
 sodann die Mitglieder des Wahl-Collegiums für die be-
 vorstehende Berrichtung in Eidespflicht aufnehmen.

9) Der abzulegende Eid soll folgendermassen lauten:
 „ Wir die Mitglieder des Wahl-Collegiums des Amts-
 „ bezirks N. N. schwören hiermit, der Stadt und Republik
 „ Bern Treu und Wahrheit zu leisten, ihren Nutzen zu
 „ fördern, und Schaden zu wenden, in Folge des Uns
 „ eingeräumten Befugnisses und der vorgeschriebenen Wahl-
 „ art, nach bestem Wissen und Gewissen, zu Abgeordneten
 „ des Amtsbezirks in den Grossen Rath nur solche Män-
 „ ner zu wählen, zu deren Rechtschaffenheit, Vaterlands-
 „ liebe und Kenntnissen Wir das Zutrauen haben, daß sie
 „ der Hohen Landesobrigkeit, in welche sie berufen werden,

S. Jan. „ mit gutem Rath bestehen, auch die Ehre und den
1816. „ Nutzen des Vaterlandes werden fördern können. “

10) Nach beendigter Beeidigung wird der Oberamt-
mann in Erinnerung bringen, daß in Folge urkundlicher
Erklärung des Grossen Rathes, nur solche rechtschaffene
Männer zu Abgeordneten des Amtsbezirks gewählt werden
können, welche von ehelicher Geburt, in gutem sittlichem
Ruf stehend und eigenen Rechthens sind, das 29ste Jahr
Alters zurückgelegt haben, und entweder Besitzer eines
Grund-Eigenthums, an dem wenigstens ein Werth von
zehntausend Franken bezahlt seyn muß, oder Eigenthümer
bedeutender Manufaktur- oder Handels-Anstalten seyen,
oder seit fünf Jahren in obrigkeitlichen Aemtern oder in
Stadt- und Gemeinds-Verwaltungen dem Vaterland treu
gedient haben.

11) Hierauf ernennt der Oberamtmanu zwei taug-
liche Männer als Aufseher und Stimmenzähler; die Thü-
re wird verschlossen, und alle anwesende Mitglieder wer-
den gezählt, auf daß man die Summe aller Stimmzettel
mit der Summe aller Stimmenden vergleichen, und
zum Voraus anzeigen könne, wie viele Stimmen für die
absolute Mehrheit erforderlich seyen. Sodann wird die
Wahl vorgenommen, und folgendermassen beendigt:

12) Nach einem zum Voraus in der Amtschreiberey
ausgefertigten Verzeichniß aller Mitglieder des Wahl-
Collegiums, wird jedes derselben, der Ordnung nach,
namentlich hervor gerufen, erhält bey einem abgesonder-
ten Tisch, an welchem die zwei Aufseher und der Sekre-
tär sitzen, einen eigenen hiezu bereit liegenden Stimm-
zettel, und schreibt auf denselben den Namen desjenigen,
dem er seine Stimme geben will, mit möglichst genauer

Beschreibung der Person, also daß bey allfälligen gleichen Geschlechts-Namen kein Zweifel entstehen könne. 1816. 5. Jan.
Jeglicher Stimmzettel wird von dem Stimmenden selbst in ein Gefäß gelegt.

13) Sobald alle Anwesenden gestimmt haben, werden die Stimmzettel, einer nach dem andern, von dem Präsident oder seinem Statthalter aus dem Gefäß genommen und die betreffenden Namen öffentlich mit lauter Stimme abgelesen. Der Sekretär schreibt den Namen jedes Vorgeschlagenen auf, und bemerkt bey jedem die Zahl der Stimmen, deren Summe mit der Zahl aller Wählenden übereinstimmen soll.

14) Findet sich bey dieser Operation, daß jemand von mehr als der Hälfte aller Stimmenden gewählt worden ist, mithin die absolute Mehrheit des anwesenden Wahl-Collegiums für sich hat, so ist er ohne weiters erwählt und die Wahl beendigt.

15) Sind aber die Stimmen so getheilt, daß kein Vorgeschlagener die absolute Mehrheit für sich hat, so bleiben nur diejenigen vier in der Wahl, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind; dieselben werden durch eine zweite geheime Wahl, bey welcher die Vorgeschlagenen und ihre allfälligen Verwandten in der Blutsfreundschaft und Schwägerschaft, bis und mit Geschwisterkind abtreten sollen, auf zwey reducirt; unter diesen zwey letzteren aber wird, wenn wieder keine absolute Stimmen-Mehrheit sich gezeigt hat, durch das offene Handmehr oder auch durch Aufstehen und Niedersitzen abgestimmt, und derjenige durch den Präsident als erwählt ausgerufen, welcher alsdenn die meisten Stimmen für sich hat. Bey

5. Jan. innstehenden Stimmen sowohl in der ersten als in den
1816. folgenden Wahlen, entscheidet das Loos.

16) Nach beendigter Wahl wird die Versammlung entlassen, ohne daß etwas anders in derselben angebracht werden könne.

17) Die ganze Verhandlung soll von dem Sekretär sorgfältig in Schrift verfaßt, darin die Tauf- und Geschlechts-Namen, der Geburtsort, das Alter, der Stand und Charakter, die Beweise der Wahlfähigkeit und die Zahl der Stimmen angemerkt, das Protokoll selbst von dem Präsident und Sekretär so wie von zwey Amtsrichtern unterzeichnet, ein Doppel davon in der Amtschreiberey aufbehalten, das andere aber durch den Oberamtmanu Uns eingesendet werden.

18) Nachher werden Wir durch eine Commission aus Unserm Mittel untersuchen lassen, ob die Wahl regelmäßig geschehen sey und die Gewählten die gesetzlichen Bedingungen der Wahlfähigkeit erfüllen. Sollte auf den Rapport der Commission das eine oder das andere mangelhaft gefunden werden, so wird darüber dem Großen Rath ein Rapport erstattet, der entscheidet, ob die Wahl gültig oder ungültig seye. Wird letzteres erkannt, so muß auf einen zu bestimmenden Tag zu einer neuen Wahl geschritten werden. Ist aber alles in der Ordnung, so wird dem Großen Rath solches in der nächsten Sitzung angezeigt, und der Gewählte als Abgeordneter des betreffenden Amtsbezirks in den Großen Rath berufen und von demselben anerkannt.

19) Dem Gewählten wird von Uns seine Erwählung 5. Jan. durch ein Schreiben bekannt gemacht werden, welches 1816. ihm zugleich zum Wahlpatent dienen soll.

20) In dem Amtsbezirk Courtlarn, wo das Amtsgericht, die Gerichtsstatthalter und die Thorgerrichte, auf gleiche Weise wie im übrigen Canton, von nun an aufgestellt werden können, wird die Wahl nach denen in der Verordnung vom 21. September leztthin enthaltenen Vorschriften vorgenommen werden. Die mit dem Amtsbezirk Nydan vereinigte Stadt und Kirchspiel Biel, und die mit dem Amtsbezirk Erlach vereinigten Gemeinden des Tessenbergs und Neuenstadt, so wie die dem Amtszirke Büren einverleibte Kirchgemeinde Pieterlen, werden, jedoch nur für dieses Mal, der Wahl-Versammlung des Amtsbezirks Courtlarn beywohnen.

Gegeben den 5. Jenner 1816.

Der Amts-Schultheiss,
N. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über die Ehen in den Leberbergischen Aemtern.

9. Jan. 1816. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Nachdem Wir in Betrachtung gezogen daß die Ehe nicht bloß ein bürgerlicher Contract, sondern ein durch die Religion geheiligtes Band ist; daß also eine bloß bürgerliche Handlung, um dieses Band zu schließen, der Wichtigkeit desselben keineswegs angemessen ist;

v e r o r d n e n :

1) Die Gesetze des Code Napoléon, über die Schließung der Ehen durch Erklärung vor dem Maire, und namentlich die darüber im 1. Buch Tit. II. Cap. 3. und im 1. Buch Tit. V. Cap. 2. enthaltenen Vorschriften, sind durch gegenwärtige Verordnung aufgehoben.

2) Eingegangene Eheverlöbniße, sollen in den reformirten Kirchen der Leberbergischen Aemter, an dreien verschiedenen Sonntagen, in den Kirchen der Heimath und des Wohnorts des Verlobten und der Braut, öffentlich von Kanzeln verkündet, in den katholischen Kirchgemeinden aber nach denen in der katholischen Kirche bestehenden Uebungen proclamirt werden.

3) Auf Vorweisung eines Zeugnisses dieser Verkündigung wird die Ehe nach den Vorschriften beider Con- 1816.
fessionen in der Kirche eingeseget.

4) Vom 1. Januar 1816 an, sollen die Tauf- Ehe- und Todten-Rödel wieder durch die Pfarrer der Kirchspiele übernommen, und von denselben genau und sorgfältig geführt, auch die seit dem 1. Januar 1816 sich ereigneten Geburts- und Sterbefälle, und eingesegeten Ehen, von denselben nachgetragen werden.

5) Gegenwärtiger Beschluß soll öffentlich bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen, und vom 20. dieses Monats an, in allen seinen Theilen in Vollziehung gesetzt werden.

Gegeben in Bern, am 9. Jenner 1816.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Rathschreiber,
G r u b e r.

D e k r e t

gegen die nach dem 20. März 1815 in französischen
Kriegsdiensten gebliebenen Cantonsangehörigen.

4. März
1816. **W**ir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach die Schweizerische Tagsatzung durch ihren Beschluß vom 24. Augustmonat 1815 die Bestrafung derjenigen wenigen, unter den capitulirten Regimentern in Frankreich gestandenen Angehörigen, welche ihrer Pflicht gegen den Fürsten, dem sie dienten, untreu, dem Rufe des Vaterlandes ungehorsam, und des Beispiels ihrer hiederer Cameraden unwürdig, unter die Fahnen des Usurpators übergiengen, den Standes-Regierungen heimstellt;

als haben Wir erkannt und verordnet:

1) Alle Bernersche Angehörige, welche in den ehemaligen vier Schweizer-Regimentern in Frankreich dienten, und nach dem 20. März 1815 zu den Fahnen der damaligen usurpatorischen Regierung von Frankreich übergiengen, sind auf immer unfähig erklärt, weder unter den eidgenössischen Truppen im Vaterlande, noch in irgend einem capitulirten Dienste im Ausland zu dienen, noch endlich im Lande irgend eine Civilstelle zu bekleiden; und sollen selbige annoch im Betretungsfalle, je nach Bewandtniß der Umstände, eine Gefangenschaft von ein bis drey Monaten ausstehen.

2)

2) Alle in diesem Falle befindliche Individuen sollen, wo sie sich im Lande betreten lassen, angehalten und der Central = Polizei zugeführt werden; von dieser wird eine summarische Untersuchung über die Identität der Person und über die Umstände der Pflichtvergessenheit vorgenommen, und Unserm Kleinen Rathe zur Besprechung nach diesem Dekret vorgelegt. 4. März 1816.

3) Gegenwärtiges Dekret soll an den gewohnten Orten angeschlagen und von Kanzeln angezeigt werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung den 4. März 1816.

Der Alt = Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über die Abgaben in den Leberbergischen
Ämtern.

Vergl. oben S. 30. §. 23.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach der §. 23. der Vereinigungs = Urkunde des vormaligen Bisthums Basel dahin lautet: 14. März 1816.

I. 1,

D

14. März 1816. „ Die Grundsteuer, welche als Ersatz der Zehnten und Dominial-Einkünfte des ehemaligen Fürst Bischofs eingeführt ward, soll beybehalten werden; doch wird man sie erst nach einer vorzunehmenden Berichtigung definitiv festsetzen. Die Regierung behält sich die Befugniß vor, dasjenige, was sie allfällig zu wenig abwerfen möchte, durch eine andere Abgabe zu vervollständigen; übrigens erklärt sie, daß das Bisthum im Ganzen nicht ein Mehreres zu den allgemeinen Verwaltungskosten des Staats beizutragen haben wird, als nach einem billigen Verhältniß gegen den alten Canton.“

So haben wir nun:

In Betrachtung, daß es wichtig sey, in Folge dessen näher zu bestimmen: welchen Beitrag das vormalige Bisthum Basel zu den allgemeinen Abgaben zu leisten haben soll, um die Regierung in den Stand zu setzen, sowohl die öffentlichen Ausgaben zum Dienste des Staates, als die Bezahlung der von den vorigen Regierungen ertheilten Pensionen, welche dem Land zur Last geblieben sind, zu bestreiten.

Da ferner die indirekten Auflagen nach der französischen Ordnung abgeschafft werden sollen, sobald das Finanz-Verwaltungs-System von Bern in allen Leberbergischen Aemtern wird eingeführt werden können; in dessen aber, und bis dieses System wirklich Anwendung findet, es allerdings billig ist, daß dem Ertrag der Einregistrierung in denjenigen Aemtern Rechnung getragen werde, wo diese Auflage in den einstweilen beybehaltenen Büreaux bezogen wird.

Da auch allgemein anerkannt ist, daß die Gemein-

den der Probstey, welche den vormaligen Canton Münster 14. März;
ausmachten, durch die Bestimmung des Betrags zu der 1816.
Grundsteuer allzuhoch angelegt sich befinden, und daß
diese Gemeinden die Wohlthat einer Erleichterung hierin
allerdings verdienen, um welche sie bey der Regierung
sich beworben haben.

In Betrachtung endlich, daß, wenn die Regierung
sich genöthigt sieht, zu Bestreitung der öffentlichen Aus-
gaben, und vorzüglich zu Ausrichtung der von ihr an-
erkannten Pensionen, die erforderlichen Zusatz-Centimes
der Grundsteuer zu fordern, diese Beschwerde hingegen
nur so lange fort dauern soll, als das Bedürfnis es er-
heischen wird; indem es in dem Willen der Regierung
liegt, daß jeweilen der Betrag der abgehenden Pensio-
nen zum Vortheile der Steuerpflichtigen auf der jähr-
lichen Schuld abgerechnet werde, und im Verhältnisse
der Abnahme der Pensionen diese Zusatz-Centimes sich stets
vermindern sollen;

verordnet was hienach folget, wie wir denn

v e r o r d n e n:

1) Die Grundsteuer in den fünf Leberbergischen Aemtern
und in den Gemeinden, welche mit den Aemtern Andau,
Erlach und Büren vereinigt worden sind, und welche
nach der gemachten Berechnung und im Verhältnisse zum
übrigen Canton sich auf zwey mal hundert und zehen tau-
send französische Franken belaufen sollte, wird wegen der
bedeutenden noch zu erhebenden sous additionnels und
anderen zu Gunsten dieser Landschaft obwaltenden Grün-
den, für das Jahr 1816 im Ganzen festgesetzt auf die

14. März 1816. Summe von einhundert fünf und achtzigtausend und zweihundert französische Franken.

2) Ueberdies soll an Zusatz - Centimes erhoben werden: die Summe von drey und sechzigtausend französischen Franken.

3) Auf beyde obige Summen ist zu Gunsten derjenigen Gemeinden, welche vormals den Canton Münster bildeten; eine Steuer-Enthebung zugestanden von jährlich neuntausend Franken.

4) Die Vertheilung jenes Betrags an Grundsteuer und Zusätzen wird von dem Finanzrath, im Verein mit Unseren Oberamt Männern bestimmt werden.

5) Der Bezug davon soll in zwölf Abtheilungen monatlich statt finden, und die Einnehmer sollen zu ihrer Entschädigung, von jedem Franken, fünf Centimes über die Schätzung zu beziehen haben.

6) In den Amtsbezirken, wo die Einregistrirungs-Abgabe einstweilen benbehalten wird, soll der Ertrag derselben aufgezeichnet, und am Ende des Jahrs auf der Summe der Zusatz - Centimes abgerechnet werden; da dann der sich erzeigende Ueberschuß für das folgende Jahr in Rechnung gebracht, oder für Bedürfnisse der betreffenden Gemeinden verwendet werden soll, auf die Weise, wie solches von Uns vorgeschrieben werden wird.

7) Die Gemeinden, welche erweislich werden dathun können, daß ihre eigenthümlichen Einkünfte nicht hinreichen, um daraus ihre örtlichen Ausgaben zu bestreiten, haben sich an den betreffenden Oberamt mann zu wenden, um nöthigen Falls bevollmächtigt zu werden,

die fehlende Summe nach dem Verhältnisse der Grund- 14. März
steuer besonders einzufordern. 1816.

Unter keinem Vorwande sollen die Vorgesetzten von
Gemeinden, Auflagen oder Taxen irgend einer Art auf den
Einwohnern erheben, wenn sie nicht eine gehörige Voll-
macht dafür vorweisen können.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und in allen
Gegenden der Leberbergischen Aemter, so wie auch in
allen Theilen des vormaligen Bisthums Basel, welche
mit den Amtsbezirken Erlach, Andau und Büren ver-
einigt worden sind, öffentlich angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 14. März 1816.

Der Amts-Schultzeiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über die Bezahlung der catholischen Geistlichkeit.

Vergl. oben S. 22. §. 7.

14. März 1816. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiemit: Daß Wir, zu Erreichung der landesväterlichen Absicht, welche bereits in der Vereinigungs = Urkunde vom 23. November 1815 zu erkennen gegeben ist: das Schicksal der catholischen Geistlichen in den Aemtern am Leberberge zu verbessern; verordnet haben, was hienach folget, wie wir dann

v e r o r d n e n :

1) Die jährlichen Besoldungen für die catholischen Pfarrstellen in den Leberbergischen Aemtern, sind nach einem uns vorgelegten Verzeichniß derselben bestimmt auf achthundert, tausend und zwölfhundert französische Franken, und sollen vom 1. Januar 1816 an vierteljährlich ausgerichtet werden.

Ueberdies erhalten die Cantonal = Pfarrer eine Besoldungs = Zulage von fünfhundert Franken.

2) Nach §. 7. der angeführten Vereinigungs = Urkunde sind die Gemeinden verpflichtet, den Pfarrern unentgeltlich das Pfarrhaus, oder wo dieses fehlt, eine

eigene Wohnung nebst Garten anzuweisen, und ihnen 14. März das zu ihrem Gebrauch nöthige Brennholz zu liefern; 1816.
die Kosten der Unterhaltung dieser Gebäude, so wie der Garten-Einfriedungen und der Zurüstung des Brennholzes liegen den Gemeinden ob.

3) Ueber Anstände, die wegen Erfüllung dieser Obliegenheiten zwischen einem Pfarrer und der Gemeinde entstehen mögen, hat der betreffende Oberamtmann zu entscheiden; doch soll der Refurs darüber an den kleinen Rath vorbehalten seyn.

4) In Kirchengemeinden von großem Umfange, wo die gehörige Besorgung der geistlichen Verrichtungen als für einen Pfarrer allzubeschwerlich anerkannt ist, wird ihm ein Gehülfe oder Pfarr-Vicar zugegeben, damit die Seelsorge gehörig bestellt sey.

Für diese Vikarien erhält der Pfarrer eine Zulage von fünfhundert Franken, ist aber verpflichtet, dafür einen würdigen Geistlichen zu bestellen, welcher fähig sey, die Funktionen zu versehen, die der Pfarrer nicht selbst zu verrichten im Stande ist.

5) Da die zu Besoldung der catholischen Geistlichkeit bestimmte jährliche Summe von Uns so festgesetzt worden ist, daß nebst demjenigen, was auf dem Einkommen der erledigten Pfarrstellen, deren einstweilige Verweser nur die halbe Besoldung zu beziehen haben, erübrigt werden mag, noch ein Ueberschuß sich erzeugen soll von drehtausend dreihundert Franken: so behalten wir uns andurch vor, hierüber zu Unterstützung derjenigen Geistlichen, welche wegen Alters oder Gebrechen derselben bedürfen, oder auf andere Weise zu Gunsten des geist-

14. März lichen Standes nach Erforderniß der Umstände zu ver-
1816. fügen.

6) Alle nicht veräußerte Güter, welche Kirchen oder geistlichen Stiftungen angehören, so wie die Vergabungen zu Gunsten derselben, welche in der Folge stattfinden mögen, sollen ihrer Bestimmung niemals entzogen werden; sondern ferner noch, so wie alles, was zum gottesdienstlichen Gebrauche dient, unter der Ober-Aufsicht des Herrn Diocesan-Bischoffs von den betreffenden Pfarrherren und Vorstehern der Kirchen, auf die Art und Weise verwaltet werden, wie solches des nähern bestimmt werden wird.

7) Den Pfarrern und übrigen Vorstehern soll die Verwendung des Ertrags der noch vorhandenen bischöflichen Güter ihrer Bestimmung gemäß zustehen, selbige sollen aber vorzüglich auf den Unterhalt der Kirchen und Pfarrgebäude, und zu Bestreitung der Cultus-Unkosten verwendet werden, und unter keinem Vorwande der Verfügung der Gemeinden überlassen seyn.

8) Wenn der Ertrag dieser Güter zu einem vorliegenden Zwecke nicht hinreichen sollte, so haben die bischöflichen Commissarien solches dem betreffenden Oberamtmann anzuzeigen, damit dieser auf Mittel bedacht seyn könne, das Fehlende, es sey durch Beiträge der Gemeinden oder durch Unterstützung von Seite der Regierung, herzubringen.

9) Alle Pensionen, welche von der Regierung an solche Geistliche bewilliget worden sind, die als öffentliche Beamte eine Besoldung beziehen, sollen so lange

eingestellt bleiben, als dieselben im Genusse einer solchen 14. März
Besoldung sich befinden. 1816.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und an
den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben den 14. März 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

Erneuertes Reglement über die Bergfahrt und die Rindvieh- Polizei.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 26. März
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Nachdem Uns die Nothwendigkeit vorgestellt worden,
daß die bisherigen Vorschriften und Verordnungen über
den Viehverkehr und die Abwendung ansteckender Vieh-
krankheiten einer Revision bedürfen; als haben Wir aus
landesväterlicher Fürsorge dieselben genau untersuchen,
revidiren und auf die gegenwärtigen Einrichtungen an-
passen lassen; sodann auf den Vortrag Unsers Sanitäts-

26. März Rath's, nachstehende Vorschriften unter dem allgemeinen
1816. Titel: Erneueretes Reglement über die Berg-
fahrt und die Rindvieh-Polizen, beschlossen und
festgesetzt, wie wir denn von Artikel zu Artikel

verordnen:

Erster Theil.

Polizen = Vorschriften in gewöhnlichen Zeiten.

I. A b s c h n i t t.

Von der Viehzeichnung.

1) Jedes Stück Rindvieh, welches zwey Jahre alt ist, soll wie bis dahin mit dem Ortszeichen durch den bestellten Vieh-Inspektor an den Hörnern bezeichnet werden; bey drey Franken Buße im Unterlassungsfalle.

2) Bey gleicher Strafe soll das Zeichen erneuert werden, wenn es ganz ausgelöscht oder nicht mehr recht kennbar ist, sobald das Vieh aus dem Inspektions-Bezirk weggeführt, oder daraus verkauft wird.

3) Das Vieh soll jeweilen von dem Inspektor selbst, oder in seiner Gegenwart bezeichnet werden; bey drey Franken Buße von dem Inspektor zu beziehen, wenn solcher das Zeichen aus Händen gelassen, und eben so viel von dem Eigenthümer, wenn er sein Vieh mit dem Hausbrand oder einem andern Zeichen an den Hörnern gezeichnet hätte. Hingegen mag das Zeichen mit dem Hausbrand oder einem besondern Dorfbrand, wie solches an einigen Orten bey Besetzung der Allmenten üblich ist, an irgend einem andern Theile des Leibes noch fernerhin Platz haben.

4) Im Frühling , jeweilen vor dem Weidgang , und 26. März
im Herbst nach dem Einstellen , werden die Inspektoren , 1816.
oder derselben Stellvertreter , in ihren Bezirken einen
Umgang halten , und alles Vieh , das sich im Falle be-
findet , zeichnen ; in der Zwischenzeit aber soll ihnen
solches zum Hause geführt werden. Für jedes Zeichen
wird ein Baken bezahlt.

5) In jeder Gemeinde sollen ein oder mehrere Ge-
meindszeichen hinter dem Inspektor in Verwahrung
liegen. Dieselben sollen den Anfangsbuchstaben des Na-
mens der Kirchgemeinde und die Zahl der betreffen-
den Unter - Abtheilung enthalten. So führt z. B. das
Hauptort der Kirchgemeinde die Zahl 1 , die folgende
Gemeinde oder Abtheilung die Zahl 2 , u. s. w.

6) Schmieden , Schlossern und wer es sonst seyn
mag , ist es verboten , für jemand anders als die bestell-
ten Vieh - Inspektoren der obbeschriebenen Gemeinds-
Brandzeichen zu verfertigen : bey einer Buße von zehn
Franken , auch körperlicher Züchtigung und Schadens-
Ersatz , im Fall durch die verbotene Verfertigung eines
solchen Zeichens jemand zu Schaden gekommen wäre.

II. A b s c h n i t t.

Von den Gesundheits - Scheinen.

7) Kein Stück Hornvieh (die Milchfälder allein aus-
genommen) soll ohne einen authentischen Gesundheits-
Schein aus seinem Inspektions - oder Gemeindsbezirke
geführt , oder auf einen öffentlichen Markt gebracht
werden ; bey drey Franken Buße und Zurückweisung des

26. März 1816. Viehs, wenn dasselbe gesund erfunden würde; der Niederschlagung aber, wenn es einer ansteckenden Krankheit verdächtig wäre, oder aus einem mit Bann belegten Bezirk herkommen sollte.

8) Die Gesundheitscheine sollen nicht länger als vierzehn Tage gültig seyn. Scheine von einem ältern Datum sollen als ungültig angesehen und bey Vorweisung eines solchen nach der in obigem §. 7. enthaltenen Vorschrift verfahren werden. Hievon ist aber eine Ausnahme zu machen für das Vieh, das zur Sommerung auf die Berge geführt wird, wie zu sehen im vierten Abschnitt dieses ersten Theils.

9) Die Gesundheitscheine soll niemand ausstellen, als der jeden Orts bestellte Vieh-Inspektor; in seiner Abwesenheit aber und im Fall einer Krankheit oder allzunaher Verwandtschaft mit dem Vieh-Eigenthümer, sein dazu bestellter und in Eidespflicht stehender Stellvertreter. Alle Scheine, die nicht von dem Inspektor oder seinem Stellvertreter ausgestellt wären, sind nicht nur ungültig, sondern es soll auch derjenige, der einen Schein unbefugter Weise ausgefertigt, oder das Datum darin verändert hätte, je nach den Umständen mit einer Buße von vier Franken bis höchstens fünfzig Franken belegt, und im Fall noch mehr Gefährde dabey unterlaufen wäre, zu Vergütung des daraus entstehenden Schadens gehalten, und je nach Verhalt der Sache noch strenger (körperlich) bestraft werden.

10) Die Gesundheitscheine sollen, nach dem diesem Reglemente beigefügten Formular No. 1. gedruckt an die Amtschreiberen herausgegeben, und von densel-

ben nicht anders als an die Inspektoren selbst, oder auf 26. März
ihre Unterschrift hin, oder zu ihren Händen an ihnen 1816.
wohlbekannte rechtliche Personen abgeliefert werden.

11) Gesundheitsscheine sollen nur für ganz unverdächtiges Vieh verabsolget, und die in denselben vorgeschriebenen Kennzeichen genau bemerkt werden; ansonsten der Fehlbare, wenn das Zeichen oder die Farbe des Viehs nicht mit dem Schein übereinstimmen sollte, in eine Buße von drey Franken verfallen seyn soll.

12) Wie bis dahin, soll auch noch ferners für jedes Stück Vieh, das einzeln geführt, verkauft oder auf den Märkten zum Kauf angeboten wird, ein, und für jedes Paar Ochsen auch ein Gesundheitsschein ertheilt werden. Nur Eigenthümern, wie Kühern und dergleichen, die ihr Vieh nicht zum Verkauf, sondern bloß von einem Inspektionsbezirke in den andern zum Füttern oder auf die Weide treiben, mag für sämtliche Stücke ein einziger Schein ausgestellt, und darin das Alter, die Farbe und die Zeichen bloß mit der Bemerkung verschieden angegeben, die Zahl des Viehs aber soll mit Buchstaben ausgeschrieben werden.

13) Laut §. 8. und 9. des Stempelgesetzes vom 12. und 14. Christmonat 1803 ist für die Scheine eines einzelnen Stück Viehs eine Stempelabgabe von drey, für die Scheine für ein Paar Ochsen von fünf, und für drey und mehrere Stücke Viehs von zehn Rappen bestimmt und festgesetzt worden. Da nun der Ertrag dieser Stempelgebühr laut Verordnung vom 9. May 1804 ausschließlich zur Entschädniß der Viehverlustigen Personen bey ansteckenden Krankheiten aufbewahrt und ver-

26. März 1816. waltet wird, so sollen sich die verordneten Vieh-Inspektoren, bey Ausstellung der Scheine, genau an obiger Vorschrift halten; maßen jeder ausgestellte Schein, der einen geringern als den geordneten Stempel tragen würde, als ungültig angesehen, und der Inspektor nicht nur um den zehnfachen Werth des betreffenden Stempels, sondern auch für jede solche Widerhandlung um einen Franken gebüßt werden soll.

14) Die in obigem Artikel erklärte Ungültigkeit der Viehscheine, welche einen geringern als den gesetzlichen Stempel tragen, hat keinen andern Zweck, als einer wohlthätigen Anstalt die gesetzlich bestimmten und im Verhältnisse des Viehverkehrs billigen Einlagen zuzusichern. Da es aber wiederfahren dürfte, daß die Zurückweisung des Viehs, das schon allbereits nach einem entfernten Orte oder Markte gebracht worden, den Eigenthümer ohne sein Verschulden in beträchtlichen Schaden versehen könnte, so sollen solche Scheine zwar eingezogen werden: auf den Fall aber, daß nach vorgegangener Besichtigung des Viehs nichts verdächtiges an demselben bemerkt, und sonst alle übrigen Vorschriften erfüllt worden wären, die betreffenden Herren Oberamtmänner, oder in derselben allzuweiten Entfernung die Gerichtsstatthalter oder sonstige Orts-Polizen-Behörden die Befugniß haben, durch die Vieh-Inspektoren des Orts andere, mit dem gesetzlichen Stempel versehene, Gesundheitsscheine dagegen ausfertigen zu lassen, damit solches Vieh an seine Bestimmung gelangen könne. Auf dergleichen Scheine aber soll der betreffende Inspektor die Ursache bemerken, warum selbige von ihm ausgestellt worden; auch soll er die empfangenen ungül-

tigen Scheine mit der Anzeige des Vorfalls seinem Herrn 26. März Oberamtmann zu weiterer Versendung an den Sanitäts-Rath überschießen. 1816.

III. A b s c h n i t t.

Von der Markt = Inspektion.

15) Nach den Vorschriften über das Zeichnen und die Gesundheitscheine, darf kein Stück Hornvieh, das nicht mit einem authentischen Gesundheitschein versehen und gehörig bezeichnet ist (wenn es sich im Falle des Zeichnens befindet) auf einen öffentlichen Markt geführt werden. Zu dem Ende soll an jedem Orte, wo öffentliche Märkte statt haben, die nöthige Inspektion bestellt werden.

16) Die Anzahl der Personen, welche mit dieser Inspektion zu beauftragen sind, soll sich immer nach der Zahl der auf den Markt führenden Zugänge richten, so daß bey jedem solchen Zugange ein Inspektor zur Examination der Viehscheine vorhanden seyn soll. Damit aber das Vieh nicht allzu lange aufgehalten werde, so soll an großen und stark besuchten Märkten, nöthigen Falls, jedem dieser Markt = Inspektoren ein Gehülfe zugegeben werden.

17) Da aber in den Ortschaften, in welchen nur ein oder mehrere Viehmärkte des Jahrs gehalten werden, besonders in Berg = Gegenden, es vielleicht in Hinsicht der Lokalität Schwierigkeiten haben dürfte, die Markt-Inspektion durch eine hinlängliche Anzahl dafür beständig bestellter Inspektoren zu versehen: so werden die

26. März 1816. Herren Oberamtmänner zu Handhabung der Markt-Polizen für solche Ortschaften das der Lage Angemessene mit den Orts-Behörden verabreden, und dem Sanität-rathe zur Genehmigung einberichten.

18) Die Herren Oberamtmänner werden ferner da, wo sie selbst zu entfernt sind, und die daherige Polizen nicht den Orts-Behörden übertragen ist, dem Gerichtsstatthalter oder einem Vorgesetzten die Oeraufsicht auf die Markt-Inspektion übertragen, an welchen dann die Markt-Inspektoren in vorkommenden Fällen sich zu wenden und seine Weisungen zu gewärtigen haben.

IV. A b s c h n i t t.

Von dem Besatz der Allmenten, der Frühlings-Sommer- und Herbst-Bergweiden, und von ihrer Auf- und Abfahrt.

A.

Von dem Besatz der inneren Bergweiden mit einheimischem Vieh.

19) Alles Vieh, das außer seinem Inspektionsbezirke gesömmert wird, soll mit vorschristsmäßigen Scheinen begleitet werden, und in allen Fällen, die Weiden mögen in oder außer dem Inspektionsbezirke liegen, vorschristsmäßig gezeichnet seyn.

20) Die Aufahrt soll zur Tagszeit und unter Aufsicht und im Beseyn der Berg-Inspektoren oder Berg-Wögte vor sich gehen. Zu dem Ende soll denselben der Besatztag

Besatztag früh genug bekannt gemacht werden; bei zwanzig Franken Buße und je nach den Umständen schärferer Abndung, Falls Gefährde dabei unterlaufen wäre. 26. März 1816.

21) Nach dem Besatztage steht alles Vieh unter der Aufsicht des bestellten Berg-Inspektors, und es soll nachher auch kein mehreres Vieh auf die Berge gebracht werden, es sei denn dem Inspektor angezeigt und ihm die Scheine dafür eingehändigt worden; so soll auch ohne dessen Vorwissen kein Vieh darab geführt werden, bei drei Franken Buße von jedem Stück und je nach den Umständen strengerer Strafe.

22) Gleich wie die Auffahrt, soll auch unter gleicher Strafe die Abfahrt des Tages vor sich gehen, und nicht eher statt finden bis der Inspektor die Waare visitirt, und die Bewilligung zur Abfahrt in den zurückgestellten Scheinen schriftlich ertheilt haben wird.

23) Mit solchen von den Berg-Inspektoren ausgestellten und mit der schriftlichen Bewilligung zur Abfahrt versehenen Gesundheitsscheinen dann kann das Vieh wieder nach Hause gebracht werden. Auch wird zu Erleichterung des Viehverkehrs zugegeben, daß im Fall der eine oder andere Viehbesitzer sein Vieh bei der Abfahrt also gleich und ehe er damit nach Hause kommt, auf einem zwischen dem Berge und seiner Heimath oder rückwärts derselben gelegenen öffentlichen Markte zum Verkauf bringen wollte, derselbe mit der erforderlichen Anzahl Scheine zugelassen werden kann. In allen Fällen aber soll ein solcher Schein auch nicht länger als 14 Tage nach dem Datum der besagten Unterschrift des Berg-Inspektors gültig seyn.

26. März
1816.

B.

Von dem Besatz der inneren Weiden mit Vieh
aus anderen Schweizer-Cantonen.

24) Bey diesem soll es, in Zeiten des freyen Vieh-
verkehrs, in allem gleich gehalten werden, wie bey der
Bergfahrt überhaupt ist vorgeschrieben worden. Folglich
sollen diese Heerden in allem, wie die hiesigen, der Auf-
sicht der hierseitigen Berg-Inspektoren und allen übr-
igen Verordnungen unterworfen seyn.

C.

Von dem Besatz der inneren Weiden mit Vieh
aus fremder Botmäßigkeit.

25) Soll zur Auffahrt auf die Berge, wie bis dahin
immer üblich gewesen, vorerst die Bewilligung des Sa-
nität-Raths eingeholt werden, der dieselbe erst dann
ertheilen wird, wenn durch ein von kompetenter Regie-
rungs- Behörde schriftlich ausgestelltes Zeugniß wird
bewiesen seyn, daß in den äußeren Ortschaften, aus wel-
chen Vieh auf hierseitige Bergweiden getrieben werden
soll, keine ansteckende Viehkrankheit herrsche, und in den
letzten drey Monaten keine geherrscht habe.

26) Ueberdies soll dergleichen fremdes Vieh bey der
Auffahrt, gleich wie alles Vieh im Lande, mit gedruckten
authentischen Scheinen versehen und vorschriftmäßig ge-
zeichnet seyn. Es soll auch bey der Auffahrt von hier-
orts bestellten Berg-Inspektoren visitirt, und der Berg-
Inspektion, wie solche im Allgemeinen vorgeschrieben
ist, ohne Ausnahme unterworfen werden.

26. März
1816.

D.

Von dem Besatz der äußeren Weiden mit einheimischem Vieh.

27) In Zeiten des freien Viehverkehrs ist die Ausfahrt zur Sommerung des Viehs hiesiger Angehörigen auf äußere Berge und Weiden erlaubt. In Zeiten aber, da gegen den betreffenden Schweizer-Canton oder fremde Botmäßigkeit, oder auch nur gegen eine Gegend derselben hierseits eine Viehsperre verhängt worden wäre, soll ohne spezielle Bewilligung des Sanität-Raths in solchen Canton oder Botmäßigkeit kein Vieh zur Sommerung geführt werden. Bei Strafe der Nichtwiedereinbringung des Viehs und der Niederschlagung desselben, Falls es den hiesigen Boden wieder betreten würde.

28) Soll bei der Abfahrt von solchen äußeren Bergen dem Vieh der Wiedereintritt in das Land nicht gestattet werden, es sene denn mit authentischen Gesundheitsscheinen von dem Bezirke, in welchem es gesömmert worden, frischerdings versehen, und der freie Viehverkehr während der Sommerungs-Zeit von hier aus niemals untersagt gewesen; ansonsten im letzten Fall die Bewilligung zur Wiedereinfuhr bei dem Sanität-Rathe angebeht werden muß, damit derselbe zugleich die dabei nöthig findenden Vorsichtsmaßregeln vorschreiben könne. Alles bei der im §. 27. festgesetzten Strafe.

29) Von dem ersten Theil des obigen §. ist ausgenommen dasjenige Vieh, das in benachbarten Can-

26. März 1816. tonen gesömmert wird, in welchen eine gleiche Berg-Inspektion, wie in dem hiesigen veranstaltet ist, und in welchen das Vieh bey der Abfahrt visitirt und für dieselbe eine schriftliche Bewilligung mit dem Zeugniß, daß das Vieh unverdächtig sey, ertheilt wird.

E.

Von dem Besatz der Allmenten.

30) Gleichwie bey der Bergauffahrt, soll auch bey Besetzung der Allmenten, von den Vorgesetzten und den Vieh-Inspektoren des Orts eine genaue Aufsicht und Inspektion gehalten werden, woben der Vieh-Inspektor auch alles dasjenige zu beobachten hat, was den Berg-Inspektoren bey ihren Pflichten in den §§. 65. und 66. vorgeschrieben wird. Hieben wird aber die Ausnahme gemacht: daß wenn ein Stück Vieh wegen Verdacht einer ansteckenden Krankheit zurück gewiesen werden müßte, alsdenn die ganze Heerde alsobald in ihre Ställe zurück gebracht und bis auf weitere Verfügung mit Stallbann belegt werden soll; alles bey der seines Orts auf den Fall gesetzten Strafe.

31) Ohne Bewilligung der Vorgesetzten soll den Sommer hindurch kein Nachbesatz statt haben; und wenn ein solcher erlaubt würde, so soll dem Inspektor vorerst das Vieh zur Visitation zugeführt werden, der dann solches auf seinem führenden Verzeichnisse nachtragen wird, und im Fall das Vieh frisch in die Gemeinde geführt worden wäre, so soll ihm auch desselben Gesundheitschein zugestellt werden. Alles bey der im §. 21. fest gesetzten Strafe.

32) Sind obige Bestimmungen nur von solchen Al- 26. März
menten zu verstehen, ab welchen den Sommer hindurch 1816.
das Vieh zu Zeiten in die Ställe nach Hause gelassen
wird; maßen diejenigen Almenten, die zu Vor- und
Spät-Weiden der Berge dienen, oder von welchen
sonst den Sommer hindurch das Vieh nicht nach Hause
getrieben wird, gänzlich unter den Vorschriften für die
Bergfahrt begriffen seyn sollen.

Z w e n t e r T h e i l.

Polizey - Vorschriften gegen ansteckende Seuchen.

I. A b s c h n i t t.

Allgemeine Vorsichtsmaßregeln zu Verhütung der
Ausbreitung ansteckender Krankheiten.

33) Jedem Eigenthümer oder wer es sonst seyn
mag, dem Vieh zur Besorgung anvertraut ist, liegt die
Pflicht ob, genau auf sein Vieh zu wachen, und bey
jeder nicht ganz gewöhnlichen Krankheit desselben einen
erfahrenen Thierarzt zu dessen Examinirung und Besor-
gung herben zu rufen.

34) Sollte der Vieharzt bey der Untersuchung die
Krankheit nur einigermaßen verdächtig finden, so soll
derselbe dem Vieh- oder Berg- Inspektor ungesäumt
davon Nachricht geben, und vorläufig die Anstalt treffen,
daß solch krankes Vieh alsobald von dem gesunden ab-
gesondert, besonders gewartet und bey keinem Brunnen,
auch aus keinem Geschirre, woraus anderm Vieh zu

26. März trinken gereicht wird , getränkt werde. Das Nämliche
 1816. soll ein Vieharzt in allen Gelegenheiten beobachten , wenn
 ihm etwas Verdächtiges auffallen sollte.

35) Auf eine solche oder auch sonst erhaltene Anzeige , soll der betreffende Inspektor sich ungesäumt auf Ort und Stelle begeben , über den Anfang der Krankheit , allfälligen Einkauf der Viehs und andere Umstände sich genau erkundigen , und vereint mit dem Vieharzte sogleich einen getreuen schriftlichen Bericht über den Verhalt der Sache abfassen , sodann solchen mit einem Verzeichniß (nach Formular No. 4.) über sämtlich beisammen stehendes Vieh mit aller Beförderung dem Herrn Oberamtmann überschicken. Es soll übrigens dem Inspektor frey stehen , der anzustellenden Untersuchung noch einen zweyten Vieharzt beziehen zu können.

36) Der Inspektor wird ferner nicht nur darauf wachen , daß die schon vorhin von dem Vieharzte anbefohlene Sönderung des kranken von dem gesunden Vieh strenge beobachtet werde , sondern er wird auch vorläufig und bis auf weitere Verfügung des Herrn Oberamtmanns , je nach den Umständen den Stall - oder Weidbann über sämtlich dieses Vieh und alles das , so mit ihm in Berührung gewesen , verhängen ; er wird auch veranstalten , daß zwischen demselben und anderm Vieh keine Berührung statt habe , und ohne Erlaubniß seines Herrn Oberamtmanns keine Gesundheitscheine oder Bewilligungen zur Bergfahrt für seinen Bezirk mehr ertheilen.

37) Einen solchen Vorfall wird der Herr Oberamtmann , begleitet mit einer Abschrift der erhaltenen An-

zeige, ungesäumt und so umständlich als möglich dem 26. März Sanität-Rathe mittheilen. Inzwischen aber wird er, 1816.
je nach dem Grade des Verdachts, die gänzliche Orts-
sperrre für das Hornvieh, so wie die gleichzeitige genaue
Aufschreibung aller darin begriffenen Stücke veranstalten,
und sich über den Gesundheits-Zustand des kranken und
verdächtigen Viehs täglich Bericht abstaten lassen.

38) Würde es sich dann aus den Berichten, auch
einer allfälligen von ihm dem Herrn Oberamtmann ver-
anstalteten nochmaligen Untersuchung durch Experte und
andern Umständen in kurzem ergeben, daß der Verdacht
einer ansteckenden Krankheit gänzlich ungegründet sey,
so mag derselbe die getroffenen Sicherheits-Maßregeln,
unter gleichzeitiger Mittheilung der Gründe an den Sa-
nität-Rath, von ihm aus, aufheben.

39) Würde sich aber das Gegentheil erzeigen, und
durch inzwischen gefallenes oder sonst noch mehr krank
gewordenes Vieh die Ansteckung beynahe unzweifelbar
werden, oder gar sich ganz ermahren, so wird der Herr
Oberamtmann sämtliches Vieh, gesundes und krankes,
alsogleich durch zwei ehrbare unparthenische und Sach-
kundige Männer schätzen lassen, zu dem Ende diesen
Schätzern die dem gegenwärtigen Reglemente beugefügte
Instruktion abschriftlich mittheilen, und sie darüber in
Gelübd aufnehmen. Für alles Fernere dann wird der-
selbe die Befehle des Sanität-Raths gewärtig seyn.

40) Da in dergleichen Fällen eine geschwinde An-
zeige, und die genaue Befolgung der vorhandenen Vor-
schriften die einzig sicheren Mittel sind, der Ausbreitung
einer ansteckenden Krankheit alsogleich und in ihrem Ent-

26. März stehen zuvor zu kommen, so darf man zuversichtlich erwarten, daß sich niemand eine Nachlässigkeit oder sonst eine Widerhandlung werde zu Schulden kommen lassen, am allerwenigsten die Viehbesitzer nicht, zumal denselben durch die Verordnung des Großen Rathes vom 9. May 1804 in solchen Fällen aus der Vieh-Entschädigungs-Cassa gesetzlich eine Entschädniß zugesichert wird.

41) Von einer solchen Entschädniß sind aber alle diejenigen ausgeschlossen, welche sich wissentlich der Verheimlichung des Ausbruchs einer Krankheit an ihrem Vieh schuldig machen, oder sonst auf irgend eine Weise den daherigen Verordnungen oder Befehlen widerstreben. Ueberdies machen sich dieselben für allen daraus entstehenden Schaden verantwortlich, und werden je nach den Umständen noch mit vierwöchentlicher bis einjähriger Gefangenschaft bestraft werden.

42) Sollte aber auch wider Erwarten ein Vieharzt gegen die ihm im §. 34. vorgeschriebenen Pflichten handeln, so soll demselben nicht nur die Ausübung seines Berufs auf kürzere oder längere Zeit untersagt, sondern er soll auch nach Maßgabe der Umstände strenge bestraft werden.

43) Desgleichen soll auch der Inspektor, der die hievon §. 35. und 36. enthaltenen Vorschriften vernachlässigen oder gar versäumen würde, seiner Stelle entsetzt, und je nach Bewandniß der Sache für die daraus entstehenden Folgen verantwortlich gemacht, oder sonst auf angemessene Weise dafür bestraft werden.

44) Jedes Stück Vieh das mit Bann belegt ist,

und aus dem Bannbezirke heraus geführt wird, soll, wo es auch betreten werden mag, ohne Rücksicht niedergeschlagen, und gesund erscheidenden Falls das Fleisch davon den Armen des Orts, wo der Frevel entdeckt worden, ausgetheilt werden. Würde das Stück Vieh aber nicht wieder betreten, so soll der Eigenthümer oder wer sonst einen solchen Bannbruch veranstaltet oder vollführt haben mag, eine dem muthmaßlichen Werthe oder der bereits gemachten Schätzung desselben gleichkommende Summe Geldes als Strafe bezahlen. Ueberdies sind die Strafbaren, je nach Bewandniß der Sache, nach der angeführten Verordnung des Großen Rathes von 1804 anzusehen; woben es denn auch den Verstand hat, daß dasjenige Vieh, bey welchem ein aus dem Bann geführtes Stück gestanden hätte, ebenfalls mit Bann belegt werden, und bis auf weitem Befehl darin verbleiben soll.

45) Die Anwendung der Verordnung des Großen Rathes ist jedoch nur von solchen in derselben selbst benannten oder anderen ansteckenden tödtlichen Viehseuchen zu verstehen, nicht aber von der vor mehreren Jahren in den mehrsten Cantonen der Schweiz verspürten Zungen- und Klauen-Seuche. Nichts desto weniger soll der Viehbesitzer so wie der Vieharzt den Ausbruch dieser Krankheit (bey einer Buße von vier Franken bis höchstens vierzig Franken im Unterlassungsfalle) alsogleich dem Inspektor und dieser dem Herrn Oberamtmann anzeigen, der denn auch die Sperre über einen kleinern oder größern Bezirk zu verhängen, und die Sache dem Sanität-Rathe einzuberichten hat.

26. März
1816.

II. A b s c h n i t t.

Vorsicht auf den Gränzen.

46) Die Herren Oberamt männer auf den Gränzen werden über den Gesundheitszustand des Viehs der benachbarten Gegenden ein wachsames Auge halten. Besonders aber sollen diejenigen, deren Amtsangehörige Vieh auf die Berge der benachbarten fremden Botmäßigkeiten zur Sommerung treiben, im Frühjahr vor der Aufahrt und im Herbst vor der Abfahrt sich darüber genau erkundigen; auch zu jeder Zeit, wenn ihnen etwas von verdächtigen Krankheiten bekannt werden sollte, durch Correspondenz mit den benachbarten Beamten oder auf andere Weise über den wahren Verhalt der Sache genaue Berichte einziehen. Im Fall denn eine verdächtige oder ansteckende Krankheit sich erwahren sollte, werden diese Herren Oberamt männer, je nach der Größe der Gefahr, vorläufig und bis auf weitere Verfügung des Sanität-Raths die Einfuhr des Viehs aus der betreffenden Gegend verbieten, zu gleicher Zeit aber den benachbarten Beamten davon Kenntniß geben, und dem Sanität-Rathe ungesäumt über alles umständlichen Bericht abstaten. Die auffällige Einschwärmung des Viehs aus der Gegend, gegen die gesperrt worden, werden sie dann nach den hievor enthaltenen Vorschriften über den Bannbruch bestrafen, und über die Vorschriften, die äußere Bergfahrt betreffend, ganz besonders wachen.

III. A b s c h n i t t.

26. März
1816.

Von der Oeffnung und Verscharrung des gefallenen Viehs.

47) Das abgestandene Vieh soll so bald möglich von dem Wafenmeister ausgezogen und in Bensenn eines Vieharzts oder des Vieh = Inspektors, auf den Bergen aber im Bensenn des betreffenden Berg = Inspektors, sorgfältig geöffniet und untersucht werden. In Abwesenheit des Vieharztes und des Inspektors soll ein Vorgesetzter des Orts oder sonst ein ehrbarer, verständiger und unparthenischer Mann bey der Eröffnung zugegen seyn; da dann, wenn nichts Verdächtiges zum Vorschein kommt, die Haut dem Eigenthümer überlassen werden soll. Die übrigen Theile aber sollen sogleich in einer sechs Schuh tiefen Grube, mit Erde wohl zugedeckt, und wenn es auf einer Weide ist, noch mit Dornen oder anderm Gesträuche belegt, oder umzäunt werden.

48) Würde aber bey dem Leben des Thiers die Krankheit nur den geringsten Verdacht von Ansteckung erregt haben, so sollen alsdenn bey der Oeffnung in allen Fällen wenigstens ein Sachverständiger Vieharzt und der Inspektor zugegen seyn, (in des Lettern Abwesenheit aber sein Stellvertreter nebst einem beeidigten Vorgesetzten des Orts) die dann vereint mit dem Wafenmeister, der Verdacht mag sich ermahren oder nicht, das Herausgekommene uneingestellt und schriftlich dem Herrn Oberamtman einzuüberichten haben.

49) Wird in einem solchen Falle bey der Oeffnung und Untersuchung eines gefallenen Stück Viehs nur der

26. März 1816. geringste Verdacht einer ansteckenden Krankheit (worunter jedoch die Zungen- und Klauen-Seuchen nicht zu verstehen sind) zum Vorschein kommen, so soll, um allen Folgen, die aus Unvorsichtigkeit oder Mißbrauch entstehen könnten, vorzubeugen, die Haut in vier Stücke zerschnitten und mit den übrigen Theilen des Thiers, nebst der Oberfläche der Erde oder des Wafens, worauf dasselbe geöffnet worden ist, acht Schuhe tief verscharrt, und auf einer Weide die Grube noch umzäunet werden.

50) In Fällen aber, da die Krankheit schon beim Leben des Thiers als ansteckend anerkannt worden wäre, soll ohne besondern Befehl des Sanität-Raths kein Stück Vieh weder geöffnet noch demselben die Haut abgezogen, sondern es soll ein solches Stück, nachdem die Haut in allen Richtungen durchschnitten worden seyn wird, uneröffnet nach obiger Vorschrift verscharrt werden.

26. März
1816.

D r i t t e r T h e i l .

Instruktion der für die Rindvieh = Polizzen ange- stellten Beamten.

I. A b s c h n i t t .

Von den Vieh - Inspektoren.

A.

Bestellung der Vieh-Inspektoren.

51) In jeder Kirchgemeinde, und so weit es nöthig seyn mag in derselben Unter - Abtheilungen, soll wie bis dahin ein Inspektor seyn. Jeder derselben hat einen Stellvertreter, der im Fall von Krankheit, Abwesenheit, auch allzunaher Verwandtschaft mit dem Vieh - Eigenthümer, so wie, wenn es das Vieh des Inspektors selbst betrifft, ihn in seiner Stelle ersetzt. Die Vieh-Inspektoren selbst werden von den Herren Oberamtännern ernannt und über die genaue Befolgung ihrer Pflichten in Gelübd aufgenommen. Ihre Stellvertreter aber mögen die Inspektoren unter selbst eigener Verantwortlichkeit aus der Zahl der Gerichtsgeschwornen oder anderen in Eid und Pflicht stehenden Vorgesetzten selbst wählen; doch sollen diese Stellvertreter von den Herren Oberamtännern auch in Gelübd aufgenommen werden.

B.

Pflichten der Vieh - Inspektoren.

52) Die Vieh - Inspektoren sollen sich mit allen

26. März 1816. hievor in dem 1ten und 2ten Abschnitt des ersten Theils über die Zeichnung des Viehs und die Gesundheitscheine enthaltenen Vorschriften, so wie mit allem was in dieser Verordnung enthalten ist, genau bekannt machen, und überhaupt alles dasjenige, was in derselben auf ihre Funktionen Bezug hat, pflichtmäßig erfüllen.

53) Sie sollen im Frühjahr vor dem Weidgang und im Herbst nach dem Einstellen, in ihren Bezirken einen Umgang halten, um das Vieh zu zeichnen, das im Falle des Zeichnens sich befindet.

54) Sollen dieselben alles Vieh, für das sie Bergfahrtscheine ertheilen (mit Sönderung dessen, was im Canton und außer den Canton zur Sömmierung gehet) genau nach dem Formular Nro. 2. aufschreiben.

55) Sollen dieselben sich immer mit einer hinlänglichen Anzahl gedruckter Gesundheitscheine, die den vorgeschriebenen Stempel tragen, aus der Amtschreiberei versehen. Von diesen Scheinen sollen sie aber bey Strafe der Entsehung und der im §. 9. vorgeschriebenen Buße niemanden (ihre Statthalter allein ausgenommen) unausgefüllte, mit oder ohne ihre Unterschrift versehene, zukommen lassen. So sollen sie sich auch bey der im §. 13. darauf gesetzten Strafe des vorgeschriebenen Stempels bedienen.

56) Ueberhaupt sollen dieselben auf alle das Vieh betreffende Vorschriften wachen, und bey verdächtigen Fällen sich ganz genau nach den im 1ten Abschnitt des 2ten Theils enthaltenen allgemeinen Vorschriften, insbesondere aber nach den ihnen in den §§. 35. und 36. vor-

geschriebenen Pflichten richten, die Widerhandlungen 26. März;
gehörigen Orts anzeigen, auch alles dasjenige befolgen, 1816.
was ihnen in Zukunft ihrer Pflichten halb noch vorge-
schrieben oder anbefohlen werden möchte.

C.

Entschädniß der Vieh-Inspektoren.

57) Soll den Inspektoren für die Zeichnung des Viehs von jedem Stück ein Bazen bezahlt werden.

58) Für die Ausfertigung der Scheine dann soll ihnen, über die Vergütung der Stempel-Gebühr aus, noch bezahlt werden:

- a. Für die Scheine der einzelnen Stücke Viehs sieben Rappen, und
- b. Für die Scheine für zwei, drei und mehrere Stücke Viehs, von jedem Stück fünf Rappen.

Mit dieser Entschädniß dann sollen die Inspektoren für diese Verrichtungen sich begnügen, und ein mehreres zu fordern nicht berechtigt seyn. Hingegen sollen denselben die ihnen in Folge der §§. 35. und 36. zukommen mögenden Verrichtungen extra bezahlt werden, so wie ihnen auch für die Aufsicht und Aufnahme des vorgeschriebenen Verzeichnisses bey Besetzung der Allmenten von Seite der Gemeinden ein angemessenes Taggeld bezahlt werden soll.

26. März
1816.

II. Abschnitt.

Von den Markt = Inspektoren.

A.

Bestellung der Markt = Inspektoren.

59) Die Markt = Inspektoren sollen in der im §. 16. vorgeschriebenen Anzahl von den betreffenden Herren Oberamt Männern oder den Behörden, welchen die Orts = Polizen übertragen worden ist, ernannt und über ihre hienach stehenden Pflichten in Gelübd aufgenommen werden.

B.

Pflichten der Markt = Inspektoren.

60) Ihre Obliegenheit ist: von allem Vieh, das ankommt, die Scheine zu examiniren, und wenn diese nach den hievori im 2ten Abschnitt des 1sten Theils enthaltenen Vorschriften ausgefertigt sind und den gehörigen Stempel tragen, (in soweit es das Vieh des hiesigen Cantons betrifft) überhaupt dann das Vieh gehörig bezeichnet sich befindet, und mit der Angabe im Scheine übereinstimmt, dasselbe passiren zu lassen.

61) Sollten aber die Scheine nicht in der gehörigen Form ausgefertigt seyn, oder denselben die eine oder andere Erforderniß mangeln, oder sonst Gefährde dabey zum Vorschein kommen, so werden die Markt = Inspektoren das damit angekommene Vieh anhalten, und die Sache alsogleich mit Uebersendung der unregelmäßig befundenen Scheine und ihrem Berichte, was sonst dabey
zum

zum Vorschein gekommen, dem Herrn Oberamtmanu oder 26. März
 der ihnen von demselben hierzu angewiesenen Ortsbe- 1816.
 hörde anzeigen, und deren weitere Verfügungen gewär-
 tig seyn.

62) Das gleiche haben die Markt - Inspektoren zu beobachten, wenn Vieh ohne Gesundheitscheine ankomen würde, oder dasselbe nicht gezeichnet wäre, wenn es sich im Alter des Zeichnens befindet, oder endlich sonst ein Verdacht von Betrug sich erzeugen, oder solches gar aus einer mit Bann belegten Gegend herkommen sollte.

C.

Entschädniß der Markt - Inspektoren.

63) Da die Markt-Polizen eine mit den Vortheilen der Markt-Privilegien verbundene Beschwerde ist, so sollen die Kosten der Markt - Inspektion von den Ortschaften, wo die Märkte sich halten, ertragen werden.

III. A b s c h n i t t.

Von den Berg - Inspektoren.

A.

Bestellung der Berg - Inspektoren.

64) Für jeden Berg, er mag mit außerm oder nur mit Vieh des gleichen Gemeindsbezirks besetzt werden, soll von dem betreffenden Herrn Oberamtmanu ein Sachverständiger und so wenig möglich entfernt wohnender

26. März 1816. Mann zum Berg - Inspektor bestellt und derselbe über seine Pflichten in Gelübde aufgenommen werden. Je nach den Umständen kann einem solchen Manne die Aufsicht auf mehr als einen Berg anvertraut werden. Jeder Berg - Inspektor erwählt aus der Zahl des Gerichts oder anderen beeidigten Vorgesetzten einen Stellvertreter, der ihn in Krankheits- oder anderen Umständen ersetzt, und den er dem Herrn Oberamtmann zur Bestätigung vor schlägt.

B.

Pflichten der Berg - Inspektoren.

65) Die Berg - Inspektoren sollen überhaupt genau auf die Befolgung alles desjenigen wachen, was hievon im 4ten Abschnitt des ersten Theils, der Bergfahrt halber, im Allgemeinen vorgeschrieben ist. Bei der Auffahrt auf die Berge sollen sie zugegen seyn, die Gesundheitscheine zu Handen nehmen, das Vieh Stück für Stück besichtigen, jedes derselben auf ein Verzeichniß (nach dem Formular No. 3.) schreiben, und in den ersten acht Tagen dem Herrn Oberamtmann ein Doppel dieses Verzeichnisses einsenden; welches alles auch bei solchen Bergen beobachtet werden soll, die mit Vieh aus dem gleichen Inspektions - (Gemeinds -) Bezirke besetzt werden, mit alleiniger Ausnahme, daß dieses Vieh keiner Gesundheitscheine zur Auffahrt bedarf.

66) Sind die Scheine in Ordnung, das Vieh gehörig bezeichnet, und es waltet kein Verdacht irgend einer gefährdenden Krankheit oder Handlung, so soll der Aufzug gestattet werden. Im entgegengesetzten Falle aber sind alle Stücke Viehes, an welchen das eine oder an-

dere Erforderniß mangelt, zurückzuweisen; und sollte 26. März dieses gar wegen Verdacht einer ansteckenden Krankheit 1816. seyn, so sollen die zurückgewiesenen Stücke an einem sichern und abgesönderten Orte sequestriert, und die ganze Heerde, um alle Communication mit anderm Vieh zu vermeiden, bis auf fernern Befehl bewachtet werden. In allen Fällen soll der Inspektor den Vorfall dem Herrn Oberamtmann ohne Verzug schriftlich anzeigen.

67) Auf diejenigen Berge, welche mit Vieh fremder Botmäßigkeiten außer der Eidgenossenschaft besetzt werden, wird der Inspektor die Auffahrt erst dann gestatten, wenn ihm eine schriftliche Bewilligung hierzu von dem betreffenden Herrn Oberamtmann wird zugekommen seyn. In Ermanglung einer solchen wird er das Vieh zurückweisen und die Sache dem Herrn Oberamtmann anzeigen.

68) Vierzehn Tage nach der Auffahrt, und nachher alle Monate einmal, wird der Inspektor die Besichtigung der Heerde wiederholen, das Vieh seinem Verzeichnisse entgegenhalten, und Falls in der Zwischenzeit etwas Ordnungswidriges vorgefallen wäre, oder sonst etwas Gefährdendes zum Vorschein kommen würde, die betreffenden Personen darüber zur Rede stellen, und das Herauskommende dem Herrn Oberamtmann einberichten.

69) Da ohne sein Vorwissen und Bewilligung zwischen der Auf- und Abfahrt kein Vieh weder auf den Berg gebracht noch darab geführt werden soll, so wird er die Scheine des allfälligen Nachbesatzes gleich wie bei der Auffahrt in Empfang nehmen, das Vieh in sein Verzeichniß mit der Bemerkung, woher es gekommen,

26. März nachtragen, und das allfällig abgeführte Vieh mit der
1816. Anzeige, wo es hingeführt worden, in demselben durch-
streichen.

70) Zwischen den regelmäßig vorgeschriebenen Visitationen wird der Berg-Inspektor sich auch so oft auf den Berg begeben, als ihm eine Anzeige von einer nicht ganz gewöhnlichen Krankheit oder sonst von gefallenem Vieh gemacht werden sollte, und wird in Fällen von Verdacht genau nach den in den §§. 35. und 36. bestimmten Vorschriften verfahren, und die gefallenen Stücke in seinem Verzeichnisse bemerken.

71) Werden die Berg-Inspektoren an den Gränzen des Cantons sich auch um den Gesundheitszustand des Viehs auf den benachbarten äußeren Bergen erkundigen, und Falls sie etwas von verdächtigen oder ansteckenden Krankheiten in Erfahrung bringen sollten, solches sogleich ihren Herren Oberamt Männern anzeigen.

72) Etwa acht Tage vor der bestimmten Abfahrt soll der Inspektor die Heerde nochmals vorschriftsmäßig besichtigen, und wenn dieselbe gesund und ohne Verdacht ansteckender Krankheiten ist, die Bewilligung zur Abfahrt ertheilen, zu diesem Ende dann den Eigenthümern oder Hirten die bey der Auffahrt enthaltenen Gesundheits-scheine, mit beugefügter schriftlichen Bewilligung und Unterschrift versehen, zurückgeben.

73) Soll endlich jeder Berg-Inspektor in der Regel vierzehn Tage nach der Auffahrt und vierzehn Tage nach der Abfahrt, ein Doppel des aufgenommenen Verzeichnisses von dem außer dem Cantone gesömmerten

Vieh, seinem Herrn Oberamtmann zu Handen des Sa- 26. März
nität - Rathes eingeben. 1816.

C.

Entschädniß der Berg-Inspektoren.

74) Da die Berg - Inspektion eine zum Besten der Viehbesitzer angeordnete Polizen - Anstalt ist, die den Inspektoren viele Zeit und Mühe kostet, so soll denselben für die ihnen vorgeschriebenen allgemeinen Verrichtungen von den Viehbesitzern folgendes bezahlt werden: Bei der Auffahrt von jedem Stück Vieh fünf Rappen, bei der Abfahrt ein gleiches, und für die zwischen der gewöhnlichen Auf- und Abfahrtszeit zu ertheilenden Bewilligungen zur Abfuhr des Viehs oder Nachbesatzes vom Stück ein Baken.

75) Bei jenen Bergen dann, die von Gemeinheiten oder sonst mehreren Partikularen benutzt werden, folglich die Beziehung dieser Entschädniß dem Inspektor von jedem Vieh - Eigenthümer nicht wohl möglich wäre, soll solche bei der gewöhnlichen Auf- und Abfahrt von dem Hirten oder Bergbeamten, welcher die Bergrechnung führt und die allgemeinen Unkosten bestreitet, sammethaft gereicht und bezahlt werden.

76) Die allfälligen Extra - Verrichtungen bei verdächtigen oder ansteckenden Krankheiten dann werden dem Berg - Inspektor, gleich wie dem Vieh - Inspektor, nach einem billigen Fuße extra bezahlt.

26. März
1816.

IV. A b s c h n i t t.

Von der allgemeinen Gränz-Aufsicht.

77) Allen Inspektoren, Zollnern oder anderen Gränzbeamten des Cantons liegt ob, und wird denselben anmit besonders zur Pflicht gemacht, die Scheine sowohl für das in den Canton einzubringende als das auszuführende Vieh sorgfältig zu untersuchen, keinem Vieh, das nicht mit einem authentischen Gesundheitschein begleitet und das nicht gehörig bezeichnet ist, den Ein- oder Austritt zu gestatten, in Zeiten der Viehsperre den erhaltenen Befehlen genau nachzukommen, und in allem nach der hievor den Markt-Inspektoren ertheilten Vorschrift sich zu richten; so wie auch im Falle ihnen etwas von ansteckenden Krankheiten in den angränzenden Gegenden bekannt werden sollte, solches sogleich und so umständlich als möglich ihrem Herrn Oberamtmann anzuzeigen.

V. A b s c h n i t t.

Von den Viehschähern bey ansteckenden Krankheiten.

78) In Exekution der Verordnung des Großen Rathes vom 9. May 1804, soll in gefährlich ansteckenden Seuchen, wo das Niederschlagen des Viehes angeordnet werden dürfte, alsogleich sämtlich angestecktes und der Ansteckung verdächtiges Vieh, durch zwen, aus einer benachbarten Gemeinde, von dem Herrn Oberamtmann

zu bestellende Schärer geschätzt, und die Schätzung selbst 26. März
für jedes Stück besonders, mit Beschreibung der Gat- 1816.
tung, Farbe und Alter (nach dem Formular No. 5.)
aufgezeichnet und von den Schärern unterschrieben
werden.

79) Die Schärer sollen durchaus bekannt rechtschaf-
fene, unparthenische und sachkundige Männer seyn, die
mit den Eigenthümern des Viehs in keinerlei Verbindung
und Verwandtschaft stehen.

80) Bei der Schätzung selbst sollen dieselben die
strengste Unparthenlichkeit beobachten, dabei dem Eigen-
thümer weder zum Vortheil noch zum Nachtheil handeln,
jedes Stück, als wäre es der Krankheit, um derentwil-
len es geschätzt wird, vollkommen unverdächtig und ge-
sund, nach seinem sonstigen Bestande und den zur Zeit
bestehenden Käuf- und Läufen, nach bestem Wissen und
Gewissen in einem billigen und wahren Werthe würdi-
gen, als worüber solche dem Herrn Oberamtmann ein
Handgelübde ablegen sollen.

26. März
1816.

Exekution dieser Verordnung.

81) Alle Vergehen gegen diese Verordnung werden von den Herren Oberamt Männern gefertigt. In Fällen aber, die ihre Competenz in Polizen - Sachen im Allgemeinen übersteigen, ist der Refurs vor Uns, den Kleinen Rath, vorbehalten.

82) Damit aber die nöthige Gleichförmigkeit in Handhabung dieses wichtigen Polizen - Zweiges erzielt, und Unser verordnete Sanität - Rath die allgemeine Uebersicht auf die Exekution dieser Verordnung desto leichter ausüben könne, als sollen die Herren Oberamt Männer gehalten seyn, Demselben alle Straf - Urtheile über die Vergehen gegen die §§. 6. 9. 20. 21. 31. 41. 42. 43. 44. 45. und 55. dieser Verordnung mit den vorhandenen Akten sogleich einzusenden, welchem dann vorbehalten bleibt, je nach Bewandtniß der Umstände solche, mit seinem Befinden begleitet, Uns zur nöthig findenden Abänderung vorzutragen.

83) Von den fallenden Geldbußen sollen ein Drittheil dem Verleider und zwen Drittheile der Vieh - Entschädigungs - Cassa zukommen.

84) Die Vollziehung und Handhabung dieses neuen Reglements in allen seinen Theilen, ist Unserm Sanität - Rathe übertragen.

85) Alle früheren Verordnungen, welche auf den Viehverkehr und die Bergfahrt überhaupt Bezug haben, und namentlich das Bergfahrt - Reglement von 1772 samt dessen Anhängen nebst Instruktionen, sind hiermit aufgehoben.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich 26. März bekannt gemacht und der Sammlung der Gesetze und 1816. Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Bern, den 26. März 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l i n e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

Formular No. 1.
 Canton Bern.
 Für ein Stück.

Vorweiser dieß von
 Oheramts führt ein Stück Vieh,
 nemlich
 von Farbe alt
 bezeichnet
 von als einem gesunden
 und des Prestens unverdächtigen Orte herkommend, Vor-
 habens diese Waare nach
 zu bringen.

Es wird ihm desnachen gegenwärtiges Zeugniß, welches
 jedoch länger nicht als vierzehn Tage gültig seyn soll,
 ausgefertigt, mit Befehl, solches den betreffenden Be-
 amten vorzuweisen (unter der darauf gesetzten Strafe)
 um vermittelst dessen ungehindert passiren zu können.

Gegeben zu den

Der Vieh-Inspektor,

Verzeichniß der von dem Vieh-Inspector zu
ertheilten Bergfahrt-Scheine.

Name des Eigenthümers.	Datum des Ge- sundheitscheins.	Monat.	Tag.	Stüd.	Bezeichnung des Viehs.	Bezeichnung der Gemeinde und des Amts, oder des Bezirks, auch der fremden Vormäsigkeit, darin der Berg gelegen ist.	Bemerkungen.
					Gattung.		
					Farbe.		
					Alter.		
					Zeichen.		

Formulat. No. 3.

Vergleichniß des auf den Berg ober Meide Gemeinde Amts, den 18
unter Aufsicht des unterschriebenen Inspektors geführten Viehs.

[illegible]

Verzeichniß des dem zu zugehörenden Richs, aufgenommen den 18

93 .

Schätzung sämtlichen Viehviehs zu

Glantz

aufgenommen von den Unterschriebenen, den

18

[illegible]

D e k r e t.

Bildung eines fünften Militär - Departements in dem Leberberg.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. IV. S. 320. Th. V. S. 167.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 29. März
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Daß in Anwendung und Ausdehnung der Militär - Ver-
fassung vom Jahr 1813 (Titel I.) und des Landwehr-
Reglements von 1814 (Lit. A.) auf die Leberbergischen
Oberämter, und auf den Vortrag Unseres Kriegs-Raths
Wir beschlossen haben und

b e s c h l i e s s e n:

- 1) Die fünf Amtsbezirke in dem Leberberg bilden das fünfte Militär - Departement.
- 2) Dieses Departement zerfällt in zwei Kreise:
 - a. Der 1te oder 9te Kreis besteht aus den Aemtern Courtelary, Münster und Saignelegier.
 - b. Der 2te oder 10te Kreis aus den Aemtern Delsperg und Bruntrut.
- 3) Zu dem 1ten Departement sollen geschlagen werden:
 - a. Das Kirchspiel Ilfingen (Orvin), Amtsbezirks Courtelary.

29. März
1816.

b. Die, den Aemtern Erlach, Nydau und Büren
zugetheilten neuen Bezirke, nemlich:

1. Zu Erlach, die Kirchgemeinden Neuenstadt,
Tess und Noz.
2. Zu Nydau, die Stadt Biel mit ihrem Bezirk.
3. Zu Büren, die Kirchgemeinde Pieterlen.
- 4) Der Kriegs = Rath ist mit Vollziehung dieses Be-
schlusses beauftragt.
- 5) Dem Kriegs-Rath ist auch die Einleitung der an-
geführten Militär = Organisation, nach festgesetzten
Grundsätzen, aufgetragen.

Gegeben den 29. März 1816.

Der Amts = Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

gegen den Verkauf verfälschten Klee- saamens.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 2. April
u n d R e p u b l i k B e r n, thun kund hiermit: Daß 1816.
Wir zu Verhinderung des Betrugs und bedeutenden
Schadens, der dem Landbauer durch Verkauf verfälsch-
ten Kleesaamens zuwächst, nöthig gefunden haben, in
Verschärfung Unserer früheren Maßregeln, nachstehen-
des zu

v e r o r d n e n :

1) Der Kleesaamen soll rein und ohne Vermischung
mit irgend einer andern Saam - Art verkauft werden.

Der Verkauf des Steinklee - Saamens ist daher auch
erlaubt, insofern er ganz rein und unvermischt, als sol-
cher feil geboten wird.

2) Hingegen ist jeder, mit Steinklee oder irgend
einer andern Saam - Art oder Unreinigkeit vermischte
und verfälschte, gemeine oder holländische Kleesaamen
unter nachstehender Strafe verboten.

3) In den Aemtern Narberg, Narwangen, Bern,
Burgdorf, Erlach, Thun, so wie in jedem Amt, wo

2. April künftighin ein beträchtlicher Verkauf von Kleesaamen
1816. statt haben würde, sollen alsobald zwei bis vier rechtschaffene, des Kleesaamens kundige Männer durch die Oberamt männer zu Inspektoren bestellt, und den Saamen-Verkäufern angezeigt werden.

Diese Inspektoren sollen auf den öffentlichen Märkten und in den Waarenläden den feilgebotenen Kleesaamen untersuchen.

4) Finden die Inspektoren mit Steinklee oder andern Saam-Arten vermischte, verfälschte Waare, so sind sie befugt, selbige auf der Stelle behändigen und hinter das Oberamt legen zu lassen.

Der Oberamt mann wird diese verdächtige Waare, mit Zuzug zweyer Experten, nochmals untersuchen lassen, und bey erwiesener Vermischung und Verfälschung, dieselbe confisciren und alsogleich in das Wasser werfen lassen.

Der Verkäufer soll überdieß für das erste Mal mit einer Buße von zehn Franken vom Centner, im Wiederholungsfall mit einer Buße von fünfzig Franken vom Centner bestraft werden. Auch sollen die Namen der Bestraften Unserer Landes-Oekonomie-Commission einberichtet, und von selbiger durch das Wochenblatt öffentlich bekannt gemacht werden.

5) Finden aber die Inspektoren bey ihrer Untersuchung zwar ächte, jedoch unreine Waare, so sollen sie, auf geschehene Anzeige, von dem Oberamt mann befehligt werden, die Waare wegnehmen und durch eigens dafür zu bestellende Männer, in der Verkäufer Kosten,

auslieben und putzen zu lassen, bei Rückerstattung des 2. April
Saamens dann von dem Verkäufer zwei Franken Buße 1816.
vom Centner zu beziehen.

6) Sämmtliche Bußen fallen dem Staat anheim;
hingegen wird den Inspektoren, im Verhältniß ihrer
Mühhalt, eine billige obrigkeitliche Entschädigung zu-
gesichert.

7) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffent-
lich bekannt gemacht, und an gewohnten Orten ange-
schlagen werden.

Gegeben in Bern, am 2. April 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

D e k r e t.

E i n t h e i l u n g d e s n e u v e r e i n i g t e n G e b i e t s.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. I. S. 87. Oben S. 22. §. 5.
S. 26. §. 16.

6. April 1816. **W**ir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t
u n d R e p u b l i k B e r n, thun kund hiermit: Daß
Wir zu Einführung der untergeordneten Behörden in
dem mit unserm Canton vereinigten Theil des ehemali-
gen Bisthums Basel, denselben auf folgende Weise abge-
theilt haben, und demnach

v e r o r d n e n:

1) Der mit unserm Canton vereinigte Theil des
ehemaligen Bisthums Basel ist in Bezug auf die Verwal-
tungsgeschäfte und das Gerichtswesen in fünf Amtsbe-
zirke eingetheilt, welche die Leberbergischen Aemter hei-
ßen. Davon sind jedoch ausgenommen:

Die Stadt und das Gebiet von Biel, welche mit
unserm Amtsbezirk Nidau vereinigt sind.

Neuenstadt und der Deßenberg bis Rigerz, bestehend
aus den Gemeinden Desz, Noz, Lamlingen und Prele,
welche dem Amtsbezirk Erlach einverleibt sind.

Die Gemeinden Pieterlen, Rothmund, Meinisberg 6. April und Reiben, die dem Amtsbezirk Büren einverleibt 1816. worden.

2) Jeder Amtsbezirk ist in Untergerichtsbezirke abgetheilt.

3) Jeder solche untere Gerichtsbezirk besteht aus Kirchspielen, die mehr oder weniger Dorfgemeinden enthalten.

4) Die Amtsbezirke sind folgende:

1. Der Amtsbezirk Bruntrut. Er ist aus sieben Untergerichtsbezirken zusammengesetzt, nemlich: Bruntrut, Courtemaiche, Reclère, Bonfol, Miécourt, Fontenois und St. Ursib (Ste. Ursanne). Hauptort: Bruntrut.
2. Der Amtsbezirk Delsperg, besteht aus sieben Untergerichtsbezirken, nemlich: Delsperg (Delémont), Saugern (Soyhières), Lauffen, Bassecourt, Blauen, Viques und Movelier. Hauptort: Delsperg.
3. Der Amtsbezirk Freybergen, besteht aus dreien Untergerichtsbezirken, nemlich: Seignelégier, les Bois und Soubey. Hauptort: Seignelégier.
4. Der Amtsbezirk von Münster enthält vier Untergerichtsbezirke, als: Münster (Mouëtier), Dachselden (Tavannes), unter dem Felsen (sous les Roches), und den Bezirk von Bellelay. Hauptort: Münster.
5. Der Amtsbezirk von Courtelary enthält fünf Untergerichtsbezirke, als: Courtelary, Buderich

6. April
1816.

und Ilfingen (Pery et Orvin), St. Immer, Renans und Trammlingen (Tramelan). Hauptort: Courtelary.

5) Die Untergerichtsbezirke enthalten folgende Gemeinden.

Der Bezirk von Bruntrut: das Kirchspiel dieser Stadt.

Der Bezirk Courtemaiche: die Kirchspiele Bure, Boncourt, Buix, Montignez, Courchavon und Courtemaiche.

Der Bezirk Reclère: die Kirchspiele Cheveney, Damvant, Fahy, Grandfontaine, Reclère.

Der Bezirk Bonfol: die Kirchspiele Coeuvre, Bernevesain, Damphreux, Lugnez, Vendlincourt und Bonfol.

Der Bezirk Miécourt: die Kirchspiele Cornol, Charmoille und Miécourt.

Der Bezirk Fontenois: die Kirchspiele Alle, Courgenay, Courtedoux, Bressancourt und Fontenois.

Der Bezirk St. Ursitz: die Kirchspiele Ocourt und St. Ursitz.

Der Bezirk Delsperg: das Kirchspiel dieser Stadt.

Der Bezirk Saugern: die Kirchspiele Courroux, Courtetelle, Courfaivre, Develier und Saugern.

Der Bezirk Lauffen: die Kirchspiele Röschenz, Tillingen, die Burg, Liesberg und Lauffen.

Der Bezirk Bassecourt: die Kirchspiele Sauley, Glovelier, Untermynler, Sulz, Boecourt und Bassecourt.

Der Bezirk Blauen: die Kirchspiele Bislach, 6. April
Nenzlingen und Blauen. 1816.

Der Bezirk Viques: die Kirchspiele Rebévelier,
Vermes, Montsevelier und Viques.

Der Bezirk Movelier: die Kirchspiele Bou-
rignon, Movelier, Pleigne und Roggenburg.

Der Bezirk Seignelégier: die Kirchspiele Mont-
faucon, Pommerats und Seignelégier.

Der Bezirk les Bois: die Kirchspiele Noirmont,
Brandisholz (les Breuleux), und les Bois.

Der Bezirk Soubey: die Kirchspiele Epauvil-
lers, St. Braix und Soubey.

Der Bezirk Münster: die Kirchspiele Grangfelden
(Grandval), Court, Sornetan und Münster.

Der Bezirk Dachsfelden: die Kirchspiele Bevil-
lard und Dachsfelden.

Der Bezirk unter dem Felsen: die Kirchspiele
Kenedorf (Courrendlin), Corban, Mervelier und
Courchapois.

Der Bezirk Bellelay: die Kirchspiele Lajoux
und les Gènezez.

Der Bezirk Courtelary: die Kirchspiele Corgé-
mont und Courtelary.

Der Bezirk Isfingen: die Kirchspiele Büberich
und Isfingen.

Der Bezirk St. Immer: das Kirchspiel St.
Immer.

Der Bezirk Renans: das Kirchspiel Renans.

6. April 1816. Der Bezirk Trammelingen: das Kirchspiel Trammelingen.

6) Die Kirchspiele sollen nicht zertheilt werden, und bleiben gleich, wie sie jetzt sind; so daß es keiner nähern Gränzbestimmung derselben oder der Gerichtsbezirke bedarf.

7) Vorstehende Eintheilung bezieht sich bloß auf die allgemeine, oder Cantonal- und Orts-Administration, keineswegs aber auf die Verwaltung der Gemeindsgüter. Diese Güter sind das Eigenthum ihrer Antheilhaber, deren Rechte, obschon sie unter den allgemeinen Polizeiverordnungen und der besondern Aufsicht der oberen Behörden stehn, in keiner Rücksicht gekränkt werden sollen.

Gegeben in Bern, den 6. April 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

Kreisschreiben

des Kleinen Rathes an alle Oberämter.

Verbot für die Amtsnotarien, Rechtschriften zu
verfertigen und Parthenen zu verbenständen.

Vergl. Ges. und Dekr. Th. I. S. 257. §. 13.
Th. V. S. 43. §. 4.

Auf geschehene Einfrage haben Wir nöthig gefun- 8. April
den, das in dem alten Emolumenten-Tarif vom Jahr 1816.
1804 bestandene Verbot für die Amtsnotarien, Rechts-
schriften zu verfertigen und Parthenen zu verbenständen,
welches Verbot nicht in den neuen Tarif aufgenommen
worden ist, um so eher zu erneuern, da es billig scheint,
daß die Amtsnotarien, welche mit den Amtsschreibern
das gleiche Stipulations-Vorrecht haben, auch in die-
ser Hinsicht der nemlichen Beschränkung wie die Amts-
schreiber unterliegen.

Wir wollen demnach mit Gegenwärtigem den Amts-
notarien, gleich den Amtsschreibern (Tarif, 1ster Theil,
Tit. XI. §. 4.) untersagt haben, Proceuren oder andere

8. April 1816. Rechtschriften, von welcher Art sie wären, zu verfertigen, noch jemanden vor den oberamtlichen Audienzen oder Amtsgerichten zu assistiren, noch auch Procuren zu Betreibung von Schuld- und Rechtsachen zu übernehmen; als worauf Unsere Oberamt männer zu achten, und die Widerhandelnden gehörig zurechtzuweisen haben.

Gegenwärtiges Cirkularschreiben, welches dereinst in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll, werdet Ihr, pro instructione, in das Schloß-Mandaten-Buch einschreiben lassen und allen Amtsnotarien Euers Amtsbezirks eröffnen.

(An die Leberbergischen Oberämter.)

Gegenwärtiges Schreiben wird Euch mitgetheilt, um solches gehörigen Orts einzuschreiben; und soweit dessen Dispositiv auf dortige Einrichtung jetzt schon anwendbar ist, selbiges in Ausübung zu setzen.

Gegeben den 8. April 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

D e f r e t.

Ausnahme der Küher vom Militärdienst.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 329. §. 16. u. f.
Th. V. S. 169. §. 10.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 12. April
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Nachdem Wir auf den Vortrag Unsers Kriegs Rathes in
Betrachtung gezogen:

1. Daß der Küherstand als ein Beruf anzusehen sey,
der erlernt werden müsse, und, besonders durch Unkennt-
niß, großen Verlürsten unterworfen werde.

2. Daß er eine, von anderen Menschen abgesonderte
Lebensart führe, und aus dem gewöhnlichen Kreis her-
aus trete, auch zum mehrern Theil junge und starke
Leute erfordere, und

3. Daß er als einer der bedeutendsten Zweige der
Staats-Ökonomie anzusehen sey, und in dieser Hin-
sicht einige Begünstigung verdiene.

Daß daraufhin Wir, in Ausdehnung des §. 17. der
Militär-Verfassung, und des §. 10. des Landwehr-
Reglements beschlossen haben, und

12. April
1816.

b e s c h l i e s s e n :

1) Ein Küher, der im Sommer zu Berg fährt oder alpt, und wenigstens dreißig eigene Kühe überwintert, gehört unter die großen Berg-Küher und wird als solcher dahin begünstigt, daß er in Ausdehnung des §. 17. des Militär-Reglements vom Jahr 1813, Einen Sohn, den das Loos für die Auszügler trifft, nach Vorschrift ersetzen lassen kann.

2) Von dem Landwehr-Dienst und der Trüllpflicht sind einstweilen gänzlich befreit:

- a. Ein Knecht für ein Sennthum von fünf und zwanzig und mehr Kühen, unabhängig von dem, durch das Gesetz schon befreiten, Senn.
- b. Zwen Knechte für ein Sennthum von fünf und dreißig und mehr Kühen.
- c. Dren Knechte für ein Sennthum von fünfzig und mehr Kühen.
- d. Die erwachsenen Söhne eines Kühers, und die an dessen Kost sind, werden als Knechte angesehen.

3) Der Kriegsrath wird eine Behörde einsetzen, die die begünstigenden Ausnahmen genau controllirt, und auch bestimmte Vorschriften geben, die den Charakter eines Groß-Kühers, die Küherknechte und die Sennthümer bestimmt bezeichnen.

4) Der Kriegsrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, der, von dem 15. April an,

für die Zukunft Kraft haben, und der Sammlung der 12. April
Gesetze und Dekrete einverleibt werden soll. 1816.

Gegeben in Bern, den 12. April 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l i n e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

R e g l e m e n t

über die Herstellung der Bürgerrechte in dem
mit dem Canton Bern vereinigten ehemaligen
Bisthum Basel.

Vergl. oben S. 26. §. 17.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 29. April
u n d R e p u b l i k B e r n, t h u n k u n d h i e r m i t : 1816.
Nachdem durch den 17ten und folgende Artikel der Ver-
einigungs-Urkunde des ehemaligen Bisthums Basel, die
Wiederherstellung der dortigen Bürgerrechte festgesetzt,
und der Regierung vorbehalten worden, über die bür-
gerlichen Verhältnisse der Fremden zu verordnen; seit-
her dann über diesen wichtigen Gegenstand die Bemerk-

29. April 1816. kungen angesehenen und einsichtsvoller Personen in Unseren Leberbergischen Oberämtern gesammelt worden.

Und Wir daraufhin in Betrachtung gezogen, daß es dringend sey, das Kennzeichen zu bestimmen, woran man den Eingebornen von dem Fremden, den Bürger oder Gemeinds-Genossen vom bloßen Einwohner unterscheiden könne, und daß, nach unserer Verfassung, das Landrecht an den Besitz eines Bürgerrechts im Canton geknüpft sey.

In Betrachtung, daß die Wahlfähigkeit zu allen Staatsämtern und Stellen, ausschließlich an den Besitz eines Bürgerrechts gebunden sey, daß auch den Bürgern allein die Bekleidung der Stellen ihrer Gemeinds-Verwaltung zustehe, und daß, um die Rechte der alten Bürger und die Wohlfahrt der Gemeinden mit den Billigkeits-Gründen zu vereinbaren, welche zu Gunsten derjenigen Fremden sprechen, die vor oder nach der Vereinigung des ehemaligen Bisthums mit Frankreich, sich infolge der damals bestehenden Gesetze, darin niedergelassen haben, es angemessen sey, ihnen den Zutritt zu dem Bürgerrechte zu erleichtern.

In Betrachtung, daß diejenigen, welche einheimische Frauen geheirathet, Liegenschaften im Lande erworben, ihr Vermögen und ihren Kunstfleiß dahin gebracht, darin nützliche Anstalten errichtet, alle Vortheile gleich den alten Bürgern genossen, und auch wie diese die allgemeinen sowohl als die örtlichen Gemeinds-Beschwerden getragen, die sich also durch alles dieses den alten Bürgern gleich gestellt, ihren Entschluß deutlich bewiesen haben, sich auf immer in den, jetzt einen Theil unsers

Cantons ausmachenden , Gemeinden festzusetzen , und 29. April
mithin alle diejenigen natürlichen Bande geknüpft haben, 1816.
welche sie an ihr neues Vaterland zu binden geeignet sind.

In Betrachtung endlich, daß, da durch die französischen
Gesetze alle Bürgerrechte, so wie die, aus ihnen hervor-
gehenden, Rechte und Verhältnisse aufgehoben worden:
es nunmehr erforderlich sey, nicht nur die Grundsätze
aufzustellen, nach denen sie wieder hergestellt werden
sollen, sondern auch die Grundlagen zu Einrichtung der
Municipal-Behörden und ihrer Verwaltung festzusetzen.

So haben Wir auf den Bericht Unserer besondern
Commission für die Leberbergischen Aemter, beschlossen,
und verordnet, was hienach folgt:

E r s t e r A b s c h n i t t.

Von Wiederherstellung der Bürgerrechte.

1) Die Bürgerrechte sind in der Stadt Biel, in
allen Städten und Gemeinden Unserer Leberbergischen
Amtsbezirke, so wie in denjenigen, welche mit den
Amtsbezirken Erlach, Moudon und Büren vereinigt wor-
den, wieder hergestellt.

2) Alle Personen, welche zur Zeit der jeweiligen
Besetzung der verschiedenen Theile des Bisthums durch
französische Truppen, in einer der Gemeinden des Bis-
thums verbürgert waren, so wie diejenigen, welche vom
1. Januar 1814 an bis zur Publikation des gegenwär-
tigen Reglements, durch eine dieser Gemeinden als Bür-
ger angenommen worden sind, werden hiermit samt ihren
Nachkommen in den vollen Besitz und die Ausübung

29. April ihres Bürgerrechts wieder eingesetzt und darin bestätigt,
1816. um solches in ihren betreffenden Gemeinden, den Gesetzen
und dem Herkommen gemäß, zu benutzen.

3) Alle diejenigen, welche zur Zeit vorgedachter Besetzung durch französische Truppen im Besiz von Landrechts = Briefen waren, oder in irgend einer Gemeinde das Einwohnungs = oder Niederlassungs = Recht besaßen, sollen, gleichwie ihre Nachkommen, das Recht genießen, sich in derjenigen Gemeinde zum Bürger annehmen zu lassen, wo sie wohnten, oder gegenwärtig angesessen sind; in sofern sie eine Liegenschaft im Canton besitzen, und einen guten Ruf haben; und mit Beding, daß sie dafür, in einer Land = Gemeinde der Gemeinds = Casse fünfzig Schweizerfranken für ihre Person, und sechs Franken für jedes ihrer Kinder, männlichen oder weiblichen Geschlechts, welche sie als Bürger annehmen lassen wollen, in einer Stadt = Gemeinde aber das Doppelte abrichten sollen.

Da sich aber unter denen, in dieser Classe begriffenen Personen, auch solche befinden, welche die Hälfte des ehemals festgesetzten Einkaufs = Preises für ein Bürgerrecht schon früher bezahlt haben: so sollen diese nicht mehr als die Hälfte der obbestimmten Summe zu bezahlen schuldig seyn, um sich in derjenigen Gemeinde als Bürger annehmen zu lassen, wo sie vorher ein halbes Bürgerrecht erworben hatten.

Die noch am Leben befindlichen Beamten der ehemaligen Fürsten von Bruntrut, wie auch die noch lebenden Söhne, und Groß = Söhne solcher vormaligen Beamten, sollen die den alten Einsaßen durch die vorenthaltenen

haltenen Verfügungen zugesicherten Rechte genießen, 29. April
ohne daß sie irgend ein Eigenthum im Canton besitzen 1816.
müssen.

4) Alle in den Verfügungen der §§. 2. und 3. nicht
begriffene Personen, wes Standes, Berufs und Her-
kunft sie immer seyn mögen, sollen das Recht haben,
sich in der Gemeinde, wo sie angesessen sind, zum Bur-
ger annehmen zu lassen, unter folgenden Bedingungen:

- a. Müssen sie zur Zeit des Friedensschlusses vom 30. May
1814 seit zehn Jahren in dem ehemaligen Bisthum
Basel angesessen gewesen seyn.

Dieses Beding wird jedoch zu Gunsten derjenigen,
welche ein Grund-Eigenthum im Lande besitzen, das
auf dem Contributions-Model von 1813 mit Inbegriff
der zur Steuer-Anlage geschlagenen Centimes addi-
tionnels, für wenigstens fünf französische Franken an-
gelegt ist, auf einen fünfjährigen Aufenthalt beschränkt.

- b. Sie müssen im Rufe der Rechtschaffenheit und gu-
ter, sittlicher Aufführung stehn.
- c. Sie müssen durch ihr Eigenthum, ihren Erwerbs-
zweig oder ihr Vermögen im Stande seyn, für ihren
und ihrer Familie Unterhalt hinlänglich zu sorgen.
- d. Dem Gemeinds-Säckel werden sie für ihre An-
nahme die Hälfte derjenigen Summe bezahlen, wel-
che im Jahr 1792 durch die alten Reglemente fest-
gesetzt war, um in der Gemeinde, die sie aufneh-
men wird, das Bürgerrecht zu erhalten. Wären die
alten Reglemente nicht mehr vorhanden, oder nicht
mehr bekannt, oder über diesen Punkt nicht deutlich

29. April
1816.

genug, so darf die zu bezahlende Summe in den Städten vierhundert, in den anderen Gemeinden aber einhundert Schweizerfranken nicht übersteigen.

5) Die unehelichen Kinder genießen in Hinsicht auf den Besitz oder Erwerb eines Bürgerrechts, die gleichen Rechte, welche der Vater, von dem sie anerkannt worden, oder die Mutter, der sie in Ermangelung jener Anerkennung angehören, besitzt, besessen hat, oder erwerben wird.

6) Die Summen, welche laut den Verfügungen der §§. 3. 4. und 5. dieses Reglements, den Gemeinden für den Ankauf des Bürgerrechts bezahlt werden, sollen folgendermaßen verwendet werden:

1. Ein Dritttheil wird zur Stiftung der Armen-Casse bestimmt, und soll an Zins gelegt werden.
2. Der zweite Dritttheil soll auch an Zins gelegt werden, um zum Unterhalt der Kirche und Zubehörde, oder derjenigen öffentlichen Schulen zu dienen, welche nicht Vermögen genug besitzen, um ihre Ausgaben zu bestreiten.
3. Der übrige Dritttheil soll in die Gemeinds-Casse fließen, um die Bestimmung zu erhalten, welche die Ortsbehörden gut finden werden.

7) Alle Personen, welche im Falle sind, die in den vorhergehenden §§. gemeldeten Vortheile anzusprechen, sollen ihre Ansprüche innerhalb sechs Monaten Zeit, von der Publikation des gegenwärtigen Reglements an gerechnet, wenn sie im Canton wohnen, und eines Jahres, wenn sie Landesabwesend sind, geltend machen; für die

Minderjährigen aber soll der Termin von sechs Monaten, 29. April oder einem Jahre, erst vom Tage ihrer Mündigkeit an gerechnet werden; jedoch sollen ihre Vormünder gehalten seyn, für ihre minderjährigen Mündel jene Vergünstigungen in der bestimmten Zeit nachzusuchen, ansonst sie für alle aus ihrer Nachlässigkeit entstehende Nachtheile verantwortlich seyn sollen. 1816.

8) Alle Personen, welche wirklich in einer mit Unserm Canton vereinigten Gemeinde wohnen, und zu keiner der oben festgesetzten Classen gehören, oder die nicht vor Verfluß der durch den §. 7. bestimmten Termine, die ihnen gewährten Vergünstigungen benutzen würden, werden als Fremde angesehen, und den sie betreffenden Gesetzen unterworfen; sie haben sich also unter Bezahlung der zu bestimmenden Gebühr, mit einer Aufenthalts-Bewilligung zu versehen. Diejenigen, welche am 30. May 1814 in einer der vereinigten Gemeinden wohnhaft waren, haben das Recht die Aufenthalts-Bewilligung zu erhalten, ohne andere Formalitäten, als daß sie ein Zeugniß ihres Wohlverhaltens vorweisen müssen. Dieses Recht ist ihnen für die Zeit von sechs Jahren, vom Pariser Friedensschlusse an gerechnet, also bis auf den 30. May 1820 zugesichert, während welcher Zeit sie sich ein Bürgerrecht im Canton erwerben müssen; widrigenfalls sie nachher, wie alle andere Fremde oder Individuen derjenigen Nation, welcher sie angehören, angesehen und behandelt werden sollen.

9) Nach Verfluß des im §. 7. bestimmten Termins von sechs Monaten, soll sogleich durch die Vorgesetzten jeder Gemeinde eine Bevölkerungs-Tabelle verfertigt werden, welche enthalten soll:

29. April
1816.

1. Alle Bürger der Gemeinde;
2. Alle Einwohner, die nicht Bürger dieser Gemeinde sind, aber ein anderes Bürgerrecht im Canton Bern oder in einem andern Schweizer-Canton besitzen;
3. Alle Fremde, welche Aufenthalts = Bewilligungen erhalten haben.

Diese Tabelle soll in zwei Doppeln abgefaßt werden, von denen eines in der Amtsschreiberei des Oberamts niedergelegt, das andere aber in das Verwaltungs-Büreau der Gemeinde übergeben werden soll, damit jedermann, in Folge der diesorts zu erlassenden Publikation, davon Kenntniß nehmen könne.

10) Unsere Oberamt männer werden, unter Vorbehalt des Rekurses vor Uns, über alle Ansprüche und Streitigkeiten, die sich in Betreff der Bürgerrechte erheben mögen, absprechen. Sie werden die Heimathscheine und Aufenthalts = Bewilligungen, welche die Ortsbehörden ertheilen, visiren.

11) Die Wiedertäufer, welche kein Bürgerrecht im Canton besitzen, können solches durch freiwillige gegenseitige Uebereinkunft erwerben, in Ermangelung desselben aber Aufenthalts = Bewilligungen erhalten.

12) Die Juden können keine der in gegenwärtigem Reglemente enthaltenen Verfügungen zu ihren Gunsten geltend machen; sie bleiben den, sie betreffenden, im Canton wirklich bestehenden oder allfällig künftig zu erlassenden Verordnungen unterworfen.

Zweiter Abschnitt.

29. April
1816.

Provisorische Einrichtung der Ortsbehörden.

13) Bis auf den Zeitpunkt, da die Gemeinden, nach den von ihnen festzusetzenden Reglementen, ihre Ortsbehörden werden bestellen können, soll die Gemeinds-Verwaltung in den Städten einem Bürgermeister, einem Rath von zwölf Mitgliedern, einem Seckelmeister und einem Schreiber anvertraut werden. In denjenigen Städten jedoch, wo die Burgerschaft wirklich die Ortsbehörden wieder hergestellt hätte, sollen letztere ihre Verrichtungen fortsetzen, und die Verfügungen des §. 15. gegenwärtiger Verordnung auf sie nicht anwendbar seyn.

14) In den Landgemeinden soll, bis sie nach den festzusetzenden Reglementen eingerichtet werden können, die Verwaltung einem Präsident und sechs Vorgesetzten, welche sämtlich Ortsbürger seyn müssen, anvertraut werden; der älteste Vorgesetzte wird den Präsident, im Fall von Abwesenheit, vertreten. In fernerem soll ein Seckelmeister bestellt werden, der, so wie die untergeordneten zur Verwaltung nöthigen Beamten, vom Gemeindrath ernannt wird.

15) Für dießmal allein sollen in den Städten die Bürgermeister und Rathsglieder durch absolutes Stimmenmehr von den gegenwärtigen Meyern und Municipal-Räthen, vereinigt mit zwölf, in der Gemeinde an-sässigen, achtbaren Männern erwählt werden. Diese Notablen werden durch Unsern Oberamtmanu bezeichnet, welcher wenigstens acht derselben aus den alten Bürgern wählen soll.

29. April 1816. In den Landgemeinden werden die Präsidenten und Vorgesetzten durch Unsern Oberamtmann ernannt.

16) Die Stadt = Magistrate und Land = Gemeindevorgesetzten werden sich ungesäumt mit Entwerfung der Reglemente über die Organisation, die Verwaltung und den Genuß der Gemeinds = Güter beschäftigen. Diese Reglemente sollen, nach Verfluß des durch den §. 7. bestimmten Termins von sechs Monaten, der allgemeinen Versammlung der Bürger, welche Hausväter sind, unter dem Voritze Unseres Oberamtmanns, oder des von ihm hierzu beauftragten Statthalters, vorgelegt, und durch Stimmenmehr darüber entschieden werden. Sie sind in zwey Doppeln anzufertigen, wovon das eine Unserm Oberamtmann übersendet werden soll, um von demselben gutgeheissen, und nöthigen Falls Unserer Genehmigung unterworfen zu werden. Das andere Doppel soll dann in der Amtsschreiberey niedergelegt werden.

17) Sobald die Reglemente der Städte und Landgemeinden die Gutheissung Unserer Oberamt männer erhalten haben, soll zu Einrichtung und Ernennung der Ortsbehörden, nach den Vorschriften des Reglements, geschritten werden; die provisorischen Behörden werden alsdann ihre Berrichtungen beendigen, und ihren Nachfolgern über ihre Verwaltung Rechenschaft ablegen.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Verfügungen.

18) Die Reglemente jeder Gemeinde werden für die Zukunft die besonderen Bedinge festsetzen, deren Erfüllung zur Aufnahme in das Bürgerrecht erfordert wird.

Derjenige aber, der sich dafür meldet, muß vorerst, 29. April
wenn er ein Fremder ist, nach Vorschrift der Gesetze, 1816,
die Bewilligung der Regierung zur Anschaffung des
Bürgerrechts, so wie dann auch die Naturalisation nach-
suchen.

Besitzt aber der Bittsteller schon ein anderes Bür-
gerrecht im Canton, so hängt es einzig von der Ge-
meinde ab, ihn unter die Zahl ihrer Mitbürger aufzu-
nehmen.

19) Die den Gemeinden zugehörigen Güter, von
welcher Art sie immer seyn mögen, sind als Eigenthum
der Bürger erklärt, welchen allein der Genuß der Ge-
meinds-Vorteile zukommt. Die Art des Genusses und
der Anwendung dieser Güter wird durch die Regle-
mente bestimmt werden, jedoch ohne Benachtheiligung
weder der durch Uebung bestehenden Rechte zu Gunsten
derjenigen Güterbesitzer, welche die Gemeindweiden
nach Verhältniß der von ihnen bebauten, in dem betref-
fenden Gemeindsbezirk liegenden Stücke Landes genos-
sen haben, oder noch genießen; noch der Rechte der-
jenigen, welche ohne Rücksicht auf das Bürgerrecht,
wegen den Gebäuden, die sie in der Gemeinde besitzen,
wirklich Holz zu Ausbesserungen, zu Bauten oder zur
Feuerung erhalten. Diese Grund-Eigenthums-Besitzer
sollen, wie im Vergangenen, im Genuß der hier ausge-
drückten Rechte und Vorteile verbleiben, ohne gehalten
zu seyn, in den Orten, wo ihr benanntes Eigenthum
liegt, das Bürgerrecht zu erwerben.

20) Die Theilungen von Gemeindgütern, welche
nicht auf eine gesetzliche und regelmäßige Weise statt

29. April 1816. gehabt, diejenigen, welche nur zum Schein gemacht worden, diejenigen, deren Mittheilnehmer nicht jeder für sich, in den Besitz ihres Antheils gesetzt worden, oder worüber letztere, wie über Privateigenthum, nicht haben verfügen können, sind als ungültig und ungeschehen erklärt. Die besagten Güter sollen sogleich wieder in die gemeine Vermögens-Masse gezogen werden, um nach den Reglementen verwaltet zu werden.

21) In Rücksicht auf die Gemeinds-Waldungen behalten Wir Uns vor, durch ein nachfolgendes Reglement die Rechte der Gemeinden mit der Fürsorge, welche die Erhaltung ihrer Wälder erfordert, zu vereinbaren.

22) In den Gemeinden sollen freiwillige Steuern gesammelt, und besondere Armen-Säckel errichtet werden, um bedürftige Kranke, Gebrechliche, Greise, Wittwen und Waisen unter ihren Mitbürgern zu unterstützen; alles unter besonderer Aufsicht der Geistlichen, der Stadt-Magistrate und Gemeinds-Vorgesetzten. Sie werden allen Mißbräuchen vorzubeugen suchen, indem sie nur denjenigen Unterstützung reichen, welche solcher wirklich bedürfen, und alle zweckdienlichen Maßregeln ergreifen, um dem Bettel zuvorzukommen; alles jedoch in dem Verstand, daß die Verbindlichkeit, die bedürftigen Bürger jeder Gemeinde zu unterstützen, nie anders angesehen werden kann, denn nur als eine Pflicht der freien Wohlthätigkeit und christlicher Liebe.

23) Obschon der Besitz oder die Erwerbung des Bürgerrechts in mehreren Gemeinden gestattet ist, so kann doch Niemand die demselben anhängigen politischen Rechte anderswo ausüben, als nur in der Gemeinde

seines vorzüglichen Wohnortes, in sofern er daselbst 29. April
Bürger ist; wo nicht, so soll der Betreffende sich vor 1816.
den Ortsbehörden erklären, welche Gemeinde er ausge-
wählt habe, um allda seine politischen Rechte auszu-
üben.

24) Da die gegenwärtige Verordnung jene Gleich-
förmigkeit der Einrichtungen und Vorthelle zum Haupt-
zwecke hat, die geeignet ist, Unsere neuen Angehörigen
in den Leberbergischen Nentern mit denen des alten
Cantons in ein Volk von Brüdern zu vereinigen, so er-
warten Wir mit Zutrauen, daß Jedermann sich mit
Eifer und Ergebenheit bestreben werde, die Vollziehung
derselben zu befördern, um dadurch in unserm Vater-
lande die Bande der Eintracht, des Friedens und ge-
meinsamer Wohlfahrt, diese steten Zwecke Unserer lan-
desväterlichen Fürsorge, immer fester zu knüpfen.

Gegeben in Unserer Rathsversammlung in Bern,
den 19. und 29. April 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l i n e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,

B e n o i t.

D e f r e t.

Aufhebung der französischen Gesetzgebung
über die Ehe und die Ehescheidung.

Vergl. oben S. 46.

15. May 1816. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Nachdem Wir in Betrachtung gezogen, daß einerseits im Allgemeinen die Aufhebung der französischen Gesetzgebung in den Leberbergischen Aemtern nach dem §. 14. der Vereinigungs-Urkunde als Grundsatz angenommen, anderseits dann insbesondere das Eherecht, abgesehen von den die Eingehung der Ehen gewöhnlich begleitenden, rein bürgerlichen Nebenverhältnissen, kein Gegenstand besonderer Statute und Gewohnheitsrechte sey, sondern meistens aus den allgemeinen religiösen Ansichten beider Kirchen hervorgehe, soweit solche von der Landes-Obrigkeit genehmiget sind; so haben Wir nöthig erachtet, über besagte Eherechte festzusetzen, was hiernach folgt, wie Wir dann

v e r o r d n e n :

1) Die Titel V. und VI. des ersten Buchs des Code Napoléon, über die Ehe und die Ehescheidung, sind in den sämtlichen Leberbergischen Amtsbezirken von nun an aufgehoben.

2) Für den katholischen Theil jener Amtsbezirke 15. May
sind die hierüber ehemals unter der fürstbischöflichen Re- 1816.
gierung bestandenen kanonischen Bestimmungen, für den
protestantischen Theil aber die in Unserer Ehegerichts-
sagung und ihren Supplementen erhaltenen Verfügun-
gen eingeführt.

3) Die gerichtlichen Verhandlungen in Ehesachen,
soweit sie nicht in das Gebiet des bürgerlichen Rechts
einschlagen, sind für den katholischen Theil der bischöf-
lichen Offizialität: für den protestantischen aber, nach
Mitgabe der hierseitigen Gesetze, den Ehorgerichten der
verschiedenen Kirchgemeinden, dem Obern Ehegerichte,
und dem Appellations-Gerichte der Stadt und Republik
Bern zugewiesen.

4) Um dieser Verordnung so wenig als möglich
rückwirkende Kraft zu ertheilen, sollen den bereits vor
der Bekanntmachung derselben eingegangenen Verlöbniß-
sen nur diejenigen Ehehindernisse entgegenstehen, welche
in der bisherigen Gesetzgebung der dortigen Gegend ent-
halten sind, und mithin solche Ehen, wenn sie auch
gegenwärtigem Dekret zufolge verboten wären, dennoch
eingesegnet werden können. Eben so mögen die wirklich
angehobenen Scheidungsprozesse von Unserm Obern Ehe-
gerichte und von dem Appellations-Gerichte, nach den
bisherigen Gesetzen beurtheilt werden.

5) Eine nachfolgende Verordnung wird die Verfö-
gungen über die Standesbestimmung unehelicher Kinder
enthalten.

15. May 1816. Gegenwärtiges Dekret soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen und der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Bern, den 15. May 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

V e r o r d n u n g

gegen die fremden Scheidemünzen.

3. Juny 1816. **W**ir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Nachdem schon die leztvorige Regierung des Cantons Bern sich bemüht hatte, in das Eidgenössische Münzwesen eine gemeinsame Uebereinstimmung zu bringen, insbesondere aber dem durch Uebermaß verderblich gewordenen Ausprägen von Scheidemünzen, durch Verkommnisse mit ihren Mitständen, und seit Jahren eingestellte eigene Ausmünzung, nach Kräften Einhalt zu thun, der Erfolg dieser Anstrengungen und Aufopferungen aber,

zum größten Nachtheil Unserer Angehörigen, nicht nur 3. Juny
fruchtlos geblieben, sondern das Uebel durch Einbringen 1816.
fremder geringhaltiger kleiner Münzsorten, mit täglich
wachsendem Schaden für den ganzen Canton zunimmt;
so haben Wir als dringliche Vorkehr, in Erwartung
eines aufzustellenden allgemeinen Münz-Systems für
den Canton Bern, und in Betrachtung, daß die von
verschiedenen Löbl. Ständen der Eidgenossenschaft ausge-
gebenen Verbote von Scheidemünzen den Andrang der-
selben noch vermehren müssen, beschlossen was folget,
wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Vom 20. Brachmonat nächstkünftig an, sind alle
Scheidemünzen, das heißt: alle Münzsorten unter dem
Franken- oder Zehnbagenstücke, welche nicht das Ber-
nische Gepräge tragen, so wie diejenigen, welche ganz
unkennlich abgeschliffen sind, (mit Ausnahme der klei-
nen französischen Silberforten für die fünf Leberbergi-
schen Amtsbezirke, in welchen einstweilen der französi-
sche Münzfuß sich noch eingeführt befindet, und der noch
unter dem Fürst-Bischof Baselschen Stempel ausge-
prägten Münzen, welche seiner Zeit zu obrigkeitlichen
Händen werden eingewechselt werden), dergestalt verbo-
ten, daß sie in keiner obrigkeitlichen Cassa mehr ange-
nommen werden sollen, auch von da hinweg Niemand
mehr gehalten ist, selbige an Bezahlung anzunehmen.

2) Vom 1. August laufenden Jahres hinweg, wird
diese Vorschrift dahin verschärft, daß gedachte Scheide-
münzen gänzlich außer Cours gesetzt seyn, und an keine
Cantons- Angehörige noch Landes-Einwohner an Be-

3. Summ zahlung gegeben werden sollen, unter Strafe der Con-
 1816. fiscation, welche der betreffende Oberamtmann polizey-
 richterlich auszusprechen hat.

3) Geldaufwechsler, welche solche verbotene Scheidemünzen in den Canton einbringen, und dadurch die guten gangbaren Gold- und Silbersorten zum Schaden des Landes dem Canton entäußern, sind von dem Tag der Publikation der gegenwärtigen Verordnung an, nicht nur ohne Schonung, auch für diesen ersten Frevel, der Strafe der Confiscation und einer Buße, welche dem Werth des confiscirten Geldes gleich kommt, unterworfen; sondern bey Recidiv mit einer dem Vergehen angemessenen strengern Strafe durch Unsern betreffenden Oberamtmann, sub beneficio recursus an den Kleinen Rath, zu belegen.

4) Von dieser Confiscation und Buße, welche derjenige trägt und bezahlt, der die verbotene Scheidemünze ins Land bringt oder ausgiebt, fällt die Hälfte den Armen des Orts, wo der Frevel begangen worden, und die andere Hälfte dem Verleider zu, der den Frevel angezeigt hat.

5) Bis 1. August haben alle Einnnehmer obrigkeitlicher Gelder, die noch vorrätthige verbotene Scheidemünze an die betreffenden Cassen abzuliefern.

6) Da endlich diese Verordnung keinen andern Zweck hat, als einer allgemein fühlbar gewordenen Landesbeschwerde abzuhefen, und den durch diese Anhäufung von fremdem Münzgut offenbar gefährdeten Credit im Handel und Wandel wieder herzustellen, so versehen Wir Uns nicht nur bey sämtlichen oberen und unteren

Staatsbeamten die thätigste Handhabung dieser Verord- 3. Juny
nung zu finden, sondern Wir erwarten auch mit vol- 1816.
lem Landesväterlichem Vertrauen, daß Unsere lieben
Angehörigen durch Gehorsam und getreue Erfüllung ge-
genwärtiger Verordnung, zu ihrem eigenen und des Lan-
des wahren Vorthail, dieselbe aufs kräftigste unterstützen
werden. Wobey Wir auch Unsern Kleinen Rath be-
vollmächtigen, der ärmern Classe der Landes - Einwoh-
ner für die Auswechslung derjenigen verbotenen Schei-
demünze, welche nach dem 1. August bey ihr noch übrig
bleiben mag, diejenige Erleichterung zu gewähren, welche
Er den Umständen und Unsern wohlmeinenden Absichten
angemessen erachten wird.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung,
den 3. Juny 1816.

Der Amts - Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatsschreiber,
G r u b e r.

Militär - Capitulation mit Frankreich.

6. Juny 1816. **L**udwig, von Gottes Gnaden, König von Frankreich und Navarra, allen denenjenigen, welchen gegenwärtige Urkunde zu Gesicht kommen mag, Unsern Gruss!

Nach Einsicht und Untersuchung der in Bern am 1. Juny 1816 durch Unsern fürgeliebten, den Herrn Grafen August von Tallyrand - Perigord, Pair von Frankreich, Unsern außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in Folge der Vollmachten, welche Wir ihm ertheilt, mit den Abgeordneten der Löblichen Cantone Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald, Glarus, Zug, Frenburg, Solothurn, Wallis und Genf, ebenfalls mit den erforderlichen Vollmachten versehen, abgeschlossenen und unterzeichneten Militär - Capitulation, deren Inhalt hienach folget:

Nachdem Seine allerchristlichste Majestät Ihre Geneigtheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu erkennen gegeben hat, eine neue Capitulation, für Errichtung von vier Linien - Regimentern und von zwey Regimentern königlicher Garden abzuschliessen; und die
Löbl.

Löbl. Cantone Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid dem Wald, Glarus, Zug, Friburg, Solothurn, Wallis und Genf von dem Wunsche befeelt, ihrer Seits zu allem dem beizuwirken, was Seiner Königl. Majestät angenehm seyn könnte; so haben in Folge dessen Se. Exc. der Herr Graf August von Talleyrand-Perigord, Pair von Frankreich, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Seiner allerchristlichsten Majestät bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft, und die nachbenannten Gesandten der Löbl. Cantone, als:

Für Bern,

die Herren

Ursanne Joseph Conrad von Billieng,
Staatsrath und ehemaliger Stabsoffizier in den
Schweizer-Garden.

Gottlieb von Muralt, Mitglied des Obersten
Appellationsgerichts.

Für Luzern,

Christoph von Fleckenstein, Staatsrath.

Joseph Schumacher, Staatsrath, ehemaliger
Offizier in den Schweizer-Garden, Ritter des Or-
dens St. Mauriz und Lazarus.

Für Uri,

Carl Besler, alt Landammann.

Für Schwyz,

Viktor Füh, Staatsrath.

6. Juny
1816.

Für Unterwalden ob dem Wald,
die Herren

Michael von Flüe, alt Landammann.

Johann Baptist Buecher, Bataillons-Chef, Ritter mehrerer Orden.

Für Unterwalden nid dem Wald,
Stanislaus Ackermann, Landammann.

Für Glarus,
Heer, Landmajor.

Für Zug,
Georg Joseph Sidler, Cantons-Statthalter.
Cajetan Andermatt, Hauptmann, Ritter der Ehren-Legion.

Für Frenzburg,
Johann von Montenach, Staatsrath.
Niklaus von Gady, Mitglied des souverainen Rathes und Ritter des heil. Ludwigsordens.

Für Solothurn,
Amanz von Gluz, Staatsrath.
Anton Gabriel von Surbeck, des souverainen Rathes, ehemaliger Hauptmann in den Schweizer-Garden und Ritter des heil. Ludwigsordens.
Anton von Gluz, Eidgenössischer Oberster, ehemaliger Aide-Major in den Schweizer-Garden, Ritter des heil. Ludwigsordens und Mitglied des Ober-Appellationsgerichts.

Für Wallis,

6. Juny
1816.

die Herren

Eugen von Courten, Hauptmann.

Emanuel Gay, alt Vice-Staatsrath, Abgeordneter bey der Tagsagung von Wallis.

Franz Xaver Perrig, Hauptmann.

Für Genf,

August von Bontems, Eidgenössischer Oberst-Lieutenant, des souverainen Raths und Ritter der Ehren-Region.

Jeder mit den nöthigen Vollmachten versehen, um sich über die desnachen zu treffenden Maßregeln zu verständigen, und nachdem sie sich solche gegenseitig mitgetheilt hatten, unter sich folgende Artikel zu gewissenhafter und treuer Beobachtung, nachdem solche durch die gegenseitigen Regierungen bestätigt seyn werden, festgesetzt; mit dem Versprechen, die Ratifikation in Monatsfrist, und wo möglich früher, einzubringen.

1) Die Cantone bewilligen die Errichtung nach folgendem Verhältniß, nemlich:

6. Juni
1816.

Cantone.	Für die Linie, aus welcher die Grenadiers und Voltigeurs gezogen werden.	Für die Garde, aus welcher die Grenadiers und Voltigeurs gezogen werden.
	Große Compagnien.	Große Compagnien.
Bern	3	3
Luzern	3	2
Nidwalden	1	— $\frac{1}{2}$
Zug	1	— $\frac{1}{2}$
Frenburg	3	3
Genf	1	1
Total	12 große Compagnien, welche ein Linien-Regiment mit seinem großen Stab bilden.	
Solothurn	3	2
Uri	1	— $\frac{1}{2}$
Schwyz	2	1 $\frac{1}{2}$
Obwalden	1	— $\frac{1}{2}$
Glarus	1	— $\frac{1}{2}$
Wallis	4 liefert ein Bataillon.	3 liefert die Hälfte eines Bataillons.
Total	12 große Compagnien, welche ein Linien-Regiment mit seinem großen Stab bilden.	18 große Compagnien in der Garde und dem großen Stab, nach dem Bestand eines Regiments, zu Folge der Artikel 15 und 16.

Es ist wohl verstanden, daß diese zwey Linien-Regimenter sowohl in Hinsicht auf Bildung und Beförderung, als in welcher andern Rücksicht es immer seyn möchte, gänzlich unterschieden und eines von dem andern getrennt bleiben.

6. Juny
1816.

Die Füsilier-Compagnien allein sollen Cantonal seyn. Die Grenadier- und Voltigeur-Compagnien, sowohl von der königl. Garde als von den Linien-Regimentern, und die Artillerie-Abtheilungen der Linien-Regimenter, werden aus Mannschaft, die aus den Füsilier-Compagnien auserlesen wird, zusammengesetzt.

Die kontrahirenden Staaten verpflichten sich, die freye und freywillige Werbung, sowohl für die Errichtung als für den Unterhalt besagter Compagnien, zu bewilligen und zu beschützen.

Die Errichtung und die Werbung sollen zu allen Zeiten unter der Besorgung und Verantwortlichkeit der Hauptleute bewerkstelligt werden.

2) Diese Truppen werden den großen Stab eines Regiments und vier und zwanzig Compagnien in den zwey Regimentern der königlichen Garde und den Linien-Regimentern bilden, die Se. Majestät in seinen Dienst aufnimmt, und welche, wie folgt, zusammengesetzt seyn werden, nemlich:

Regiment der königlichen Garde.

Jedes der zwey Regimenter, zu welchen die Cantone vier und zwanzig Compagnien liefern werden, soll aus einem großen Stab und drey Bataillons bestehen, von denen zwey Linien-Infanterie und eines Jäger seyn werden.

6. Juny 1816. Jedes Bataillon, sowohl Linien-Infanterie als Jäger, wird aus acht Compagnien, wovon eine Grenadiers, sechs Füsiliers, und eine Voltigeurs, zusammengesetzt seyn.

Der große Stab wird zusammengesetzt, wie folgt:

Offiziers.

- 1 Oberst.
- 1 Oberst-Lieutenant.
- 3 Bataillons-Chefs.
- 1 Major.
- 3 Adjutant-Majoren.
- 1 Zahlmeister (Quartiermeister).
- 1 Hauptmann über das Kleidungswesen.
- 1 Großrichter (Auditor).
- 1 Zweyter Zahlmeister (Zahlmeister).
- 1 Fähndrich.
- 1 Chirurgus-Major.
- 2 Unter-Chirurgen.
- 1 katholischer } Feldprediger.
- 1 reformirter }

Kleiner Stab.

- 3 Adjutant-Unteroffiziers.
- 1 Tambour-Major.
- 3 Tambour-Corporalen.
- 12 Musikanten, wovon ein Chef.
- 1 Schneidermeister.
- 1 Kamaschenmacher.
- 1 Schustermeister.
- 1 Büchschenschmid.
- 3 Profosen.

Total 45, wovon 19 Offiziers und 26 des kleinen Stabs.

6. Juny
1816.

Zusammensetzung
der Grenadiers - Füsiliers - und Voltigeurs-
Compagnien.

O f f i z i e r s.

- 1 Hauptmann.
- 1 Lieutenant.
- 1 Unter-Lieutenant.

Unteroffiziers und Soldaten.

- 1 Feldweibel.
- 4 Wachtmeister.
- 1 Furiere.
- 8 Corporalen.
- 74 Grenadiers, Füsiliers oder Voltigeurs.
- 2 Tambouren.

Total 93, wovon 3 Offiziers und 90 Unteroffiziers
und Soldaten.

Se. Majestät bewilligen zwey Regiments - Kinder
auf jede Fusilier - Compagnie.

Refapitulation eines Regiments.

18 Compagnien Füsiliers		
zu 93 Mann	.	1674
6 idem	<div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> <div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> Grenadiers oder Voltigeurs </div> </div>	
zu 93 Mann	.	558
Regiments - Stab	.	45
		Total 2277

6. Juny wovon 91 Offiziers und 2186 Unteroffiziers und Soldaten. 1816. daten.

Ein schweizerischer Feldmarschall mit Rang eines General = Lieutenants, wird die zwey Regimenter der Schweizer-Brigade von der königlichen Garde befehligen.

Er genießt die Traktamente und Vortheile, die den französischen Feldmarschällen, in dieser Garde angestellt, zugestanden sind.

Dieser Feldmarschall wird allein diejenige Anzahl von General = Adjutanten haben, die dem Grad, mit dem er in der Armee bekleidet ist, zugelassen ist.

Diese General = Adjutanten sollen schweizerischer Herkunft seyn und die nemlichen Traktamente genießen, wie die Offiziers der königlichen Garde von gleichem Grade; sie erhalten die Fourage = Entschädigung, welche den General = Adjutanten von ihrem Grade bey der Armee zukommt.

In Hinsicht ihrer Beförderung werden selbige den königlichen Garde = Regimentern gleich gestellt.

Bildung der Linien = Regimenter.

Jedes Regiment wird aus einem Stab und drey Bataillons zusammengesetzt.

Jedes Bataillon wird sechs Compagnien haben, nemlich eine Grenadier = vier Füsiliers = und eine Voltigeur = Compagnie.

Bey jedem Regiment wird sich eine Abtheilung Artillerie, die zwey Feldstücke bedient, befinden.

Der Stab, die Bataillons und die Artillerie-Abt. 6. Sunn
theilung werden auf folgende Weise errichtet: 1816.

S t a b.

O f f i z i e r s.

- 1 Oberst.
- 1 Oberst-Lieutenant.
- 3 Bataillons = Chefs.
- 1 Major.
- 3 Adjutant-Majoren.
- 1 Zahlmeister.
- 1 Hauptmann des Kleidungswesens.
- 1 Auditor.
- 1 Fähndrich.
- 1 Chirurgus = Major.
- 2 Unter-Chirurgen.
- 1 katholischer } Feldprediger.
- 1 reformirter }

Unteroffiziers und Soldaten.

- 3 Adjutant-Unteroffiziers.
- 1 Tambour-Major.
- 3 Tambour-Corporalen.
- 12 Musikanten, wovon ein Chef.
- 1 Schneidermeister.
- 1 Kamaschenmacher.
- 1 Schustermeister.
- 1 Büchschenschmid.
- 3 Profosen.

Total 44, wovon 18 Offiziers und 26 Unteroffiziers
und Soldaten.

6. Juny
1816.

C o m p a g n i e n
Grenadiers, Füsiliers und Voltigeurs.

O f f i z i e r s.

- 1 Hauptmann.
- 1 Lieutenant erster Classe.
- 1 Lieutenant zweyter Classe.
- 1 Unter-Lieutenant.

Unteroffiziers und Soldaten.

- 1 Feldweibel.
- 4 Wachtmeister.
- 1 Fourier.
- 8 Corporalen.
- 84 Grenadiers, Füsiliers oder Voltigeurs.
- 2 Tambouren.

Total 104, wovon 4 Offiziers und 100 Unteroffiziers
und Soldaten.

Se. Majestät wollen zwey Regiments-Kinder in jeder
Füsilier-Compagnie zulassen.

A r t i l l e r i e = A b t h e i l u n g.

Diese Artillerie-Section marschirt mit dem Regi-
ments-Stab.

O f f i z i e r s.

- 1 Erster Lieutenant.

Unteroffiziers und Soldaten.

- 1 Wachtmeister.

Transp. 2

Transp. 2

6. Juny
1816.

- 1 Corporal.
- 20 Canoniers, wovon zwey Feuerwerker.
- 1 Fourier.
- 1 Brigadier.
- 15 Train-Soldaten, wovon ein Feuerwerker.

Total 40, wovon 1 Offizier und 30 Unteroffiziers
und Soldaten.

3) Alle Offiziers einer Cantonal-Compagnie sollen Bürger und anerkannte Angehörige desjenigen Cantons seyn, der die Compagnie liefert.

Zur Zeit der Errichtung soll keine Offiziersstelle bey den Schweizer-Corps besetzt werden, als bloß durch solche Individuen, die von ihren Hohen Regierungen als Schweizer anerkannt sind, und das Brevet kann selbigen nur dann ausgeliefert werden, wenn sie sich in dieser Eigenschaft durch ein Zeugniß von ihrer Regierung werden ausgewiesen haben.

Die Mannschaft, welche die Schweizer-Regimenter bilden soll, muß freywillig und durch gegenseitige Uebereinkunft, wenigstens für die Zeit von vier Jahren angeworben werden; nach deren Verfluß sie ihren unbedingten Abschied in denen im §. 7. festgesetzten Zeiträumen erhalten soll, in sofern sie sich nicht wieder anwerben lassen will.

Sie muß ursprünglich aus Schweizern bestehen, im Alter von 18 bis 35 Jahren, wenn sie nie gedient, und von 18 bis 40 Jahren, wenn selbige gedient, wenigstens 5 Schuh 2 Zoll für die königlichen Garde-

6. ^{1816.} ~~Gunn~~ Regimenten , 5 Schuh 1 Zoll für die Linien-Regimenten-
ter , und 5 Schuh für die Voltigeurs messen und keine
Gebrechen haben.

Se. Majestät ertheilt den schweizerischen Hauptleuten der Linien-Regimenten , nach dem Beispiel der Könige , Ihrer Vorfahren , die Befugniß , einen Viertel fremde Unteroffiziers und Soldaten in ihre Compagnien aufzunehmen.

Es ist jedoch wohl verstanden , daß in den beyden Garde-Regimenten kein Fremder zugelassen und die genaue Vollziehung dieser oben gestatteten Befugniß mit aller möglichen Strenge beaufsichtigt werde.

4) Unabhängig von jenen in den Cantonal-Compagnien zugesicherten Offiziersstellen , sollen auch bey der ersten Errichtung diejenigen der Grenadiers , der Voltigeurs und der Artillerie , so wie auch die der Ober-Offiziers und der Stäbe , sowohl der königlichen Garde- als der Linien-Regimenten , nach dem genauesten Verhältniß zwischen den kapitulirenden Cantonen vertheilt werden , und dieses Verhältniß soll auch für die Ergänzungen so viel möglich beybehalten werden , mit denjenigen Ausnahmen jedoch , die in den §§. 15. 16. 17. und 18. enthalten sind.

Die Schweizer-Offiziers können desgleichen auch zum Generals-Rang und anderen militärischen Würden gelangen , wenn Se. Majestät dieselben durch ihr Dienst-Alter und ihre Talente dazu würdig erachtet haben wird.

Der König bewilligt den Offiziers der beyden königlichen Garde-Regimenten die Grade und die Besoldung , die in nachstehendem Verzeichniß enthalten sind ;

Bezeichnung der Grade.	R a n g.	Jährliche Besoldung.	R a n g / welchen die Offiziers zu Beziehung des Retraite = Gehalts einnehmen werden.
Oberst	Feld - Marschall	Franken	General - Lieutenant.
Oberst - Lieutenant	Oberst	15000	Feldmarschall.
Bataillons - Chef	Oberst - Lieutenant	12000	Oberst.
Major		8000	
Adjutant - Major		5000	
Zahlmeister	den Grad unmittelbar über demjenigen / welchen sie wirklich bekleiden.	nach ihrem Grad	den Rang unmittelbar über dem- jenigen / welchen ihnen in der Linie der in der Garde bekleidende Rang gibt.
Hauptmann des Klei- dungswezens			
Zweiter Zahlmeister			
Fähnrich			
Großrichter	.	5000	Oberst - Lieutenant.
katholischer Feldprediger	.	2000	Hauptmann.
reformirter Feldprediger	.	2000	Hauptmann.
Chirurgus - Major	.	2700	Hauptmann.
Unter - Chirurgus	.	2000	Hauptmann.
Hauptmann	Bataillons - Chef	5000	Oberst - Lieutenant.
Lieutenant	Hauptmann	3000	
Unter - Lieutenant		2500	Bataillons - Chef.
		1800	Hauptmann.

Den drei ältesten Hauptleuten der königlichen Garde - Regimenter wird eine Besoldungs - Zulage von 400 Franken jährlich bewilligt.

6. Juny 1816. Die Offiziers dieser Regimenter werden überdieß, jeder in seinem Grade, alle Entschädigungen genießen, die den Offiziers der anderen Regimenter der königlichen Garde angewiesen sind.

Die Offiziers in den Spitälern werden dem gleichen Abzug, wie die Offiziers jener Regimenter, unterworfen seyn.

Der Sold und der Rang der Unteroffiziers und Soldaten der Schweizer - Regimenter der königlichen Garde sind nach folgender Lage bestimmt:

Bezeichnung der Grade.		R a n g.	Täglicher Sold.		
			Fr.	C.	M.
Kleiner Stab.	Adjutant - Unteroffizier	Unter - Lieutenant	2	90	=
	Tambour - Major	Adjutant - Unteroffizier	1	60	=
	Tambour - Corporal	Wachtmeister	1	5	=
	Musik - Chef	3	=	=
	Musikant	=	97	5
	Handwerksmeister	=	70	=
	Profos	=	85	=
Compagnie.	Elite.	Feldweibel	Adjutant - Unteroffizier	1	62 5
		Wachtmeister u. Fourier	Feldweibel	1	36 =
		Corporal	Wachtmeister	=	95 =
		Grenadier und Voltigeur	Corporal	=	80 =
	Centum.	Tambour u. Waldhornist	idem	=	90 =
		Feldweibel	Adjutant - Unteroffizier	1	55 =
		Wachtmeister u. Fourier	Feldweibel	1	26 =
		Corporal	Wachtmeister	=	85 =
		Füsilier	Corporal	=	70 =
		Tambour	idem	=	80 =
		Regiments - Kinder	=	27 5

Jeder Unteroffizier und Soldat wird täglich eine Ration Brod erhalten, und überdieß zu jeder Zeit aller anderen Vorthelle, Entschädigungen und Neben-Traktamente, gleich den Unteroffiziers und Soldaten der königlichen Garde genießen. 6. Juny 1816.

Wenn die Schweizer - Truppen im Felde stehen, so wird den Unteroffiziers und Soldaten fünfzehn Centimes täglich am Sold abgezogen, die für den gewöhnlichen Unterhalt bestimmt sind, welcher dann durch die Feldrationen ersetzt wird.

Wenn sie auf dem Marsch im Innern des Königreichs sich befinden, so wird dieser Sold um den Betrag der Etappen - Zulage erhöht.

Die Unteroffiziers und Soldaten haben für die Spital - Tage den nemlichen Abzug, wie diejenigen von gleichen Graden in der königlichen Garde zu ertragen.

Jeder Unteroffizier und Soldat vom Feldweibel an gerechnet, wird täglich zwanzig Centimes zum Unterhalt der Wasche, der Schuhe und Strümpfe, in der Casse lassen.

Dem zu Folge soll die Masse jedes Unteroffiziers und Soldaten aus drey und siebenzig Franken bestehen; und es wird der Mannschaft von dem Ueberschuß dieser bestimmten Summe nicht eher ein Decompte berechnet, als bis ihr Tornister mit der kleinen Montirung, in der durch die Verordnung bestimmten Anzahl, versehen seyn wird.

5) Die Compagnien der Löbl. Cantone werden in

6. Gany ihrem Regimente ihre Stelle auf dem Waffenplatz nach 1816. dem Rang des Dienstalters der Hauptleute einnehmen.

Die Gehalte und der Sold der Linien-Regimenter werden nach folgendem Tarif bezahlt:

Bezeichnung der Grade.	Jährliche Besoldung.
	Franken.
Oberst	6000
Oberst = Lieutenant	5000
Bataillons = Chef und Major	4000
Adjutant = Major	2400
Quartier-Meister, nach seinem Grad	--
Hauptmann des Kleidungswesens, idem.	—
Auditor, mit Rang eines Hauptmanns	2200
Fähnrich, mit Rang eines Lieutenants	1800
Chirurgus = Major	2400
Unter = Chirurgus	1800
Katholischer Feldprediger	1500
Reformirter Feldprediger	1500
Hauptmann	2400
Lieutenant erster Classe	1800
Lieutenant zweyter Classe	1500
Unter = Lieutenant	1200
Artillerie = Lieutenant	2000

Den drey ältesten Hauptleuten jedes Regiments wird eine Besoldungs = Zulage von vierhundert Franken jährlich bewilligt.

Die Offiziers dieser Regimenter sollen überdieß, jeder in seinem Grade, alle Entschädigungen genießen, die den Offiziers der französischen Linien-Regimenter zukommen.

Die

Die Offiziers in den Spitälern sind den nemlichen Summ 6. Abzügen, wie die Offiziers der französischen Linien-Regimenter unterworfen. 1816.

Der Sold der Unteroffiziers und Soldaten von der Linie wird auf nachstehende Weise bezahlt:

Bezeichnung der Grade.		Täglicher Sold.			
		Fr.	C.	M.	
Compagnien.	Kleiner Stab.	Adjutant = Unteroffizier . . .	2	10	"
		Tambour = Major . . .	1	20	"
		Tambour = Corporal . . .	"	75	"
		Musikant . . .	"	80	"
		Handwerksmeister . . .	"	50	"
		Profos . . .	"	60	"
	Elite.	Feldweibel . . .	1	20	"
		Wachtmeister und Fourier . . .	1	"	"
		Corporal . . .	"	75	"
		Grenadier oder Voltigeur . . .	"	55	"
	Centrum.	Tambour . . .	"	65	"
		Feldweibel . . .	1	15	"
		Wachtmeister und Fourier . . .	"	95	"
		Corporal . . .	"	70	"
		Füsilier . . .	"	50	"
	Artillerie.	Tambour . . .	"	60	"
		Regiments = Kinder . . .	"	25	"
		Wachtmeister . . .	1	10	"
		Corporal . . .	"	80	"
		Canonier und Feuerwerker . . .	"	60	"
	Train	Wachtmeister . . .	1	10	"
		Brigadier . . .	"	80	"
		Soldat oder Feuerwerker . . .	"	60	"

6. Juny 1816. Jedes dieser Individuen wird täglich eine Ration Brod erhalten, und überdieß zu jeder Zeit alle Vortheile, Entschädigungen und Nebentraktamente gleich den übrigen Truppen Sr. Majestät zu genießen haben.

Wenn die Schweizer-Truppen im Felde seyn werden, so wird auf dem Sold der Unteroffiziers und Soldaten fünfzehn Centimes täglich abgezogen, die sonst für den gewöhnlichen Unterhalt bestimmt sind, welcher dann durch die Feldrationen ersetzt wird.

Wenn selbige sich auf dem Marsch in dem Innern des Königreichs befinden, so wird der Sold um den Betrag der Etappe-Zulage erhöht.

Die Unteroffiziers und Soldaten haben für die Spital-Tage den nemlichen Abzug, wie diejenigen von gleichen Graden der französischen Infanterie zu ertragen.

Jeder Unteroffizier und Soldat vom Feldweibel an gerechnet, wird täglich zehn Centimes zum Unterhalt der Wasche, Strümpfe und Schuhe in der Casse zurückerlassen. Außer den in den §§. 5. und 6. festgesetzten Abzügen sollen den Schweizer-Truppen keine andere gemacht werden.

Die Besoldung der Offiziers zählt nur vom Tag ihrer Abreise von dem Hauptort ihres Cantons an, der auf der Marschroute angezeigt ist, um sich zu ihrem Corps zu begeben.

Diese Marschroute wird von der französischen Gesandtschaft ausgestellt, in sofern selbige nicht von dem Kriegsministerium eingesendet würde.

6) Die Kleidungs-Masse der Schweizer-Regimenter 6. Juny
der königlichen Garde ist auf neunzig Franken per Mann 1816.
jährlich festgesetzt. Die übrigen Massen für diese Corps
sollen die nemlichen seyn, wie diejenigen, so für die
königlichen Garde-Regimenter bestimmt sind.

Für die übrigen Schweizer-Regimenter werden alle
Massen, mit Inbegriff derjenigen für die Kleidung, die
nemlichen seyn, wie die der französischen Linien-
Truppen.

7) Jeder Mann verpflichtet sich, Sr. Majestät dem
König Ludwig XVIII. und Seinen rechtmäßigen Nach-
folgern, während der ganzen in ihrer Capitulation be-
stimmten Zeit mit Treue zu dienen, worüber sie den Eid
bey ihren Fahnen schwören werden.

Nach Verfluß dieses Termins soll es jedem frey
stehen, sich aufs neue, für zwey oder mehrere Jahre,
wieder anwerben zu lassen, oder aber seinen Abschied zu
nehmen.

In Friedenszeiten werden die Regiments-Abschiede
jährlich vier Mal ertheilt, und so viel möglich, in dem
ersten Monat eines jeden Trimesters derjenigen Mann-
schaft, deren Dienstzeit in dem vorhergehenden Tri-
mester zu Ende gelaufen seyn wird; vorausgesetzt, daß
sie ihren Hauptleuten nichts schuldig seyn, oder daß sie
baar entrichte, was sie noch schuldig seyn möchte.

Wenn ein Soldat, der seinen unbedingten Abschied
früher als in der zu Erhaltung der Retraite = Pension
vorgeschriebenen Zeit empfangen hätte, mehr als drey
Monate verstreichen läßt, ohne sich aufs neue anwerben

6. Juny zu lassen, so werden ihm seine vorhergehenden Dienstjahre nicht angerechnet, und zu Erhaltung der Pension zählt er alsdann nur von dem Tag seiner letzten Anwerbung.

In Kriegszeiten wird während eines Feldzugs kein Abschied ertheilt; und die Mannschaft, deren Dienstzeit zu Ende gelaufen ist, wird ihren Abschied nur während den Winterquartieren erhalten. Im Fall der Feldzug ununterbrochen fortdauern sollte, so werden diese Abschiede im Laufe des Monats Jenner des Jahrs, welches auf dasjenige des Verflusses der Dienstzeit folgt, gestattet; jedoch nur unter der Voraussetzung, daß frische Rekruten angekommen seyen, oder wenigstens der amtliche Bericht eingegangen, daß die Mannschaft zur Ergänzung der zu Verabschiedenden im Anmarsche sich befinde. Es wird den Soldaten für die Zeit, die sie über den Termin ihrer Capitulationszeit werden gedient haben, und von der Zeit an, wo selbige bey den Fahnen zurückbehalten worden, Rechnung getragen.

Jedes Handgeld oder Guthaben der Unteroffiziers und Soldaten, die umgekommen oder gestorben sind, soll durch die Verwaltung dem Hauptmann bezahlt werden, der alsdann gehalten seyn soll, solches den Erben des Verstorbenen zukommen zu lassen, so wie auch jede Vergütung, die den Verstorbenen oder Umgekommenen nach Auslauf ihrer Dienstzeit zu gut kommen möchte.

8) Die Werbung liegt den Hauptleuten ob; sie soll den hiezu verordneten Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten, so wie auch den auf Urlaub Stehenden anvertraut werden.

Die zur ersten Errichtung der Corps bestimmten 6. Juny
Summen werden durch den Verwaltungs - Rath den 1816.
Hauptleuten zugestellt.

Diese Austheilung wird zum voraus und zu Viertelstheilen statt finden. Sie wird je nach Maßgabe erneuert werden, als die Musterungs - Stats die Verwendung der ersten Summen und die Anzahl der auf dem Depot angenommenen Mannschaft, bescheinigen werden.

Der Hauptmann soll die Hälfte seiner Compagnie in Zeit von sechs Monaten, und die andere Hälfte in den anderen sechs Monaten des Jahrs, vom Tag des Empfangs der Gelder an berechnet, liefern.

Wenn aus Mangel an Sorgfalt und Thätigkeit er seine Compagnie zur oben festgesetzten Zeit nicht vollzählig hätte, so soll er gehalten seyn, die ihm zum voraus anvertrauten Werbungs - Gelder auf der Stelle in die Verwaltungs - Cassé zurückzugeben, so daß ihm nur das für die effektive Mannschaft seiner Compagnie Benöthigte verbleibt; diese Summen kann er nur allmählig, so wie er einen Mann für seine Compagnie angeworben haben wird, wieder zurückfordern.

Wenn der versammelte Verwaltungs - Rath entscheiden würde, daß der Hauptmann die Werbung mit zu vieler Nachlässigkeit betrieben hätte, so kann ihm ein Abzug auf seiner Besoldung gemacht werden. Dieser Abzug soll in die Cassé des Corps fließen, um zu Handen des Staats verwendet, oder aber dem Offizier wieder zurückgegeben zu werden, je nachdem er in der Folge mehr oder weniger Fleiß in seinen Verrichtungen gezeigt haben wird, und auf den Bericht, welchen der

6. Juny General-Inspektor bey der Musterung darüber ertheilen
1816. wird.

In keinem Fall sollen die Cantons-Regierungen, für die Nicht-Ergänzung ihrer Compagnien, verantwortlich seyn.

Der Gehalt der Offiziers und der Sold der Truppen werden zu der Zeit und nach der Vorschrift für die französische Armee ausbezahlt.

Die Rekrutierungs-Massen werden für jeden Mann und für vier Jahre auf zweyhundert Franken bestimmt. Sie werden dem Verwaltungs-Rath jedes Regiments zu voraus von drey zu drey Monaten eingehändigt.

Die Anwerbungsgelder sollen einhundert und fünfzig Franken für jeden Mann betragen, und von Monat zu Monat den Hauptleuten durch jedes Regiment ausgetheilt werden, die solche alsdann unter ihrer Verantwortung verwenden.

Wenn ein Hauptmann, nach der Errichtung, einige Mannschaft über die Vollzahl seiner Compagnie anwerben würde, so soll selbigem sowohl das Handgeld als ihr Sold zugestanden seyn, in sofern deren Anzahl nicht sechs Mann übersteigt.

Für Transportkosten der Rekruten, von dem Hauptort des Cantons, dem die Compagnie angehört, hinweg, bis auf den Depot in Frankreich, wird dem Hauptmann eine Reise-Entschädigung von fünfzehn Centimes für jede Stunde, und für jeden Mann, der auf dem Depot angenommen wird, zugestanden.

Die nach den bestehenden Verordnungen für die 6. Summ
französischen Rekruten auf der Rekrutierungs = Masse vor- 1816,
behaltenen fünfzig Franken für die Lieferung der kleinen
Montierung, bleiben zur Verfügung des Verwaltungs-
Rathes, der dafür verantwortlich bleibt.

Für Anwerbung und Reiseunkosten solcher Mann-
schaft, die, wegen Gebrechen oder anderen gültigen Be-
weggründen, bey ihrer Ankunft auf dem Depot abgewie-
sen würde, oder die daselbst, sen es wegen Desertion
oder aus anderen Ursachen, nicht erscheinen würde, wird
keine Rechnung getragen.

Die Rekruten zählen für ihre Dienstzeit vom Tag
ihrer Anwerbung an, und für den Sold vom Tag
ihrer Ankunft auf dem Depot, zu welchem Belfort oder
Besançon, je nach der Nähe des Hauptorts der contra-
hierenden Cantone, bestimmt wird.

Jeder Mann, der nach seiner Auf- und Annahme
durch einen spätern Zufall zum Dienste des Königs un-
tüchtig befunden würde, soll nach den bestehenden Ver-
ordnungen die Entschädigung für seine Rückreise nach
Hause erhalten.

Die Mannschaft, die während ihrer Reise nach dem
Depot auf französischem Boden erkranken würde, soll
auf Kosten Sr. Majestät in das nächstgelegene französi-
sche Lazareth gebracht und daselbst verpflegt werden.

9) Die Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten der
vier Schweizer-Regimenter, welche am 20. März 1815
in Diensten der Königs von Frankreich waren, Ange-
hörige der capitulirenden Cantone sind, und die ver-

6. Juny möge des Befehls der Schweizerischen Tagsatzung vom 1816. 2. April gleiches Jahrs nach der Schweiz zurückgekehrt sind, so wie auch diejenigen Offiziers der ehemaligen Schweizer-Regimenter im Dienst Sr. Majestät, die im Jahr 1792 verabschiedet oder aufgelöst wurden, sollen bey Errichtung der königlichen Garde und der Linien-Infanterie-Regimenter vorzugsweise angestellt werden, wenn sie die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzen.

Diejenigen Offiziers der vier benannten Regimenter, die den Befehlen ihrer Regierung Folge geleistet haben, und die in der Errichtung der neuen Corps nicht einbezogen wären, sollen einen ihrem Rang und der Zahl ihrer Dienstjahre angemessenen Reform-Gehalt erhalten.

Das Rechnungswesen der vier ehemals in französischen Diensten gestandenen Regimenter soll abgeschlossen und gänzlich liquidirt werden.

10) Dem Hauptmann werden für jeden Mann, der sich aufs neue anwerben läßt, bewilligt, nemlich:

einhundert Franken für zwey Jahre,
zweyhundert Franken für vier Jahre.

11) Der General-Verwaltungs-Rath von jedem der Regimenter der königlichen Garde und von jedem Linien-Regiment wird aus allen höheren Offiziers und allen Hauptleuten zusammengesetzt; welche Oberoffiziers und Hauptleute, alle einer für und um den andern zur Garantie der ihnen anvertrauten Gelder verpflichtet sind. Der Artillerie-Lieutenant in den Linien-Regimentern soll ebenfalls dazu gehören, und die nemliche Verpflichtung auf sich haben.

Der General = Verwaltungs = Rath wählt sich einen 6. Zung
engern Ausschuss, der aus folgenden Mitgliedern beste- 1816.
hen soll, als:

Dem Oberst, Präsident.

Dem Oberst = Lieutenant.

Dem Major.

Dem Auditor.

Dem ältesten Bataillons = Chef.

Zwey Hauptleuten, und

dem Artillerie = Lieutenant.

Der zweite Bataillons = Chef und zwey Hauptleute
werden Suppleanten seyn.

Ben Errichtung dieses Rathes werden die Vorschrif-
ten der königlichen Ordonnanz vom 20. Jenner 1815
befolgt.

Der General = Verwaltungs = Rath soll sich wenig-
stens jedes Viertelfahr einmal versammeln, um zu dem
Abschluss der Rechnungen zu schreiten. Seine Beschlüsse
sind gültig und für alle Mitglieder verbindlich, wenn
die Zahl der sich Berathenden eine Stimme mehr als
die Hälfte der vollen Anzahl der Mitglieder beträgt.

Der geschäftsführende Rath oder engere Ausschuss
soll sich mit den täglich vorkommenden und laufenden
Verwaltungs = Geschäften befassen.

Als Folge der Garantie der Fonds werden die Mit-
glieder des General = Verwaltungs = Rathes auf eine mit
ihrem Traktamente im Verhältniß stehende Weise in die
Verantwortlichkeit eintreten, welche aus der Verwal-
tung der Massen erfolgen wird.

6. Juny 1816. Was die Garantie der Werbungsgelder und des Soldes anbetrifft, so bleibt der Hauptmann vom Augenblick an, wo er solche wird empfangen haben, einzig dafür verantwortlich; in Folge dessen wird er auch allein die Vortheile zu geniessen haben, die daraus erwachsen möchten. Wenn selbiger mit Tod abgehen sollte, so sollen dessen Erben gehalten seyn, der Casse der General-Verwaltung diejenigen Gelder zu ersetzen, deren Verwendung nicht gerechtfertigt werden könnte.

12) Für die Ergänzung derjenigen Mannschaft, die inner den ersten sechs Monaten nach ihrer Anwerbung desertiren sollte, findet keine Vergütung statt, sondern die Hauptleute sind gehalten, solche auf eigene Kosten zu bestreiten.

Alle Cantone, welche an gegenwärtiger Capitulation Antheil nehmen, verpflichten sich gegenseitig, die erforderliche Erleichterung und Unterstützung zur Verhaftung der Ausreisser der mit Sr. allerchristlichsten Majestät capitulirten sechs Regimenter zu gewähren.

Die Chefs der Schweizer-Corps sollen das Recht haben, ihre Ausreisser in Frankreich überall, wo sich solche befinden möchten, selbst bey allen Corps der königlichen Armee zurückzufordern; woben die Reciprocität vorbehalten wird.

13) In Friedenszeiten können ein Offizier und sieben Unteroffiziers und Soldaten von jeder Compagnie auf Werbung oder auf Urlaub gesendet werden.

In Kriegszeiten soll diese Anzahl auf einen Offizier

und drey Unteroffiziers oder Soldaten auf jede Compagnie beschränkt seyn. 6. Juny 1816.

In jedem Fall erhalten diese Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten, während ihrer Abwesenheit, den Sold nach ihrem Grad, und sollen deshalb auf die Musterungs-Stats getragen werden, und im effektiven Stand begriffen seyn.

Die Erben dieser Militairs, welche auf Urlaub oder auf Werbung mit Tod abgehen würden, sollen den selbigen zu gut kommenden Sold bis auf den Tag ihres Hinscheidens beziehen können.

14) Sr. königliche Hoheit, Monsieur, General-Oberst der Schweizer, wird alle Schweizer-Truppen befehligen, und alle mit seiner Stelle verbundene Rechte und Vorzüge genießen.

15) Die Chefs und Oberoffiziers der Schweizer-Garde werden von dem König, auf den Vorschlag Sr. königlichen Hoheit des General-Obersten, ernannt. Sr. Majestät werden über diese Stellen zu Gunsten derjenigen Schweizer-Offiziers verfügen, die Sie, sey es in Hinsicht ihres Dienstalters, ihrer geleisteten Dienste, oder ihrer Talente für die würdigsten halten werden.

Alle Schweizer-Offiziers, die in den capitulirten Regimentern dienen, sollen das Recht haben, ohne Unterschied zu allen höheren Offiziers-Stellen, sowohl in den königlichen Garde-Regimentern als in den Regimentern, welchen sie angehören, gelangen zu können.

16) Den capitulirenden Cantonen werden bey der ersten Errichtung in den Garde-Regimentern eine Anzahl

6. Summ Bataillons=Chefs, Füsilier- und Elite-Hauptleute, Lieutenants und Unter-Lieutenants gestattet, die zu der Anzahl Truppen im Verhältniß steht, welche sie für die Linien und die Garde werden geliefert haben.

Die Bataillons=Chefs in der Garde werden der Auswahl Sr. Majestät überlassen und aus den eilf capitulirenden Cantonen genommen.

Wenn die capitulirenden Cantone bey der ersten Errichtung nicht die mit der Anzahl ihrer gelieferten Truppen im Verhältniß stehende Zahl von Oberoffiziers in der Garde haben würden, so wird alsobald, nachdem eine dieser Stellen erledigt seyn wird, dieselbe von Sr. Majestät einem Angehörigen der eilf capitulirenden Stände gegeben werden, und eben so in der Folge, bis sie die Anzahl von Stellen, wozu solche berechtigt sind, besitzen; welches Verhältniß dann in der Zukunft beygehalten werden soll.

17) In den Linien=Regimentern werden Se. Majestät für die erste Errichtung alle Offiziers=Stellen, sowohl in den Regiments=Stäben als in den Compagnien, auf den Vorschlag des General=Obersten, vergeben.

Seine Majestät werden, auf den Vorschlag des General=Obersten, über alle höheren Offiziers=Stellen der gegenwärtig capitulirten Linien=Regimenter zu Gunsten derjenigen Offiziers verfügen, die Sie sowohl wegen ihren geleisteten Diensten als ihrem Dienstalter am würdigsten finden werden.

Die Offiziers sollen aus anerkannten Angehörigen derjenigen Cantone, die das Regiment geliefert haben,

gewählt werden; vermöge dessen können diejenigen Canton- 6. Juny
tone, die für ein Regiment capitulirt haben, auf die 1816.
Stellen in den anderen Linien-Regimentern keine An-
sprüche machen.

Jedes Bataillon eines Linien-Regiments wird seinen
Bataillons-Chef haben, welcher aus den Hauptleuten
der Compagnien, die das Bataillon bilden, gewählt wer-
den soll. Ausser dem Bataillons-Chef, den Hauptleuten
und Offiziers der Füsilier-Compagnien, wird der oder die
Cantone, welche ein Bataillon liefern, in den Eliten-
Compagnien des Regiments eine Anzahl Hauptleute und
Offiziers haben, die im Verhältniß zur Zahl der von ih-
nen gelieferten Mannschaft stehen.

Die capitulirenden Cantone werden Sr. Majestät
und Sr. königl. Hoheit dem General-Obersten, diejenigen
ihrer Angehörigen empfehlen, die sie zu Bekleidung der
Stellen sowohl im Regiments-Stab als in den durch sie
bewilligten Compagnien der Garde und der Linien-Regi-
menter am tauglichsten finden.

18) Nach der ersten Formation werden die Haupt-
leute der Grenadiers und der Voltigeurs fortwährend
der Ernennung Sr. Majestät auf den Vorschlag des Ge-
neral-Obersten hin, überlassen seyn. Sie können aber
nur aus denjenigen Regimentern genommen werden, in
welchen diese Stellen erledigt wurden.

Jedem Canton wird so viel als möglich die Anzahl
von Eliten-Hauptleuten, die er bey der ersten Formation
wird erhalten haben, beybehalten.

Se. Majestät werden desgleichen die Lieutenants und
Unter-Lieutenants der Eliten-Compagnien und den Ober-

6. Zum Lieutenant der Artillerie, aus den Offizieren des nemlichen Regiments, so wie auf den Vorschlag des General-Obersten ernennen.

In Betreff der Beförderung in den Cantonal-Compagnien soll die erledigte Compagnie von Rechtswegen dem ältesten Offizier des Cantons in dem Regiment zukommen; mit dem ausdrücklichen Vorbehalt jedoch, daß dieser Offizier die dazu erforderlichen Eigenschaften besitze und von guter Aufführung sey.

In jedem Corps wird die Beförderung zum Lieutenant durch das Dienstalter entschieden, so daß der älteste Unter-Lieutenant des Regiments zu der erledigten Lieutenants-Stelle gelangt, ohne Rücksicht, in welcher Compagnie die Erledigung statt habe.

Die Unter-Lieutenants werden durch den General-Obersten auf die Vorstellung des Hauptmanns der Cantonal-Compagnie in der die Stelle erledigt ist, und auf den Vorschlag des Regiments-Obersten ernannt.

19) Dasjenige, worüber man in Betreff der Errichtung der Linien-Compagnien und der Beförderung in denselben übereingekommen ist, wird gleichfalls in den Compagnien der königlichen Garde statt finden; mit der Ausnahme zwar, daß die Beförderung der Lieutenants zu den Hauptmanns-Stellen der Cantonal-Compagnien in der Garde sich auf beyde Regimente erstrecken soll, indem diese Compagnien sich in selbigen vertheilt befinden können.

20) Es können jedoch, in den Füsilier-Compagnien der königlichen Garde, die Hauptleute für die Unter-Lieu-

tenants-Stellen nur solche Subjekte ihres Cantons vor- 6. Juny
schlagen, die ein jährliches Einkommen oder eine Pen- 1816.
sion von sechshundert Franken genießen.

21) Die Regiments - Quartiermeister, die Haupt-
leute des Kleidungswesens, so wie die Ober - Chirurgen,
werden durch den General - Obersten, auf die Vorstellung
des Verwaltungsraths, ernannt.

Die Fähndrichs, die Adjutant - Majors, die katho-
lischen und reformierten Feldprediger, die Richter und
die Chirurgen werden durch den General - Obersten auf
den Vorschlag des Regiments - Obersten ernannt.

Die Adjutants - Unteroffiziers, die Tambour - Ma-
jors, die Tambour - Corporals und die Profosen jedes
Regiments, werden durch den Obersten auf die Vorstel-
lung der Bataillons - Chefs ernannt.

Die Unteroffiziers und Corporalen werden ebenfalls
durch ihn ernannt, auf den durch die Bataillons - Chefs
genehmigten Vorschlag der Hauptleute.

Die Musikanten und Handwerksmeister sollen durch
den General - Verwaltungsrath gewählt werden.

22) Die Militairs, welche einen Theil dieser Trup-
pen - Corps ausmachen, werden die nemlichen Retraite-
Pensionen wie die französischen Truppen genießen, sobald
ihre durch das Gesetz bestimmte Dienstzeit verflossen seyn
wird, oder wenn selbige im französischen Dienst Wunden
werden erhalten haben, unter Vorbehalt der nachstehen-
den bestimmten Vermehrungen, nemlich:

Die Retraite - Pension der Schweizer - Regimenter
der königlichen Garde soll nach der Gleichstellung des

6. Suny Grades in der Linie, welche in der in obigem §. 4. ein-
1816. gerückten Tabelle angezeigt ist, bestimmt seyn.

Diejenige der Offiziers der Schweizerischen Linien-Regimenter wird auf den nemlichen Fuß festgesetzt, wie die der Offiziers gleichen Grades der französischen Regimenter; jedoch soll sie mit Berücksichtigung des Aktivitätsgehalts, dessen sie genießen, noch um einen Sechstel vermehrt werden.

Was die Unteroffiziers und Soldaten der Schweizerischen Linien-Regimenter anbetrifft, so soll die Retraite-Pension die nemliche, wie die der französischen Linien-Truppen seyn, und für die Regimenter der königlichen Schweizer-Garde die nemliche so den königl. französischen Garde-Regimentern zugestanden ist.

Die Schweizer-Truppen sollen übrigens an allen Vortheilen, die in der Folge den französischen Truppen möchten eingeräumt werden, Antheil haben.

Die dieser Capitulation vorangegangenen Dienste zählen für den Retraite-Gehalt, in sofern sie Frankreich und dem Hause Bourbon geleistet worden sind; das gleiche bezieht sich auch auf die Schweizer-Regimenter, die im Jahr 1799 in Piemont gedient haben, indem diese Corps zu selbiger Zeit in französische Dienste übergetreten sind.

Die Liquidation der Pensionen, für diejenigen Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten, die nicht in die neuen capitulirten Regimenter eintreten werden, soll den Verfügungen der königlichen Ordonnanz vom 27. August 1814 gemäß vollzogen werden.

Die

Die Militärs jeden Grades , welche ihre Pensionen 6. Juny
werden erhalten haben , können solche in Frankreich oder 1816.
in ihrem Vaterlande genießen.

23) Die Compagnien der eilf Löbl. Cantone werden,
jede nach ihrer Reihe , die für den Unterhalt der Gre-
nadier - und Voltigeur - Compagnien und der Artillerie
desjenigen Regiments , welchem sie einverleibt sind , er-
forderliche Mannschaft liefern ; allein die Soldaten , die
für diese Eliten - Compagnien wären auserlesen worden,
sollen nur so lange in solchen zu dienen gehalten seyn,
bis der Termin ihrer Dienstzeit , in derjenigen Com-
pagnie , in deren sie sich befanden , verflossen seyn wird.

Die Hauptleute der Eliten - Compagnien sollen den
Hauptleuten der Füsiliers dasjenige zurückerstatten , was
der Mann , den sie werden ausgezogen haben , ihnen
schuldig seyn möchte ; so wie auch die Hauptleute der
Füsiliers den Hauptleuten der Eliten - Compagnien den
Decompte - Betrag eines jeden dieser Männer einhändigen
werden.

Die Eliten - Compagnien sollen nur nach und nach
vollzählig gemacht werden , so daß , wenn die der Fü-
siliers zum Viertel , zur Hälfte , zu drey Viertheilen
vollzählig sind , jede Füsilier - Compagnie der Reihe
nach zwey Mann an jede Eliten - Compagnie abgeben soll.

24) Die Schweizer - Truppen in französischen Dien-
sten sollen nur auf dem festen Lande von Europa oder
auf den Inseln , die einen Theil davon ausmachen , und
nicht als Garnison auf den Kriegsschiffen , gebraucht
werden.

6. Juny 1816. Man wird so viel möglich vermeiden, dieselben auszufetzen, sich mit ihren, im Dienste anderer Mächte stehenden, Landsleuten schlagen zu müssen.

25) Sie werden die freye Ausübung ihrer Religion und ihrer Justiz, wie vor dem Jahr 1789 benbehalten, und die Mannschaft, die einen Theil davon ausmacht, soll in keinem Fall für Disciplin = Fehler, geringere Vergehen oder Verbrechen anders gerichtet werden können, als durch schweizerische Militär-Tribunale.

26) Die Schweizer-Truppen werden in Betreff des Ranges und der Dienstverrichtungen unter die nemlichen Verfügungen und Verordnungen gestellt, die für die französischen Truppen angenommen sind, mit Ausnahme dessen, was in beyden vorhergehenden §§. ausbedungen ist.

27) Fünf Jünglinge, Angehörige der eils capitulirenden Cantone, werden, nachdem sie sich den durch die Verordnungen vorgeschriebenen Prüfungen unterzogen haben, in die polytechnische Schule aufgenommen. Sie werden auch in die Applikations-Schulen eintreten können.

28) Die Schweizer-Offiziers in französischem Dienste, von welcher Religion sie immer seyn mögen, sollen zu allen bürgerlichen und militärischen Stellen und Würden gelangen können.

29) Die Schweizer-Regimenter werden den Namen ihres Obersten tragen und in der französischen Armee den Rang einnehmen, den ihnen der Zeitpunkt ihrer Errichtung geben wird.

Die ehemaligen Gebräuche, in Hinsicht der Bestimmung der Ehrenplätze und Ehrenposten zwischen den Schweizer- und den französischen Regimentern, sollen wieder hergestellt werden; in Folge dessen werden die Schweizer-Truppen den Rang in der königlichen Armee unmittelbar nach den französischen Truppen einnehmen.

6. Juni 1816.

30) Wenn unvorhergesehene Umstände die Abdankung der Schweizer-Regimenter, im Ganzen oder Theilweise, vor Ablauf der gegenwärtigen Capitulation nothwendig machen sollten, oder wenn zu dieser Zeit die Regierung sich weigern würde, dieselbe zu erneuern, so sollen die Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten, aus denen sie bestehen, einen Reform-Gehalt erhalten, der mit ihren Dienstjahren und dem Grad, den jeder besessen haben wird, im Verhältniß steht; und überdies wird jedem Individuum ein dreimonatlicher Gehalt oder Sold als Gratification, die Reise-Entschädigung ungerechnet, bezahlt werden. Auch sollen ihnen die zum Transport ihrer Bagagen bis in die Schweiz erforderlichen Mittel an die Hand gegeben werden, und sie werden ihre Waffen bis an die Grenzen behalten, für welche Waffen die capitulirenden Cantone verantwortlich sind.

31) Im Fall sich die Schweiz in Folge eines Krieges von einer dringenden Gefahr bedrohet fände, so verpflichten sich Ihre Majestät, die für den französischen Dienst capitulirten Schweizer-Truppen, auf das vereinigte Begehren der Regierungen der contrahirenden löbl. Cantone hin, zehn Tage nach Eröffnung dieses Ansuchens, ihnen zur Hülfe zuzusenden.

Von diesem Zeitpunkt an fallen die Gehalte, der

6. Juny Sold , die Transport = und Reisekosten dem requirirenden
1816. Theil zur Last.

Bei ihrer Rückkunft in Frankreich sollen die Schweizer-Regimenter wieder in ihre ursprüngliche Stellung von capitulirten Truppen eintreten.

32) Se. Majestät bewilligen , daß den Offiziers , Unteroffiziers und Soldaten der ehemaligen vier capitulirten Regimenter für ihre Dienste seit deren Auflösung bis auf die Zeit der Errichtung der neuen Corps , so Rechnung getragen werde , als wenn sie selbige Frankreich geleistet hätten.

33) Der Durchmarsch aller Rekruten für eine fremde mit Frankreich im Krieg begriffene Regierung soll auf französischem Boden untersagt seyn.

34) Während der Dauer dieser Capitulation werden Se. Majestät keine Aenderung in der Organisation der Schweizer - Truppen eintreten lassen , ohne Theilnahme und Genehmigung der Löbl. contrahirenden Cantone.

35) Das Commando der Truppen soll in deutscher Sprache geschehen , und die Tambouren werden Schweizer - Märsche schlagen.

36) Die Uniform der Schweizer - Regimenter der königlichen Garde wird Scharlach seyn , oder so wie es Seine Majestät zu bestimmen belieben werden.

Diejenige der Linien - Regimenter , wird für die Truppen Grapproth , und Scharlach für die Offiziers seyn.

So wie diese Uniform einmal von Seiner Majestät 6. Juny
bestimmt seyn wird, kann durch die Chefs, ohne Ben- 1816.
stimmung des General-Verwaltungsraths, keine Abän-
derung vorgenommen werden.

37) Wenn Seine Majestät während der Dauer der gegenwärtigen Capitulation gut finden sollte, das Traktament der französischen Truppen zu verbessern, so werden Sie die Schweizer-Truppen eines verhältnißmäßigen Vortheils genießen lassen.

38) Sollten einer oder mehrere Cantone, die zu den zwey Schweizer-Regimentern der königlichen Garde und den vier Linien-Regimentern beitragen, einige Vortheile, außer denjenigen, die durch die gegenwärtige Capitulation einbedungen sind, erhalten, so sollen alle capitulirende Cantone das Recht haben, solche ebenfalls zu genießen.

39) Die vorhergehenden Capitulationen sollen durch die gegenwärtige, welche auf fünf und zwanzig Jahre festgesetzt ist, aufgehoben seyn.

Die contrahirenden Theile sollen sie in der Folge fortsetzen oder darauf Verzicht leisten können; und werden sich ihre gegenseitigen Gesinnungen ein Jahr vor Ablauf der gegenwärtigen Capitulation zu erkennen geben.

In Kraft dessen haben Wir, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner allerchristlichsten Majestät bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft, und Wir, die Commissarien und Gesandten der Löbl. Schweizer-Cantone Bern, Luzern, Uri, Schwyz,

6. Juny Unterwalden ob und nid dem Wald, Glarus, Zug,
1816. Frenburg, Solothurn, Wallis und Genf, die gegenwärtige Capitulation unterzeichnet.

So geschehen und doppelt ausgefertigt unter Uns,
in Bern, den ersten Juny Eintausend acht hundert sechs-
zehn, 1816.

(Folgen die Unterschriften).

Indem Wir vorstehende Capitulation in allen und
jedem ihren Theilen und darin enthaltenen Anordnungen
genehmigen, erklären Wir, sowohl für Uns als Unsere
Erben und Nachfolger, daß selbige angenommen, gut-
geheissen, ratificirt und bekräftiget sene, und Wir dem-
nach solche mit Gegenwärtigem durch Unsere eigenhän-
dige Unterschrift annehmen, gutheissen, ratificiren und
bekräftigen. Versprechend in wahren Treuen, auf Un-
ser Königliches Wort, solche zu beobachten und beob-
achten zu lassen, unverbrüchlich und ohne jemals da-
wider zu handeln, noch zuzugeben, daß weder geradezu
noch unter irgend einem Vorwande, dawider gehandelt
werde. In Kraft dessen haben Wir Gegenwärtigem Un-
ser Sigill beydrucken lassen.

Gegeben zu Paris den fünfzehnten Tag Junys,
im Jahr Eintausend achthundert und sechszehn, und
dem zwey und zwanzigsten Unserer Regierung.

Signirt

L u d w i g.

Durch den König,

Signirt

R i c h e l i e u.

6. Juny
1816.

Wir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: daß nachdem am ersten Juny leztthin in Bern die hievorenthaltene Militär - Capitulation für zwey Regimenten Linien - Infanterie und ein Regiment Königl. Garde Schweizer - Truppen im Dienste Seiner allerchristlichsten Majestät abgeschlossen worden ist, und sämtlich obbemeldte Hohe Stände, die Ratification dieser Militär - Capitulation ausgesprochen haben, Wir dann dieselbe auch Unsererseits gutgeheissen und genehmigt haben; als erklären Wir durch gegenwärtige Urkunde im Namen der Stadt und Republik Bern, und im Namen Unserer verbündeten Eidgenössischen Mitstände Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Unterwalden nid dem Wald, Glarus, Zug, Frenburg, Solothurn, Wallis und Genf, daß Wir vorstehende Militär - Capitulation in ihrem ganzen Inhalt genehmigen und ratificiren, und selbige in allen ihren Theilen, soviel an Uns, getreulich und vollständig erfüllen werden.

Urfundlich und zu mehrerer Befräftigung haben Wir gegenwärtige Ratifikations - Akte mit Unserm Standes - Siegel und den Unterschriften Unsers fürge- liebten Ehrenhaupts und Unsers geliebten Staatsschreibers versehen lassen, in Bern, am sechsten Juny Eintausend achthundert und sechzehn, 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. von Müllen.

Der Staatsschreiber,
G r u b e r.

D e f r e t

über die Bildung und die Befugnisse des Appellationsgerichts.

Vergl. Ges. und Defr. Th. I. S. 197.

17. Juny 1816. Nachdem McGrn. und Obere unterm 18. Januar 1816, die Bildung eines Appellationsgerichts beschlossen haben, welchem die Besorgung der höhern Civil- und Criminal-Rechtspflege im Namen der Landes-Obrigkeit übertragen wird; so haben Hochdieselben, in näherer Bestimmung der Composition und innern Einrichtung, der Obliegenheiten und Befugnisse dieses Appellationsgerichts, verordnet:

1) Als oberinstanzliche Gerichts-Behörde des ganzen Cantons wird ein Appellationsgericht, bestehend aus einem Präsidenten aus dem Mittel des Kleinen Raths, und vierzehn Gliedern des Großen Raths aufgestellt.

2) Unter den vierzehn Mitgliedern müssen wenigstens vier ausbediente, und bey ihrer Wahl in das Appellationsgericht wirklich von den Aemtern abgezogene Oberamtsmänner sich befinden.

3) Um wählbar zu seyn, muß man Mitglied des Großen Raths, und weder Vater, noch Sohn, noch

Bruder, noch Stiefbruder eines bereits erwählten Mit- 17. Zump
glieds seyn. 1816.

4) Der große Rath wählt den Präsidenten und die Mitglieder des Appellationsgerichts, nach der in dem Reglement über die innere Organisation des Großen Rathes vorgeschriebenen Wahlform.

5) Das Appellationsgericht beurtheilt in letzter Instanz alle bürgerliche Streitigkeiten, welche die Competenz der unteren Instanzen übersteigen, und von denselben weiters gezogen werden.

6) Es beurtheilt revisionsweise in höchster Instanz alle Criminal-Fälle, und refursweise diejenigen Frevelsfälle, für welche der Refurs nicht durch besondere Verordnungen an den Kleinen Rath gewiesen wird.

7) Wenn es über ein Verbrechen zu urtheilen hat, welches ein Todesurtheil nach sich ziehen kann, so werden vier Mitglieder des Kleinen Rathes bengezogen, welche mit zum Urtheil stimmen; dieselben sind aber den in dem §. 3. enthaltenen Bedingungen unterworfen.

8) Wenn in Beurtheilung eines Criminal-Falls bey der untern Instanz eine Stimme zur Todesstrafe fallen sollte, so sollen, wenn schon selbige nicht erkannt wird, zu der darauf folgenden oberinstanzlichen Beurtheilung, die nach Vorschrift des vorigen §. benzuziehenden vier Mitglieder des Kleinen Rathes herben gerufen werden; und wenn in Beurtheilung eines Criminal-Falls unvorgesehener Weise bey der höchsten Instanz eine Stimme zur Todesstrafe fiele, so soll dennzumal die Beurthei-

17. Sunn lung sofort aufgeschoben werden , bis die nemliche Her-
1816. beyrufung statt gefunden haben wird.

9) Das Appellationsgericht wählt aus seiner Mitte drey Commissionen , welche gleich als von Uns eingesetzte Behörden anzusehen sind , unter der Oberaufsicht des Tribunals stehen , und von ihm die erforderlichen Instruktionen erhalten.

a. Eine Criminal - Commission , die den Gang aller Criminal - Procedures , und das Verfahren des inquirirenden Richters leitet. In allen Fällen, deren Bestrafung die Competenz der Herren Ober-
amt männer übersteigt , untersucht diese Commission die Vorfrage : ob der Fall nach den Criminal-
Gesetzen , oder als Frevel zu behandeln und zu be-
urtheilen sene ?

Ist die Commission nicht einig , so entscheidet das Tribunal , bey welchem sie überhaupt die Stelle eines Referendars vertritt.

b. Eine Justiz - Commission , welche alle Streitigkeiten , deren Erörterung nicht nach der gewöhnlichen Prozeßform statt findet , und die von den unteren Instanzen weiters gezogen werden , zu untersuchen und dem Tribunal vorzutragen hat.

c. Eine Ober - Moderations - Commission , welche nur über die Prozeßkosten spricht , die die erstinstanzliche Competenz übersteigen , und Entschädigungs - Forderungen von mehr als zweyhundert Franken dem Appellationsgericht vorträgt.

10) Es bestellt nach vorgegangener Prüfung über

positive Kenntnisse bey unbescholtenem, gutem, moralischem Rufe, alle Anwälde und Agenten, welche in Hinsicht ihres Berufs unter seiner Aufsicht stehn, und von demselben, Falls der eine oder der andere sich Nachlässigkeit oder Pflichtverletzung zu Schulden kommen lassen sollte, zur Verantwortung und Strafe gezogen werden; in sofern dieselben ihren Beruf in Administrativ- und anderen, dem Kleinen Rathe zukommenden Fällen ausüben, steht dann diesem für solche Fälle deren allfällige Bestrafung zu.

11) Es ernennt seinen Gerichtschreiber, seine Sekretärs und seinen Weibel, und beeidigt sie.

12) Das Tribunal ist gesetzlich versammelt, wenn wenigstens zehn Mitglieder und ein Präsident beisammen sind.

13) Der Austritt der Richter hat Platz für ihre Person, wenn sie in dem zu behandelnden Geschäft ein Interesse haben oder zu haben glauben, und für ihre Verwandten bis in den dritten Grad.

14) Auf den doppelten Vorschlag des Appellationsgerichts werden von dem Kleinen Rath aus der Zahl der Mitglieder des Großen Rathes, die keine andere Gerichtsstelle bekleiden, mit Beobachtung der im §. 3. enthaltenen Vorschrift wegen der verwandtschaftlichen Grade unter den Mitgliedern des Tribunals, vier Stellvertreter erwählt und vor dem versammelten Tribunal beeidigt, welche von dem Präsidio des Appellationsgerichts bey Abwesenheit der Mitglieder, wegen verwandtschaftlichem Austritt, Krankheit oder Aufträgen der Regierung, der Mehr nach als Stellvertreter einberufen wer-

17. Juny den , und auch allen übrigen Sitzungen , jedoch in diesen ohne Stimmrecht benwohnen können. Diese Stellvertreter werden auf zwen Jahre durch das offene Stimmenmehr gewählt , sind aber nach Verfluß derselben wieder wählbar.

15) In allen Civil- oder Criminal- Fällen entscheidet die Mehrheit der anwesenden Richter ; bey denen aber , die eine Capital - Strafe nach sich ziehen , soll die Strafe mit zwen Dritttheil Stimmen erkannt werden , und dürfen in solchem Falle nicht weniger als fünfzehn Richter sitzen.

16) Wenn in Criminal - Fällen nach ausgefalltem Urtheil neue wesentliche Umstände zum Vorschein kommen , welche in der verführten Procedur nicht enthalten waren , so ist das Tribunal befugt , eine neue Untersuchung zu veranstalten , und befindenden Falls die Vollziehung des ausgesprochenen Urtheils suspendiren zu lassen.

17) Alljährlich wird zur Bestätigung des Appellationsgerichts geschritten , wozu die vier ältesten Rathsglieder mit den Sechszehnern den Vorschlag machen , und die Bestätigung im Großen Rath durch offenes Handmehr vor sich geht ; wenn jedoch neben einem zur Bestätigung abgelesenen Appellationsrichter ein anderes Mitglied des Großen Rathes vorgeschlagen würde , so soll um beyde ballotirt werden. Der Vorschlag sowohl als die Bestätigung selbst erfolgen jeweilen unmittelbar nach derjenigen des Kleinen Rathes.

18) Alle frühere , mit dieser gegenwärtigen in Widerspruch stehende Verordnungen werden , so weit der

Widerspruch geht, modificirt, und das in dieselben auf- 17. Juny
genommene Decret vom 18. Januar 1816 gänzlich auf- 1816.
gehoben. Dieselbe wird der erneuerten Sammlung der
Fundamental = Gesetze einverleibt.

Gegeben in Unserer Großen Raths = Versammlung
den 14., 15. und 17. Juny 1816.

Der Amts = Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über die Recurse in Civil = Fällen aus
den Leberbergischen Aemtern.

Vergl. oben S. 25. §. 14.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 27. Juny
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Daß wir in Betrachtung der Nothwendigkeit, die
Verfügung des §. 14. der Vereinigungs = Urkunde des
ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern,
dem zufolge die französische Gesetzgebung in diesem Lan-
destheile aufgehoben, und durch die alten Rechte und
Gebräuche desselben, wie auch subsidiarisch durch Unsere
eigenen bürgerlichen Gesetze und Verordnungen ersetzt

27. Juny werden soll , sobald als möglich zu vollziehen , zu ver-
 1816. ordnen gut gefunden haben , und demnach

v e r o r d n e n :

1) Das gerichtliche Verfahren in Cassations-Fällen , nach Vorschrift der französischen Gesetze , soll in der Verwaltung der Rechtspflege in Unseren Leberbergischen Aemtern vom ersten August nächstkünftig an , abgeschafft seyn.

2) Vom Tage der Publikation gegenwärtiger Verordnung an , soll die bisher übliche Appellation von Bruntrut nach Delsperg und von Delsperg nach Bruntrut nicht mehr statt finden. Demnach soll der Refurs von den Urtheilssprüchen dieser Gerichtsstellen , und der anderen Gerichte aller Theile Unserer Leberbergischen Aemter , vom Tage der Bekanntmachung gegenwärtiger Verordnung hinweg , direkte an das Appellationsgericht der Stadt und Republik Bern gehen.

3) Betreffend die Form , nach welcher die Parteyen verfahren sollen , um ihre Refurse von den Urtheilen der untern Gerichte an das Appellationsgericht zu bringen , so verordnen Wir :

- a. Um die Cassation der wirklich waltenden Refurse und in der Zeit , da sie noch statt finden kann , zu erhalten , soll die refurrirende Partey sie durch eine Vorstellung anbegehren , welche dem Präsidenten des Appellationsgerichts übergeben und der Gegenpartey mitgetheilt werden muß , und zwar längstens in Zeit eines Monats nach der Refurs-Erklärung vor dem Präsidenten des betreffenden untern Gerichts.

Diese Cassations = Begehren sind von dem Appella- 27. Juny
tionsgerichte, nach der im Jahre 1803 üblich ge- 1816.
wesenen Form zu beurtheilen, nach welcher sich die-
ses Tribunal in zwey gleiche Kammern abtheilen
wird, deren eine über das Begehren, und die an-
dere, wenn dieses zulässig befunden wird, über die
Rechtsache selbst absprechen soll.

- b. Die erwähnte Weitersziehung in Cassationsweise,
so wie alle gewöhnliche Refurse jeder Art, von
einem untern Gericht an das Appellationsgericht,
müssen vor den Präsidenten der ersteren innerhalb
einer fünfzehntägigen Frist erklärt werden, die von
dem Tage der schriftlichen oder mündlichen Eröff-
nung des Urtheils durch besagte Präsidenten, (wel-
che am Tage des Ausspruchs selbst statt haben soll),
zu laufen anfängt.
- c. Nach der auf oberwähnte Weise geschehenen Re-
kurs = Erklärung, muß die Partey, von diesem Zeit-
punkt an in Monatsfrist, bey dem Präsidenten des
Appellationsgerichts sich melden, um von ihm die
Ansetzung eines Tages zum Abspruch über die be-
treffende Streitsache zu erhalten, welcher wo mög-
lich, nicht über drey Monate hinaus gesetzt wer-
den soll.
- d. Dieser Tag muß wenigstens fünfzehn Tage vor sei-
nem Eintritt der Gegenpartey zu ihrem Rechtsbehelf
angezeigt werden.
- e. Alle an das Appellationsgericht einzugebende Pro-
ceduren sollen in Karte eingebunden und paginirt
seyn, und genau eben dieselben Aktenstücke enthalten.

27. Juny
1816.

Zu diesem Ende sollen bey dem Beschlusse der Procedur vor den untern Gerichten, zwey von beyden Parteyen oder ihren Anwälden unterschriebene Register der von ihnen eingelegten Akten und Schriften eingegeben, und in das Doppel der Procedur jeder Partey eingerückt werden.

f. Diese Procedur-Hefte, welche außen auf der Ueberschrift die Namen beyder streitenden Parteyen tragen sollen, werden dem Weibel des Appellationsgerichts übergeben, um bey den Richtern in Umlauf gebracht zu werden, und zwar das Doppel des Appellanten wenigstens vier Wochen, und das Doppel des Intimaten wenigstens fünfzehn Tage vor dem angesetzten Abspruchstage.

g. Die Parteyen oder ihre Anwälde sind persönlich verantwortlich für allen Schaden und Kosten, welche ihre Versäumnisse nach sich ziehen würden, und dieselben sollen allein der fehlbaren Partey auffallen.

h. Alle durch gegenwärtige Verordnung bestimmte Termine sind peremptorisch und fatal, es müßte sich denn die saumselige Partey durch ehehafte Gründe rechtfertigen können, wie: obrigkeitlicher Dienst, schwere Krankheit, Gefangenschaft oder andere gleichkommende Ursachen, die der Richter für genugsam erkennen möchte, um die Versäumniß zu entschuldigen, und die Partey in ihren vorigen Rechtszustand wieder einzusetzen.

i. Alle besondere Informationen der Parteyen bey den Mitgliedern des Appellationsgerichts sind, wenn
sie

sie nicht von irgend einem der Richter ausdrücklich 27. Juny
verlangt werden, gänzlich untersagt. 1816.

- k. Am Tage des Abspruchs können die Parteien oder ihre dazu bevollmächtigten Anwälde ihre Sache in der Kürze mündlich verfechten, jedoch nur durch einen einzigen Vortrag, ohne Replik und Duplik, ausgenommen bey außerprocedürlichen Anbringen des Intimaten, in welchem Fall der Präsident dem Refurrenten eine kurze Einwendung dagegen gestatten kann.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen und der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Bern, den 27. Juny 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

V e r o r d n u n g.

Stemplung französischer Laubthaler.

Vergl. Ges. und Dekr. Th. IV. S. 302.

2. July 1816. **W**ir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t u n d R e p u b l i k B e r n , thun kund hiermit: Demnach bey der entstandenen Unordnung im Münzwesen, woben durch das Uebermaß von Scheidemünzen, die guten groben Geldsorten aus dem Lande verdrängt, und zuwider der Verordnung vom 4. Januar 1813 die französischen Neuthaler oder Sechs-Livres-Stücke, anstatt nach ihrer Würdigung zu neun und dreyßig Bahen, bennabe allgemein zu vierzig Bahen angenommen wurden, diese in den meisten Staaten bloß als Waare behandelte Geldsorte mit Vortheil ins Land gebracht werden konnte: so haben Wir Uns bewogen gefunden, zu einiger Erleichterung des Publikums in gegenwärtigen schwierigen Münzverhältnissen, und um besonders diejenigen vor Schaden zu sichern, welche mit Vorsicht jene Münze angenommen haben, einerseits; anderseits aber um dieser, durch wucherische Spekulationen bewirkten, nachtheiligen Unordnung Schranken zu setzen; andurch zu

V e r o r d n e n :

2. July
1816.

Unsere Münzstatt ist beauftragt, diejenigen französischen Neuthaler, welche fünfhundert und fünf und vierzig Gran und mehr wägen, auf der einen Seite hinter dem Bildniß des Königs, mit einem kleinen Bernerstempel, auf der andern ⁴⁰ Bz. zu bezeichnen und sie mit einem neuen Rande zu versehen.

Diese bezeichneten Stücke mögen dann überall und auch bei den obrigkeitlichen Cassen um vierzig Bagen angenommen werden.

Jedermann, der sich mit französischen Neuthalern von angezeigter Gewicht bei der Münzstatt meldet, werden dieselben unentgeltlich gegen gestempelte ausgewechselt werden, bis nach Unserm Ermessen für die innere Circulation grober Münzsorten hinlänglich gesorgt seyn wird.

Zur Erleichterung des Landes werden Unsere Angehörigen angewiesen, ihre Neuthaler von angezeigter Gewicht von fünfhundert fünf und vierzig Gran an die Oberämter alsobald abzugeben, von welchen ihnen dann dieselben mit möglicher Beschleunigung, unentgeltlich gestempelt und Portofrey wieder werden an die Hand gestellt werden.

Uebrigens aber soll es bei der Verordnung vom 4. Januar 1813 sein Verbleiben haben, nach welcher bloß diejenigen dieser Geldstücke, die wenigstens fünfhundert zwei und vierzig Gran schwer sind, zu neun und dreißig

2. July ^{1816.} Bazen gesetzlich cursieren, die leichteren aber außer Cours gesetzt seyn sollen.

Gegeben in Bern, den 2. July 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathschreiber,
B e n o t t.

V e r b o t d e r G e t r e i d e - A u s f u h r.

8. July ^{1816.} Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Wir, in Betrachtung, daß in kurzer Zeit die Preise des Getreides auf eine außerordentliche Höhe angestiegen sind, welches dem Ausfuhr-Verbot mehrerer angränzender Staaten, und zum Theil auch dem Umstande bezumessen ist, daß große Quantitäten von fremden Händlern angekauft werden, auf welchen mit Grund der Verdacht haftet, daß sie dasselbe nicht bloß für die angrenzenden eidgenössischen Cantone, sondern zur Abfuhrung in entferntere Staaten bestimmen, uns pflichtmäßig aufgefordert gefunden haben, schleunigst und durch die wirksamsten Mittel diesem Einhalt zu thun; als

haben Wir zu verordnen gut gefunden, was hiernach 8. July
folget, wie Wir denn 1816.

v e r o r d n e n :

1) Die Ausfuhr von Getreide jeder Art, Mehl und Brod aus hiesigem Canton ist von nun an und bis auf weitere Verfügung verboten; bey Strafe der Confiscation.

2) Von diesem Verbot ist jedoch ausgenommen: der Ankauf und die Ausfuhr für das Bedürfnis eidgenössischer Cantone, in sofern durch ein förmliches, von der Ortsbehörde ausgestelltes und gehörig legalisirtes Zeugnis bescheinigt wird, daß das angezeigte Quantum Frucht bloß zum Verbrauch in dem betreffenden Canton bestimmt sey.

3) Alle Unsere Beamte, besonders aber die Kornmarkt-Ausscher, Grenz-Inspektoren und Zollner, haben auf die genaue Handhabung dieses Verbots pflichtmäßig zu wachen.

4) Von dem Werthe der Confiscation soll der halbe Theil dem Verleider, die andere Hälfte den Armen des Orts zukommen, wo die Widerhandlung entdeckt worden ist.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 8. July 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über den Verkauf selbstgebrannter Getränke.

Vergl. Ges. u. Decr. Th. V. S. 243. §. 13.

10. July 1816. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Wir nöthig gefunden haben, einige Artikel in Unserer Ohmgeld-Ordnung vom 24. May 1815, betreffend die inländische Fabrikation von Branntwein und anderen gebrannten Wassern, und den Verkauf dieser selbst gebrannten Getränke näher zu bestimmen, damit einerseits die inländische Verfertigung derselben ordentlich betrieben, und anderseits der Bezug des daherigen Ohmgelds und die Führung einer Controlle erleichtert werde; so haben Wir, auf angehörten Bericht Unserer Finanz- und Justiz-Räthe festgesetzt und

v e r o r d n e t:

1) Die Bewilligungen zum Verkaufe selbst gebrannter Getränke sollen von Unserm Justiz- und Polizey-Rath nur denjenigen Fabrikanten ertheilt werden, welche alljährlich ein Quantum von wenigstens einhundert Maas Branntwein, oder fünf und zwanzig Maas Kir-

schenwasser, oder anderen gebrannten Wassern verfertigen 10. July
und verohmgelden. 1816.

Für diejenigen Güterbesitzer oder Landleute, welche nur aus eigenen Produkten Kirschenwasser oder andere dergleiche gebrannte Getränke zum Kleinverkauf verfertigen wollen, kann obiges Quantum auf wenigstens zehn Maaß festgesetzt werden.

2) Diese Bewilligungen werden alljährlich im Christmonat für das folgende Jahr ertheilt, oder erneuert, zu welchem Ende die Bewerbenden, welche im Falle des vorgehenden §. sind, sich bey ihrem Oberamtmanne zu melden, und die Anzeige des zu verohmgeldenden Quantum beizufügen haben.

Unserm Justiz-Rath ist indessen überlassen, nach Maßgabe der Umstände auch im Laufe des Juny dergleichen Bewilligungen zu ertheilen.

3) Der Oberamtmanne wird in seinem Bericht an den Justiz-Rath anzeigen, ob die Petenten sich den bestehenden Polizen-Vorschriften unterworfen haben und ihre Fabrikation in einem der Polizen-Aufsicht nicht unzugänglichen Lokal ausüben, auch ob gegen ihre Angabe des zu verohmgeldenden Quantum keine Zweifel obwalten; und wenn dieselben ihre Bewilligungen unbefugter Weise zum Ausschanken bey Hause, oder zu einer Winkelwirthschaft mißbrauchen, sollen ihnen gedachte Bewilligungen sofort gekürzt, und die Fehlbaren überdem mit gesetzlicher Strafe belegt werden.

4) Die ertheilten Bewilligungen werden von dem Justiz-Rath an die Ohmgeld-Kammer gesendet,

10. July 1816. welche die Angabe des zu verohmgeldenden Quantums prüfen, den daherigen Schatzungs-Schein ausfertigen, und solchen samt der Bewilligung dem Betreffenden durch den oberamtlichen Canal zustellen lassen wird.

5) Jeder Fabrikant, welcher ohne Bewilligung geistige Getränke im Kleinen verkauft, fällt in die durch die bestehende Wirthen-Ordnung vom 17. und 21. September 1804, §. 9. festgesetzte Strafe.

6) Für die Bewilligung wird in allem bezahlt:

Schreib-Emolument	3 Bk.
Stempel	3 Bk.
und für die alljährliche Erneuerung	3 Bk.

7) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen und der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Bern, den 10. July 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathschreiber,
B e n o i t.

V e r b o t

unbefugter Holzschläge in den Leberbergischen
Nemtern.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 2.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt ^{31. July} und Republik Bern, thun kund hiermit: ^{1816.}
Da Wir in Erfahrung gebracht, daß mehrere Gemein-
den und Partikularen in Unseren Leberbergischen Nemtern
in der Gewohnheit sind, große Holzschläge zum Ver-
kauf anzulegen, und daß viele dieser Holzschläge weder
auf den nachhaltigen Ertrag der Waldungen, noch auf
das eigene Bedürfniß ihrer Eigenthümer berechnet sind;
so haben Wir nöthig erachtet, dieser Waldverwüstung
Einhalt zu thun, und dadurch einem künftigen allge-
meinen Mangel an Brennmaterial vorzubeugen, welcher
die unvermeidliche Folge jener unberechneten Holzschläge
und Holzverkäufe seyn müßte. Zu Erreichung dieses
Zweckes haben Wir, in Gemäßheit der, für den alten
Canton am 2. Januar 1811 erlassenen Verordnung und
seitheriger, dieselbe verschärfender Vorschriften beschlos-
sen, und verordnet was folget:

1) Von Publikation gegenwärtiger Verordnung hin-
weg, soll allen Gemeinden und Partikularen, welche

31. July 1816. Waldungen besitzen, verboten seyn, Holzschläge zum Verkauf und zum Holzhandel, oder zum Verkohlen anzulegen, ohne vorher Unsere Erlaubniß erlangt zu haben, und ohne daß vorher durch Unsern Finanz-Rath wird untersucht worden seyn, ob der angekehrte Holzschlag ohne Nachtheil des eigenen Bedürfnisses der Waldbesitzer statt haben könne.

2) Es soll jedermann, insbesondere aber allen Besitzern von Hüttenwerken, allen Holzhändlern und Holzflößern verboten seyn, Holz, das zum Wiederverkauf, zum Verkohlen oder zum Flößen bestimmt ist, weder in gemeinen noch in Partikular-Waldungen zu kaufen und schlagen, noch in ihren eigenen Waldungen fällen zu lassen, ehe und bevor sie Unsere Erlaubniß dazu werden erlangt haben.

3) Alle diejenigen, welche den Verfügungen obiger beiden Artikel zuwider handeln werden, sollen mit einer Buße von zwanzig Franken von jedem Klafter Holz, und zehn Franken von jedem Stock Bau- oder Spaltholz bestraft werden.

4) Ueber alle Widerhandlungen haben Unsere Oberamt männer, sub beneficio recursus an Uns, zu sprechen, und von den fallenden Bußen soll ein Drittheil dem Verleider zukommen, zwei Drittheile aber dem Staat verrechnet werden.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden, und es ist allen Unseren Ober- und Unter-Beamten, so wie den

Gemeinds-Vorgesetzten anbefohlen, ob der Beobachtung 31. July
derselben genau zu halten. 1816.

Gegeben in Bern, am 31. July 1816.

Der Amts = Schultheiß,
in dessen Abwesenheit,
von Jenner, Seckelmeister.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

P u b l i k a t i o n.

H i n a u s s e t z u n g d e r J a g d.

Die durch die ungünstige Witterung verspätete Erndte 21. August
hat MeGhrn. die Rätthe bewogen, die Eröffnung der 1816.
Jagdzeit für dieses Jahr vom zwenten Montag auf den
lezten Montag im September hinauszusetzen. Die Jagd-
aufseher haben darauf zu sehen, daß dieser durch die
Umstände gebotenen Einschränkung nachgelebt werde.
Widerhandelnde würden nach der Vorschrift des Jagd-
gesetzes über das Jagen in verbotener Zeit angesehen
und bestraft werden.

Actum den 21. August 1816.

G a n z l e n B e r n.

P u b l i k a t i o n.

Termin für die Stemplung der französischen Laubthaler.

Vergl. oben S. 178.

2. Sept. 1816. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Wir Uns über den Fortgang der Stemplung französischer Neuthaler oder Sechslivres = Stücke, infolge Unserer Verordnung vom 2. July lezthin, haben Bericht erstatten lassen; so haben Wir gefunden: daß während mehr als zwey Monaten seit jener Bekanntmachung für jedermann eine genugsame Zeit anberaumt ward, um diese wohlthätige Verfügung benutzen zu können, und daß dieselbe nun ohne Anstand eingestellt werden könne.

Infolge dessen denn haben Wir auch den Zeitpunkt, nach welchem keine Neuthaler mehr zur Stemplung angenommen werden sollen, festgesetzt auf den 14. dieses Monats, und beschlossen, dieses zu jedermanns Verhalt bekannt zu machen.

Gegeben in Bern, den 2. September 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,

B e n o i t.

D e r e t.

Erläuterung über die Ohmgeldpflichtigkeit fremder Getränke.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. V. S. 241. §. 2. u. 3.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 6. Sept.
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Demnach Wir zu vernehmen gehabt: daß über die Aus-
dehnung der Ohmgeldpflichtigkeit der fremden Getränke
der Zweifel obwaltet, ob dieselbe auch auf den Obst-
wein sich erstrecke; so haben Wir nöthig erfunden, so-
wohl zur Weisung für Unsere Beamte, als auch sonst
zu jedermanns Kenntniß und Verhalt, andurch die Er-
klärung bekannt zu machen:

1) Daß unter den im §. 2. der Ohmgeld-Verordnung
vom 24. May 1815 enthaltenen Benennungen, aller in
den Canton geführter Wein, Essig und Bier, u.,
allerdings auch begriffen sind, sowohl die eingeführten
Trauben, welche zum Vertrühlen bestimmt sind, und das
Most, als auch der Obstwein oder Eider, und alle Ge-
tränke dieser Art, wie sie immer heißen mögen, von
welchen undistillirten Getränken ohne Ausnahme, gleich
wie von Traubenwein, das Ohmgeld von fünf Rappen
per Maas entrichtet werden solle.

6. Sept. 2) Daß unter dem Ausdrucke Brantwein, auch die
 1816. Liqueurs aller Arten verstanden sind, in sofern sie sich nicht
 als Weingeist qualificieren, und daß diese nach den Be-
 stimmungen im §. 3. der Verordnung, im ersten Falle zu
 drenßig Rappen, im letztern aber zu sechzig Rappen zu
 verohmgelden sind.

Gegeben in Bern, den 6. September 1816.

Der Alt-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
 der Rathschreiber,
 Benoit.

Instruktion und Erläuterung
 zu Vollziehung der Verordnung wegen Herstellung
 der Bürgerrechte in den Leberbergischen
 Amtsbezirken.

Vergl. oben S. 109.

18. Sept. Wir Schultheiß und Rath der Stadt
 1816. und Republik Bern, thun kund hiermit: Daß
 Wir, auf die verschiedenen Berichte, welche Uns von
 Unseren Oberamt Männern aus den Leberbergischen Aem-
 tern und Gegenden, aus Anlaß des Reglements vom

19. und 29. April dieß Jahrs, über die Herstellung der 18. Sept.
 dasigen Bürgerrechte, eingesendet worden sind, Uns be- 1816.
 wogen gefunden haben, einige Artikel dieses Reglements
 durch eine Instruktion zu erläutern und zu vervollstän-
 digen, damit allen Mißverständnissen begegnet und den
 verschiedenen örtlichen Verhältnissen billige Rechnung
 getragen werde: demnach Wir verordnen:

1) In näherer Bestimmung des §. 2. des obgedach-
 ten Reglements werden als Epochen der Besetzung der
 verschiedenen Theile des ehemaligen Bisthums Basel an-
 genommen:

Für die Amtsbezirke Bruntrut, Delsperg und Frey-
 bergen, der erste May 1792.

Für die Amtsbezirke Münster und Courtelary, so
 wie für die den Aemtern Erlach, Nidau und Büren
 zugetheilten Gemeinden, der erste März 1798.

2) In Erläuterung des §. 3. wird vorgeschrieben,
 was folgt:

a. Die Berechtigung der mit Landrechtsbriefen ver-
 sehenen Personen zur Erwerbung eines Bürger-
 rechts bezieht sich, im Fall darüber Streitigkeiten
 entstehen würden, auf diejenige Gemeinde, in wel-
 cher sie vor oder seit der französischen Besitznahme
 am längsten gewohnt haben.

b. Die Berechtigung der Personen aber, welche nur
 in einer bestimmten Gemeinde das Niederlassungs-
 recht besaßen, beschränkt sich einzig auf diese betref-
 fenden Gemeinden.

18. Sept. 1816. 3) Durch die Bezahlung der in den §§. 3. und 4. des Reglements bestimmten Einkaufsgelder erhält der Eingekaufte das Orts - Bürgerrecht, in so weit als es

- a. das vollkommene Indigenat;
 - b. die Wahlfähigkeit zu den Staats - Aemtern und den Gemeinde - Verwaltungs - Stellen;
 - c. den Genuß an Holz und Weide in denjenigen Gemeinden, wo dieser Genuß auf persönlichen Rechten beruht, und das gewöhnliche Holzloos (Gobe, bois d'affouage) und das Weidrecht einer Kuh oder einer verhältnismäßigen Anzahl kleinern Viehs, nicht übersteigt;
 - d. im Fall unverschuldeter Armuth, die Hoffnung auf Unterstützung,
- mit sich bringt.

In den Gemeinden aber, wo noch mehrere Nutzungen und Einkünfte vorhanden sind, hat dafür der neu Aufzunehmende ein billiges Einkaufsgeld zu bezahlen, über dessen Bestimmung, Falls Streitigkeiten eintreten, die betreffenden Oberamtswänner, nach §. 10. des Reglements, sub beneficio recursus an Uns, zu entscheiden haben.

4) Schweizer, die bereits, es sey im Canton Bern oder in einem andern Canton der Eidgenossenschaft, ein anerkanntes Bürgerrecht besitzen, gehören nicht unter diejenigen Fremden, deren bürgerliche Existenz durch den §. 17. des Vereinigungs - Actes vom 14. November 1815 erst bestimmt werden muß, und haben also kein Recht auf die in den §§. 2. und 4. des Reglements enthaltenen Bestimmungen. Ihre Aufnahme in ein Gemeinde-

meinde-Bürgerrecht ist ein Gegenstand freiwilliger Ueber- 18. Sept.
einkunft. 1816.

5) In Erläuterung des §. 5. des Reglements wird,
in Betreff der unehelichen Kinder, festgesetzt:

- a. Die jetzt lebenden unehelichen Kinder, von denen in obgedachtem Artikel die Rede ist, haben für ihre Aufnahme in das Gemeinde-Bürgerrecht ihrer Eltern oder Voreltern, und in alle damit verbundene Nutzungen, lediglich die im §. 3. des Reglements bestimmte Summe ohne weitere Zulage zu bezahlen.
- b. Jetzt lebende Nachkommen unehelicher Kinder treten unter den gleichen Bedingungen in das Bürgerrecht der Gemeinde ihres längsten Aufenthalts.
- c. Für die Zukunft erhalten die unehelichen Kinder das volle Bürgerrecht der Gemeinde ihres Vaters oder ihrer Mutter, welcher sie durch Anerkennung oder Zuspruch zufallen, durch das bloße Recht der Geburt.

Im Fall Unvermögens der jetzt lebenden unehelichen Kinder oder Nachkommen unehelicher Kinder, auf welche sich die Abtheilungen a. und b. des gegenwärtigen Artikels beziehen, werden die Kosten ihres Einkaufs von der Gesamtheit des betreffenden Amtsbezirks getragen.

6) Da Uns bekannt geworden, daß Gemeinden das Bürgerrecht unter dem Beding verhiessen, daß der Angenommene für sich und selbst für seine Nachkommen auf jede Nutznießung und auf Unterstützung aus den Armen-gütern Verzicht leiste, so sollen dergleichen Vorbehältnisse als unzulässig und nichtig erklärt seyn.

18. Sept. 1816. 7) In näherer Bestimmung des §. 6. des Reglements sollen die Einkaufsgelder in Zeit drey Monaten, von der Annahme an gerechnet, in baarem Gelde an die betreffenden Gemeinden abgeliefert werden. Nach Verfluß dieses Termins steht es der Gemeinde frey, entweder den Neuangenenommenen für seine Gebühr gerichtlich betreiben zu lassen, oder ihm noch eine Frist von einem Monate zur Warnung zu bestimmen, nach welcher die Annahme als ungültig erklärt werden kann.

8) Die im §. 7. des Reglements bestimmten Termine zur Aufnahme in ein Bürgerrecht sind anmit für die im Cantone wohnenden Fremden bis den 31. December des laufenden Jahrs, und für die Landesabwesenden bis den ersten July 1817 verlängert.

9) Dem §. 22. des Reglements wird durch die mit nächstem erscheinenden Verordnungen gegen den Bettel und über die Besorgung der Armen eine nähere Entwicklung gegeben werden, um einerseits den Bettel zu hindern, und anderseits der unverdienten Armuth angemessene Unterstützung zuzusichern.

Gegeben in Bern, den 18. September 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathschreiber,
Benoit.

Zoll-Verordnung

für die Leberbergischen Amtsbezirke.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 18. Sept.
und Republik Bern, haben, in Festsetzung 1816.
eines Zoll-Systems für die Leberbergischen Amtsbezirke
beschlossen, befehlen und verordnen, was hiernach folgt:

1) Die Zoll-Büreaux sind an hienach bezeichneten
Orten festgesetzt. Die Waaren können durch keine an-
dere Zollstatt ein- und ausgeführt werden, bey Strafe
im Uebertretungsfalle.

<u>Oberamt.</u>	<u>Hauptbüreau.</u>	<u>Untergeordnete Büreaux.</u>
Bruntrut, .	Bruntrut, .	{ Boncourt.
		{ Danvant.
		{ Bernevaissin.
Delsperg, .	Grellingen, .	Brislach.
Saignelegier,	Goumois.
		{ Renans.
Courtelary, .	Sonceboz, .	{ La Ferriere.
		{ Les Pontins.
Münster,	Cremin.

Unserer Zollkammer jedoch überlassend, nach Maaf-
gabe der Umstände, mehrere derselben zu bestellen, oder
in den angezeigten die nöthigen Veränderungen vorzu-
nehmen.

18. Sept. 1816. 2) Die innere Circulation jedes Gegenstandes , selbst für die Getränke , wenn die Waare nicht durch eines der oben bezeichneten Büreaux ausgeführt werden soll , ist des Zolls gänzlich befreit.

3) Diese Verordnung soll auf den 1. Weinmonat nächstkünftig ihren Anfang nehmen und in Vollziehung gesetzt werden.

T a r i f

für den Zollbezug in den fünf Aemtern
des Leberbergs.

Die diesem Tarif unterworfenen Gegenstände sollen , im Fall selbige nicht abgeladen werden , die vorgeschriebene Gebühr immer nur einmal entrichten : nemlich entweder diejenige für den Transit, den Eintritt, oder den Austritt.

1) Jede Gattung von Waare , ohne Unterschied von Werth und Qualität , welche die Gränz-Büreaux der Leberbergischen Aemter betritt , zahlt für den ganzen Weg vom Centner Marktgewicht

Was das Getreid anbetrifft , so werden die besonderen , auf den jetzigen theuern Preis desselben Bezug habenden Beschlüsse , bis auf weitem Befehl vollstreckt werden.

2) Eisen , Stahl , gegossenes , verarbeitetes und geschlagenes Eisen , zahlen vom Centner

3) Wein , Obstwein , Bier , Eßig Branntwein und gebrannte Wasser , zahlen

Gränzzoll.

Transit.	Eintritt.	Austritt.
fr.	fr.	fr.
8	8	8
8	12	4

Gränzzoll. 18. Sept.
1816.

vom Centner, zu vier Pfund die Maaß be-
rechnet = = = = =

4) Viehmaare: Pferde, Ochsen, Kühe,
zahlen, neben dem Trattengeld, vom Stück
so über zwei Jahre alt = = =

Füllen und Kälber, was unter zwei
Jahren alt, vom Stück =

Ziegen, Schaafe, magere Schweine,
vom Stück = = = =

Fette Schweine, vom Stück =

Entrst.	Eintritt.	Austritt.
fr.	fr.	fr.
4	4	4
8	8	8
4	4	4
1	1	2
4	4	8

5) Diejenigen Artikel, welche hiernach bezeichnet
sind, und nicht als Waare betrachtet werden können,
zahlen bei ihrem Ein- und Austritt, den Zoll vom vor-
gespannten Pferd,

als:

Backsteine, vom angespannten Pferd = =

Kutsche, Chaise oder Char-à-banc, vom Pferd

Reiter, von jedem Pferd = = =

Pferd, Maul-Esel oder beladener Esel, vom Stück

Kohlen, wenn die Ausfuhr erlaubt ist,

vom angespannten Pferd

Brennholz, = = = = dito

Bauholz, aller Art, = = = = dito

Eintritt.	Austritt.
fr.	fr.
4	4
4	4
4	4
4	4
2	8
2	8
2	10

18. Sept.
1816.

Gränz-
zoll.

						Eintritt.	Austritt.
						fr.	fr.
Kalt,	.	.	.	vom angespannten Pferd		2	4
Asche,	.	.	.	dito	.	4	10
Daunen, Baunstecken,							
Nebenstecken, Schindeln,	.	.	.	dito	.	2	10
Baumrinde,	.	.	.	dito	.	4	10
Erdenes Geschirr, feines	.	.	.	dito	.	10	6
Töpferwaare,	.	.	.	dito	.	8	4
Obst, grünes und gedörrtes,	.	.	.	dito	.	4	8
Sensen und Sicheln,	.	.	.	dito	.	20	12
Gabeln und Rechen,	.	.	.	dito	.	4	2
Heu und Stroh,	.	.	.	dito	.	—	12
Gyps,	.	.	.	dito	.	2	4
Meubles und Hausrath,	.	.	.	dito	.	20	20
Laden und Latten,	.	.	.	dito	.	—	10
Ziegel,	.	.	.	dito	.	4	4
Glaswaare,	.	.	.	dito	.	8	4

6) Alle oben nicht benamsete Artikel, so nicht per Centner als Waare zu behandeln sind, werden für Ein- oder Austritt wenigstens zu vier Kreuzer vom angespannten Pferd, und höchstens zu zehn Kreuzer, nach dem Werth der Ladung angeschlagen und so verzollet.

7) Die Zoll-Acquitte werden im Zoll-Büreau des Orts der Abfahrt, wenn eines vorhanden, und in Ermanglung eines solchen, im erst folgenden Büreau, wie auch für den ganzen Weg ausgestellt.

8) Salz, Erdäpfel, Rüblein, Rüben und andere 18. Sept. 1816.
Gemüßarten sind zollfrei, so wie auch die leer zurück-
kehrenden Wagen. Ein Wagen wird als leer betrachtet,
wenn seine allfällige Ladung weniger als einen Centner
beträgt.

9) Die von Solothurn und anderen Gränzbewohnern
auf nahe gelegenen Gütern eingeernteten Produkte,
und was für ihren Hausgebrauch ein- oder ausgeführt
wird, sind zollfrei, in sofern als das Gegenrecht Unseren
Angehörigen gestattet wird.

10) Das Tratten- oder Ausfuhrgeld von Pferden
und Vieh, der Impost auf den eintretenden Tabak, das
Lizenzgeld, bleiben gleich wie im alten Canton, auch
in dem Leberberg, in voller Kraft.

11) Die über die Zoll-Büreaux von La Ferriere,
Nenans und Les Pontins auszuführende Viehwaare wird
als aus der Schweiz tretend angesehen; es sey dann,
daß der Käufer derselben durch ein gesetzliches Attestat
sich als wirklicher Angehöriger entweder des Cantons
Neuenburg oder einer andern Eidgenössischen Botmässig-
keit legitimiren und erweisen könne, daß die ausfüh-
rende Waare wirklich zu seinem Hausgebrauch bestimmt sey.

12) Eine gleiche Bewandniß hat es in Betreff der
über die Zollstätten der Aemter Delsperg, Saignelegier
oder Münster ausführenden Viehwaare.

13) In Betreff der besondern Zollstatt von Sonceboz,
Amts Courtelary, welche hauptsächlich zur Verifica-
tion und Controlle der durchpassirenden Waaren bestimmt

18. Sept. 1816. ist, soll neben dem Bezug des Transitzolls von Waaren, so entweder von Solothurn oder Neuenburg her über den Canton Bern durch Conceboz nach Basel oder Frankreich transitiren, ein kleiner Zoll nach folgendem Tarif bezogen werden, als:

- a. Von jeder Ladung von Waaren, so in den §§. 1. 2. und 3. des Tarifs vom großen Zoll vernamset, nicht als Transit-Waaren anzusehen sind, und wovon der Fuhrmann keinen Zolbacquitt oder Zollzeichen von der äußersten Gränz-Zollstatt des Leberbergs vorweisen könnte, soll bey dem Eintritt oder Austritt gefordert werden, von jedem vorgespannten Pferd vier Kreuzer.
- b. Von allen anderen im §. 5. des Tarifs über den großen Zoll benannten Sachen, jedoch aber die Kutschen, Chaisen, Char-à-banc, und Reiter der Cantons-Angehörigen davon ausgenommen, soll bey der Durchfahrt zu Conceboz gefordert und bezahlt werden, von jedem angespannten Pferd zwey Kreuzer.
- c. Hingegen sind von obbemeldter Gebühr des kleinen Zolls zu Conceboz befreyt: alle Versendungen von dem einen oder andern Ort des Amtsbezirks Courtelary; eben so der Verkehr der Viehwaare, die Dünger-Führungen und Landes-Erzeugnisse aller Art. Das Bureau von Conceboz ist neben dem bestimmt und angewiesen zur Abnahme und Controlle aller von den Zollstätten der Gränz-Büreaux abgegebenen Acquitte und Zollzeichen.

Allgemeine Verfügungen.

18. Sept.
1816.

14) In der Absicht, jeder Zoll - Gefährde möglichst vorzukommen und die gänzliche Vollstreckung des gegenwärtigen Zoll - Tarifs zu handhaben, soll jeder Fuhrmann mit deutlichen Fuhrbriefen oder Ladkarten versehen seyn, welche getreulich die wahre Gewicht der geladenen Waaren, ohne Abzug der Thara, ihre Qualität und ihre Bestimmung angeben, damit bey der ersten Zollstatt des Leberbergs die richtige Verzollung vor sich gehen könne; alles im Unterlassungsfall bey Confiscation der unrichtig angegebenen oder verschlagenen Waare.

15) Nach der Verordnung vom 18. Januar 1749 soll ein jeder Fuhrmann, auch selbst jede zollpflichtige Person, so bey einer Zollstatt vorbeifährt, von selbst sich beym Zoll - Bureau anmelden, um die aufhabenden Waaren zu verzollen, ohne zu erwarten, daß ihn der bestellte Commis dafür zur Rede stelle, bey gesetzter Strafe der Confiscation.

Eben so, wenn ein Fuhrmann, der bey dem ersten Bureau für die Zollgebühr abgeschafft, und ihm folglich ein Acquit dafür ertheilt worden, bey einem nachfolgenden Bureau vorbeifährt, so soll er von selbst, ohne zu erwarten, daß ihn der Zoll - Commis anrede und anhalte, bemeldten Acquitzettel dem Commis aufweisen, und einhändigen, damit er controllirt werden könne, bey einer Buße von sieben und dreyßig Franken fünf Bazen.

16) Den Führern von Viehwaare ist anmit verboten, die Gränz - Zollstätte zu übertreten, ohne sich mit

18. Sept. einem Ausfuhr- oder Eratten-Zettel versehen zu haben,
 1816. bey Strafe der zehnfachen Buße des Betrags der da-
 herigen Abgabe.

17) Unsere Oberamt männer der Leberbergischen Aem-
 ter sind anmit angewiesen, den angestellten Zollbeamten,
 in Ausübung ihrer Pflichten, auf Erfordern, die richter-
 liche Handbietetung angedeihen zu lassen. Den Ortsvor-
 gesetzten befehlen Wir dann, auch ihrer Seits auf die
 Handhabung unserer daherigen Zollverordnungen bestens
 mit zu wirken.

18) An den Orten wo Polizeidiener oder Landjäger
 sich befinden, werden dieselben auch ihrer Seits den Zoll-
 beamten, auf ihr Begehren, behülflich an die Hand gehen,
 nach Inhalt ihrer habenden Consigne.

19) Von den fallenden Bußen und Confiscationen
 fallen zwey Dritttheile in die obrigkeitliche Zollcassa,
 zu Handen der Regierung, der übrige dritte Theil ge-
 hört dem Verleider.

20) Wir befehlen übrigens allen angestellten Zoll-
 beamten oder mit dem Bezug der Zollabgaben beladenen
 Personen, auf die genaueste Erfüllung der gegenwärtigen
 Verordnung und des Zoll-Tarifs nach aufhabender Pflicht
 sorgfältig zu wachen; jede Gefährde oder Widerhand-
 lung dann sogleich dem betreffenden Oberamt mann, ohne
 Ansehen der Person, schriftlich anzuzeigen, damit von
 dieser Behörde aus, nach Anhörung der Parteyen, in
 erster Instanz summarisch und mit Refurs vor Uns, ab-
 gesprochen und den Parteyen die oberamtliche Urtheil
 zugestellt werden möge.

Dieser Tarif soll zu jedermanns Verhalt und Kennt- 18. Sept.
niß gedruckt, und an den gehörigen Orten angeschlagen 1816.
werden.

Gegeben in Bern, den 18. September 1816.

Der Alt-Schultheiß,
M. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
Benoit.

Eidgenössische Eingangsgebühr auf fremde Waaren.

Tagsatzungs-Beschluß vom 1. August 1816.

Exeutions-Verordnung vom 23. Sept. 1816.

Die Eidgenössische Tagsatzung, nach 23. Sept.
Einsicht der Bestimmungen des §. 3. des Bundes- 1816.
Vertrags, durch welchen festgesetzt ist, daß zur Bildung
der Kriegs-Cassa eine Eingangs-Gebühr auf Waaren
gelegt werden soll, die nicht zu den nothwendigsten Be-
dürfnissen gehören,

verordnet was folgt:

1) Als nothwendige Bedürfnisse werden erklärt und
sind der Eingangsgebühr befreit, alle Arten von Getreid-

23. Sept. 1816. und Hülsenfrüchten, Erdäpfel, Mehl, Salz, Butter, Vieh, Heu, Stroh, Bau- und Brennholz, Bretter, gemeine Holzwaaren, Kohlen, Baumrinde, Gyps, Kalk, Ziegel.

2) Von allen über die Schweizergränze eintretenden Waaren, sie seien zum Consumo oder Transit bestimmt, wird nachfolgende Eingangsgebühr erhoben:

3) Alle Erzeugnisse fremder Welttheile, die nicht im §. 4. namentlich benannt sind, alle fabricirte und verarbeitete Waaren, Baumwollengarn und Stoffe, Seide, roh oder verarbeitet, Droguerien, Parfümerien, Liqueurs, gebrannte Wasser, Wein in Bouteillen, Tabak, bezahlen zwei Baken vom Sporco-Centner Marktgewicht.

4) Baumwolle und Wolle, Farbehölzer und Farberäuter, Struzzi und Strazza, rohe Häute, Hanf, Flachs, Eisen und Eisenwaaren, Blei, Kupfer, Zinn, Dehl, Thran, Wein, Bier, Reis, getrocknete Früchte, und alle übrigen Waaren, die nicht in die Classe des §. 3. gehören, bezahlen einen Bakon vom Sporco-Centner Marktgewicht.

Bei Berechnung der Gebühr wird, was mehr als fünfzig Pfund wiegt, für einen Centner, was fünfzig Pfund und darunter wiegt, für einen halben Centner berechnet; das gleiche soll bei Collis, die weniger als einen Centner wiegen, beobachtet werden.

5) Die Erzeugnisse des Bodens von Liegenschaften, welche Bewohner der Schweizerischen Gränzorte über der Gränze in benachbarten Staaten eigenthümlich

besitzen, mögen in sofern der Gebühr befreit werden, als 23. Sept.
der Cantons-Regierung diese Herkunft vollständig bewie- 1816.
sen wird.

6) Die Eingangsgebühr wird durch Verfügung und unter Aufsicht der respectiven Gränz-Cantone an den gewohnten Cantonal-Gränz-Zollstätten oder Kaufhäusern, durch die Zoll- oder Kaufhaus-Beamten erhoben, und quartaliter den Cantons-Behörden abgeliefert.

7) Die Löblichen Cantone werden ihrer Seits, am Ende des Jahres, die Rechnung der erhobenen Gebühr dem Eidgenössischen Vorort einsenden und den Betrag zur Verfügung der Kriegs-Cassa-Verwaltung halten. Die Rechnung soll den Bezug einer jeden Zollstatt von dreyn zu dreyn Monaten, und nach den zweyn Classen abgesondert enthalten.

8) Für den Bezug dieser Einfuhrgebühr, werden den respectiven Gränz-Cantonen sechs pro Cent der Einnahme überlassen, wogegen denselben obliegt, den Zollbeamten für ihre vermehrte Mühewalt das Angemessene zu vergüten und übrige Kosten zu bestreiten.

9) Waaren, die von einem Schweizerischen Gränzorte verladen werden, über fremdes Gebiet fahren und wieder an einem Schweizerischen Gränztort eintreten, sind am zweiten Gränztort nur in sofern der Abgabe befreit, als diese Herkunft durch die Ladkarten oder Stempel des Kaufhauses vom Ort des Versands bescheinigt ist, und der Wieder-Eintritt inner zehn Tagen statt hat.

10) Straffälle, wenn nemlich die Zollstatt überfahren, oder Betrug in Angabe des Gewichts oder der

23. Sept. Qualität statt findet, so wie Versäumnisse und Vergehen
 1816. von Zollbeamten, werden, nach den für die Gränzzölle bestehenden Cantonal - Gesetzen, von der competenten Behörde des Cantons, in dem das Vergehen statt fand, beurtheilt; dem Canton fallen auch die Bußen anheim. Die Straf-Erkenntnisse werden jedoch bey Einsendung der Rechnung dem Vorort mitgetheilt.

11) Der Bezug der Eingangsgebühr soll an der ganzen Gränze der Eidgenossenschaft gleichzeitig mit dem 1. Oktober 1816 anfangen. Die Löblichen Stände werden dafür die erforderlichen Verfügungen treffen.

Also von der Eidgenössischen Tagsatzung beschlossen, und in ihrem Namen unterzeichnet.

Zürich, den 1. August 1816.

Der Amts-Bürgermeister des Eidgenössischen
 Standes und Vororts Zürich,

Präsident derselben,

R e i n h a r d.

Der Canzler der Eidgenossenschaft,

M o u s s o n.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Daß Wir in Betrachtung der Verordnung der Eidgenössischen Tagsatzung vom 1. August 1816, Willens die erforderlichen Maßregeln zu treffen, und derselben Vollziehung auf den bestimmten Zeitpunkt zu sichern, verordnet haben und verordnen was folgt:

1) Vom 1. October nächstkünftig an sollen alle Waaren, welche aus dem Königreich Frankreich, im Canton Bern, längs der Gränzlinie, die sich von Basel her bis zu der Gränze von Neuenburg erstreckt, eintreffen, nur durch die Büreau von Bernevaissin, Boncourt und Danvant, die von dem Haupt-Büreau abhängen, oder durch dasjenige von Goumois im Oberamt Frenbergen können eingeführt werden. 23. Sept. 1816.

Waaren, die man versuchen würde, auf anderen Punkten einzuführen, sollen als Eingeschwärzte angesehen werden, und als solche der Confiscation unterworfen seyn.

2) Jeder Fuhrmann oder wer sonst Waaren durch die Büreau von Bernevaissin, Boncourt und Danvant einbringt, ist gehalten, am äußersten Gränz-Büreau seine Frachtbriefe vorzuweisen, in welchen die Qualität, das Gewicht und der Bestimmungsort der Waaren richtig angezeigt seyn soll. Er hat sich an den genannten Büreau mit einem Passavant nach dem Büreau von Bruntrut zu versehen, worin die ganze Ladung, laut den vorgewiesenen Frachtbriefen, soll angegeben werden.

3) Die Waaren, welche durch Bruntrut gehen, sollen daselbst unmittelbar nach dem Kaufhaus gebracht werden, um dort abgeladen, verificirt und gewogen zu werden. Die Gebühren sollen dieser Verification gemäß bezogen werden, sowohl für Rechnung der Eidgenossenschaft, laut den §§. 3. und 4. der Tagsatzungs-Verordnung, als zu Handen des Cantons, in Kraft der Zoll-Reglemente vom 18. dieß Monats.

23. Sept. 1816. 4) Die Zollkammer wird die Gebühren für die Manipulation der Waaren, sowohl in Rücksicht des Abwägens als des Ausmessens, nach dem bestehenden Tarif beziehen lassen.

5) Da der Bezug dieser Abgabe für Rechnung der Verwaltung der Militär - Cassé mit dem 1. Oktober nächstkünftig anheben soll; so wird die Zollkammer die angemessenen Befehle ertheilen, damit alle Büreaux zu rechter Zeit mit den erforderlichen Büchern, Waagen und allen zum Behuf des Abwägens und Ausmessens nöthigen Geräthschaften versehen seyen.

6) Die Zollkammer wird Uns am Ende jedes Jahres über den Ertrag dieser Abgabe Rechnung vorlegen, damit ihr Betrag zur Verfügung der Eidgenössischen Militär - Cassé könne bereit gehalten werden.

7) Die gegenwärtige Verordnung, so wie die Verordnung der Hohen Tagsatzung, sollen gedruckt, öffentlich bekannt gemacht und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 23. September 1816.

Der Alt-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

J a g d b a n n

f ü r 1 8 1 6 u n d 1 8 1 7.

Bergl. Ges. u. Defr. Th. V. S. 178. 224.

Der Vorschrift der Jagdverordnung zu Folge, so wie 25. Sept. 1816. unter den in derselben enthaltenen Bedingungen, sind von MnGhrn. des Kleinen Raths nachstehende Bezirke für die Jahre 1816 und 1817 in Bann gelegt worden:

1) Für das Amt Bern.

Von dem Schloß Köniz der Schwarzenburg-Straße nach bis nach Gasel, von da links dem Karrweg nach, der von Gasel in die Oberscherli-Straße führt, dieser Straße nach zurück, bis wo der Karrweg nach Ulmiz rechts abgeht, diesem Weg nach auf Nieder- und Ober-Ulmiz bis in das Dorf Künimyl und in den Karrweg, so von da nach Kehrsax führt, diesem Weg nach auf Kehrsax, von da dem Thalweg nach bis wieder vor das Schloß Köniz.

2) Für das Amt Harberg.

Der Bezirk von der untern Mühle zu Lynß der Landstraße nach über das Lynßfeld bis an den Lynßwald, von da durch den Wald der Straße nach, so von Lynß in das Dorf Amerzwyl geht, von Amerzwyl weiters der Straße

25. Sept. nach Groß-Affoltern nach, über das Feld bis zu der
 1816. Kirche von Affoltern, von da über das Schmiedefeld
 durch den Affoltern- und Schüpfenwald, alles der Straße
 von Affoltern nach Schüpfen nach, bis zu der Schmiede
 im Dorfe daselbst. Von da der Straße von Schüpfen
 nach Narberg nach, bis Kothofen zu der Sage, wo
 der Allenwyl- und Schüpfenbach zusammenläuft, von
 da dem Bach nach hinunter bis wieder zur untern Mühle
 in Enß.

3) Für das Amt Konolfingen.

Der Bezirk von dem neuen Wirthshaus am Stalden
 in der Kirchhöre Münsingen durch die Straße über Fren-
 mettingen nach Dießbach, und von dort durch die Straße
 über den Hellisbühl bis zu der Rothachenbrücke, dem
 Rothachenbach nach hinab bis zu der untern auf der
 Straße nach Bern stehenden Brücke, durch die Bern-
 Straße hinab über Kiesen, Ober- und Nieder- Wich-
 trach bis zu der vor in dem Dorfe Münsingen über den
 dasigen Bach sich befindenden steinernen Brücke, dort
 durch die übliche Gasse hinauf über Lägertschi und Alem-
 ligen nach der Leimgrube, von da ferner durch die
 Gasse nach dem Stalden bis wiederum zu dem dasigen
 neuen Wirthshause.

4) Für das Amt Trachselwald.

Von der Brücke über die Grünen ben dem ehe-
 maligen Schloße und jetzigen Gemeinds-Spital zu
 Sumiswald, der Grünen nach hinunter bis zum Einfluß
 des Dürrbachs untenher Grüneumatt, dem Dürrbach
 nach hinauf bis zu den Häusern genannt im Thal im
 Dürrgraben, von da dem Weg nach so über die Schö-

nenthülee nach Sumiswald führt, bis wieder an die 25. Sept. Brücke beim Spital obgemeldet. 1816.

5) Für das Amt Wangen.

Von Nied bei Büsberg längs der Amts-Marche von Narwangen über die Altachen und Linden nach Wefer-schwend, von da längs der Amts-Marche von Trach-selwald und Burgdorf nach Fuchten, von da längs der Amts-Marche von Burgdorf, über Loch, Greut, Ober-Kasten und Bahlachern nach Hellsau, von da rechts der großen Aargauer Heerstraße nach bis wieder auf Nied.

6) Für das Amt Narwangen.

a. Der Wynauberg von dem Schloß Narwangen an der Aar nach hinunter bis zu der Cantons-Gränze und Murgenthal, von Murgenthal zurück dem Wynau-Was-sergraben nach mit Einschluß des Mummenthal-Weiher's, der Mummenthal-Dorfstraße nach bis wieder ins Dorf Narwangen.

b. Vom Zusammenfluß des Mühlebachs von Melch-nau und der Roth aufwärts, der Cantons-Gränze gegen Luzern nach, bis an die Amts-Marche, derselben nach ringsum zurück bis nach Weinstegen, und von da der Straße nach auf Melchnau, von da dem Mühlebach nach bis in die Roth, also daß der Schmiedwald und Bal-merberg im Bann begriffen sind.

7) Für das Amt Münster.

a. Der Montgirod. Marchen: Südwärts die Landstraße und Birs vom Eingang der Roches de Court bei Pré-Gobat bis zur Kirche von Court.

25. Sept. Nord- und ostwärts der Weg so von der Landstraße über
1816. Petit-Champoz nach Grand-Champoz führt, westwärts der Weg so von Grand-Champoz bey der Kirche von Court in die Landstraße fällt.

b. Das Thal von Chaluët, nebst dem Gretry und Montoz. Marchen: Nordwestwärts die Virs von Pré-Gobat bis auf die Gemeind-Marchen von Sorvilier, nordwärts jenseits dem Gretry das Thal von Grand-val. Ostlich das Solothurner Gebiet, südwärts ebenfalls. Westwärts die Marchlinie zwischen den Gemeinden Sorvilier und Bevillard, von Montoz bis an die Landstraße.

8) Für das Amt Courtelary.

Längs der Gränze des Cantons Neuenburg bis an die Straße die durch die Convers führt, von da dem ganzen Theil der Landschaft nach, welche rechts von dieser Straße liegt, bis an das Dorf Courtelary, les Montagnes de l'Envers (Schattseite) genannt. Von diesem Dorf hinweg längs dem Waldweg auf der Schattseite hinauf, der Charrière demi-Côte heißt, durch den Waldweg Charrière der nach Plenibond nach dem Platz Pierre feu, bis oben auf die Weide Vaillon auf dem Tessenberg führt.

9) Für das Amt Pruntrut.

Die Wälder Grand-et-Petit-Fahy, la Combeès Bacheux und der Bürgerwald von Pruntrut, so wie auch die kleineren Hölzer innerhalb der hienach beschriebenen Gränzen, nemlich diejenigen von Cœurchavon

und Mormont, von Bois d'Été, Varrendin und Piley. 25. Sept. 1816.
 Von der Stadt Bruntrut oberhalb der Straße (linke-
 hand) bis zum Dorfe Courchavon, von diesem Dorfe
 durch die Straße zwischen dem obrigkeitlichen Walde
 Fahy d'Hron und dem von Courchavon genannt Tar-
 rerat nach Mormont, von Mormont der Gemein-
 d-Marche nach zwischen dem Walde von Varrendin und
 demjenigen genannt le Rondat de Bure, durch den
 Weg von Courtedoux gegen Bure und längs dem Walde
 Piley gegen das Haus des Herrn Saugier, und von la
 Combe hinter dem Bois d'Été von Courtedoux hin-
 durch auf der Straße gegenüber von Creugenat, und
 der Straße nach von letztem Orte bis wieder nach
 Bruntrut.

10) Für das Amt Delsperg.

Die Gränzen des Banns sind gegen Mittag und
 Morgen das Amt Münster, gegen Norden der Fluß
 Sorne von Berlincourt bis Delsperg, und gegen Abend
 die Banns von Glovelier, Saulcy und Rebevelier.

11) Für das Amt Saignelegier.

Die ganze Gegend Enclos du Doubs genannt,
 welche westlich und von da nach der Nordseite hin an
 Frankreich gränzt, wo Masseslin, Froidevaux, le Chau-
 four liegen, bis an den Doubs gegenüber Brémontcourt,
 östlich dann von Châtillon ebenfalls gegen Norden zu bis
 an den Doubs, gegenüber Bellefontaine; der Umfang
 dieses ganzen Bezirks Enclos du Doubs stößt gegen
 Norden und gegen Mittag an diesen Fluß.

25. Sept.
1816.

12) Für das Amt Erlach.

Im Teßenberg der Spizberg (Prairie des Prévaillons) mit den Wäldern de l'Envers und d'Aigillon, im nördlichen Theile dieses Distrikts gelegen. Die Gränze dieses Banns fängt an: am Orte genannt Cul de Prévaillon, und geht von da in gerader Richtung nach Norden zu, den Gemeinds-Marchen nach von Courtelary, Cortebert und Corgémont, gegen Morgen denjenigen von Orvin entlang, gegen Mittag ist er begränzt vom Walde Chassin und von der Weide Rochalle, und gegen Abend durch die Weide von Noz.

Dieserjenigen, die in einem der im Bann liegenden Bezirken mit der Flinte jagend angetroffen werden, sollen nach Vorschrift des §. 24. des Gesetzes über die Jagd vom 16., 23. und 25. May 1804 behandelt werden.

Gegeben den 25. September 1816.

E a n z l e n B e r n.

V e r o r d n u n g.

Polizy - Maaßregeln gegen die Theurung der Lebensmittel.

Ger. Satz. C. 64. §. 8. Ges. u. Defr. Th. I. C. 72.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 16. Okt.
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
Demnach Wir Uns aus landesväterlicher Fürsorge ver-
anlasset finden, den außerordentlichen, anhaltenden,
hohen Preisen der Lebensmittel, nach Möglichkeit Schran-
ken zu setzen, und den Unterhalt Unserer Angehörigen
zu sichern; so haben Wir einerseits in Betrachtung, daß
durch das Brennen und Mosten von Obst und Erdfrüch-
ten ein bedeutender Theil der Nahrung, besonders der
bedürftigern Classe entzogen wird; anderseits auch, um
dem gesetzwidrigen, und in jeder Hinsicht nachtheiligen
Ankauf der noch im Felde stehenden Früchte, Einhalt zu
thun; und endlich in der Absicht, durch zu ertheilende
Belohnungen und Aufmunterungen die Einfuhr von
fremdem Getreide in hiesigen Canton zu begünstigen,
verordnet, wie Wir denn

v e r o r d n e n:

1) Dem Beschluß vom 1. Juny 1803 gemäß, bleibt
alles Brennen von Erdäpfeln verboten, bey der bestimm-

16. Dft. ten Buße von fünf und siebenzig Franken, und einhundert
1816. und fünfzig Franken im Wiederholungsfall; welche Buße noch durch die Confiscation aller in der Brenneren befindlichen Vorräthe und Geräthschaften verschärft werden soll.

2) Obiges Verbot wird unter der nemlichen Strafe auf das Brennen von Getreide und Feldfrüchten jeder Art, so wie auch des Obstes, mit einziger Ausnahme der Kirschen, ausgedehnt.

3) Eben so soll auch bey der im §. 1. bestimmten Strafe verboten seyn, in diesem Jahre Obstwein zu machen, wovon jedoch das wilde Obst, welches hiezu gebraucht werden darf, ausgenommen ist.

4) Aller Ankauf von Getreide, Obst, Erdäpfeln und anderen Feldfrüchten, die noch im Felde stehen, bleibt, nach Satzung 8. Fol. 64. der Gerichtssatzung, verboten, und die allda bestimmte Buße wird, nebst der Confiscation, für jeden Sack Getreide bis auf fünfzig Franken vermehrt, und für jedes Mäs Erdäpfel oder Obst auf zehn Franken bestimmt.

Alle, auch vor Erscheinung dieser Verordnung, geschlossene Käufe dieser Art sind daher als ungültig und nicht geschehen zu betrachten.

5) Von allen in Folge dieser Verordnung verhängten Bußen und Confiscationen, fällt ein Drittheil dem Verleider, ein Drittheil den Armen der Gemeinde, in welcher die Widerhandlung statt gefunden, und ein Drittheil dem Fiskus zu.

6) Vom 22. dieß Monats an, erhalten diejenigen 16. Oct.
Cantons-Angehörigen und Fremde, welche, außerhalb 1816.
der Schweiz angekauft, Getreide in den Canton bringen,
von jedem vollen Sack sogenannter blutter Frucht,
den sie auf dem öffentlichen Markt zum Verkauf aus-
stellen, eine Prämie von zehn Bazen, und eine verhält-
nißmäßige Prämie für andere Getreidarten und Hülsen-
früchte.

7) Dagegen aber haben alle Cantons-Fremde, die
auf öffentlichem Markte Getreide ankaufen, bei der
Ausfuhr desselben aus dem Canton, als Restitution für
diese bezahlte Prämie, für jedes Mäs blutter Frucht
eine Gebühr von einem Bazen, und das Verhältniß-
mäßige von anderen Getreidarten und Hülsenfrüchten zu
bezahlen.

8) Unser Finanz-Rath ist mit Exekution gegen-
wärtiger Verordnung beauftragt.

Gegeben in Bern, den 16. Oktober 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

T a r i f

für das Porto der Briefe des General-Post-Büreaus
zu Bern, in Bezug auf die fünf Leberbergischen
Amtsbezirke.

16. Okt.
1816.

	Porto der Briefe.		
	Ein- fache.	Dop- pelte.	Unzen.
	fr.	fr.	fr.
Von Bern.			
Für Biel	4	6	16
— Sonceboz	6	10	24
— Courtelary, St. Zimmer bis an der Enbourg	6	10	24
— Saignelegier durch Sonceboz	6	10	24
— Dachselden, Belletan .	6	10	24
— Münsterthal	6	10	24
— Delsperg, bis an die Gränzen Basels	6	10	24
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	6	10	24
Von Thun, Langnau, Burgdorf, und den ganzen Theil hierseits der Hauptstadt: nach Biel, das St. Zimmerthal, Münster, Delsperg, Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs und Basels .	8	12	32

Porto der Briefe.

16. Stk.

1816.

Von Harberg.

	Ein- fache.	Dop- pelte.	Unzen.
Für Biel	2	4	8
— Sonceboz	2	4	8
— Courtelary, St. Immer, bis an der Enbourg	4	6	16
— Saignelegier durch Sonceboz	4	6	16
— Dachselden, Bellelay	4	6	16
— das Münsterthal	4	6	16
— Delsperg, bis an die Gränzen Basels	6	10	24
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	6	10	24

Von Nidau und Biel.

Für Sonceboz	2	4	8
— Courtelary, St. Immer, bis an der Enbourg	4	6	16
— Saignelegier durch Sonceboz	4	6	16
— Dachselden, Bellelay	2	4	8
— das Münsterthal	4	6	16
— Delsperg	4	6	16
— Lauffen, bis an die Gränzen Basels	6	10	24
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	6	10	24

Von Sonceboz.

Für das ganze St. Immerthal, bis an der Enbourg	2	4	8
--	---	---	---

16. Okt.
1816.

	Porto der Briefe.		
	Ein- fache.	Dop- pelte.	Unzen.
	fr.	fr.	fr.
Für Saignelegier	2	4	8
— Dachselden, Bellenan . .	2	4	8
— das Münsterthal	2	4	8
— Delsperg, bis an die Gränzen Basels	4	6	16
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	4	6	16
Von Courtelary und St. Immer.			
Für das ganze St. Immerthal, bis an der Enbourg	2	4	8
— Saignelegier	4	6	16
— Dachselden, Bellenan . .	4	6	16
— das Münsterthal	4	6	16
— Delsperg, bis an die Gränzen Basels	4	6	16
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	4	6	16
Von Münster.			
Für Saignelegier durch Sonceboz	4	6	16
— Delsperg	2	4	8
— Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	4	6	16
— Lauffen, bis an die Gränze	4	6	16
Von Delsperg.			
Für Lauffen	2	4	8

16. Okt.
1816.

	Porto der Briefe.		
	Ein- fache.	Dop- pelte.	Unzen.
Bis an die Gränzen Basels .	2	4	8
Für Bruntrut, bis an die Gränzen Frankreichs	4	6	16
— Saignelegier durch Bruntrut	4	6	16
Von Bruntrut			
bis an die Gränzen Basels .	2	4	8
Für Saignelegier gerade zu .	4	6	16
— Delsperg und Lauffen .	4	6	16
Bis an die Gränzen Basels .	4	6	16

Gegeben in Unserer Raths - Versammlung, den
16. Oktober 1816.

Der Amts - Schultheiß,
F. von Müllinen.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

H u l d i g u n g d e r j u n g e n L e u t e.

Vergl. Ges. und Defr. Th. II. S. 155. 384.

Circularschreiben des Kleinen Rathes an alle
Oberämter
(mit Ausnahme der Leberbergischen).

20. Nov. 1816. **D**a durch die seit der Huldigung der jungen Leute im Jahr 1813 eingetretenen außerordentlichen Ereignisse die Huldigung derjenigen Jünglinge, welchen im Laufe eines Jahrs der Zutritt zum H. Abendmahl gestattet worden, unterbrochen worden ist, so wollen Wir, daß diese feyerliche Handlung nach Vorschrift der Verordnung vom 10. April 1805 und 20. August 1806, und zwar auf den ersten Sonntag im März 1817 vor sich gehen solle, und daß dazu alle junge Leute, welche seit der letzten Huldigung admittirt worden sind, berufen werden. Dessen Ihr berichtet werdet, um zu rechter Zeit dazu die erforderlichen Anstalten zu treffen. Das Eidesformular kann unverändert bleiben, nur ist in demselben wie in allen anderen Eidesformularen statt des Ausdrucks: „Canton Bern,“ der Ausdruck: Stadt und Republik Bern zu setzen.

Zugleich ist Unser Wille, daß die Huldigung in 20. Nov. Zukunft jährlich auf den bestimmten Tag, ohne weitere Erinnerung vor sich gehe. Welches Ihr zur Nachricht und Verhalt gehörigen Orts einschreiben lassen werdet. 1816.

Actum den 20. November 1816.

C a n z l e n B e r n.

Auf angehörten Vortrag Unsers Geheimen Raths haben 10. Dec. Wir angemessen gefunden, die durch Unser Kreisschreiben vom 20. Nov. lezthin angeordnete Huldigung der jungen Leute, statt auf den ersten Sonntag im März, jeweiligen und also auch für das erste Mal im Jahr 1817 auf den ersten Sonntag nach Ostern festzusetzen, nach welcher Vorschrift Ihr Euch richten und solche zu künftiger Nachricht und Verhalt gehörigen Orts einschreiben lassen werdet. 1816.

Actum den 10. December 1816.

C a n z l e n B e r n.

V e r o r d n u n g

ü b e r f r e m d e K r i e g s d i e n s t e .

16. Dec. 1816. In Revision der Verordnungen des Rothen Buchs über das Reißlaufen, haben MrGhrn. und Obere verordnet, was hienach von einem zum andern folget:

1) In dem Canton darf ordentlicher Weise und gewöhnlich nur für diejenigen fremden Kriegsdienste geworben werden, für welche von MrGhrn. und Obern eine Militär - Capitulation abgeschlossen ist; während der Dauer und dem Bestand dieser Capitulationen und nach Vorschrift derselben.

2) Eine beschränkte oder temporäre Werbung für privilegierte Corps oder solche Dienste, für welche keine eigene Capitulation geschlossen ist, darf anders nicht als nach einer eigenen Bewilligung MrGhrn. und Obern statt finden.

3) Es darf kein Antrag zu einer Capitulation, oder zu einer Werbbewilligung anders vor MrGhrn. und Obere gebracht werden, als auf dem für den Vortrag wichtiger Geschäfte bestimmten Wege, und alle Werbungen sind stets den allgemeinen Werb - Reglementen, in Hinsicht auf Polizen und Exekution, unterworfen.

4) Allen

4) Allen hiesigen Angehörigen bleibt verboten, von 16. Dec. 1816.
 sich aus für ganze Corps Capitulationen aufzurichten, oder
 irgend eine Verbindlichkeit einzugehen oder abzureden,
 um Mannschaft aus hiesigem Canton in fremde Kriegs-
 dienste zu stellen. Eben so bleibt es denselben verboten,
 für irgend einen nicht anerkannten Kriegsdienst, inner
 hiesigem Gebiet oder außer demselben, Werbungen hie-
 siger Angehöriger aufzurichten. Die Dawiderhandelnden
 sollen nicht allein mit der auf die Falschwerberer
 gesetzten Strafe belegt, sondern, je nach Bewandtniß der
 Umstände, mit dem Verlust des Landrechts, und auch
 an Ehre, Leib und Gut gestraft werden.

5) Ein Außerer, der sich der Werbung oder An-
 lockung hiesiger Angehöriger schuldig machen würde,
 soll auf immer des Landes verwiesen, und im nach-
 herigen Betretungsfall nach aller Strenge der Gesetze,
 wegen dem Leistungsbruch, behandelt werden.

6) Diejenigen, welche auf einer solchen, außer Lan-
 des errichteten Werbung hiesiger Angehöriger sich anwer-
 ben lassen würden, sollen, je nach den Umständen, ihres
 Landrechts verlustig erklärt, oder sonst an Ehre, Leib
 und Gut gestraft werden.

7) Hiesigen Angehörigen, die sich für ihre Person
 allein und aus eigenem freyen Antrieb, ohne vorherige
 Anlockung, in fremde öffentliche Kriegsdienste begeben
 wollen, steht es ferner frey dieß zu thun, woben es
 sich von selbst versteht, daß ein jeder, der in fremdem
 Kriegsdienst angestellt ist, dem Dienst des Vaterlandes
 dahin verpflichtet bleibt, daß er dem an ihn ergehenden
 Rufe der Regierung im Augenblick der Gefahr, bey

16. Dec. Verlust des Landrechts, zu folgen schuldig ist; Sache
1816. sene denn, er beweise die Unmöglichkeit, daß er diesem
Rufe nicht habe Folge leisten können.

8) Gegenwärtige Verordnung soll der Sammlung
der Gesetze beugefügt, und Kraft derselben die früheren,
mit derselben im Widerspruch stehenden, aufgehoben
seyn.

Also beschlossen im Großen Rath, den 9. und 16.
December 1816.

Der Amts = Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

G e s e z

über die Einzugsgelder für die Heirathen
mit äußeren Weibspersonen.

20. Dec. Wir Schultheiß Klein und Große Rätthe
1816. der Stadt und Republik Bern, thun kund
hiermit: Demnach Wir in Betrachtung gezogen haben,

daß die vor 1798 in vielen Städten, Gemeinden 20. Dec.
 und ganzen Landschaften Unfers Cantons in Folge alter 1816.
 Rechte und ausdrücklicher Concessionen Unserer Regi-
 ments-Vorfahren bestandenen Einzuggelder, vermit-
 telt welcher äußere oder aus anderen Gemeinden gebürtige
 Weibspersonen bey ihrer Verheirathung in das Bürger-
 recht ihres Ehemannes eingekauft werden mußten, einer-
 seits auf Recht und Billigkeit gegründet waren, indem
 eine solche Weibsperson durch ihre Heirath die Rechte
 und Vortheile einer Gemeindsgenossin in der Heimath
 ihres Ehemanns erwirbt; anderseits dann vorzüglich
 dazu geeignet sind, den Gemeinden für die Aeußnung
 ihrer durch die Zeitumstände und durch die Last der
 Armenverpflegung sehr geschwächten Armengüter eine
 neue ergiebige Hülfquelle zu eröffnen; als haben Wir
 Uns bewogen gefunden, dem allgemeinen Wunsche des
 Landes durch die gesetzliche Herstellung dieses Rechts
 und die Ausdehnung desselben auf alle Gemeinden Un-
 fers Cantons zu entsprechen; zugleich dann in dahe-
 riger näherer Bestimmung und in der Absicht, den
 Betrag der Einzuggelder in ein billiges Verhältniß mit
 den Nutzungen und Rechten jedes Orts zu bringen, so
 wie den Bezug für die Gemeinden möglichst zu erleichtern,

v e r o r d n e t :

1) Jede Bürgergemeinde des Cantons ist berechti-
 get, bey jeder Heirath eines ihrer Gemeindsbürger mit
 einer Weibsperson, die aus einem andern Kirchspiel ge-
 bürtig ist, ein Einzuggeld zu beziehen; in dem Verstand,
 daß in denjenigen Kirchspielen, welche aus mehreren
 Bürgergemeinden bestehen, die eine eigene Armenver-
 waltung und eine besondere Concession zum Bezug eines

20. Dec. 1816. Hintersäßgeldes haben , das Einzuggeld auch von jeder Heirath aus einer dieser Bürgergemeinden des nemlichen Kirchspiels in die andere bezogen werden mag; und mit Vorbehalt der zwischen verschiedenen Gemeinden des Landes unter obrigkeitlicher Sanction bestehenden Freizügigkeit , also daß da , wo gegenseitig keine Hintersäßgebühr erhoben wird , auch kein Einzuggeld für Heirathen zwischen Angehörigen solcher Gemeinden bezahlt werden soll.

2) Der Betrag dieses Einzuggeldes ist bestimmt , wie folgt :

- a. Für Cantons-Bürgerinnen , die nach den im vorhergehenden Artikel enthaltenen Bestimmungen im Fall des Einzuggeldes sind : auf den fünffachen Betrag des jährlichen Hintersäßgeldes , welches die Gemeinde des Ehemanns in Folge Concession zu beziehen berechtigt ist.
- b. Für Schweizerinnen aus anderen Cantonen auf den fünfzehnfachen , und
- c. Für Ausländerinnen auf den zwanzigfachen Betrag dieses Hintersäßgeldes.

Unserm Kleinen Rath ist überlassen , in denjenigen Gemeinden , welche keine Hintersäßgebühren beziehen oder welche Kraft ausdrücklicher Titel ehemals ein stärkeres Einzuggeld bezogen , als ihnen nach obiger Bestimmung zukommen würde , den Betrag des Einzuggeldes im Verhältniß zu den Gemeindsgütern und bürgerlichen Nutzungen und zu den alten titelfesten Rechten zu bestimmen ; doch soll dieser Betrag nicht über zweihundert Franken für die höchste Classe gesetzt werden.

3) Bis die Bezahlung des Einzuggeldes durch 20. Dec. 1816.
ein Zeugniß der betreffenden Gemeinds- Behörde förmlich bescheiniget ist, soll keine Ehe eines Cantons-Angehörigen mit einer nicht in der nemlichen Gemeinde verbürgerten Weibsperson eingesegnet werden. Der Geistliche, der diese Vorschrift übertritt, haftet der Gemeinde des Ehemannes für die zu bezahlende Gebühr.

4) Gleicher Gestalt soll keine solche Ehe eines Cantons-Angehörigen, der sich außer Landes befindet, ohne Bescheinigung der erfüllten Leistung nach §. 3. hievor in hiesigem Canton verkündiget werden, unter der nemlichen Verantwortung für den betreffenden Geistlichen.

5) Wenn aber dergleichen Ehen außer Landes ohne hiesige Verkündigung eingesegnet würden, so bleibt der Widerhandelnde, unbeschadet den übrigen Folgen seiner Widerhandlung, in dem Genuß aller bürgerlichen Rechte und Nutzungen mit seiner Ehefrau und Familie so lange eingestellt, bis die schuldige Gebühr entrichtet seyn wird.

6) Die fallenden Einzuggelder sollen in jeder Stadt oder Gemeinde zu dem Capital des Armenguts geschlagen, und die Zinse davon zu der Unterstützung der Armen, nach vorhandenen Verordnungen verwendet werden.

7) Gegenwärtige Verordnung, durch welche alle älteren Ordnungen über die Einzuggelder fremder Weiber, und namentlich das helvetische Gesetz vom 18. August 1798 aufgehoben werden, soll vom 1. Januar 1817 an in Vollziehung gesetzt, nach Verlauf von sechs Jahren aber Uns von dem Justiz-Rath über den Erfolg und die Zweckmäßigkeit derselben, nach eingeholten voll-

20. Dec. ständigen daherigen Berichten, der Vortrag erstattet
1816. werden. Dieselbe soll auch durch den Druck in beyden
Sprachen bekannt gemacht, von Kanzeln verlesen, an
den gewohnten Orten angeschlagen und der Sammlung
der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Unserer Großen Raths-Versammlung,
Bern den 14., 16. und 20. December 1816.

Der Amts-Schultheiß,
F. v o n M ü l l i n e n.

Namens des Großen Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über den Aufenthalt, die Verehelichung und die
übrigen polizeylichen Verhältnisse der Fremden.

21. Dec. Wir Schultheiß Klein und Große Rätthe
1816. der Stadt und Republik Bern, thun kund
hiermit: Demnach Wir nöthig gefunden haben, die
verschiedenen in den bisherigen Sammlungen der
hiesigen Landesgesetze zerstreut liegenden gesetzlichen
Verordnungen und besonderen Vorschriften, welche
den Aufenthalt, die Verehelichung und die übrigen

polizienlichen Verhältnisse der Fremden in Unserm Canton, so wie die Bedinge der Erwerbung des hiesigen Landrechts bestimmen, einer neuen Prüfung und sorgfältigen Revision zu unterwerfen; dabei dann sowohl die staatsrechtlichen Beziehungen zu den schweizerischen Mit-Cantonen und zu den auswärtigen Staaten, als auch die Forderungen einer guten Polizei zu berücksichtigen; in der Absicht, einerseits, denjenigen Fremden, welche dem Lande nützlich sind, den Eintritt und den Aufenthalt in demselben zu erleichtern; anderseits aber durch zweckmäßige Beschränkungen die Nachtheile abzuwenden, welche aus der Ansiedlung einer großen Anzahl Fremder ohne ökonomische Selbstständigkeit oder nützlichen Beruf, so wie durch unbedingtes Heirathen derselben für das Land entstehen könnten.

Als haben Wir auf angehörten Vortrag Unserer Justiz- und Polizei-Rathes erkannt, was hienach von dem einen zum andern folgt, demnach Wir verordnen:

T i t. I.

Eintritt der Fremden in den Canton.

Vorschriften über die Paß-Polizei.

1) Alle Ausländer, welche den hiesigen Canton betreten, es sey um sich in demselben auf kürzere oder längere Zeit ansässig zu machen oder aufzuhalten, oder auch nur um durchzureisen, sollen mit gültigen, von einer anerkannten Behörde ausgestellten Reisepässen versehen seyn.

Für die Gültigkeit eines Passes ist erforderlich, daß derselbe den Namen und Zunamen, das Alter und

21. Dec. Signalement (die äußere Beschreibung) des Trägers,
1816. seinen Stand oder Beruf, und den Zweck seiner Reise
deutlich anzeige, und daß, wenn derselbe nur auf eine
bestimmte Zeitfrist lautet, letztere nicht ausgelaufen sey.

2) Von dieser Verpflichtung eines Passes sind ent-
hoben: angeseßene Schweizer aus anderen Cantonen,
welche sich auf Begehren durch ihre Papiere oder durch
das Zeugniß bekannter Einwohner ausweisen können.

3) Für Handwerksgefallen und in diese Classe gehö-
rende Professionisten kann ein von der Polizen-Behörde
der Herkunft auf den Träger ausgestelltes Wanderbuch,
in sofern es die Eigenschaften eines Passes besitzt, für
Militärs ein ordentlicher Abschied und eine Marschrouten
unterzeichnet von einer bekannten Militär-Behörde, die
Stelle eines Passes ersetzen.

4) Fremde, welche mit gültigen Pässen, Wander-
büchern, Marschrouten und dergleichen versehen sind,
haben dieselben lediglich an dem Gränzort ihres Ein-
tritts dem Oberamtmann oder dem dafür bestellten Po-
lizien-Beamten, und in der Hauptstadt der Central-Poli-
zien-Direction, wenn es verlangt wird, zum Visa vor-
zuweisen.

5) Falls Fremde wegen der Sprache oder aus an-
deren jedesmal zu rechtfertigenden Ursachen, die Um-
wechslung ihrer auf sich habenden Pässe gegen neue
begehren würden, so mag ihnen solches gestattet, doch
soll jeweilen in dem neuen Passe der ältere angezogen
werden.

6) Die Auswechslung dieser Pässe, so wie über-
haupt die Ertheilung neuer Pässe an Fremde, kommt

einzig und mit Ausschluß aller anderen Behörden der 21. Dec. 1816.
 Central-Polizen in der Hauptstadt zu , wohin der be-
 treffende Fremde zu diesem Behuf zu weisen ist ; mit
 Ausnahme jedoch der im Lande förmlich angesessenen
 Fremden , welche sich für die Erhaltung eines Passes
 bey dem Oberamt ihres Wohnortes anmelden mögen.

7) Fremde , welche den Vorschriften der §§. 1. 2.
 und 3. hievor kein Genügen leisten können, als : Hand-
 werksgefallen ohne gültige Pässe oder Wanderbücher ,
 fortgejagte Soldaten , die keine oder schlechte Abschiede
 haben , Deserteurs von ausländischen Truppen , Vagan-
 ten und Heimathlose , so wie überhaupt solche Personen,
 die keine erlaubte Mittel zum Reisen haben , sondern
 dem Lande lästig fallen müssen , sie mögen mit Pässen
 versehen seyn oder nicht , sollen , wenn sie nicht im Fall
 des §. 9. durch Unser Gebiet passiren müssen , auf der
 Gränze zurückgewiesen , und im Wiederbetretungsfall
 dem Oberamtmanne des Orts zur Verantwortung und
 angemessenen Strafe zugeführt werden.

8) Wenn Fremde solcher Art in dem Innern des
 Cantons betreten werden , so werden ihnen ihre Pässe ,
 wenn sie welche haben , auf dem kürzesten Wege nach
 dem Bestimmungsorte visirt , oder in Ermangelung der-
 selben Laufpässe ertheilt , zugleich dann ihre Marsch-
 route und die Zeit , innerhalb welcher sie auf der
 Gränze anlangen sollen , vorgeschrieben ; mit angehängter
 Bedrohung von Strafe , wenn sie von der angewiesenen
 Marschrouten abweichen , oder sich über die bestimmte Zeit
 hinaus in dem Canton aufhalten würden.

9) Sind dieselben wirklich mit Laufpässen von be-

21. Dec. 1816. nachbarten anerkannten Polizen - Behörden versehen, deren Marschroute auf dem kürzesten Weg durch den Canton führt, so werden ihnen ihre Laufpässe lediglich, unter Beobachtung der im vorhergehenden Artikel enthaltenen Vorschriften, für die kürzeste Marschroute durch den Canton nach ihrem fernern Bestimmungsorte visirt.

10) Die Ertheilung und Visirung der Laufpässe kommt auf dem Lande dem Oberamtmann und in der Hauptstadt der Central - Polizen - Direktion einzig zu, und wenn sich bey den Fremden verdächtige Umstände erzeigen, so wird sie der betreffende Oberamtmann, nach aufgenommenem Präliminar - Verhör, jeweilen immer der Central - Polizen zur weitem Verfügung zuführen lassen.

11) Allen Polizen - Beamten ist verboten, Laufpässe für die von ihren Marschrouten abweichenden Fremden zu visiren. Letztere sollen vielmehr angehalten und dem Oberamte zugeführt werden, welches in Nothfällen, die solche Abweichungen rechtfertigen würden, das Visa ertheilen, sonst aber das Angemessene verfügen wird.

12) Ueber alle neu ertheilte oder visirte Pässe und Laufpässe wird von dem betreffenden Beamten eine genaue Controlle geführt, und ein Auszug derselben monatlich von jedem Oberamte dem Justiz - und Polizen - Rath zu Händen der Central - Polizen - Direktion eingesendet.

Auch ist die Central - Polizen - Direktion begewältigt, in denjenigen Gasthöfen der Hauptstadt, auf den Hauptstraßen, und auf den Gränzen, wo sie es nöthig findet, eine Controlle für die fremden Reisenden einzuführen,

und die Gastwirth dießorts mit der nöthigen Instruf. 21. Dec.
tion zu versehen. 1816.

13) Das im §. 4. und §. 9. vorgeschriebene Visa der Pässe geschieht unentgeltlich. Für die Ertheilung eines neuen Reisepasses nach §. 5. und §. 6. wird bezahlt:

Schreibtage . . .	hß. 4
Stempel . . .	3
Siegel . . .	3
	<hr/>
	hß. 10

und für einen Laufpaß nach §. 8. im Fall der Träger nicht unvermögend ist:

Schreibtage . . .	hß. 2
Siegel . . .	1
	<hr/>
	hß. 3

T i t. II.

Niederlassung der Fremden.

14) Jeder Fremde, der sich in dem Canton Bern niederlassen, oder ein Gewerbe oder Beruf auf eigene Rechnung treiben will, ist gehalten, sich zu dem Ende alsogleich bey Unserm Kleinen Rath um eine Niederlassungs-Bewilligung zu melden.

15) Um diese Bewilligung zu erhalten, wird die Vorweisung eines glaubwürdigen Zeugnisses der guten Aufführung von dem letzten Aufenthaltsorte, eines Heimathscheins, und im Fall der Fremde mit einer Cantons-Angehörigen verhehelicht ist, die Leistung einer Geldhinterlage von achthundert Franken erfordert.

21. Dec. 1816. 16) Unter Heimathschein wird ein, von der eigenen Ortsobrigkeit des Fremden ausgestellt und von dessen Landes-Regierung gehörig legalisirter öffentlicher Akt verstanden, wodurch der Träger, gleichwie allfällig dessen Ehefrau und Kinder, als Angehörige seines Heimathorts erklärt werden, und ihnen die Aufnahme daselbst zu allen Zeiten und unter allen Umständen förmlich zugesichert wird.

17) Die Heimathscheine der Fremden sollen, so viel möglich, nach dem Formular, welches gegenwärtiger Verordnung angehängt ist, abgefaßt seyn. Wenn der Fremde aus einem Lande gebürtig oder in einem Lande heimathrechtig ist, welches einen bevollmächtigten Minister bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat, so soll der Heimathschein auch das Visa oder die Legalisation der Gesandtschaft tragen, und ist in diesem Fall von der im vorhergehenden Artikel vorgeschriebenen Legalisation der Landes-Regierung enthoben.

18) Die Niederlassungs-Bewilligungen werden von dem Kleinen Rath ertheilt, welcher jeweilen zu untersuchen und zu entscheiden hat, ob sowohl in Hinsicht des Vermögens und Berufs oder Gewerbs des Fremden, als der Einwilligung der Orts-Behörde, wo derselbe sich niederzulassen gedenkt, und der übrigen Umstände sich keine erheblichen Gründe der Aufnahme desselben widersetzen.

19) Das Amt und die Gemeinde, in welchen sich der Fremde niederlassen will, sollen in der Bewilligung namentlich ausgesetzt werden; und so oft derselbe Niederlassungsort ändert, hat er zuvor eine neue Bewilli-

gung auszuwirken, dafür dann ein Leumundenszeugniß von 21. Dec. seinem letzten Niederlassungsorte und die Einwilligung 1816. der Orts- Behörde seines neuen Wohnsitzes herzubringen.

20) Alle Niederlassungs- Bewilligungen werden auf nicht länger als zehn Jahre ertheilt. Nach Auslauf der Zeit ihrer Dauer kann sich der Fremde um Erneuerung bewerben, und hat zu dem Ende seinen Heimathschein in seiner Heimath ebenfalls erneuern zu lassen.

21) Neben der in den beiden vorigen Artikeln vorgeschriebenen Erneuerung, sind die Niederlassungs- Bewilligungen alljährlich auf 1. Januar bey Strafe der Ungültigkeit, einem Visa des Justiz- und Polizen-Raths unterworfen, und sollen demselben zu dem Ende von den Oberämtern eingesendet werden. Bey diesem Visa hat sich der Justiz- und Polizen- Rath zu vergewissern, daß die im Laufe des Jahrs erzeugten Kinder verheiratheter Fremder in ihrem Heimathsorte gehörig eingeschrieben worden seyen.

22) Der Heimathschein und die übrigen mit demselben vorgewiesenen Schriften, welche jeweilen in der Niederlassungs- Bewilligung zu vernamfen sind, werden auf der Staats- Kanzley in dem Gewölbe aufbewahrt, und dem Fremden, wenn er den Canton verlassen will, gegen Rückgabe seiner Niederlassungs- Bewilligung und spezifizierte Quittung für die zurück empfangenen Schriften wieder zugestellt. Die Niederlassungs- Bewilligung hingegen wird derjenigen Stadt- oder Gemeinds- Behörde hinterlegt, auf welche sie lautet.

23) Jeder mit einer Niederlassungs- Bewilligung versehene Fremde ist allen öffentlichen Lasten und Ab-

21. Dec. 1816. gaben , sie mögen zu Handen des Staats oder einer Gemeinde auferlegt werden , gleich den Landesangehörigen unterworfen ; wogegen ihm dann erlaubt ist , sein Gewerbe , soweit es das Gesetz gestattet , gleich den Landesangehörigen , frey und ungehindert zu treiben.

24) Das Niederlassungsrecht wird verwirkt und die Niederlassungs - Bewilligung kann gezuckt werden:

a. Wenn der betreffende Fremde den hievor §. 19. 20. und 21. enthaltenen Vorschriften für die Erneuerung und Visirung seiner Niederlassungs - Bewilligung kein Genüge leistet.

b. Wenn er sich in einem der Fälle befindet , welche nach der Hintersäß - Ordnung vom 9. — 23. May 1804 §. 13. und 15. die Fortweisung eines Hintersäßens aus seinem Wohnorte berechtigen , und er durch Urtheil und Recht dazu verfällt wird.

25) Wenn außer den hievor angezogenen Fällen ein Fremder durch ordnungswidriges und ruhestörendes Betragen sich der erhaltenen Niederlassungs - Bewilligung unwürdig macht , so hat der Oberamtmanu des Orts die daher einlaufenden Beschwerden zu untersuchen und unter Vorbehalt des Refurses an den Kleinen Rath darüber zu urtheilen.

26) Ohne Niederlassungs - Bewilligung soll keine Orts - Behörde einen Fremden sich in ihrer Gemeinde ansiedeln lassen , indem sie sonst für allen Schaden , der dem Staat oder der Gemeinde daraus erwachsen könnte , verantwortlich seyn , und ihr insonderheit , wenn der Fremde nicht mehr auswärts aufgenommen werden sollte ,

derselbe mit seiner Familie zur Duldung und Versorgung 21. Dec.
anheim fallen wird. 1816.

27) An Niederlassungs-Gebühren wird entrichtet:

a. Für die Ertheilung jeder Niederlassungs-Bewilligung, je nach den Vermögens-Umständen des Fremden und der Erträglichkeit seines Gewerbes, von L. 16. bis L. 50.

b. Für die Erneuerung einer Niederlassungs-Bewilligung (§. 19. und 20.) — 4.

c. Für das jährliche Visa (§. 21.) — 1.

Sämmtlich zu Handen des Staats.

d. Der betreffenden Orts-Behörde für jedes hievor §. 14. und 19. vorgeschriebene Leumdenszeugniß kr. 5.

In obigen Gebühren ist der Stempel, so wie das allfällige Siegelgeld, nicht inbegriffen; doch kann der Kleine Rath in besonderen Fällen, wenn er den Aufenthalt eines Fremden von Nutzen für den Staat erachten würde, demselben alle diese Gebühren ganz oder zum Theil erlassen.

28) Von Erhaltung der Niederlassungs-Bewilligungen und den hierauf Bezug habenden obigen Vorschriften sind einstweilen enthoben: die Schweizer aus anderen Cantonen, als welche zum Behufe ihres Aufenthalts lediglich einen förmlichen Heimathschein nach dem angenommenen Formular samt einem Leumdens-Zeugniß von der Stadt- oder Gemeinds-Behörde ihres Wohnorts einzulegen haben.

21. Dec.
1816.

29) Wenn jedoch in anderen Cantonen hiesige Angehörige zum Behuf ihres dortigen Aufenthalts eine Niederlassungs - Bewilligung auswirken und dafür einige Gebühren entrichten müssen, so ist Unser Kleiner Rath begünstigt, die gleichen Vorschriften für die hiesige Niederlassung von Angehörigen dieser Cantone nach dem Gegenrecht anzuwenden.

T i t. III.

Aufenthalt der Fremden, welche nicht im Fall einer Niederlassungs - Bewilligung sind.

30) Sämmtliche Cantonsfremde welcher auch ihr Beruf seyn mag, sollen, wenn sie in Condition oder Dienst eines Einwohners hiesigen Cantons treten, ohne in die Classe der eigentlichen Handwerksgefelln zu gehören, ihre Schriften, durch welche sie ihre Herkunft und Bezugenschaft bescheinigen, in der Hauptstadt bey der Central - Polizen - Direktion, auf dem Lande aber bey dem Oberamte deponiren, und erhalten dagegen zum Behuf ihres Aufenthalts einen Schein, welcher den Namen und Zunamen, die Heimath und den Beruf des Fremden, nebst der Anzeige der eingelegten Schriften enthalten, und alljährlich visirt, auch so oft erneuert wird, als der Fremde seinen Aufenthalt in einen andern Amtsbezirk verlegt.

31) Die Künstler, Colporteurs, Hausirer u. dergl., die nur kurze Zeit sich in dem Canton aufhalten wollen, und nicht in dem Fall einer Niederlassungs - Bewilligung oder der hievor §. 28. enthaltenen besondern Vorschrift für die Schweizer sind, sollen sich bey der Central-Polizen-

Polizen-Direktion melden, allwo ihnen, je nach dem 21. Dec. 1816.
Nutzen ihres Gewerbes, auf einen gültigen Reisepaß
hin, der Aufenthalt im Canton bis auf höchstens drey
Monate gestattet werden kann. Nach Verfluß dieser Zeit
aber haben sie sich an Unsern Justiz- und Polizen-Rath
zu wenden, welcher sie, je nach Beschaffenheit des Falls,
entweder zur Erfüllung der gesetzlichen Niederlassungs-
Requisite anweisen, oder ihnen, nach geleisteter Geldhin-
terlage von achthundert Franken, Toleranz-Scheine bis
auf die Dauer eines Jahrs ertheilen kann.

32) Fremde Reisende, welche sich bloß auf einige
Zeit in dem Canton aufhalten und nicht förmlich ansässig
machen wollen, haben sich nach der Vorschrift des vor-
hergehenden Artikels zu verhalten; mit Ausnahme jedoch
derjenigen Fremden, welche in Gasthöfen wohnen, und
mit gültigen, nach Tit. I. §. 4. von einer Cantons-Be-
hörde visirten Pässen versehen sind, als welchen der
Aufenthalt bis auf drey Monate ohne fernere Formali-
täten gestattet werden kann. Nach Verfluß dieser Zeit
aber haben sie sich ebenfalls bey Unserm Justiz- und
Polizen-Rath für eine Aufenthalts-Bewilligung oder
Toleranz anzumelden.

33) Fremde Kinder, deren Eltern nicht in dem
Canton gesetzlich angesessen oder tolerirt sind, sollen zum
Behuf ihres Aufenthalts mit einem gültigen Heimath-
schein, und wenn sie nicht schweizerischen Eltern ange-
hören, mit einer Aufenthalts-Bewilligung des Justiz-
und Polizen-Raths versehen seyn. Dem Kleinen Rath
ist überlassen, zu Gunsten von solchen Kindern, welche
in öffentlichen oder anderen anerkannten Erziehungs-An-
stalten des Cantons erzogen werden, wie nicht minder

21. Dec. 1816. für die Studierenden an der hiesigen Akademie, solche erleichternde Verfügungen zu treffen, welche mit dem Zwecke gegenwärtiger Verordnung verträglich seyn können.

34) Wenn in allen Fällen der vorhergehenden Artikel der Termin der Gültigkeit des eingelegten Reisepasses ausgelaufen, oder die von der Heimaths-Obrigkeit ertheilte Erlaubniß zur Reise auf andere Weise bedingt oder beschränkt ist, so sollen die Polizen-Beamten sich genau an diesen Bedingnissen halten, und den betreffenden Fremden anhalten, den Paß erneuern zu lassen, oder sonstige Bedingnisse zu erfüllen; widrigenfalls unter Verantwortung des Beamten kein weiterer Aufenthalt ohne Autorisation Unseres Justiz- und Polizen-Raths gestattet werden soll.

35) Die Inhaber von Aufenthalts-Bewilligungen oder Toleranzen sind für die Dauer ihrer Bewilligungen in Hinsicht der Ausübung ihres Berufs und der Ertragung der Landes-Beschwerden den mit Niederlassungs-Bewilligungen versehenen Fremden (hievor Tit. II. §. 23.) gleich gesetzt; doch muß die Ausübung eines Gewerbs ihnen dafür in dem Aufenthalts- oder Toleranzschein ausdrücklich gestattet seyn.

36) Wer ohne die in den vorhergehenden §§. vorgeschriebenen Leistungen einen Cantons-Fremden aufnimmt, soll je nach den Umständen mit einer Gefangenschaft, die bis auf drey Tage, oder mit einer Geldbuße, die von vier bis auf fünfzig Franken ansteigen kann, belegt, auch je nach Maaßgabe der dadurch entstandenen nachtheiligen Folgen von dem Kleinen Rath zur Verantwortung gezogen werden. In Wiederholungs-Fällen

wird obige Strafe verdoppelt. Die Geldbuße soll zu ein 21. Dec. 1816.
Dritttheil dem Verleider und zu zwey Dritttheilen dem Ur-
mengut der betreffenden Gemeinde anheimfallen.

37) Sollte sich in der Folge erzeigen, daß Personen, denen der Aufenthalt auf eingelegte gültige Pässe fremder Behörden gestattet worden, ihr Heimathrecht durch diese Aufenthalts - Gestattung verloren haben, so sollen dieselben ohne weiters nach dem Orte der Pass-Ausstellung gewiesen werden, und der hiesige Stand vor allen dießörtigen Folgen verwahrt seyn. Wenn aber der Aufenthalt, gegenwärtiger Verordnung zuwider und ohne gehörige Autorisation, länger als sechs Monate in einer Gemeinde hiesigen Cantons gestattet worden wäre, so soll der Heimathlose, falls er nicht fortgebracht werden könnte, nach Maaßgabe der hier oben Tit. II §. 26. enthaltenen Vorschrift, dieser Gemeinde anheim fallen.

38) Für die Aufbewahrung der nach §. 30. u. f. hinterlegten Schriften, und die Ausstellung des Empfangscheins, hat der betreffende Beamte eine Gebühr von zwey Bazen zu beziehen. Die nemliche Gebühr wird bezahlt, wenn der Fremde seinen Aufenthalt von einem Amtsbezirk in den andern verlegt, so wie bey der alljährlichen Erneuerung der Scheine.

Für die Toleranzen oder Aufenthalts - Bewilligungen wird dem Justiz - und Polizen - Rath nach Maaßgabe der Umstände und ohne die Stempelgebühr entrichtet L. 1. bis L. 4.

39) Die Vollziehung der im gegenwärtigen Titel enthaltenen Bestimmungen, so wie die allfällig nothwen-

21. Dec. 1816. dige nähere Untersuchung der auf dem Land eingelegten Schriften, und die darauf Bezug habenden Verfügungen, liegen insbesondere der Central-Polizen-Direktion unter der Aufsicht des Justiz- und Polizen-Raths ob.

T i t. IV.

Besondere Vorschriften für den Aufenthalt fremder Handwerksgefallen.

40) Jeder Cantonsfremde Handwerksgefall, welcher in hiesigem Canton in Arbeit tritt, soll sein Wanderbuch (Tit. I. §. 3.) in der Hauptstadt bey der Central-Polizen-Direktion, auf dem Land aber bey dem Oberamt des Orts hinterlegen, und erhält dagegen zum Aufenthalt einen Schein, welcher die oben (Tit. III. §. 30.) bezeichneten Eigenschaften enthalten soll.

41) Diejenigen, welche kein Wanderbuch haben, sollen sich mit ihren Schriften, wodurch sie ihre Herkunft und ihren Beruf bescheinigen können, bey der Central-Polizen-Direktion der Hauptstadt melden, allwo ihnen Wanderbücher ertheilt werden können.

42) Diese zu ertheilenden Wanderbücher sollen 32 paginirte Blätter oder 64 Oktav-Seiten, und auf der ersten Seite die Beschreibung des Trägers samt den übrigen Eigenschaften eines Passes (Tit. I. §. 1.), so wie auch, wo möglich, die Anzeige des Datums seines Eintritts in den Canton enthalten.

43) Jeder fremde Handwerksgefall, welcher sich nach Vorschrift der §§. 40. und 41. hievor in Regel gesetzt und einen Schein erhalten hat, bedarf keiner weitem Er-

laubniß zum Aufenthalte, so lange er unverehelicht 21. Dec.
bleibt, zu keinen begründeten Klagen oder Beschwerden 1816.
Anlaß giebt, und nur im Lohn oder Dienst eines an-
gesessenen Einwohners arbeitet.

Die verheiratheten Handwerksgefallen haben sich bei
dem Justiz - Rath für eine Aufenthalts - Bewilligung
auszuweisen.

44) Wenn der fremde Handwerksgefell Meister
ändert, soll anstatt der vormals üblichen Kundschaften
das Meisterzeugniß über seine Aufführung und Arbeit
in das Wanderbuch eingetragen und von dem Beamten,
welcher den Schein ausgestellt hat (§. 40.), legalisirt
werden.

45) Wenn derselbe mit Vorwissen seines Meisters
seinen Aufenthaltsort verläßt, so werden ihm seine ein-
gelegten Schriften gegen den Schein (§. 40.) wieder
herausgegeben; wogegen er sich, in sofern er in einer
andern Gemeinde des Cantons in Arbeit tritt, nach
der nemlichen Vorschrift einen neuen Schein zu ver-
schaffen hat.

46) Wenn ein fremder Handwerksgefell in einem
Zeitraum von zwölf Monaten bereits bei drey Meistern
in hiesigem Canton in Arbeit gestanden, oder während
drenßig Tagen keine Arbeit gefunden hat und sonst keine
Mittel zu einem ehrlichen Fortkommen aufweisen kann,
so ist derselbe von der betreffenden Polizey - Behörde mit
Anzeige des Grunds aus dem Canton zu weisen.

47) Wer einen fremden Handwerksgefallen in Dienst
oder Arbeit aufnimmt oder auf andere Weise demselben

21. Dec. 1816. Unterschleif giebt , ohne daß derselbe seine Schriften hinterlegt und dafür einen Schein erhalten hat , soll mit einer Geldbuße belegt werden , die bis auf zwölf Franken ansteigen kann , wovon zwei Drittheile dem Armen- gut des Orts und ein Drittheil dem Verleider zufallen. Der Fehlbare ist anben für alle daherige Folgen verantwortlich.

48) Zu Bezweckung einer genauen Vollziehung obiger Vorschriften wird Unser Kleine Rath alle zwei Jahre eine allgemeine Revision der eingelegten Schriften und ausgestellten Scheine durch die Central - Polizen - Direktion veranstalten lassen.

49) Die fremden Handwerksgefelln haben folgende Gebühren zu erlegen :

- a. Bei der Herausgabe der hinterlegten Schriften , für die Aufbewahrung derselben , den dafür ausgestellten Schein und die Legalisation des Meisterzeugnisses , (§. 40. 44. 45.) , in sofern der fremde Handwerksgefell sich länger als dreißig Tage an einem Ort aufgehalten hat , dem betreffenden Beamten (§. 40.) in allem bz. 3

Die oberamtliche Besiegelung des Attestats geschieht dagegen unentgeltlich.

- b. Falls er am gleichen Orte Meister ändert , wenn er auch nicht dreißig Tage in Arbeit gestanden wäre , dem Beamten für die Abänderung des Scheins und dießörtige Controlle bz. 2
- c. Für die Ertheilung eines neuen Wanderbuchs (§. 41. 42.) der Central - Polizen - Direktion in allem bz. 8

- d. Bei der allgemeinen Revision der Schriften und 21. Dec.
Scheine (§. 48.), in sofern er mehr als dreßsig 1816.
Tage am Ort seines dennzumaligen Aufenthalts in
Arbeit gestanden, dem Beamten bz. 2

Dagegen sind die betreffenden Beamten verpflichtet, sich den Vorschriften Unsers Kleinen Rath's oder der Central = Polizen = Direktion wegen Controllirung der Handwerksgefallen zu unterziehen, und die daherigen Verzeichnisse unentgeltlich einzusenden.

Die hievor sub litt. a. b. d. bestimmte Gebühren sollen auch in der Hauptstadt von der Central = Polizen = Direktion bezogen und mit der Gebühr litt. c. der Regierung verrechnet werden.

T i t. V.

Heirathen der Fremden.

50) Jeder Cantons = Fremde, er mag mit einer Niederlassungs = oder Aufenthalts = Bewilligung versehen seyn oder nicht, der sich in hierseitiger Botmäßigkeit, es sey mit einer Cantons = Angehörigen oder einer Fremden verehelichen, oder auch nur seine Ehe verkündigen lassen will, soll sich zuvor bey dem Kleinen Rath um eine Heiraths = Bewilligung anmelden.

51) Um diese Bewilligung zu erhalten, hat er, nebst Erfüllung der in Unseren Consistorial = Gesetzen enthaltenen Vorschriften überhaupt, noch insbesondere folgendes zu leisten:

- a. Die Bescheinigung durch die Orts = Obrigkeit seiner Heimath, legalisirt durch seine Landes = Regierung,

21. Dec.
1816.

daß er den dasigen Gesetzen für seine Verheirathung statt gethan habe, und daß dem zufolge seine Verlobte (deren Name jeweilen ausgesetzt seyn soll) daselbst nach vollzogener Ehe, so wie seine allfälligen Kinder, jederzeit als Angehörige und Bürger werden anerkannt und aufgenommen werden.

b. Die Bescheinigung der ungehinderten Verkündigung seiner vorhabenden Ehe in seinem Heimathsorte nach der dasigen Landesgewohnheit, durch einen förmlichen von einer anerkannten Behörde legalisirten Verkündigungs-Schein.

c. Die Hinterlage einer Geldsumme von achthundert Franken nach den hiernach (Tit. VI.) vorkommenden Bestimmungen, im Fall der Fremde nicht ein Schweizer ist, und sich mit einer Cantons-Angehörigen verehelichen, auch nach seiner Heirath in dem Canton aufhalten will.

Die geschehene Leistung dieser Erfordernisse wird in der Heiraths-Bewilligung jeweilen ausdrücklich angemerkt.

52) Nach erhaltener Heiraths-Bewilligung und bescheinigter Verkündigung in dem Wohnort beider Verlobten, kann die Ehe des Fremden von jedem Pfarrer des Cantons ohne fernere Schwierigkeit eingesegnet werden.

53) Der Pfarrer, welcher die Ehe eingesegnet, behält die Heiraths-Bewilligung hinter sich, und wird das Datum derselben, nebst der bisher gewohnten Einschreibung der ihm vorgelegten Verkündigungs-Scheine, in seinem Eherodel anmerken.

54) Die für die Heiraths-Bewilligung eingelegten 21. Dec. 1816.
Schriften, mit Ausnahme des Verkündigungs-Scheins
von dem Heimathsorte des Fremden, sollen in der Staats-
Canzlen aufbewahrt werden, so lange der Fremde sich
in dem Canton aufhält.

55) Jeder Fremde, welcher obigen Vorschriften
zuwider, seine Ehe außer Landes einsegnen lassen würde,
soll seines hiesigen Niederlassungs- und Aufenthalts-
Rechts verlustig erklärt werden; es sey dann, er habe
seine Ehe von seiner Landes-Regierung förmlich aner-
kennen lassen, in welchem Falle jedoch untersucht wer-
den soll, ob aus der Unterlassung der hierseitigen
Bewilligung keine nachtheiligen Folgen entstanden seyen.

56) Die Heirathen zwischen hiesigen Cantons-An-
gehörigen und fremden Weibspersonen bedürfen keiner
Heiraths-Bewilligung, und sind lediglich den in Unseren
Consistorial-Gesetzen enthaltenen allgemeinen Vorschrif-
ten unterworfen. Besonders aber soll dabei jederzeit die
ungehinderte Verkündigung in der Heimath der Verlob-
ten und die geleistete Bezahlung des Einzuggelds rechts-
gültig bescheinigt seyn.

57) Sollte in Heirathen zwischen römisch-catholi-
schen Glaubensgenossen eine Dispensation nach canoni-
schem Rechte von der competenten geistlichen Behörde
ertheilt worden seyn, so ist die Vorweisung des dieß-
falsigen Akts für die Einsegnung der Ehe nicht weniger
erforderlich.

58) Jeder Pfarrer oder andere Geistliche, welcher
gegen die Vorschrift des §. 50. die Ehe eines Cantons-
Fremden ohne Heiraths-Bewilligung einsegnen, oder auch

21. Dec. 1846. nur von der Kanzel verkündigen, oder der gegen die Vorschrift des §. 56. die Ehe eines Cantons - Angehörigen mit einer Cantonsfremden Weibsperson ohne rechtsgültigen Verkündigungs - Schein von der Heimath dieser letztern einsegnen würde, fällt in eine Geldbuße, die bis auf einhundert Franken ansteigen kann, und kann auch überdem, je nach Beschaffenheit des Falls, in seinen geistlichen Verrichtungen eingestellt, und für die Folgen der ungesetlichen Ehe verantwortlich gemacht werden.

59) Für die Ertheilung einer Heiraths - Bewilligung (§. 49.) hat der Fremde zu bezahlen (mit Inbegriff der Stempelgebühr) . . . L. 4. bz. 3.

T i t. VI.

Von den Geldhinterlagen der Fremden.

60) Die Hinterlage einer Geldsumme von achthundert Franken von Seite eines Lands - Fremden findet in folgenden Fällen statt:

- a. Zum Behuf seiner Niederlassung im Canton, wenn er mit einer Cantons - Angehörigen verehelicht ist oder sich verehelichen will.
- b. Zum Behuf einer Aufenthalts - Bewilligung oder Toleranz in allen solchen Fällen, wo er sich in Betreff seiner Legimations - Schriften nicht ganz vollständig ausweisen könnte.

Davon sind enthoben: Alle Schweizer, aus anderen Cantonen, die sich als solche legitimiren können, und in sofern von ihren Cantons - Regierungen nicht eben so

lästige Niederlassungs-Bedinge den hiesigen Angehörigen 21. Dec.
auferlegt werden. 1816.

61) Die Wirkung dieser Hinterlage ist lediglich eine Sicherstellung für den Staat und die Gemeinde, wo sich der Fremde niederläßt oder aufhält, daß ihnen weder derselbe, noch seine Frau, noch eines seiner Kinder zur Last fallen werde, und es findet auf die hinterlegte Summe keine rechtliche Action von Seite eines Gläubigers statt.

62) Die Hinterlage wird in baarem Geld an die Diensten-Zinscassa geleistet, welche dem Eigenthümer dafür einen zu Dren vom Hundert jährlich zinsbaren Schuldschein nach Obligationsrecht ausstellt.

63) Diese Schuldscheine werden mit den übrigen Legitimations-Schriften der Fremden in der Staats-Canzley aufbewahrt und den Eigenthümern dafür Empfangscheine ausgestellt, auf welche hin dieselben den jährlichen Zins bey der Diensten-Zinscassa beziehen können.

64) Die Hinterlage haftet für die ganze Dauer des Aufenthalts in dem Canton, und wird dem betreffenden Inhaber nach dreymonatlicher Aufkündigung wieder zugestellt:

a. Wenn der Fremde den Canton verläßt, und rechtsgültig bescheinigt, daß er für sich und seine Familie an einem andern Ort ein Niederlassungs-Recht gefunden habe.

b. Wenn er sich in dem hiesigen Canton ein Bürger-

21. Dec.
1816.

und Landrecht auf die hiernach (Tit. VIII.) bestimmte Weise verschafft.

65) In Fällen, wo bey Verlassung des Cantons von Seite des Fremden, für den Staat oder für eine Gemeinde, von wegen unehelicher Kinder oder sonst, einiger Nachtheil zu besorgen wäre, ist Unser Kleine Rath begwältigt, die Herausgabe der hinterlegten Geldsumme zu verweigern, bis eine gänzliche Sicherstellung dießorts erfolgt seyn wird.

Tit. VII.

Von dem Ankauf von Liegenschaften und von der Erwerbung unterpfändlicher Schuldtitel von Seite der Fremden.

66) Kein Fremder, er mag in dem Canton gesetzlich angesessen seyn oder nicht, kann in demselben eine Liegenschaft ankaufen oder sonst erwerben, noch einen Gültbrief oder eine andere unterpfändliche Schuldschrift zu seinen Gunsten aufrichten lassen, oder eine dergleichen Schuldschrift, deren Unterpfänder in hiesiger Botmäßigkeit gelegen sind, käuflich oder auf andere Weise an sich bringen, er habe denn dazu von Unserm Kleinen Rathe eine besondere Bewilligung erhalten.

67) Diese Bewilligung kann den Angehörigen solcher Staaten nicht verweigert werden, mit welchen der hiesige Stand dießorts in besonderen Verträgen steht, und wo den hiesigen Angehörigen das nemliche Recht zugesichert ist. Schweizer aus anderen Cantonen bedürfen keiner solchen Bewilligung, in sofern sie sich vor dem

Untergericht , oder vor einem Amtsnotar durch einen 21. Dec.
förmlichen Heimathschein , und durch ein von ihrer Can- 1816.
tons-Regierung ausgestelltes Zeugniß der Gleichstellung
hiesiger Angehörigen ausweisen können.

68) Jeder Fremde , der , ohne die obigen Vor-
schriften erfüllt zu haben , Eigenthümer einer Liegen-
schaft in dem Canton wird , ist gehalten , dieselbe in Zeit
eines Jahrs , von der Besitznahme an gerechnet , zu ver-
kaufen , wenn er sich bis dahin nicht in die Regel gesetzt
haben wird.

69) Für die Aufrichtung von Gültbriefen oder an-
deren unterpfändlichen Schuldtiteln zu Gunsten von Frem-
den , welche die obigen Vorschriften nicht erfüllt haben ,
oder für die Veräußerung wirklich aufgerichteter Gült-
briefe und anderer Schuldtitel der Art auf im Canton
gelegene Unterpfänder an solche Fremde , ist die gesetz-
liche Strafe die Ungültigkeit des Gültbriefs , oder son-
stigen unterpfändlichen Schuldtitels , samt der Verwir-
kung der darin verschriebenen Summe , welche zu Han-
den des Staats verfallen seyn soll. Unserm Kleinen
Rath ist jedoch überlassen , nach Maaßgabe der Umstände
von dieser Strafe einigen Nachlaß zu bewilligen.

70) Allen Untergerichten ist bey ihrer Verantwor-
tung untersagt , Verkäufe von Liegenschaften an Fremde ,
oder die Aufrichtung von Gültbriefen oder anderen un-
terpfändlichen Schuldtiteln zu Gunsten Fremder zu fer-
tigen , wenn nicht die Bewilligung dazu nach §. 66. er-
theilt worden ist , oder der Fremde sich in dem Fall der
Ausnahme von der Bewilligung nach §. 67. befindet.

21. Dec. 1816. 71) Der geschworne Schreiber, welcher den Vorschriften der hier vorgemeldten Artikel zuwider, solche Käufe stipuliren oder Gültbriefe ausfertigen, oder die Veräußerung von Gültbriefen verschreiben würde, verfällt, nebst Erstattung der bezogenen Emolumente, in eine Geldbuße von mindestens fünfzig Franken und höchstens zweihundert Franken, und kann in Wiederholungsfällen, je nach den Umständen, noch härter angesehen, und in seinem Berufe suspendirt oder selbst der Feder entsezt werden.

72) Für die Bewilligung dann (§. 66.) wird eine Canzlengebühr bezahlt, welche je nach den Umständen von vier Franken bis auf fünfzig Franken ansteigen kann.

T i t. VIII.

Von der Naturalisation der Fremden.

73) Zur Naturalisation oder Erhaltung des Bernerischen Landrechts wird die Anschaffung eines Ortsbürgerrechts in dem Canton Bern wesentlich erfordert.

74) Kein Cantons-Fremder soll ein Bürgerrecht in dem Canton Bern erwerben können, er habe denn eine ausdrückliche Bewilligung dazu von Unserm Kleinen Rath erhalten, welche nur mit zwey Dritttheil Stimmen ertheilt werden kann.

75) Zu dieser Bewilligung wird erfordert, daß der Petent seine freye, ehrliche Herkunft und gute Aufführung, welcher Religion er zugethan sey, wie auch, daß seine Aufnahme sowohl in Absicht auf seinen Beruf als

sein Vermögen dem Lande zum Nutzen diene, durch 21. Dec.
glaubwürdige Zeugnisse bescheinige. 1816.

76) Die Bewilligung wird jeweilen nur auf sechs Monate ertheilt, innerhalb welcher Zeit der Fremde sich angelegen seyn lassen wird, die Zusicherung der Aufnahme in ein beliebiges Orts-Bürgerrecht zu erlangen und eine rechtskräftige Bescheinigung derselben Unserm Kleinen Rath einzugeben.

77) In jeder von einer Gemeinde, infolge obigen Artikels, einem Fremden zuzustellenden Zusicherung der Aufnahme in ihr Bürgerrecht soll die bestimmte Erklärung enthalten seyn, und hernach in dem Bürgerbriefe selbst wiederholt werden: daß die Gemeinde sich zur Unterstützung und Verpflegung des Anzunehmenden sowohl als seiner Nachkommenschaft, im Fall der Verarmung des einen oder der andern, nach Maaßgabe der bestehenden Armenordnung verpflichte.

78) Der Kleine Rath wird dann untersuchen, und sich den Bericht erstatten lassen, ob diejenige Gemeinde, die den Fremden in ihr Bürgerrecht aufnehmen will, Vermögens halber im Stande sey, ihn und die Seinigen im Fall der Verarmung zu ernähren, und dem Staate dießorts die nöthige Sicherleistung gewähre.

79) Wenn Unser Kleiner Rath auf diesen eingezogenen Bericht hin alle Umstände für die Naturalisation günstig findet, so wird er über den Access vor Uns entscheiden, und in sofern derselbe mit zwey Dritttheil Stimmen ertheilt worden, Uns das Naturalisations-Begehren samt allen daherigen Schriften zur Willfähr oder Abweisung vorlegen.

21. Dec. Die Behandlung der Naturalisations - Begehren
1816. findet in Unseren ordentlichen Monats - Sitzungen statt,
und für die Willfähr werden zwei Dritttheil Stimmen
durch das geheime Mehr erfordert.

Wenn die Naturalisation erteilt worden, so soll die Gemeinde, welche dem Fremden die Zusicherung der Aufnahme in das Bürgerrecht erteilt hat, dessen berichtet und sie aufgefordert werden, seinen Bürgerbrief nach dem vorgeschriebenen Formular auszufertigen und Unserm Kleinen Rathe durch den Oberamtmann einzusenden.

80) Sobald dieser Bürgerbrief in gehöriger Form eingelangt seyn wird, so soll auch der Naturalisations - Akt in Unserm Namen ausgefertigt, und dem Fremden, auf geleisteten Eid der Treue und des Gehorsams in die Hände Unsers betreffenden Oberamtmanns, zugestellt werden.

81) Für die Ertheilung der vorläufigen Bewilligung Unsers Kleinen Rathes (§. 74.) hat der Fremde zu entrichten (nebst der Stempelgebühr) L. 4.

Für den Naturalisations - Akt aber:

von . . . L. 50. bis L. 80.

Denne der Gemeinde für die Zusicherung der Aufnahme (§. 76.) . — 1.

Und für die Ausfertigung des Bürgerbriefs:

auf Papier geschrieben . . — 3.

auf Pergament . . — 5.

82) Was

82) Was die Aufnahme von Fremden in das Bürgerrecht der Stadt Bern insbesondere betrifft, so lassen Wir es bei demjenigen bewenden, was Unsere gegenwärtigen oder künftigen Verordnungen darüber vorschreiben werden. 21. Dec. 1816.

Allgemeine Vorschriften und Execution.

83) Was die wirklich im Lande angesessenen oder sonst wohnhaften Fremden anbelangt, so ist denselben eine Frist bis 1. Juny 1817 anberaumt, um sich nach den hievor enthaltenen Vorschriften für ihren fernern Aufenthalt, in sofern es nicht allbereits geschehen seyn sollte, auszuweisen; und Unserm Kleinen Rath ist aufgetragen, bis auf diese Zeit eine Revision sämtlicher Niederlassungs- und Aufenthalts-Bewilligungen aller Art zu veranstalten.

84) Alle bisherige Verordnungen über die Fremden sind, in sofern sie mit dem Inhalt obiger Vorschriften im Widerspruche stehen oder durch dieselben ersetzt werden, aufgehoben und als ungültig erklärt; insbesondere dann die Verordnungen vom 19. September 1803, 5. December 1803, 11. Januar 1804, 18. und 25. May 1812, über die Niederlassung, den Aufenthalt, die Heirathen und die Naturalisation der Fremden, die Verordnung vom 11. Juny 1804 über die Pässe §. 9. bis 16. mit den darauf Bezug habenden späteren Erläuterungen vom 10. März und 23. December 1808, und die Verordnung vom 18. May 1812 über die fremden Handwerksgefallen, samt dem Circular-Schreiben vom 4. July 1808 über den Güter-Ankauf der Fremden.

21. Dec. 85) Unserm Kleinen Rath ist die Vollziehung und
1816. Handhabung gegenwärtiger Verordnung aufgetragen.

Gegenwärtige Verordnung soll in hinlänglicher Anzahl gedruckt, von Kanzeln angezeigt, an alle Oberämter und übrige Beamte, besonders denn an alle Untergerichte, Gemeinds-Vorsteher, wie auch an alle Pfarrer ausgetheilt, und in die erneuerte Sammlung der Landesgesetze eingerückt werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,
den 20. und 21. December 1816.

Der Alt-Schultheiß,
H. v o n W a t t e n w y l.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

21. Dec.
1816.

A n h a n g.

F o r m u l a r

e i n e s H e i m a t s c h e i n s ,

so wie solcher von einem jeden Fremden, der sich im Canton Bern niederlassen oder aufhalten will, gefordert wird.

A. Für verheirathete Personen.

Wir Unterschriebene (Vorgesetzte der Stadt oder Gemeinde, deren Name nebst Anzeige der Provinz oder des Departements, wo sie liegt, so wie auch des Landes, wohin sie gehört, auszusetzen ist) erklären und bescheinigen andurch: daß N. N. (der Name des Individuums, nebst Anzeige seines Berufs oder seiner Eigenschaft) geboren den (Datum seiner Geburt oder seiner Taufe, nebst Angabe des Orts und seiner Eltern) aus dieser (Stadt oder Gemeinde) gebürtig ist, und allda das (anzeigen welcher Art Rechtsname er besitzt, nemlich ob es ein Einwohner, oder Bürger, oder anderes Recht ist) besitzt; daß gleichfalls dessen Ehefrau (der Name und Vorname derselben sind auszusetzen, auch wo möglich der Ort ihrer Herkunft und das Datum der ehelichen Einsegnung) die nemlichen Rechte zu genießen hat, und daß besagte Eheleute, so wie alle ihre Kinder und Nachkommen, zu allen Zeiten und unter allen Umständen, als solche allda werden anerkannt und aufgenommen werden.

21. Dec. 1816. Zu dessen Zeugniß ihnen gegenwärtiger, mit dem (Stadt, oder Gemeinds,) Insiegel versehene und von den (Orts, Vorgesetzten) unterschriebene Heimathschein ausgefertigt worden ist.

Gegeben zu (Ausfertigungsort) den (Jahr, Monat und Tag der Ausfertigung).

(L. S.)

(Unterschriften).

(Es soll beynebens dieser Schein mit der Legalisation des Vorstehers der Provinz oder des Departements, Präfekten, und der obersten Landes- Behörde oder des betreffenden Gesandten in der Schweiz versehen seyn).

B. Für unverheirathete Personen.

Wir Unterschriebene (Vorgesetzte der Stadt oder Gemeinde, deren Name nebst Anzeige der Provinz oder des Departements, wo sie liegt, so wie auch des Landes, wohin sie gehört, auszusetzen ist) erklären und bescheinigen andurch: daß N. N. (der Name des Individuums nebst der Anzeige seines Berufs oder seiner Eigenschaft) geboren den (Datum seiner Geburt oder seiner Taufe nebst Angabe des Orts und seiner Eltern) aus dieser (Stadt oder Gemeinde) gebürtig ist, und allda das (anzeigen, welcher Art Rechte er besitzt, nemlich: ob es ein Einwohner, oder Bürger, oder anderes Recht ist) besitzt, und daß derselbe zu allen Zeiten und unter allen Umständen allda wird anerkannt und aufgenommen werden.

(Falls der Fremde zu seiner auswärtigen Verehelichung einer Bewilligung seiner Landes- Regierung bedürfte, so ist alsdann noch beyzufügen): mit der weitem Erklärung jedoch, daß gegenwärtiger Schein ihm nur in der Absicht zugestanden worden, demselben seinen Aufenthalt (im Auslande oder allfällig der Aufenthaltsort selbst zu benennen) zu begünstigen und zu legitimiren, nicht aber um sich allfällig verehelichen zu kön-

nen, zu welchem Ende er sich mit einer besondern Bewilligung zu versehen haben wird. 21. Dec. 1816.

Gegeben zu (Ausfertigungsort) den (Jahr, Monat und Tag der Ausfertigung).

(L. S.)

(Unterschriften).

Formular

für die vorläufigen Bürgerrechts-Zusicherungen
der Gemeinden.

Nachdem auf einer mit Bewilligung Unöhrn. Oberamtmanns und nach vorgeschriebener zweimaliger Publication von Kanzel, abgehaltenen ordentlichen (außerordentlichen) Gemeinds-Versammlung von E. Eden. Gemeinde N. N. (in den Städten: von dem infolge bestehender Organisation der Stadt N. N. dazu begwältigten Stadtrathe) durch das Stimmenmehr erkannt worden, den N. N., gebürtig von N. N., welcher von Unöhrn den Rätthen am die Bewilligung zum Ankauf eines Orts-Bürgerrechts in dem Canton Bern erhalten hat, (mit seiner Familie, bestehend in) unter Vorbehalt der Hochobrigkeitlichen Genehmigung, zu Gemeinds-Bürgern von N. N. (zu Bürgern der Stadt N. N.) anzunehmen.

So ist demselben andurch gegenwärtige Bürgerrechts-Zusicherung erteilt worden, um Unöhrn. den Rätthen vorgelegt zu werden; mit der weitem Erklärung, daß die Ede. Gemeinde N. N. (die Stadt N. N.) sich im

21. Dec. 1816. Fall Hochobrigkeitlicher Genehmigung und Naturalisation zur Unterstützung und Verpflegung des N. N. sowohl als seiner Familie und Nachkommenschaft, Falls der Verarmung des einen oder der andern, nach Maaßgabe der bestehenden Armenordnung verpflichtet hat.

Solches bezeugen ic. (folgen die Unterschriften der Gemeinds-Vorgesetzten und des Gemeindschreibers).

F o r m u l a r

nach welchem die Bürger - Briefe ausgefertigt
werden sollen.

Wir (Stadtrath, Gemeinds-Vorgesetzte) der (Stadt, Gemeinde) N. Amts N. thun kund hiermit: Daß N. N. des N. N. Sohn, gebürtig von N. N., sich bey Uns dahin beworben hat, daß wir ihn samt seiner Frau und (allfälligen Kindern) zu Bürgern dieser (Stadt, Gemeinde) annehmen möchten, unter dem Versprechen, sich überall sowohl den obrigkeitlichen Verordnungen als aber auch Unseren besondern Vorschriften und Reglementen zu unterziehen und denselben pünktlich nachzuleben, so wie auch die für seine Annahme schuldige Summe zu bezahlen.

Nach eingezogenen glaubwürdigen Berichten nun, sowohl über die freye ehrliche Herkunft und die Religion, als über die Aufführung und Rechtschaffenheit des (Bittstellers, Impetranten) haben wir in dieses Begehren eingewilliget und daher den obvermeldten N. N. zu einem

Bürger und Angehörigen der (Stadt, Gemeinde) N. N. auf 21. Dec. 1816.
und angenommen, und zwar soll sich diese Annahme nicht allein auf ihn, sondern auch auf seine Ehefrau und überhaupt auf alle und jede seine wirkliche und zukünftige Abkömmlinge beziehen; so daß dieselben, unter obigen Bedingungen, aller bürgerlichen Rechte und Freiheiten, gleich den übrigen Bürgern, besonders dann des Rechts auf Unterstützung im Verarmungsfall nach Maßgabe der daherigen Verordnungen, theilhaftig seyn sollen, so lange sie sich dieser Rechte nicht nach den bestehenden oder künftig zu erlassenden Landesgesetzen verlustig machen werden.

Diese Annahme ist von Unserer Seite beschlossen worden, gegen eine Finanz von, welche der N. N. zu Unserer Zufriedenheit bezahlt hat, und wofür Wir denselben anmit bestens quittiren.

Alles jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der von Unseren Gnädigen Herren Schultheißen Klein und Großen Räten der Stadt und Republik Bern zu erhaltenden Genehmigung.

In Kraft dieses Bürgerbriefs, der unter Ausdrückung Unseres (Stadt, Gemeinde,) Insiegels durch Unsern (Präsidenten oder Vorsteher) und unsern (Stadt, Gemeinde,) Schreiber unterzeichnet worden ist.

Gegeben re.

V e r o r d n u n g

zur Beförderung des Landbaues in den
Leberbergischen Amtsbezirken.

23. Dec. 1816. **W**ir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Daß Wir zu Aufnahme des Landbaues in den fünf Leberbergischen Amtsbezirken und den neuen Landestheilen der Aemter Erlach, Moudon und Büren, und zur Erhebung dieser Grundlage des National-Wohlstandes auf die Stufe, auf welcher sich der Landbau in Unserm übrigen Canton befindet, vor allen Dingen nöthig befunden haben, einige wesentliche Hindernisse einer bessern Landwirthschaft zu beseitigen, welchen durch die bisherigen Gesetze dieses Landes entweder gar nicht, oder nicht mit hinreichender Vollständigkeit und Bestimmtheit vorgehogen worden:

Daß eines der nachtheiligsten Hindernisse in dem Weidrecht auf Privatgütern bestehe, welches unter dem Namen *droit de parcours*, oder *vaine pâture* bekannt ist, so wie in dem Zelt-Zwange auf Feldern, welcher den freien Anbau derselben ausschließet;

Daß aber zu einer vollständigen Wirksamkeit der darauf Bezug habenden Verordnungen auch noch einige Neben-Verfügungen erforderlich seyen.

So haben Wir zu diesem allgemein wohlthätigen 23. Dec.
Entzweck festgesetzt und 1816.

v e r o r d n e t :

I. A b s c h n i t t .

Von der Weidgerechtigkeit überhaupt.

1) Die Weidrechte oder Weidgerechtigkeiten , über welche diese Verordnung sich erstreckt , sind diejenigen , die sich Kraft einer allgemeinen oder besondern Dienstbarkeit auf Privatgütern ausgeübt haben.

2) Alle dergleichen Weidrechte , oder diejenigen Arten derselben , welche Kraft der französischen Gesetze oder seit ihrer Einführung nicht mehr ausgeübt worden sind , bleiben hiermit ohne weiters abgeschafft und es kann dafür keine Entschädigung gefordert werden.

3) Alle dergleichen Weidrechte , welche durch irgend einen Vertrag zwischen den betreffenden Parteien aufgehoben worden sind , sollen aufgehoben bleiben. Es müssen aber die Gegenversprechungen des Vertrages erfüllt werden , wenn sie es noch nicht sind ; und es kann auch keine Zurückforderung einer wirklich erfüllten Gegen-Versprechung statt finden.

4) Jedes einzelne Grundstück , dessen Eigenthümer dasselbe zwar ohne Vertrag , aber auf damals durch die Gesetze erlaubte Weise , von dem Weidrecht befreit hat , soll davon ohne weitere Entschädigung befreit bleiben.

5) Alle Weidrechte , welche nicht unter die Vorschrift der §§. 2. 3. oder 4. fallen , sind hiermit nach

23. Dec. 1816. Maaßgabe der folgenden Artikel entweder ohne Entschädigung aufgehoben; oder aber loskäuflich erklärt, wenn der Berechtigte sein Recht dazu beweisen kann, oder dasselbe durch den Verpflichteten anerkannt wird.

6) Alle gegenseitigen gleichen Weidrechte sind hiermit gegen einander compensirt, und demnach ohne einige Entschädigung aufgehoben, wenn schon das verpflichtete Land des einen Berechtigten größer oder erträglicher, als dasjenige des andern wäre, und ohne Rücksicht auf den Titel, auf welchem das Weidrecht beruhet hat.

7) Dergleichen Weidrechte sind diejenigen, welche mehrere Gemeinden überhaupt auf ihren Bezirken gegenseitig und auf die gleiche Weise ausüben; ferner diejenigen, welche die Privat-Eigenthümer der einzelnen Grundstücke eines gewissen Bezirkes, es seyen dieselben einzelne Personen, Corporationen oder Gemeinden, gegenseitig auf den Grundstücken dieses Bezirkes auf die gleiche Weise ausüben.

8) Wenn hingegen das Weidrecht der einen Partey auf ungleiche Weise, als dasjenige der andern ausgeübt wurde, also daß das Weidrecht der einen an und für sich von größerem Gehalt ist, als dasjenige der andern; so sind dieses zwar gegenseitige aber ungleiche Weidrechte, die sich nicht compensieren sollen, und nach Anleitung des §. 18. dem Loskauf unterworfen werden.

9) Diejenigen Weidrechte, welche nicht Kraft der §§. 2., 3. und 4. durch frühere Ereignisse oder nach Vorschrift der §§. 6. und 7. durch Compensation aufgehoben sind, sollen auf nachfolgende Weise losgekauft werden; und können nur in demjenigen Theil des Amts

Saignelegier, vormalß genannt la Franche-montagne 23. Dec.
des bois, wie auch in den Gemeinden Lajoux, les 1816.
Génevez, Saint-Braix und Mont-Favergier noch fer-
ner nach habenden Rechten ausgeübt werden, bis sie der
Pflichtige loskauft; auch sollen in gedachtem Amtstheil
und den vier bezeichneten Gemeinden die in den §§. 6.
und 7. gegenseitig ausgeübten Weidrechte fortbestehen,
es sene dann, daß drey Biertheile der Berechtigten jeder
Gemeinde ihre unentgeltliche Aufhebung begehren, und
dazu die Einwilligung des betreffenden Oberamtmanns
erhalten sollten.

II. A b s c h n i t t.

Art und Form des Loskaufes der Weidrechte.

10) Wenn der Eigenthümer eines in dem Oberamte
Saignelegier, oder in den Bezirken der im obigen Arti-
kel genannten vier Gemeinden gelegenen, dem Weidrecht
unterworfenen Grundstückes diese Dienstbarkeit loskaufen
will, so muß er es dem Besitzer des Weidrechtes mit
richterlicher Bewilligung ankündigen, und dieser Ankün-
digung sogleich das freywillige Anbieten einer bestimmten
Loskaufssumme beysügen, so wie die Erklärung, das-
jenige zu leisten, was ihm das Gesetz vorschreibt, wenn
sich die Parteyen nicht in Freundlichkeit vereinbaren
können.

Vom Augenblick dieser Erklärung hinweg darf das
Weidrecht nicht mehr ausgeübt werden.

11) Diese Erklärung muß jedes Jahr in dem Zeit-
raume vom 1. Januar bis 31. März, diese Tage einge-

23. Dec. rechnet , geschehen ; nachher ist sie für selbiges Jahr ungültig , wohl aber für das nachfolgende verbindlich , ohne 1816. wiederholt zu werden.

12) Wenn das Weidrecht auf mehreren , unter sich gewöhnlich nicht eingefriseten Grundstücken haftet , so sind die Eigenthümer des größern Flächen-Inhalts des verpflichteten Landes berechtigt , den Loskauf des Ganzen , auch für die Eigenthümer des geringern Theils verbindlich zu erklären.

In diesem Falle aber sind die ersteren verpflichtet , die Loskaufssumme für die letzteren vorzuschießen , wenn sie dieselbe baar bezahlen , und es die Besitzer des geringern Theiles , oder einige derselben verlangen. Diese müssen ihnen dagegen für ihren beziehenden Antheil der Loskaufssumme einen Schuldschein , nach Vorschrift gegenwärtiger Verordnung §. 20. ausstellen.

13) Wenn hingegen die Eigenthümer der Mehrzahl solchen Landes das Weidrecht nicht loskaufen wollen , so kann zwar jeder Eigenthümer des geringern Theils sein besonderes Grundstück loskaufen ; aber dannzumal liegt ihm die Verpflichtung ob , dasselbe in eigenen Kosten so einzufristen , daß es durch den Weidgang nicht beschädigt werde.

14) In den übrigen Theilen der vier Leberbergischen Amtsbezirke und in den mit den Aemtern Erlach , Nidau und Büren neu vereinigten Bezirken , soll das Weidrecht von nun an nicht mehr ausgeübt , sondern auf folgende Weise losgekauft werden ; und zwar sollen die nachstehenden Vorschriften auch für die in den §§. 10. bis 13. erwähnten freywilligen Loskäufe dienen.

15) Wenn die Partenen über den Loskaufspreis 23. Dec. inner vier Wochen von Bekanntmachung dieses Gesetzes, 1816. oder in dem Amtsbezirke Saignelegier und den im §. 9. genannten Gemeindsbezirken inner vierzehn Tagen von der Ankündigung des Loskaufes, nicht einig sind, so kann sich jede derselben an das Oberamt wenden, in welchem das pflichtige Land, oder der größere Theil desselben liegt. Dieses soll drey unpartenische, beeidigte und landesverständige Schärer ernennen, welche die Natur und den mittlern Jahres-Ertrag des betreffenden Weidrechtes untersuchen und eidlich würdigen sollen; indem sie dabei nur den reinen Nutzen, welchen der Berechtigte bezogen hat, und keineswegs den Nachtheil berücksichtigen, welcher dem Verpflichteten durch die Ausübung des Weidrechtes zugewachsen ist.

16) Wenn das Weidrecht in einem Wechsel von verschiedenen Jahren seiner Natur gemäß auf eine verschiedene Weise ausgeübt wurde, so sollen die Schärer den Nutzen, welchen jede dieser periodischen Ausübungs-Arten dem Berechtigten gewährt hat, besonders nach obiger Vorschrift würdigen, sodann zusammenschlagen und die herauskommende Gesamtsumme durch die Zahl von Jahren dividiren, nach welchen die Ausübungs-Art des Weidganges abwechselt. Das Produkt soll die eigentliche Schatzungs-Summe des Weidrechtes seyn.

17) Die Loskaufs-Summe ist die zwanzigfache Schatzungs-Summe, wenn alljährlich eine Ausübung des Weidrechtes statt fand.

Wenn hingegen das Weidrecht nicht alljährlich, sondern nach einem bestimmten Wechsel von Jahren aus-

23. Dec. geübt wurde, so wird diese Loskaufs-Summe in dem 1816. Verhältniß herabgesetzt, als sich in dem Jahreswechsel unbenutzte Jahre befinden: also daß, zum Beispiel, die Loskaufs-Summe eines jeden im dritten Jahr ausgeübten Weidrechts, nur einen Drittheil des zwanzigfachen Betrags der Schätzung-Summe eines Jahres-Ertrags ausmachen würde.

18) Bei dem Loskauf eines zwar gegenseitigen aber ungleichen Weidrechtes, deren der §. 3. dieser Verordnung erwähnt, soll nur der Mehrwerth des Weidrechtes von größerem Gehalt gegen dasjenige von geringerem, in die Schätzung kommen und zum Loskaufspreise berechnet werden.

Durch diesen Loskauf werden beide Weidrechte gänzlich getilgt; und derselbe kann im Amte Saigne-legier und den Bezirken von Lajoux und Gènevez eben sowohl durch den Besitzer des größern, als durch denjenigen des geringern Rechtes angekündigt werden: also daß im erstern Falle der Besitzer des geringern Rechtes verpflichtet wird, den Mehrwerth an denjenigen zu bezahlen, welcher das Weidrecht aufgekündigt hat.

19) Die Bezahlung der Loskaufs-Summe kann, nach der Auswahl des Schuldners derselben, in baarem Gelde, oder durch Ausstellung eines Schuldscheines geschehen.

20) Diese Schuldscheine sollen, auf Begehren des Gläubigers, durch die betreffende Amtschreiberen, in der gesetzlichen Form ausfertigt werden, wenn die baare Bezahlung, inner der Frist eines Monats, nach

erfolgter Schätzung, nicht geleistet worden ist. Sie sollen 23. Dec. zu Vier vom Hundert des Capitals, und von dem 1ten 1816. May 1817 hinweg, für das Amt Saignelegier und die Bezirke Lajoux und Gènevez aber, vom 1ten May des Jahres, in welchem der Loskauf geschieht, verzinsbar seyn; und das Capital soll während den ersten zehn Jahren von Seite des Gläubigers nicht abgekündigt werden, es sey dann, daß der Schuldner drey unbezahlte Zinse auflaufen ließe.

Bis zur gänzlichen Ausbezahlung soll das gesammte, durch den Loskauf befreute, Land des ursprünglichen Schuldners unterpfändlich verhaftet bleiben; und dieses Unterpfand soll jedem andern voran gehen, das nicht älter, als das losgekaufte Weidrecht ist.

21) Die Amtschreiberen soll demjenigen, der sich von einem Weidrecht losgekauft hat, und im Fall des §. 18. beenden Partenen, eine förmliche Befreyungs-Urkunde ausstellen, sobald die Loskaufs-Summe, sey es durch baares Geld, oder durch Auslieferung des Schuldscheines, bezahlt ist; und diese Bezahlungsart in derselben, als geleistet, anzeigen.

22) Wenn ein losgekauftes Weidrecht einer Gemeinde zugehört hatte, oder durch die sämtlichen Bürger, Grundeigenthümer oder Einwohner derselben ausgeübt worden wäre, so soll die Loskaufs-Summe ausschließlich zu den öffentlichen Erziehungs-Anstalten dieser Gemeinde verwendet werden; oder der beziehende Antheil davon für diejenigen einer jeden derselben, wenn es mehreren Gemeinden zugestanden ist.

23. Dec. 1816. 23) Alle Unkosten des Loskaufes soll diejenige Par-
ten einzig bezahlen, welche das Weidrecht losgekauft hat.

Ueber die Unkosten hingegen, welche aus einer Streitigkeit über die Aufhebung oder den Loskauf des Weidrechts entstehen, soll der Richter urtheilen. (§. 39.)

III. A b s c h n i t t.

Von dem Zelg = Zwang.

24) Die allgemeine Verpflichtung, die in einem gewissen Feldbezirke liegenden Grundstücke, in einem bestimmten Jahreswechsel, gleich anzubauen, oder auch in gewissen Jahren als Brache liegen zu lassen, oder der sogenannte Zelg = Zwang, ist hiermit allenthalben ohne weiters aufgehoben.

25) Jeder Eigenthümer ist berechtigt, seine als Privat = Eigenthum besitzenden Grundstücke nach Belieben anzubauen oder anbauen zu lassen; in sofern dadurch das Recht eines Drittmanns nicht beeinträchtigt und bestehenden Gesetzen nicht zuwider gehandelt wird.

IV. A b s c h n i t t.

Allgemeine Vorschriften.

26) Jeder Eigenthümer eines gewöhnlich nicht eingefristeten Grundstückes, welcher dasselbe zur Weide von großem oder kleinem Vieh benutzen will, ist verpflichtet, einzig in seinen Kosten, durch hinreichende Einfristung oder Huth während der Weide dafür zu sorgen, daß kein anderes Grundstück auf irgend eine Weise durch das zu solcher Weide bestimmte Vieh beschädigt werde.

Die

Die gleiche Verpflichtung haben auch mehrere Eigenthümer solidarisch, welche sich zur gemeinschaftlichen Weid von dergleichen benachbarten gelegenen Grundstücken vereinigen würden. 23. Dec. 1816.

Zu solchen Weide = Zäunen darf jedoch kein Holz aus einer Gemeinde = Waldung, oder Kraft eines Beholdungsrechtes gegen Drittmänner, gefordert werden.

Von den Vorschriften dieses Artikels sind ausgenommen diejenigen Liegenschaften im Amtsbezirke Saignelegier und in den §. 9. gegenwärtiger Verordnung benannten Gemeinden, welche dem Weidrecht noch unterworfen bleiben bis nach dem Loskauf desselben.

27) Wenn ein anderes Grundstück durch solches Vieh beschädigt wird, so sind die Eigenthümer desselben verpflichtet, dem Besitzer des beschädigten Grundstücks allen daher entstandenen Kosten und Schaden zu ersetzen; und wenn dabei Nachlässigkeit oder Vorsatz statt gefunden, so sollen sie überdies, je nach Bewandtniß des Falls, durch den Richter mit einer angemessenen Strafe belegt werden.

28) Unseren Oberamt Männern wird hiemit aufgetragen, darüber zu wachen, daß die Aufhebung des Weidganges auf Privat - Gütern, den Gemeinweiden und weidpflichtigen Waldungen keinen Nachtheil bringe; daß die ersteren nicht über ihren wahren Ertrag und die letzteren nicht mehr, als es dem Holzwuchs unschädlich erfolgen kann, mit Vieh besetzt werden; daß endlich keinem der Anttheilhaber eines solchen Weidganges ein zweites oder mehreres Stück Vieh zu treiben verstatet werde, es sey dann, daß jeder übrige Weidberechtigte

23. Dec. wenigstens eine Kuh während der ganzen Weidezeit treiben könne.
1816.

Die dem Weidgange nicht unterworfenen Waldungen sollen noch ferner ganz davon befreit bleiben. Wir behalten Uns übrigens vor, zum Besten der Waldungen und Allmenten diejenigen Vorkehren in Zukunft zu treffen, welche durch die Abschaffung der Gemeinweide auf Privat-Gütern und durch die Aufhebung des Zelg-Zwanges, etwa noch erforderlich seyn möchten.

29) Jeder Grund-Eigenthümer, welcher durchaus keine hinreichende freye Zu- und Bonfahrt zum Anbau und zur Benutzung eines Grundstücks hat, ist zu jeder Zeit berechtigt, die Verzeigung eines solchen Weges, gegen vollständige, billige Entschädigung, von dem Polizeyrichter, bis auf die nächste offene Straße, zu begehren.

30) Der Oberamtmann, als Polizeyrichter, soll vor allen Dingen in einem solchen Falle trachten, die betreffenden Parteyen in Freundlichkeit zu vergleichen.

31) Wenn diese Bemühung fruchtlos ist, so wird er den betreffenden Ort besichtigen, die Parteyen in ihren Gründen und Gegengründen vernehmen, die sie mündlich vortragen oder schriftlich überreichen können, und sodann polizeyrichterlich eine hinreichende freye Zu- und Bonfahrt für das betreffende Grundstück verzeigen und festsetzen.

32) Hierauf soll der Oberamtmann durch drey unparteyische, beeidigte Landesverständige den Schaden oder Minderwerth des Grundstückes gutachtlich würdigen

lassen, welchen der neu verzeigte Weg demjenigen ver- 23. Dec.
ursachet, der forthin die Dienstbarkeit ertragen muß, 1816.
und sodann die zu entrichtende Entschädigung und Kosten
bestimmen; welche Bestimmung vor den oberinstanzlichen
Moderations-Richter gezogen werden kann, wenn sie die
oberamtliche Competenz übersteigt.

33) Die polizenrichterliche Verzeigung des Weges
soll also geschehen, daß mit der möglichsten Kürze dessel-
ben bis auf eine offene Straße der geringstmögliche
Nachtheil für die Grundstücke entstehe, welchen die Weg-
Dienstbarkeit auferlegt wird, falls hiefür keine andere
Richtschnur vorhanden ist. Sollten aber Verträge oder
Uebung bereits einen Weg festsetzen, der aber unterbro-
chen oder sonst nicht hinreichend wäre, so soll vor allem
auf Bervollständigung dieses Weges Rücksicht genommen
werden.

34) Ueber die Verzeigung eines solchen neuen We-
ges soll ein genauer Verbal- Prozeß errichtet und in
dem Contrakten- Protokoll des Oberamtes eingetragen
werden.

35) Wenn der neu verzeigte Weg zu seiner Brauch-
barkeit neue Anstalten, wie Brücklein, Gatter und der-
gleichen erfordert, so muß der Besitzer der Dienstbar-
keit dieselben einzig in seinen Kosten errichten.

Eben so liegt ihm auch der Unterhalt des Weges
und solcher Anstalten einzig ob, wenn der Eigenthümer
des dienstbaren Grundstückes selbigen nicht ebenfalls ge-
braucht. Gebraucht er ihn aber gleichfalls, so soll der
gedachte Unterhalt von beiden, nach Maaßgabe des Ge-
brauches eines jeden bestritten werden.

23. Dec.
1816.

36) Wenn sich durch die Aufhebung des Weidrechtes und des Zelg-Zwanges, oder aus anderen Ursachen, die Cultur eines Grundstückes so verändert, daß die bisher besessene Zu- und Bonsfahrt dazu nicht mehr hinreicht, also daß über die neu erforderliche Ausübung des alten Weges Streit entsteht, so soll auf die gleiche Weise verfahren werden, wie oben für den Fall bestimmt worden ist, wo gar kein Weg vorhanden wäre, mit der bloßen Ausnahme, wie folget:

37) Die im §. 32. vorgeschriebene Schätzung soll in diesem Falle nur die Entschädigung für die größere Belastung des dienstbaren Grundstückes enthalten, als vorher darauf gehaftet hatte.

38) Streitigkeiten, die sich über einmal verzeigte neue Wege erheben, gehören lediglich vor den competenten Civil-Richter, nachdem dieselben einmal errichtet sind, zumal nur ihre neue Errichtung eine Maaßnahme der Polizen ist.

39) Alle streitigen Fragen, die sich über die Aufhebung oder den Loskauf des Weidrechtes, des Zelg-Zwanges und über die Errichtung neuer Wege und dazu gehöriger Anstalten, bey Vollziehung dieser Verordnung erheben, sollen von Unserm Oberamtmann des Ortes, unter Vorbehalt des Refurses an Unsern Kleinen Rath, wenn der streitige Gegenstand die oberamtliche Competenz übersteigt, beurtheilt werden; einzig was durch gegenwärtige Verordnung selbst hievon ausgenommen ist, vorbehalten.

40) Diese Verordnung soll sich nur auf die fünf Leberbergischen Amtsbezirke und die den Amtsbezirken

Erlach, Moudon und Büren neu zugetheilten Landestheile 23. Dec. 1816.
 beziehen. Sie soll auch vom 1. März 1817 hinweg ihre
 Wirksamkeit erhalten, und von diesem Zeitpunkt an alle
 derselben widersprechende Gesetze, Verordnungen oder
 Uebungen, so weit dieser Widerspruch gehet, aufgehoben
 seyn.

Gegeben in Unserer Großen Rathß-Versammlung,
 Bern den 23. December 1816.

Der Alt-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Rathß,

der Rathßschreiber,

B e n o i t.

E r l ä u t e r u n g

des Dekrets über die Bildung und Befugnisse des Appellationsgerichts.

Vergl. Ges. und Dekr. Th. I. S. 197. §. 2. und oben S. 68.

Kreisschreiben des Kleinen Rathes an alle
Oberämter des alten Cantons, denne
Courtelarn, Münster und Biel an die
Stadt.

23. Dec. 1816. Infolge fünften Artikels des Hochobrigkeitlichen Dekrets vom 17. Juny 1816 über die Bildung und Befugniß des Appellationsgerichts, beurtheilt dasselbe in letzter Instanz alle bürgerliche Streitigkeiten, welche die Competenz der unteren Instanzen übersteigen und von denselben weiters gezogen werden.

Obgleich diese Bestimmung alles in sich faßt, so je-
dennoch um jedem Mißverstand vorzubeugen, finden Wir
Uns bewogen, Euch anzuzeigen, daß UGhrn. und Obern
auch den höchstinstanzlichen Entscheid über Matrimonial-
und Tutelar - Streitfälle dem Appellationsgericht auf bis-
herigem Fuße überlassen haben; welchemnach diesem
Tribunal der höchstinstanzliche rechtliche Entscheid gebührt;

Ueber alle von der untern Instanz recurrierte Con-
fistorial - Händel; denne in oberwaisenrichterlichen Ver-
fügungen, als: Bevogtung der Mehriährigen, Manu-

mission der Minderjährigen und anderen Fällen dieser 23. Dec.
 Art, welche rechtlich bestritten und von dem Ausspruch 1816.
 der Amtsgerichte weiter gezogen werden.

Wir tragen Euch auf, dieses Schreiben pro instructione in das Mandaten-Buch einschreiben zu lassen.

Bern, den 23. December 1816.

Der Alt-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
 der Rathsschreiber,
 Benoit.

V e r o r d n u n g

über das Hypothekarwesen in dem Leberberg.

Vergl. oben S. 25. §. 14.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 27. Dec.
 und Republik Bern, thun kund hiermit: 1816.
 Auf angehörte Berichte Unserer Leberbergischen Gesetz-
 gebungs-Commission, Unserer Abgeordneten auf die zu
 Delsperg abgehaltene Conferenz, und Unsers Justiz-
 Raths über die gegenwärtige Einrichtung des Hypothe-
 karwesens in den neuvereinigten Landestheilen, und
 nachdem Wir in Betrachtung gezogen:

Daß der Grundsatz der Aufhebung der französischen
 Gesetze, auf welchen jene Einrichtung beruht, durch den

27. Dec. Artikel 14. der Vereinigungs-Urkunde vom 14. und 23.
1816. November 1815 bestimmt ausgesprochen worden ist; daß das Interesse des Staats, so wie auch der Credit des neu erworbenen Landes, eine durchaus gleichförmige Gesetzgebung über das Hypothekarwesen gebietend erheischen, und daß die Vorzüglichkeit Unserer Hypothekar-gesetze in dem alten Canton, durch eine Erfahrung von mehreren Jahrhunderten sich hinreichend bewährt hat.

Daß ferner in den Amtsbezirken Courtelary und Münster, und in den mit den Aemtern Nidau, Erlach und Büren vereinigten Städten und Ortschaften, die wirklich bestehenden Verhältnisse und die seit dem Ende des Jahrs 1813 hin und wieder eingerissene Unordnung in Verschreibung unterpfändlicher Schuldtitel, eine baldige Einführung Unserer Gesetze, und zugleich einige augenblickliche Verfügungen für die Einrichtung neuer und vollständiger Hypothekenbücher nothwendig machen.

So haben Wir Uns veranlaßt gefunden, diejenigen Vorkehren anzuordnen, welche Wir zur Sicherung und Befestigung des Creditwesens und zur Bestimmung der neuen Verhältnisse mit steter Berücksichtigung der Schirmung aller nach den bestehenden Gesetzen wirklich erworbenen Rechte, zweckmäßig und nöthig erachtet haben; demnach Wir

v e r o r d n e n :

1) Die französische Gesetzgebung, in soweit solche das ganze Hypothekarwesen und die dahin einschlagenden Vorschriften der Proceß-Ordnung betrifft, soll in allen neu erworbenen Landestheilen vom 1. July 1817 hinweg

aufgehoben, und durch die in dem alten Canton bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ersetzt werden; mit Ausnahme der Amtsbezirke Bruntrut, Freybergen und Delsperg, für welche Wir Uns vorbehalten, den Zeitpunkt dieser Aufhebung noch festzusetzen. 27. Dec. 1816.

2) Es sollen für die Amtsbezirke Courtelary und Münster, mit Inbegriff der diesem letztern Amt einverleibten Pfarren von Lajoux und Gènevez, denne für die Städte Biel und Neuenstadt, für den Tessenberg und die übrigen mit den Amtsbezirken Nidau, Erlach und Büren vereinigten Leberbergischen Ortschaften eigene Hypothekenbücher errichtet und von den Amtschreibern geführt werden, so daß für jeden Gerichtsbezirk ein eigenes Hypotheken-Protokoll bestehen soll.

3) Zu diesem Ende sollen bis zum 1. April 1817 vollständige und wörtliche Auszüge aller in den Pfandschreibern von Bruntrut und Delsperg eingetragenen, und noch wirklich in Kraft bestehenden Vorrechte und Hypotheken, welche auf Grundstücken haften, die in den hievor (Art. 2.) genannten Amtsbezirken gelegen sind, verfertigt und den betreffenden Amtschreibern Courtelary, Münster, Biel, Erlach und Büren zugesendet, von denselben dann in die neuen Hypothekenbücher eingeschrieben werden.

4) Diese Einschreibung soll nach dem Rang und Datum jedes Aktes und nach einer, den Amtschreibern zugleich mit gegenwärtiger Verordnung zu sendenden nähern Instruktion längstens bis zum 1. Juny nächstkünftig vollständig statt finden. Die betreffenden Amtschreibern sind für die getreue Einschreibung der

27. Dec. 1816. aus den Pfandschreiberereyen erhaltenden Auszüge, so wie diese Pfandschreiberereyen, oder die nach Artikel 14. hiernach an ihre Stelle tretenden Amtschreiberereyen von Bruntrut und Delsperg, für die getreue Abfassung der Auszüge verantwortlich.

5) Durch diese Einschreibung wird an der Natur und den Rechten der eingetragenen Privilegien und Hypotheken nichts verändert, und dieselben bleiben bis zu ihrer gesetzlichen Tilgung und Ablösung in voller Kraft; in dem Verstand jedoch, daß wenn die Ablösung oder sonstige Erledigung des Unterpfands nicht innerhalb derjenigen Zeitsfrist von zehn Jahren erfolgen würde, vor deren Ablauf der §. 2145. des französischen Civil-Gesetzbuchs eine Erneuerung der Einschreibung erheischt, diese Erneuerung nur durch Ausfertigung eines neuen, nach den Bernerischen Gesetzen eingerichteten Schuldtitels, mit Beybehaltung jedoch der dem ursprünglichen Titel zukommenden Priorität, vor sich gehen kann.

6) Alle mit Unterpfandsrecht geschlossene Verträge oder andere unterpfändliche Akten, wie auch alle Handänderungen von Liegenschaften, welche seit dem 25. December 1813 bis zur Bekanntmachung der gegenwärtigen Verordnung, in den im Artikel 2. hievor genannten Aemtern und Gegenden errichtet, aber nicht in den Pfandschreiberereyen von Bruntrut und Delsperg eingetragen worden sind, sollen spätestens bis zum 1. Mannächstkünftig in der Amtschreibererey des Amtsbezirks, wo die Unterpfänder gelegen sind, originaliter oder in förmlich beglaubigten Abschriften eingegeben werden; bey Strafe des Verlusts des Unterpfandsrechts für die Gläu-

biger oder Ansprecher , welche diese Eingabe in obiger 27. Dec.
Zeitsfrist unterlassen würden. 1816.

7) Von dieser Eingabe sind jedoch enthoben: diejenigen Akten obiger Art , welche von den Amtschreibern selbst stipulirt und ausgefertigt worden sind , als für welche die betreffenden Amtschreiber das Nöthige nach dem folgenden Artikel vorzusehen haben. Auch mag Landsabwesenden , welche bescheinigen könnten , daß sie von gegenwärtiger Verordnung keine Bekanntschaft gehabt , auf Anwerben der Zutritt zur Eingabe ihrer Titel jeweilen von Uns gestattet werden.

8) Die im §. 6. bezeichneten Verträge und Akten werden von den Amtschreibern gleich den , von welchen im §. 3. die Rede ist , in die betreffenden neuen Hypothekenbücher eingetragen , und genießen somit des ihnen nach den Gesetzen zukommenden Unterpfandsrechts nach ihrem Rang und Datum ; mit Ausnahme jedoch derjenigen Verträge , welche nicht notarialisch oder durch die Amtschreibern verschrieben sind , oder den Gesetzen zuwiderlaufende Bestimmungen enthalten , als welche zur Berichtigung zurückgewiesen , und erst von dem Datum dieser letztern hinweg als gültig angesehen und eingetragen werden sollen. In zweifelhaften Fällen haben sich die Amtschreiber an den Oberamtmanu des Orts zu wenden , welcher je nach Beschaffenheit der Sache entweder die nöthige Weisung ertheilen , oder bey Unserm Justiz-Rath darüber einfragen wird.

9) Die Schreibkosten für die im §. 3. anbefohlenen Auszüge und für deren Eintragung in die neuen Hypothekenbücher , werden den betreffenden Pfandschreibern

27. Dec. oder Amtschreiberen, ohne Entgeld der Partenen, auf
 1816. obrigkeitliche Rechnung nach Verhältniß der jetzt beste-
 henden Tage zu fünf Bogen für jede Seite zu fünf und
 drenßig Linien und achtzehn Sylben vergütet. Wenn
 jedoch der Eigenthümer eines in der Pfandschreiberen ge-
 hörig eingetragenen unterpfändlichen Titels zu mehrerer
 Sicherheit nöthig finden würde, solchen in der Amt-
 schreiberen des Orts, wo das Unterpfand gelegen, vor-
 zuweisen oder zu deponiren, was ihm allerdings frey
 steht, so hat er solchen Falls der Amtschreiberen für die
 Vergleichung des Titels mit den erhaltenen Auszügen
 und die Bescheinigung der Einschreibung in die neuen
 Hypothekenbücher zu bezahlen:

Von L. 1000 und darunter L. 1.

Und wenn der Capitalwerth über

L. 1000 beträgt . . . = 2.

10) Für die Einschreibung der im §. 6. bezeichneten
 Verträge und Akten wird, nebst der allfällig nach den
 bestehenden Gesetzen zu beziehenden Einregistrirungs-Ge-
 bühr, der Amtschreiberen bezahlt:

Ein Achtel vom Hundert der Ca-

pitalsumme, oder von L. 1000 L. 1. bz. 2. rp. 5.

Doch nie weniger als . . . = 1. = — = —

Diese Gebühr hat der Gläubiger zu entrichten, welcher
 solche jedoch von dem Schuldner zurück fordern kann, in
 sofern ihn die bestehenden Gesetze dazu berechtigen.

11) Die von Bekanntmachung der gegenwärtigen
 Verordnung bis zu dem im §. 1. hievor bestimmten Zeit-
 punkt der Aufhebung der französischen Gesetzgebung über
 das Hypothekenswesen, in den durch §. 2. bezeichneten
 Leberbergischen Amtsbezirken und Ortschaften zu erwer-

benden Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, so wie alle 27. Dec. 1816.
 Handänderungen von Liegenschaften sollen nach den jetzt
 bestehenden Gesetzen verschrieben, und gleich den im
 §. 3. und 6. bezeichneten, in die Hypothekenbücher der
 Amtschreibereien eingetragen, dafür dann die nach obi-
 gen Gesetzen bestehenden Gebühren bezahlt werden; mit
 Vorbehalt desjenigen, was Wir in Betreff der soge-
 nannten Einregistrirungs-Abgabe des nähern zu verord-
 nen gut finden werden.

12) Es ist jedoch von nun an den Parteien gestat-
 tet, unterpfändliche Verträge nach den hiesigen Gesetzen
 errichten und verschreiben zu lassen, Falls sie dessen
 freiwillig übereinkommen, und solchen Falls mögen auch
 die in Unserm Emolumenten-Tarif vorgeschriebenen Ge-
 bühren bezogen werden; alles jedoch unter dem Vorbe-
 halt des vorhergehenden Artikels, so viel die Einregistri-
 rungs-Gebühr betrifft.

13) Von dem 1. July 1817 an sollen in den durch
 §. 2. bezeichneten Amtsbezirken und Ortschaften alle ein
 Unterpfandsrecht begründenden Akten insof §. 1. nach
 Anleitung der im alten Canton bestehenden Verordnun-
 gen errichtet, und zur Fertigung vor die Untergerichte
 gebracht, dafür dann die Gebühren des Emolumenten-
 Tarifs vom Jahr 1813 entrichtet werden.

14) Für die Amtsbezirke Bruntrut und Frenbergen
 sollen bis zu dem noch zu bestimmenden Zeitpunkte der
 dasigen Aufhebung der französischen Hypothekargesetze die
 Register der Pfandschreibereien zu Bruntrut, so wie für
 das Amt Delsperg bis zu dem nemlichen Zeitpunkte die
 Register der Pfandschreibereien zu Delsperg in ihrer gegen-

27. Dec. wärtigen Einrichtung und in Befolgung aller dahert-
1816. gen Gesetze noch ferner fortbestehen. Doch sollen diese
Register vom 15. Januar nächstkünftig in die Amtschrei-
berenen Bruntrut und Delsperg verlegt, und daselbst
in eben dem Maaße und unter den nemlichen Verpflicht-
ungen für die genannten zwey Amtschreiberenen geführt
werden, wie sie bisher durch die Pfandschreiber geführt
worden sind.

Gegenwärtige Verordnung soll in beyden Sprachen
gedruckt, in allen Leberbergischen Ortschaften öffentlich
bekannt gemacht, und der Sammlung der Gesetze ein-
verleibt werden.

Gegeben in Bern, am 27. December 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

V e r o r d n u n g

über das Notariat in den Leberbergischen Amtsbezirken.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 30. Dec.
u n d R e p u b l i k B e r n , thun kund hiermit: 1816.
Nachdem Wir in Betrachtung gezogen haben, daß das
Notariat in den Leberbergischen Amtsbezirken von nun
an und noch vor der gänzlichen Aufhebung der dasigen
französischen Gesetzgebung eine neue Organisation er-
heischt, indem es sich auf Gesetze stützt, welche auf die
gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar sind;
so haben Wir gut gefunden, die in dem hiesigen Can-
tone bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Art
der Prüfung und Erwählung der geschwornen Schreiber,
und über die verschiedenen Rechte und Verhältnisse der
Notarien unter sich, auch in den neuen Theilen des
Cantons einzuführen, und die daherige Bekanntmachung
mit denjenigen Bestimmungen zu begleiten, welche Wir
zu Bezeichnung der Vollziehung, und in Berücksichtigung
der gegenwärtigen Organisation des wichtigen Notariats-
Berufs angemessen erachtet haben; demnach Wir

v e r o r d n e n :

1) Von der Bekanntmachung gegenwärtiger Verord-
nung an soll in allen Leberbergischen Amtsbezirken das

30. Dec. 1816. französische Gesetz vom 25. Ventose, an XI, in soweit solches die eigentliche Organisation des Notariats (régime du Notariat) enthält, aufgehoben seyn, und durch die hiernach folgenden hiesigen Verordnungen ersetzt werden.

2) Unser Justiz- und Polizen-Rath wird Uns ein Verzeichniß aller in den neu vereinigten Theilen des Cantons sich befindenden Notarien, welche ihren Beruf fortsetzen wollen, vorlegen, die Wir denn, je nach den Umständen, entweder, als Amts-Notarien, oder als gemeine Notarien bestätigen, oder an das im §. 3. hiernach bezeichnete Examinatoren-Collegium weisen werden.

3) Dieses Collegium der Examinatoren für den Leberberg soll einstweilen und bis daselbst die hiesige Gesetzgebung vollständig eingeführt seyn wird, bestehen aus vier Notarien aus vier verschiedenen Leberbergischen Amtsbezirken, unter dem Vorsitz eines dasigen Oberamtmanns. Es wird von Unserm Justiz- und Polizen-Rath ernannt, der auch die Zeit und den Ort der Zusammenkunft bestimmt. Dieses Collegium wird auch einstweilen diejenigen Verrichtungen ausüben welche durch die bisherigen Gesetze der Disciplins-Kammer (chambre de discipline) übertragen waren, in sofern diese Verrichtungen mit den Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung verträglich sind.

4) Die von Uns, nach §. 2. zu bestätigenden oder neu zu ernennenden Notarien werden zwar einstweilen die durch die französischen Gesetze aufgestellten Formen und Vorschriften in Hinsicht ihrer Stipulationen befolgen, und anjetzt auch nur über ihre dahierigen Kenntnisse

nisse

nisse geprüft werden ; so wie aber die verschiedenen 30. Dec.
Theile der französischen Gesetzgebung aufgehoben werden, 1816.
haben sie sich in dieser Hinsicht nach den an deren Stelle
tretenden gesetzlichen Bestimmungen zu verhalten , und
die vorgeschriebene Prüfung der Aspiranten soll sich auch
auf diese letzteren erstrecken.

5) Das Recht der Leberbergischen Notarien ihren
Beruf auszuüben , wird für jetzt bloß auf die Leberber-
gischen Amtsbezirke und Gegenden beschränkt ; mit Aus-
schluß des alten Cantons , und in dem Verstande , daß
auch diejenigen Notarien in Biel , oder in den mit den
Amtsbezirken Erlach und Büren vereinigten Ortschaften,
welche Wir als Amts - Notarien bestätigen oder zu
solchen ernennen werden , ihr Stipulations - Recht nicht
in den übrigen Ortschaften des betreffenden Amtsbezirks
in Ausübung setzen sollen , es sey dann daß sie von Uns
die besondere Vergünstigung dazu erhalten haben , welche
jeweilen nur auf vorhergegangene Prüfung vor dem hie-
sigen Examinatoren - Collegio ertheilt werden wird.

6) Vom 1. Januar 1820 an , soll niemand zu dem
Notariat gelangen können , der nicht der deutschen
Sprache und der hiesigen Rechte hinlänglich kun-
dig ist.

7) Da endlich einige Leberbergische Amtsschreiber
dermal nicht zugleich Notarien sind , so sollen sie sich
in Zeit von drey Monaten , von Bekanntmachung der
gegenwärtigen Verordnung an gerechnet , dafür examini-
ren und patentiren lassen.

30. Dec. 1816. Gegenwärtige Verordnung soll durch den Druck in beiden Sprachen bekannt gemacht, und in dem Leberberg in Vollziehung gesetzt werden.

Gegeben in Bern, den 30. December 1816.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Rathes,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

D e k r e t

über die Wahlart und die Attribute des Obern Ehegerichts.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. I. S. 173. Th. II. S. 274.

8. Januar 1818. In Revision der Verordnung vom 6. Juny 1803, über die Einführung eines Obern Ehegerichts, haben MeEhrrn. und Obere auf den daherigen Vortrag des Collegium von Rath und Sechszehner verordnet was folgt:

1) Das Obere Ehegericht besteht aus einem Präsidenten, vier weltlichen und zwey geistlichen Benßhern,

2) Die Stellen am Obern Ebergericht werden auf 8. Januar dessen doppelten Wahlvorschlag vom Großen Rath besetzt. 1817.
Der Präsident wird gewählt aus dem Mittel des Kleinen, die weltlichen Benfizer aus dem Mittel des Großen Rathes, und zwar zur Hälfte aus der Zahl der ausbedienten Oberamt männer, die geistlichen Mitglieder aus der Zahl der stationirten Geistlichen der deutschen Pfarrkirchen in Bern.

3) Um in das Obere Ebergericht gewählt werden zu können, muß man verheirathet seyn oder es gewesen seyn.

Von der Wählbarkeit sind jedoch ausgeschlossen: Abgeschiedene oder die in gesönderter Ehe leben.

4) Alljährlich unmittelbar nach abgefaßtem Vorschlag zur Bestätigung des Kleinen Rathes und des Appellationsgerichts, machen die vier ältesten Rathsglieder, vereinigt mit den Sechszehnern, einen Vorschlag zur Bestätigung des Obern Ebergerichts, welche gleich nach Bestätigung des Appellationsgerichts vor dem Großen Rathe vor sich geht, und zwar durch das Handmehr, es seye denn daß zum Präsidenten oder zu einem Assessoren ein anderes wahlfähiges Standesglied vorgeschlagen würde, in welchem Fall um beyde ballotirt werden soll.

5) Um ein Urtheil auszufällen, müssen wenigstens vier Mitglieder außer dem Präsidenten abstimmen. In Fällen von Krankheit oder Abwesenheit mehrerer Mitglieder ergänzt sich das Ebergericht durch einzuberufende Stellvertreter für jedes einzelne Mitglied, also daß auf

8. Januar den Vorschlag des abwesenden Mitgliedes, oder in dessen
1817. Ermanglung direkt von dem Gericht aus, für dasselbe ein Stellvertreter einberufen wird, der die gleichen Eigenschaften hat wie das mangelnde Mitglied, nach geistlichem oder weltlichem Stande, u. s. w.

Wenn aber der Präsident dem Gericht wegen Krankheit oder Abwesenheit nicht benwohnen kann, so vertritt das älteste Mitglied des Tribunals seine Stelle.

6) Dem Obern Ehegericht kommen alle Rechte und Befugnisse zu, welche die Ehegerichts = Sakung vom Jahr 1787, nebst seitherigen Erläuterungen demselben ertheilt: ferner, unter Vorbehalt der bey Revision des Ehegerichts = Buches zu treffenden Verfügungen, die besondere Aufsicht über die Sitten = Polizen der Hauptstadt.

7) Das Sekretariat des Obern Ehegerichts besteht aus einem Ehegerichts = Schreiber und einem Substituten desselben. Beide werden von dem Kleinen Rath aus dem doppelten Vorschlag des Gerichts erwählt.

8) Der Ehegerichts = Weibel wird vom Kleinen Rath erwählt. Er versieht die Abwart des Gerichts, besorgt die Aufträge des Präsidenten und des Sekretariats; er hat auch die ehegerichtliche Gefangenschaft nach der ihm von dem Tribunal zu ertheilenden Instruktion zu besorgen. Endlich stehen dem Tribunal ein oder mehrere hier stationirte Landjäger zu Gebot, um seine oder seines Präsidenten Befehle zu befolgen.

9) Gegenwärtiges Dekret soll der erneuerten Sammlung der Fundamental = Gesetze beigelegt werden, und 8. Januar 1817.
vermittelft desselben alle früheren, damit in Widerspruch stehenden, aufgehoben seyn.

Gegeben in Unserer Großen Raths = Versammlung,
den 8. Januar 1817.

Der Amts = Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Großen Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

F r e n z ü g i g k e i t

zwischen Preußen und der Schweiz.

Die Königliche Preussische Regierung und die Schweizerische Eidgenossenschaft sind mit einander dazu über- 8. Januar 1817.
eingekommen und erklären hiermit: daß gegenseitig der
Abschoß bey Erb = und Vermächtnißfällen und das Ab-
fahrtsgehd in allen denjenigen Fällen, in welchen die
Auswanderungen aus den Königl. Preussischen Staaten
in die Schweiz, und aus der Schweiz in die Königl.
Preussischen Staaten erlaubt sind, ohne Unterschied,
ob die Erhebung dem Fiskus, oder privatberechtigten

8. Januar 1817. Communen oder Patrimonial = Gerichten zustehe, aufhören soll, und daß die dieserhalb im Jahr 1812 zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossene Uebereinkunft auf sämtlich jetzige respektive Königl. Preussische und zu der Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörige Lande, Anwendung finden soll; daß mithin in allen denjenigen, innerhalb der respektiven Königl. Preussischen und zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörigen Lande jetzt etwa anhängigen, und künftig vorkommenden Erbschafts = Vermächtniß = und Vermögens = Verabfolgungsfällen aus dem einen in den andern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinkunft verfahren werden soll.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplarien vollzogen und ausgetauscht worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beyderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Als getreue Abschrift.

Der Eidgenössische Canzler,

M o u s s o n.

AnGhrn. und Obern wurde vorgetragen das Schreiben des hohen Standes und Bororts Zürich vom 28. December 1816, enthaltend den Antrag des Königl. Preussischen Gesandten in der Eidgenossenschaft, den seit dem Jahr 1812 zwischen Preußen und der Löbl. Eidgenossenschaft bestehenden Freyzügigkeits = Traktat auf den jetzigen beyderseitigen Länderbestand auszudehnen; da dann AnGhrn. und Obern, nach angehörtem Vortrag Mrhgdhhrn. des Geheimen Raths keinen Anstand genom-

men haben, der von dem Königl. Preussischen Minister 8. Januar darüber im Entwurf eingegebenen Erklärung beizutreten und selbigen anzunehmen. 1817.

Bern, den 8. Januar 1817.

Namens des Großen Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

A n h a n g.

F r e n z ü g i g k e i t s - C o n v e n t i o n
v o m J a h r 1812.

Seine Königliche Majestät von Preußen und die Schweizerische Eidgenossenschaft, welche beyde den Entschluß gefaßt, gegenseitig den Abschoß und das Abfahrts-Geld (Gabella hereditaria et census emigrationis) aufzuheben, haben zu diesem Behuf zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nemlich Seine Majestät der König von Preußen Ihren Bevollmächtigten außerordentlichen Gesandten bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Kammerherrn und des Königlichen rothen Adler-Ordens Ritter Baron de Chambrier d'Oleyres Excellenz, und der Landammann der Schweiz im Namen der Hochlöbl. Eidgenossenschaft die Hochgeachten Herren Hans Bernhard Sarasin, Bürgermeister des Cantons Basel, und Rudolph Stähelin, Mitglied des Kleinen und des

8. Januar 1817. Staats-Raths und Dreuerherr, welche nach Auswechslung ihrer Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind :

1) Bei keinem Vermögens-Ausgang aus den Königlich Preussischen Landen in die Schweiz oder aus dieser in jene, es mag sich solcher Ausgang bei denjenigen Auswanderungsfällen, welche in den beiden respectiven Staaten gesetzlich erlaubt sind, oder bei Erbschaften, Legaten, Schenkungen oder auf andere Art ergeben, soll irgend ein Abschoß (Gabella hereditaria) oder Abfahrtsgeld (census emigrationis) noch auch irgend eine andere Gebühr, als nur diejenige, welche nach den Gesetzen die Eingebornen selbst zu bezahlen haben, erhoben werden.

2) Die vorstehend bestimmte Freizügigkeit soll sich sowohl auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Abfahrtsgeld, welche in die öffentlichen Staatscassen fließen würden, als auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Abfahrtsgeld erstrecken, welche in die Cassen der Städte, Märkte, Kämmereren, Stifter, Klöster, Gotteshäuser, Patrimonialgerichte und Corporationen, überhaupt in die Casse irgend eines Privat-Abschoß- oder Abfahrtsgeld-Berechtigten fließen würden.

3) Die Bestimmungen der obstehenden Art. 1. und 2. sollen sich auf alle jetzt pendente und auf alle künftige Fälle erstrecken.

4) Die Ratifikationen der gegenwärtigen Convention sollen in Zeit von vier Monaten, vom heutigen Tage an

zu rechnen , oder wenn es möglich ist , früher ausge- 8. Januar
wechselt werden. 1817.

Geschlossen in Basel den dritten März , im Jahr
Eintausend achthundert und zwölf.

JEAN-PIERRE
B. de CHAMBRIER
d'Oleyres.

(L. S.)

JEAN-BERNHARD SARASIN,
Bourguemaitre du Canton
de Bâle.

(L. S.)

JEAN-RODOLPHE STEHELIN,
Conseiller d'Etat et
Trésorier.

(L. S.)

Obige Convention ist von der Eidgenössischen Tagsatzung
am 3. Juny 1812 ratificirt und mit der ebenfalls eingelangten
Ratification Seiner Königl. Preussischen Majestät auszuwechseln
erkennt worden.

P r i v i l e g i u m

für den Mechaniker Christian Schenk, Maschinen zur
Ausrüstung von Stroh- und Basthüten zu verfertigen.

15. Januar 1817. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Unser liebe und getreue Angehörige, der allhier wohnhafte Mechanikus Christian Schenk, von Signau, sich bey Uns beworben, daß Wir ihm zu Verfertigung der von ihm selbst erfundenen verschiedenen Maschinen zu Ausrüstung von italiänischen Stroh- und Basthüten eine ausschließliche Bewilligung für einige Jahre zu ertheilen geruhen möchten; als haben Wir dem Bittsteller, als Erfinder dieser, einen neuen Industrie-Zweig befördernden Maschinen und zu Aufmunterung seiner Talente, in seiner Bitte willfahret, und ertheilen somit gedachtem Mechanikus Christian Schenk, das angesuchte Hochobrigkeitliche, und ausschließliche Privilegium zu Verfertigung obbemeldter Maschinen dahin, daß während sechs Jahren vom 1. Januar 1817 an gerechnet, niemanden, außer ihm, Christian Schenk, erlaubt seyn soll, Maschinen zu Ausrüstung der italiänischen Stroh- und Basthüte, in sofern sie aus dem von ihm

Schenk erfundenen Mechanismus bestehen, in hiesigem 15. Januar
Canton zu verfertigen und nachzumachen, bey Strafe 1817.
der Confiskation.

Bern, den 15. Januar 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Rathschreiber,
B e n o i t.

P u b l i k a t i o n.

Vollziehung des Münz = Mandats
vom 3. Juny 1816.

Vergl. oben S. 124.

Nachdem bey Bekanntmachung der Verordnung vom 12. Februar
3. Juny 1816, durch welche alle kleine Silbersorten 1817.
unter dem Frankenstück, und alle nicht mit dem Stem-
pel des Hohen Standes Bern versehene Kupfermünzen
außer Cours gesetzt worden sind, jedermann von der
Nothwendigkeit und dem Vortheil dieser Maaßregeln
überzeugt, willig die Hände geboten hatte, den wohl-
thätigen Absichten der Regierung entgegen zu kommen,
und es vermittelst dessen und der von der Regierung dar-

12. Februar gebotenen Erleichterungen möglich gewesen ist, die außerordentliche Menge, zum Theil sehr schlechter Münzen aus dem Lande zu bringen, so hätten MeGhrn. nicht erwarten sollen, daß kurze Zeit nachher durch Eigennutz auf der einen und Sorglosigkeit auf der andern Seite, das ganze Land Gefahr laufen könne, der Früchte dieser wohlthätigen Maaßregel beraubt zu werden.

Da nun aber Hochdenselben bekannt geworden, daß ungeachtet der vorigen Erfahrung der Schädlichkeit einer übergroßen Menge zum Theil schlechter Münzen, wodurch die groben Sorten fast ganz verdrängt worden waren, dennoch diese verbotenen Münzen wieder häufig cursiren, so haben Hochdieselben Ihrer landesväterlichen Fürsorge angemessen befunden, sämtlichen Herren Oberamtännern und obrigkeitlichen Beamten die gemessensten Befehle zukommen zu lassen, die Verordnung vom 3. Juny 1816 nach ihrem ganzen Inhalt und pünktlich zu befolgen, und die Widerhandelnden nach aller Strenge zu bestrafen. Welches hiermit zu jedermanns Verhalt öffentlich bekannt gemacht wird.

Gegeben in Bern, den 12. Februar 1817.

T a n z l e n B e r n.

D e f r e t.

Verschärfung des Verbots der fremden Scheidemünzen.

Vergl. oben S. 125. §. 2.

Wir Schultheiß Klein und Große Räthe 3. März 1817.
der Stadt und Republik Bern, thun kund
hiermit: Demnach Wir mit Unlieb haben vernehmen
müssen: daß, obgleich Unserer Absicht gemäß, die Ent-
ledigung der durch Unsere Verordnung vom 3. Juny 1816
verbotenen fremden Scheidemünzen, nemlich aller Mün-
zen unter dem Frankenstück, welche nicht das Berner
Gepräge tragen, für jedermann möglichst erleichtert,
und dadurch die allgemein anerkannte vorherige Unord-
nung im Münzwesen beynabe gänzlich gehoben war;
jetzt schon an vielen Orten, diese verbotenen Münzen
einerseits durch schändlichen Eigennuz und sträflichen
Bucher von einzelnen Handelsleuten und Fabrikanten,
und durch die Sorglosigkeit, mit welcher sie im Allge-
meinen an Bezahlung genommen werden, wiederum im
Landе sich verbreiten; so haben Wir Uns bewogen ge-
funden, zu kräftigerer Handhabung der erwähnten Ver-
ordnung, die auf die Widerhandlung gelegte Confisca-
tions-Strafe zu verschärfen, und zu diesem Ende

3. März
1817.

v e r o r d n e t :

Nebst der Confiskation der an Cantons- Angehörige oder Landes- Einwohner an Bezahlung gegebenen fremden Scheidemünzen , sollen diejenigen , welche überwiesen werden , deren ausgegeben zu haben , noch mit einer Buße belegt werden , vom zehnfachen Werthe derselben ; in Fällen aber , wo aus Speculation und Eigennutz Bezahlungen in dergleichen Münzen gemacht werden , sollen die Betreffenden überdieß noch einer Buße von zehn Franken bis fünfhundert Franken , und nach den Umständen , besonders bei Wiederholungen , noch weiterer Bestrafung unterworfen , und zugleich , durch Veranstaltung Unseres Finanz- Raths , ihr Name und Vergehen durch das Wochenblatt dem Publikum bekannt gemacht werden.

Von diesen Confiskationen und Bußen , über welche Unsere Oberamt männer polizenrichterlich sub beneficio recursus an Unsern Kleinen Rath zu sprechen haben , soll die Hälfte den Armen des Orts , wo der Frevel begangen worden , und die andre Hälfte dem Verleider zukommen.

Unsere Oberamt männer sind beauftragt , auf die Widerhandelnden genaue Aufsicht zu bestellen , und diese Verordnung in allen Theilen zu handhaben , so wie Wir auch jeden Unserer Angehörigen ermahnen , zum allgemeinen Besten und seinem besondern Nutzen das Seinige hierzu beizutragen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an den 3. März gewohnten Orten angeschlagen werden. 1817.

Gegeben in Unserer Großen Raths - Versammlung,
den 3. März 1817.

Der Amts - Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Großen Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

D e k r e t.

Competenz der Stadträthe von Bruntrut und
Delsperg in Polizen - Sachen.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. II. S. 147. und oben S. 26. §. 18.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 10. März und Republik Bern, thun kund hiermit: 1817.
Demnach von Seite des Stadtraths von Bruntrut (Delsperg) das Ansuchen an Uns gelanger, daß ihm zu Behaltung der nöthigen Polizen eine angemessene Competenz zu Bestrafung der geringern, in die Orts - Polizen einschlagenden Frevel, nach Maaßgabe der Art. 16.

10. März 17. und 18. der Vereinigungs - Urkunde vom 14. Nov.
1817. 1815 übertragen werde.

Daß daraufhin , in Betrachtung es nothwendig ist , zu Vereinfachung des Polizeywesens und zu Vermeidung aller dießörtigen Competenz = Streitigkeiten , diejenigen Gegenstände bestimmt zu benennen , welche der Aufsicht und Besorgung der Stadt - Behörde allda unterworfen seyn sollen ; so wie auch dieser Behörde die nöthige Strafbefugniß gegen diejenigen Frevler zu ertheilen , welche den über jene Gegenstände vorhandenen oder noch zu erlassenden Verordnungen zuwider handeln werden.

Wir gutbefunden und beschlossen haben, den Stadtrath von Bruntrut (Delsperg) in Rücksicht auf die Competenz in Polizen = Sachen , den größeren Städten Thun und Burgdorf im alten Canton gleich zu stellen , demnach dann

v e r o r d n e n :

1) Die in hiernach folgendem Verzeichnisse bestimmten Gegenstände sollen von nun an der Polizen = Aufsicht des Stadtraths von Bruntrut (Delsperg) anvertraut und zugetheilt , dieselbe aber durch eine einzige Behörde ausgeübt werden.

2) In Ausübung dieser Polizen = Aufsicht wird der Stadtrath andurch bevollmächtigt : in dem Umfange der Stadt und Stadtbezirk , die bestehenden oder noch künftighin zu erlassenden Polizen = Verordnungen zu vollziehen , so wie auch die nöthig erachtenden Lokal = Reglemente selbst abzufassen , welche jedoch einem jeweiligen Herrn

Herrn Oberamtmann von Bruntrut (Delsperg) zur 10. März
Genehmigung vorgelegt werden sollen. 1817.

3) Der Stadtrath von Bruntrut (Delsperg) ist befugt, die zu Vollziehung dieser Reglemente erforderlichen Bußen bis auf die Summe der zwanzig Franken zu bestimmen.

4) Ueber alle Polizen-Frevel, die in die Competenz des Stadtraths einschlagen, spricht derselbe bis auf zweymal vier und zwanzig stündige Gefangenschaft, oder eine Buße von zwanzig Franken, absolut und ohne Weitersziehung ab. Schwerere Vergehen sollen dem competenten Richter anhängig gemacht werden.

5) Diejenigen Geldbußen, welche der Stadtrath von Bruntrut (Delsperg) zufolge der ihm andurch übertragenen Competenz auflegen und beziehen wird, sollen dem Staate nicht verrechnet werden, und fallen in den Stadtsäckel; da dann dem Stadtrathe dafür der Unterhalt der infolge ebenderselben Competenz auf seinen Befehl gefangen gesetzten Personen, so wie überhaupt die Bestreitung aller derjenigen Ausgaben, welche die Vollziehung gegenwärtiger Verordnung nothwendig machen wird, obliegen sollen.

10. März
1817.

V e r z e i c h n i s s

derjenigen Gegenstände , welche in der Stadt Bruntrut (Delsperg) und ihrem Bezirke der Aufsicht und Besorgung der Orts - Polizen überlassen worden sind.

I. S a c h p o l i z e n.

a. In Bezug auf die innerliche Ruhe und Ordnung überhaupt.

Die Sorge für die Feuerfestigkeit der Gebäude , die Anwendung der erforderlichen Mittel zu Verhütung aller Feuersgefahr ; Brandanstalten ; Illumination ; Aufsicht über öffentliche und Privatgebäude , über die Straßen und Gassen im Allgemeinen ; Aufstellung und Aufsicht über eine allfällige Polizenwache , deren Anzahl und Dauer aber jedesmal vor ihrer Aufstellung durch den Herrn Oberamtmann bestimmt werden soll ; Polizen über die Wirthshäuser , Schenken , Bierstüblein , Caffés , Bäder , u. dergl. , Handhabung der öffentlichen Ruhe in den geringeren Fällen , als : Zänkerereyen und Zusammenrottirungen auf den Straßen , nächtlichen Lärmen und Zusammenkünften , welche die Einwohner beunruhigen ; Anzeige und Ueberlieferung der Frevler dieser Art an die obere Polizenbehörde.

b. In Bezug auf die Handels - und Gewerbs - Polizen insbesondere.

Die Aufsicht an Jahr - und Wochenmärkten ; die Gewicht - und Maassfegung , Fleisch - und Brodtaxe ; Polizen der Handwerke und Gewerbe.

- c. In Bezug auf Gesundheits- und Annehmlichkeits- 10. März
Anstalten. 1817.

Aufsicht über den Kauf, Verkauf und Gebrauch der Lebensmittel und Getränke; Verhängung der Confiscation in Fällen, wo an daherigen Verboten zuwider gehandelt wird, jedoch mit Vorbehalt des Refurses an den Oberamtmann, wenn der Werth des Confiscirten die Summe der zwanzig Franken übersteigt; Entfernung schädlicher Thiere und anderer schädlicher Sachen; Sauberhaltung der öffentlichen Spaziergänge, Straßen, Gassen, Lauben, Bäume; Besorgung der Stadt-Uhren.

- d. In Bezug auf die Vergnügungen und Ergötzlichkeiten der Einwohner.

Die Schauspiele aller Art, öffentliche Feste und Lustbarkeiten überhaupt.

II. In Hinsicht auf Personen - Polizen.

- a. Ueber die Einwohner überhaupt. Unterhaltung der Register über sämtliche Einwohner, und derjenigen über die Gebornen, Verstorbenen und Ehen insbesondere.

- b. Ueber die Bettler; Fortführung derer, die nicht daselbst ansässig sind; Züchtigung derselben in vorkommenden Fällen; genaue Aufsicht über die ansässigen Bettler; Maaßregeln zu Behinderung des Bettels; Beschäftigung der Arbeitslosen.

6) Gegenwärtige Verordnung, welche so lange dauern soll, als es Uns belieben und gefallen wird,

10. März 1817. soll zu Händen des Stadtraths von Bruntrut (Delsperg) aus gefertigt, daselbst öffentlich bekannt gemacht, und in der Sammlung der Gesetze abgedruckt werden.

Bern, den 10. März 1817.

Der Alt-Schultheiß,
F. von Müllinen.

Der Rathsschreiber,
Benoit.

D e f r e t.

Competenz der Stadt St. Ursix, Amtsbezirks
Bruntrut, in Polizen = Sachen.

Vergl. Ges. und Defr. Th. IV. S. 147. und oben S. 303.

10. März 1817. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach von Seite des Stadtraths von St. Ursix, Oberamts Bruntrut, das Ansuchen an Uns gelangt, daß ihm zu Benbehaltung der nöthigen Polizen eine angemessene Competenz zu Bestrafung der geringeren, in die Orts-Polizen einschlagenden Frevel, nach Maaßgabe der Artikel 16. 17. und 18. der Vereinigungs-Urkunde vom 14. Nov. 1815 übertragen werde.

Daß daraufhin, in Betrachtung es nothwendig ist, zu Vereinfachung des Polizenwesens und zu Vermeidung aller dießörtigen Competenz = Streitigkeiten, diejenigen

Gegenstände bestimmt zu benennen, welche der Aufsicht und Besorgung der Stadt- Behörde allda unterworfen seyn sollen, so wie auch dieser Behörde die nöthige Strafbefugniß gegen diejenigen Frevler zu ertheilen, welche den über jene Gegenstände vorhandenen oder noch zu erlassenden Verordnungen zuwider handeln werden. 10. März 1817.

Wir gut gefunden und beschlossen haben, den Stadtrath von St. Ursix in Rücksicht auf die Competenz in Polizensachen, den Städten Erlach und Nidau im alten Canton gleich zu stellen, demnach dann

v e r o r d n e n :

1) Die in hiernach folgendem Verzeichnisse bestimmten Gegenstände, sollen von nun an der Polizen- Aufsicht des Stadtraths von St. Ursix anvertraut und zugetheilt, dieselbe aber durch eine einzige Behörde ausgeübt werden.

2) In Ausübung dieser Polizen- Aufsicht, wird der Stadtrath andurch bevollmächtigt: in dem Umfange der Stadt und Stadtbezirk, die bestehenden oder künftighin zu erlassenden Polizen- Verordnungen zu vollziehen, so wie auch die nöthig erachtenden Lokal- Reglemente selbst abzufassen, welche jedoch einem jeweiligen Herrn Ober- amtmann von Bruntrut vorgelegt werden sollen.

3) Der Stadtrath von St. Ursix ist befugt, die zu Vollziehung dieser Reglemente erforderlichen Bußen bis auf die Summe der zehn Franken zu bestimmen.

4) Ueber alle Polizen- Frevler, die in die Competenz des Stadtraths einschlagen, spricht derselbe bis auf eine Buße von zehn Franken absolut und ohne Weiters- ziehung ab. Schwerere Vergehen sollen dem competenten Richter anhängig gemacht werden.

10. März 1817. 5) Diejenigen Geldbußen, welche der Stadtrath von St. Ursitz zufolge der ihm andurch übertragenen Competenz auflegen und beziehen wird, sollen dem Staate nicht verrechnet werden, und fallen in den Stadtseckel; da dann dem Stadtrathe dafür die Bestreitung aller derjenigen Ausgaben, welche die Vollziehung gegenwärtiger Verordnung nothwendig machen wird, obliegen soll.

6) Gegenwärtige Verordnung, welche so lange dauern soll, als es Uns belieben und gefallen wird, soll zu Händen des Stadtraths von St. Ursitz ausgefertigt, daselbst öffentlich bekannt gemacht, und in der Sammlung der Gesetze abgedruckt werden.

Bern, den 10. März 1817.

Der Alt-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.
Der Rathsschreiber,
B e n o i t.

V e r z e i c h n i s s

derjenigen Gegenstände, welche in der Stadt St. Ursitz und ihrem Bezirke der Aufsicht und Besorgung der Orts-Polizen überlassen worden sind.

Ist gleichlautend wie für Bruntrut und Delsperg oben S. 306.

Unterm 26. März 1817 ist ein dem hievorstehenden völlig gleichlautendes Dekret für die Stadt Lauffen, Amtsbezirks Delsperg, ausgefertigt worden.

V e r o r d n u n g

über die Salpeter = Gewinnung.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 120.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 12. März
und R e p u b l i k B e r n , thun kund hiermit: 1817.
Daß Wir, auf einen Vortrag Unseres Finanz = Rathes
hin, nöthig gefunden haben, die schon am 12. Juny
1811 beschlossene Verordnung wegen der Salpeter = Ge-
winnung in dem alten Canton, nunmehr in den mit
demselben seither vereinigten Leberbergischen Amtsbezir-
ken bekannt zu machen, damit dieses, der Landes = Re-
gierung zugehörnde, Regale auch daselbst ordnungs-
mäßig ausgeübt, und aller Mißbrauch dabey verhütet
werde. Wir haben demnach diese Uns wieder vorgelegte
Verordnung in ihrem verbesserten Inhalt gutgeheissen,
und befehlen die Befolgung ihrer hiernach stehenden
Artikel :

1) Die Gewinnung des Salpeters steht unter der
Oberaufsicht und Leitung des Berg = Rathes, welcher
dieselbe durch den Berghauptmann, als dazu verordne-
ten Inspektor, im nähern besorgen läßt.

2) Der Berghauptmann ernennt die Salpetergräber
und stellt deren so viele an, als nach einer angemessen

12. März findenden Eintheilung des Landes in verhältnißmäßige
1817. Bezirke nöthig sind.

3) Jeder Salpetergräber wird mit einem Patente versehen, in welchem der ihm angewiesene Bezirk durch eine Liste von Ortschaften bezeichnet ist, und worin seine Pflichten sowohl, als dasjenige, was er von Gemeinden und Partikularen zu fordern berechtigt ist, in einer Reihe von Artikeln aufgezeichnet sich befinden.

4) Die der Salpetergewinnung unterworfenen Gebäude sind: die Scheunen, die Schöpfe, Ställe, Viehhütten und andere bedeckte Orte, wo die Bildung des Salpeters statt findet; hingegen haben die Salpetergräber kein Recht, in Wohnungen, Kellern und anderen zur Aufbewahrung von Wein oder Lebensmitteln dienenden Behältern nach Salpeter zu graben, auch nicht in Tennen mit Lehm Boden; jedoch wenn ein Partikular nöthig fände, seinen Keller, oder einen dergleichen Behälter von dem überhandnehmenden Salpeter zu reinigen, so kann er den in seinem Orte oder Bezirke stationirenden Salpetergräber dafür ansprechen.

5) Da es Unser Wille ist, daß zu den Gebäuden, in welchen Salpeter gegraben wird, alle nöthige Sorge getragen werde, damit die Besitzer derselben, weder aus Vorsatz noch aus Unachtsamkeit, bey der Oeffnung oder Zurechtmachung der Boden, oder bey Ausgrabung der Erde, einigen Schaden leiden; so sollen die Salpetergräber und ihre Arbeiter zu allem die bestmögliche Sorge tragen. Den durch ihre Schuld entstandenen Schaden sind sie daher schuldig, nach einer billigen Schätzung zu vergüten. Zu dem Ende sollen die Salpetergräber,

ehe sie in einem Gebäude zu graben anfangen, dem Be- 12. März
sitzer oder demjenigen, welchem das Gebäude anvertraut 1817.
ist, ihr Vorhaben bekannt machen, damit derselbe, wenn
er es gut findet, das Gebäude vor der Grabung be-
sichtigen könne.

Sollte der Salpetergräber die Pflicht der Herstel-
lung des Beschädigten vierzehn Tage unerfüllt lassen,
so wird der betreffende Oberamtmann, auf erhaltene
Anzeige des beschädigten Eigenthümers und nach gehö-
riger Untersuchung solches veranstalten, dem Berg-
Rathe aber sogleich davon Kenntniß geben, damit der
im Fehler gefundene Salpetergräber zu Erstattung der
daherigen Kosten angehalten werden könne.

6) In den Gebäuden, welche der Salpetergrabung
unterworfen sind, darf kein Partikular die Salpetererde
beschädigen, verändern oder herauswerfen, und an deren
Platz Steine oder etwas anders dorthun, um sich auf
solche Weise von der Salpetergrabung zu befreien. Die
patentirten Salpetergräber sind angewiesen, darauf zu
achten, und wenn sie finden, daß eine solche Beschädi-
gung oder Herauswerfung der Erde in einem Gebäude
vorgegangen seye, so sollen sie den Fall dem Inspektor
unverzüglich anzeigen, welcher den Partikular vor das
betreffende Oberamt citiren lassen wird, damit derselbe,
wenn er schuldig gefunden worden, zu Wiederherstel-
lung einer tauglichen Erde, und zu einer angemessenen
Buße angehalten werde.

7) Außer den patentirten Salpetergräbern darf
niemand in seinem Eigenthum Salpeter graben, er habe
denn eine besondere Bewilligung von dem Berg-Rath,

12. März und zwar unter dem ausdrücklichen Beding, daß er den
 1817. gewonnenen Salpeter in dem Preis, wie er dem Salpetergräber des Bezirks bezahlt wird, an Unsere Pulververwaltung einliefere.

8) Wenn ein Partikular, der die Bewilligung erhalten hat, in seinem Eigenthum Salpeter zu gewinnen, überwiesen wird, der Pulververwaltung den gewonnenen Salpeter entzogen zu haben, so ist er, gleich den patentirten Salpetergräbern, einer Buße von dem vierfachen Werth des dem Staat entzogenen Salpeters unterworfen.

9) Damit aber die Apotheker, Materialisten und Fabrikanten nicht gezwungen seyen, den ihnen nöthigen Salpeter außer dem Canton Bern anzukaufen, so wird der Pulververwaltung anbefohlen, ihnen solchen in einem billigen Preis zu verkaufen.

10) Allen Herren Oberamt Männern und Beamten wird hierdurch die Weisung gegeben, den Salpetergräbern zu Ausübung ihres Berufs allen nöthigen Schutz zu verleihen, und darauf zu halten, daß ihnen das nöthige Holz angewiesen werde, wofür von Unserm Finanz-Rathe eine Taxe verordnet werden soll; auch wenn sich eine Streitigkeit wegen der Salpetergewinnung, und was sie betreffen mag, erheben würde, so soll die Sache, je nach den Umständen, durch oberamtliche Autorität beseitiget werden.

11) Den Gemeinden und Partikularen aber wird ausdrücklich anbefohlen, den Salpetergräbern in ihrer Arbeit nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern ihnen vielmehr zu Gewinnung dieses, dem Staate

wichtigen Materials behülflich zu seyn. In Gegenden, 12. März
 wo keine obrigkeitliche Waldungen nahe genug gelegen 1817.
 sind, soll den Salpetergräbern das nöthige Holz an
 schicklichen Orten verzeigt werden, das sie nach der
 Tage bezahlen sollen. Die Gemeinden sollen auch den
 Salpetergräbern die nöthigen Fuhren zu Herbenschaffung
 des Holzes bis zur Siedstelle um einen billigen Preis
 herbenschaflen.

12) Letzteres soll auch statt haben, in Ansehung der
 Hin- und Herfuhr der zum Beruf der Salpetergräber
 nöthigen Geräthe und Mobilien; denselben soll endlich
 auch für sie und ihre Familien an dem Orte, wo sie
 ihre Siedstelle errichten, unentgeltliche Wohnung ange-
 wiesen werden, bestehend in einer geräumigen Wohn-
 stube, Platz zum Kochen, zum Holz, und zu Errichtung
 des Ofens für den Siedkessel.

Diese Verordnung soll gedruckt, und zu jedermanns
 Kenntniß an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 12. März 1817.

Der Amts-Schultheiß,
 R. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
 Gruber.

V o r s c h r i f t e n

für die Begehren um Herausgabe der Mittel von Landsabwesenden.

Vergl. Ger. Satz. S. 36. u. f. S. 11. u. f.

Kreisschreiben des Kleinen Rathes an alle Oberämter.

2. April 1817. Es ist Uns von Unserm Justiz- und Polizen-Rath angezeigt worden, daß die mehrsten an ihn zur Untersuchung gelangenden Begehren um Herausgabe der Mittel nicht mit den erforderlichen Zeugnissen belegt sind.

In Betrachtung, daß diese Unvollständigkeit vorzüglich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß keine gesetzliche Vorschriften für Unsere Oberamtmänner über das in solchen Fällen zu beobachtende Verfahren existiren, zumal die diese Fälle beschlagenden Satzungen Unserer Gerichtssatzung (Satz. 11. 12. und 13. Seite 36. und 37.) dieses Verfahren nicht bestimmen, und daß die in Ermangelung gesetzlicher Bestimmungen angenommene Uebung nicht allgemein bekannt ist; so haben Wir nöthig gefunden, Euch diese zur Regel gewordene Uebung anzuzeigen.

Damit nemlich einem Begehren um Extradition des Vermögens eines Landsabwesenden von Uns ent-

sprochen werden könne, muß dasselbe mit folgenden Zeugnissen belegt seyn: 2. April 1817.

1. Mit einem Zeugniß der betreffenden Amtschreibern, worin dieselbe bescheinigt, daß dieses Begehren sowohl im Wochenblatt als von Kanzel in der Gemeinde des Landsabwesenden publizirt, und auf diese Publikation keine Oppositionen eingegeben worden seyen, oder mit Anzeige der eingekommenen Oppositionen.

2. Mit einer Bescheinigung der Gemeinds-Vorgesetzten, daß derjenige, dessen Mittel reclamirt werden, seit dreßsig Jahren, und zwar ohne seitherige Nachricht von seinem Aufenthalt, Leben oder Tod, landsabwesend sey, und daß sie zu der angeehrten Herausgabe gegen Bürgschaft ihre Einwilligung geben.

Bei künftigen Extraditions-Begehren Euerer Amtsangehörigen werdet Ihr somit dieselben anweisen, die bemeldten Zeugnisse zur Stelle zu bringen, und erst, nachdem sie sich selbige werden verschafft haben, dieselben an Uns oder an Unsern Justiz-Rath gelangen lassen.

Ihr werdet zu diesem Ende gegenwärtiges Kreis-schreiben den Gerichtsstatthaltern Euers Amts zu Händen der Vorgesetzten sämtlicher Gemeinden mittheilen, auch pro instructione gehörigen Orts einschreiben lassen.

Gegeben in Bern, den 2. April 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
Gruher.

W e i s u n g

über die Ausfertigung von Schadlosbriefen.

Vergl. Ger. Satz. S. 119. §. 1.

Kreis Schreiben des Kleinen Rathes an alle
Oberämter, (ausgenommen Delsperg,
Bruntrut und Frenbergen).

14. April 1817. Demnach Uns angezeigt worden, daß hin und wieder der Mißbrauch sich einschleiche, die Natur und den Zweck der sogenannten Schadlosbriefe, der ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung zuwider abzuändern, und vermittelst dessen ein Instrument mit Unterpfandsrecht aufzustellen, wodurch der wohlthätigen Gültbriefen-Ordnung offenbar Abbruch gethan wird; so haben Wir auf angehörten Vortrag Unsers Justiz-Rathes nöthig gefunden, Euch zu Händen der Amtschreiberen und der Untergerichte Euers Amtes die Weisung zu ertheilen, daß künftighin die Schadlosbriefe, nach Vorschrift der Satz. 1. Seite 119. der Gerichtssatzung, jeweilen nur zu Gunsten der Bürgen des Hauptschuldners, als bloße Versicherungs-Contrakte, niemals hingegen als direkte Schuldtitel zu Gunsten der Gläubiger ausgefertigt werden sollen.

Gegenwärtiges Kreisschreiben werdet Ihr pro in- 14. April
structione gehörigen Orts eintragen lassen, auch dem 1817.
Amtschreiber und den Untergerichten mittheilen.

Gegeben in Bern, den 14. April 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

Polizen = Verordnung über den Getreideverlauf und Getreidehandel.

Vergl. oben S. 180. 215.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 30. April
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1817.
Nachdem Wir im Laufe des letzten Sommers durch den
steigenden Preis des Getreides und die mittelmäßige
Erndte veranlaßt worden waren, Unseren Grundsätzen
zuwider, den Getreide-Verkehr in etwas einzuschränken,
so hätten Wir erwarten sollen, daß jedermann Unfre
Landesväterlichen Absichten einsehen und sich befeßen
würde, Unsern Vorschriften nachzukommen; anstatt des-
sen haben Wir mit Bedauern wahrnehmen müssen, daß
die Begierde, von den traurigen Umständen Vorthail zu

30. April 1817. ziehen, die heilsamsten Vorschriften unkräftig macht, und daß ein schändlicher Wuchergeist mit Benachtheiligung aller christlichen, ja selbst menschlichen Gefühle, die Preise immer höher steigert, und sich nicht scheut, Schleichhandel zu treiben. Da es nun Unser ernstlicher Wille ist, diesem eigennützigen, schändlichen Gewerbe Schranken zu setzen, so haben Wir nöthig gefunden zu verordnen, was von einem zum andern folget:

1) Die Ausfuhr von Getreide jeder Art, Mehl, Brod und Erdäpfeln aus hiesigem Canton ist und bleibt unter nachstehender Modifikation jedermann verboten.

2) Die bisdahin den Angehörigen anderer eidgenössischen Cantone zugestandenen Einkäufe auf Unseren öffentlichen Märkten sind, in sofern es die eigenen Bedürfnisse Unsers Cantons gestatten mögen, auf Spezial-Bewilligungen Unsers Finanz-Raths oder seiner dazu verordneten Commission beschränkt.

3) Alle gegen obige Artikel versuchten Ausschwägungen sollen mit Confiskation und einer dem Werth derselben gleichkommenden Geldbuße, wenn aber die Ausfuhr allbereits statt gefunden hätte, mit der doppelten Buße belegt, und in beiden Fällen die Thäter und Mitschuldigen, je nach den Umständen, noch mit öffentlicher Ausstellung oder anderen körperlichen Strafen bestraft werden.

4) Die nach Unserer Verordnung vom 16. Oktober 1816 bestimmte Einfuhr-Prämie für fremde Früchte, die auf Unseren Märkten wieder verkauft werden, ist auf zwanzig Baken für jeden Sack erhöht; es soll aber

a. jeder

- a. jeder Verkäufer bey seiner Ankunft mit fremder Frucht auf dem Markt sogleich selbige dem Markt-Inspektor genau angeben, und die daherigen Frachtbriefe ihm vorweisen und zustellen. 30. April 1817.
- b. Um die Prämien beziehen zu können, sollen die Frachtbriefe nicht nur die Zahl der Säcke und die Benennung der Frucht nebst der Unterschrift des Expeditoren enthalten, sondern es müssen dieselben überdieß von dem ersten Schweizerischen Eintritts-Büreau und dem Eintritts-Büreau des Cantons visirt worden seyn, und
- c. in Fällen, wo die fremden Früchte auf dem öffentlichen Markt eines Schweizer-Cantons angekauft worden wären, in Ermangelung des Visa des ersten Eintritts-Büreau mit einem Zeugniß über deren Herkunft von der Markt-Inspektion daselbst begleitet werden.

5) Soll für alle auf den hiesigen Märkten mit Bewilligung nach §. 2. von Cantonsfremden angekaufte Früchte die gleiche Ausfuhrgebühr bezahlt und bey der Ausfuhr selbst nachstehende Vorschrift befolgt werden:

- a. Ist bey der Ausfuhr die Ankaufs- und Ausfuhr-Bewilligung den Zoll-Beamten oder Inspektoren jeden Orts vorzuweisen, und bey dem letzten Gränz-Büreau abzugeben;
- b. soll die Ausfuhr bey Strafe der Confiskation und einer Geldbuße von gleichem Betrag auch nirgend anders als bey den hiernach verzeichneten Zoll- oder Gränz-Büreaux statt finden, nemlich:

30. April
1817.

Neuenegg und Gümmenen, für die Cantone Friburg und Waadt.

Zühlbrück und St. Johannsen, für den Canton Neuenburg.

Bätterkinden, für den Canton Solothurn.

Murgenthal, für den Canton Aargau.

Dürrenmühle, für den Canton Basel, und

Kröschenbrunnen, für den Canton Luzern.

T r a n s i t.

6) Der Transit fremder oder in anderen eidgenössischen Cantonen angekaufter Früchte durch hiesigen Canton soll ungehindert statt finden; dieselben müssen aber

- a. plombirt und mit einem Zeugniß von dem Ankaufsort begleitet seyn, auf welches dann der Zoll-Beamte oder Inspektor des Eintritts-Büreau einen Transitschein auszustellen hat, auf dem die Anzahl der Säcke und die Gewichte, ihre Marques und Nummern, so wie auch, für wen die Ladung bestimmt sey, angezeigt seyn soll.
- b. Dieser Transitschein soll dann bey jedem Zoll- oder Kaufhaus-Büreau, wo die Frucht durchgeführt wird, vorgewiesen und beim Austritte an das letzte Zoll- oder Gränz-Büreau abgegeben werden.
- c. Wenn die Frucht auf öffentlichem Markt oder sonst in einem andern Canton wäre angekauft worden, so muß dieselbe mit einem Zeugniß über ihre Herkunft von der Markt-Inspektion daselbst begleitet, oder sonst die Bewilligung zur Ausfuhr von com-

petenter Behörde bescheinigt und ebenfalls beim Ein- 30. April tritt in hiesigen Canton als Transit angegeben 1817. werden.

- d. Transitirendes Getreide soll nur auf den Hauptstraßen und bey folgenden Zollstätten ein- und ausgeführt werden, als bey Dürrenmühle, Murgenthal, Leuzigen, Gümnenen, Neuenegg, Zihlbrück, Grellingen, Renans, und für die Wasserstraße Narwangen und Zihlbrück.

I n n e r e r V e r k e h r.

7) Frucht auf öffentlichen Märkten zum Wiederverkauf an sich zu bringen, ist mit Ausnahme der Müller und Bäcker zu Bedienung ihrer einheimischen Kunden, jedermann und bey Strafe der Confiskation verboten.

8) Auf gleiche Weise ist der Ankauf bey den Häusern verboten, in sofern die Frucht nicht inner den nächsten zehn Tagen wieder auf einem öffentlichen Markt im Canton zum Verkauf ausgestellt wird.

9) Eben so ist gänzlich verboten, zum Wiederverkauf Getreide auf der Straße von den Wagen zu verkaufen.

10) Fruchtankäufe in einem Theil des Cantons für einen andern Theil desselben, welche durch den Canton Solothurn geführt werden sollen, dürfen nicht anders als mit Bewilligung des betreffenden Oberamts für den Ankauf und nachheriger Bescheinigung inner vierzehn

30. April Tagen des Absatzes an ihrem Bestimmungsorte statt finden,
1817. bey der im §. 3. angezeigten Strafe.

11) Der Ankauf von Erdäpfeln auf den Märkten oder bey den Häusern zum Wiederverkauf und in größerer Quantität, als für das eigene Bedürfniß, ist ebenfalls jedermann ohne Ausnahme und bey der im §. 3. bestimmten Strafe untersagt.

G e t r e i d e h ä n d l e r.

12) Jeder, der um inländisches Getreide handelt, ist gehalten, inner dreyßmal vier und zwanzig Stunden, von der Publikation dieser Verordnung an, sich bey dem betreffenden Oberamt in dieser Eigenschaft einschreiben zu lassen, und den besitzenden Vorrath an Früchten anzuzeigen.

13) Jeder Getreidehändler soll gehalten seyn, auf den ersten und fünfzehnten Tag eines jeden Monats dem Oberamtmanne ein genaues Verzeichniß des in den vorhergehenden vierzehn Tagen angekauften und wieder verkauften Getreides einzugeben, worauf angezeigt seyn soll:

1. Der Name und der Wohnort desjenigen, von welchem er die Frucht angekauft hat, nebst dem Datum des getroffenen Kaufs.
2. Das Quantum der Früchte jeder Art und den Ankaufspreis.
3. Was er in dieser Zeit wieder verkauft habe, in welchem Preis und auf welchem Markt.

14) Soll jeder Getreidehändler das von ihm auf 30. April den Markt gebrachte Quantum Getreide bey seiner Ankunft sogleich dem Markt-Inspektor anzeigen, und im Verlauf des Markts die Preise, in welchen er davon verkauft hat, gewissenhaft angeben, damit beydes kontrollirt und nöthigen Falls auch verificirt werden könne. 1817.

15) Wenn ein Händler diesen Bestimmungen zuwider in der Angabe des Quantum oder der Preise Gefährde treiben sollte, so soll ihm nicht nur aller Fruchthandel für die Zukunft untersagt, sondern derselbe soll auch je nach den Umständen, nebst Confiskation des Getreides, mit einer Buße von zehn bis zweyhundert Franken oder angemessener Gefangenschaft bestraft werden.

M ü l l e r.

16) Gleich den Händlern sollen auch die Müller gehalten seyn, den Oberämtern nach Analogie des Art. 13. von vierzehn zu vierzehn Tagen das Verzeichniß der angekauften Früchte und des verkauften Mehls einzugeben, beydes unter der im vorigen Artikel bestimmten Strafe.

17) An jedem Ort, wo ein öffentlicher Fruchtmarkt gehalten wird, soll die bestellte Markt-Inspektion eine genaue Controlle führen, sowohl über das zu Markt gebrachte und allda verkaufte Getreide jeder Art und die Verkaufspreise, als auch über die Händler, welche den Markt zum Verkauf besucht haben, und was von jedem derselben zum Verkauf ausgestellt worden ist.

18) Alle dieser Verordnung zuwiderlaufende Handlungen sollen von den Oberamt Männern erstinstanzlich

30. April und sub beneficio recursus vor Uns, den Kleinen
1817. Rath, beurtheilt werden; von den fallenden Confiska-
tionen und Bußen aber zwey Drittheil dem Verleider,
und ein Drittheil den Armen des Orts, wo die Wider-
handlung entdeckt wird, anheimfallen.

19) Die Oberamt männer werden die Verzeichnisse
der Müller und Getreidehändler unverzüglich Unserm
Finanz-Rathe einzusenden haben.

20) Die gegenwärtige Verordnung soll in allen ihren
Theilen bestehen bis auf den 1. September 1817, auf
welchem Zeitpunkt Wir Uns je nach den dennzumaligen
Umständen über ihre allfällige Fortdauer erklären werden.

21) Da alle in derselben enthaltene Vorschriften
die Erleichterung Unserer Lieben und Getreuen Ange-
hörigen bei dieser drückenden Zeit zum Zweck haben,
so fordern Wir Unsere Ober- und Unter-Beamte auf,
und ertheilen ihnen den bestimmten Befehl, die größte
Wachsamkeit auf die Befolgung derselben zu verwenden,
und gegen die Fehlbaren ohne Schonung nach aller
Strenge zu verfahren.

Gegenwärtige Verordnung soll von den Kanzeln ver-
lesen und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 30. April 1817.

Der Amts = Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Namens des Großen Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

P u b l i k a t i o n

wegen überhandnehmender Theurung.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 30. April
und Republik Bern, entbieten Unseren Lieben 1817.
und Getreuen Cantons - Angehörigen Unsern Gruß und
wohlgeneigten Willen!

Fühlbar und immer fühlbarer werden die Folgen
des leztjährigen Mißwachses aller Früchte des Feldes;
die Theurung der Lebensmittel steigt, unter dem ungün-
stigen Einflusse der seit einigen Wochen eingetretenen
rauen Witterung, auf eine seit Jahrhunderten be-
spiellose Höhe, und der bekümmerte Hausvater erliegt
beynahe unter dem Druck dieser harten Zeit. Tief und
schmerzlich fühlen Wir mit Euch, Liebe, Getreue, die
Drangsale der schweren Prüfung, welche die göttliche
Vorsehung nicht nur Unserm Canton, sondern, in noch
höherm Grade, anderen Ländern in und außer der
Schweiz auferlegt hat; aber, haben wir alle, in frü-
hern Jahren, das Gute vom Herrn empfangen, warum
sollten wir nicht auch nun das Uebel aus seiner Vater-
hand annehmen? Dasselbe mit christlicher Standhaftig-
keit und Ergebung zu ertragen, ist unsere gemeinsame
Pflicht; Eure Noth zu lindern, das Ziel Unsers

30. April täglichen Bestrebens; Eure Besorgnisse möglichst zu mildern, Unser angelegene Wunsch.

Bis jetzt war es Uns gelungen, die Lebensmittel in niedrigeren Preisen, als bey manchen Unserer Nachbarn zu erhalten, und dem Mangel vorzubeugen, der sie drückt; Unsere Ausfuhr-Verbote, Unsere Vorsorgen zu Errichtung, Vervielfältigung und Unterstüzung von Speis-Anstalten, zu Austheilung und Vorschüssen an Feld- und Erdfrüchten, zu der mit vielen Schwierigkeiten verbundenen Herbenschaffung fremden Getreides und zu anderweitigen Hilfsleistungen, sind Euch bekannt. Aber Ihr sehet selbst ein, daß es nicht in Unserm Vermögen stehen kann, die Theurung zu hindern, auf die eben jener Mangel, selbst in den sonst kornreichen Ländern, so mächtig einwirkt, und die auch durch den immer zunehmenden, verderblichen Schleichhandel nothwendig wachsen muß. Indessen können Wir Euch, nach den Uns vorgelegten Berichten, die bestimmte Zusicherung geben, daß, in sofern Unsere Vorkehren durch schändlichen Mißbrauch nicht vereitelt werden, vermittelst der vorhandenen obrigkeitlichen Vorräthe und Ankäufe von Getreide aus der Fremde, das theils schon angekommen ist, theils noch fernerhin einlangen wird, für hinlängliche Speisung des Landes bis nach künftiger Erndte gesorgt worden, und daß Wir, nach Möglichkeit Unserer Kräfte, die bisher veranstalteten Hilfsleistungen fortsetzen, solche auch, nach Bedürfniß, vermehren werden. Daß Wir dieses thun können, ist die heilsame Folge der bey uns beygehaltenen Zehnten und Bodenzinse, wodurch die obrigkeitlichen Magazine unterhalten werden, und wodurch schon im Feldzug von 1815

vermitteltst der großen Korn-Lieferungen, die Wieder- 30. April
holung beschwerlicher Kriegssteuern erspart werden 1817.
konnte, alldieweil in anderen Cantonen, wo diese Schul-
digkeit abgeschafft worden, eben dadurch der Mangel
jezt um so empfindlicher wird.

Es ist aber eben so rührend als tröstlich, die Maaß-
regeln der Obrigkeit kräftig unterstützt und befördert zu
sehen durch die allgemeine, in allen Gegenden des Can-
tons sich zeigende, wetteifernde Wohlthätigkeit der be-
mittelsteren Partikularen, der Gemeinden und Corpora-
tionen gegen die Armen, so wie insonderheit durch die
zunehmenden, äußerst nützlichen Muß-Anstalten, deren
Vermehrung, fernere Ausdehnung und fortdauernde
künftige Beybehaltung nie dringend genug empfohlen
werden kann. Getrost dürfen wir alle uns der Hoffnung
überlassen, daß der allmächtige Vergelter ein Land seg-
nen werde, worin die Tugend des Wohlthuns so schön
und ausdauernd sich bewährt. Wir bezeugen diesen edeln
Menschenfreunden hier öffentlich Unser dankvolles Wohl-
gefallen, so wie Unsere beste Zufriedenheit an alle Ge-
meinds-Vorsteher für die Bereitwilligkeit und den Eifer,
den Unsere verordnete Central-Hülfs-Commission für
die Beförderung ihrer Anstalten bey ihnen findet.

Dagegen ergeht Unsere Warnung und ernstliche
Bermahnung an die zahlreiche Classe der Armen und
Unterstützten, so große und vielfältige Gutthaten und
Hülfsleistungen der Obrigkeit, der Gemeinden und Pri-
vatpersonen nicht mit Undank zu belohnen, sich vor allen
ungerechten Klagen und falschen Urtheilen zu hüten,
aller Unordnungen, Gefährdung des Eigenthums und
anderer strafbaren Handlungen sich zu enthalten, und

30. April durch Arbeitsamkeit, Geduld und Ergebung sich Gnade
1817. bey Gott und ferneres Wohlwollen guter Menschen zu
erwerben.

Und da vermuthlich, auch bey einer, Gott gebe! gesegneten Erndte, die Lebensmittel nicht sogleich ganz wieder in die vorigen niedrigen Preise herabsinken werden, weil die Vorräthe allenthalben zu sehr geschmolzen sind, so wollen Wir Unseren landbauenden Angehörigen um so dringender empfohlen haben, durch vermehrte Anpflanzungen von Erdäpfeln, anderen Gemüßarten und frühes Aufsäen von Sommerfrüchten, zu Vorbereitung einer ergiebigen Erndte das Uebrige beizutragen, damit künftigem Mangel möge vorgebogen werden.

Weil dann selten ein Uebel so groß ist, daß es nicht auch sein Gutes mit sich führe, so haben Wir mit Wohlgefallen bemerkt, daß von so vielen Gemeinden, indem sie für ihre Armen bestmöglich sorgen, hingegen keine Bettelen fremder Armen geduldet werde, und daß so dem Mißbrauch der Wohlthätigkeit und der Hauptstütze des Müßiggangs, auch nach dieser harten Zeit, ein Damm entgegengestellt bleiben wird, dessen Erhaltung, als des ganzen Landes und jeder Gemeinde Nutzen, Wir mit Freuden sehen werden.

Aber, indem Wir allseitig, unter Anrufung göttlichen Beystandes, Unsere eifrigsten Bemühungen zum Heil des Landes vereinigen, so wird hingegen Unsere schnelle und strenge Ahndung diejenigen gewissenlosen Menschen um so gerechter treffen, welche aus schändlichem Buchergeist, durch Färfauf oder Hinterhaltung ihrer Vorräthe die Noth und Theurung vermehren, oder

verbotenen Handel mit Lebensmitteln treiben, und so 30. April
 Unserer Fürsorge für Herbeschaffung genugsamer Nah- 1817.
 rung entgegenwirken. Wir müssen mit höchstem Unwil-
 len vernehmen, daß aller Verbote und Aufsicht unge-
 achtet, Getreide und Lebensmittel auf mancherlen
 Schleichwegen täglich und in bedeutender Menge aus
 dem Lande gebracht werden. Wir fordern daher jeder-
 mann, dem das öffentliche und eigene Wohl am Herzen
 liegt, bey seiner Pflicht auf, Unseren Beamten durch
 Wachsamkeit auf solche Ausschwärzung an die Hand zu
 gehen, die entdeckenden Schleichhändler sogleich an Be-
 hörde zu verleiden, und diejenigen scharfen Maaßregeln,
 welche Wir gegen den Bucher und verbotenen Handel
 angeordnet haben, bereitwillig und kräftig zu unterstützen.

Gegenwärtige Publikation soll von Kanzeln verlesen
 und an den gewöhnlichen Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 30. April 1817.

Der Amts-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
 der Staatschreiber,
 G r u b e r.

D e r e t

über die Lehen - und Erbzinsgefälle in dem Leherberge.

Vergl. oben S. 29. §. 21.

13. Juny 1817. **W**ir Schultheiß Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: In Betrachtung Unserer feyerlichen Verheissung im §. 21. der auf die Erklärung des Wiener - Congresses gegründeten Einverleibungs - Urkunde, welche den grössten Theil des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern vereinigt, und Willens, die in den obgenannten Urkunden ausgesprochene Verpflichtung, die Lehengefälle nicht wieder herzustellen, treulich zu erfüllen.

In Betrachtung ferner, daß in Folge der genauesten Untersuchungen über die Natur dieser Gefälle und über die Anstände, die sich zwischen ihren Besitzern und Schuldner erheben, es allein dem Civil - Richter zukommen könne, über solche Streitigkeiten abzusprechen, und daß nach den Verfügungen obbemeldter Urkunden, über diesen Gegenstand keine gesetzgebende Auslegung statt haben kann; haben Wir

verordnet und verordnen, was folgt:

1) Alle Lehen- und Erbzinsgefälle, die ehemals dem Fürst-Bischof und den abgeschafften Corporationen zu entrichten waren, bleiben aufgehoben.

Benbehalten sind indessen diejenigen Erbzinse, welche jetzt noch bestehenden frommen oder milden Stiftungen gegeben worden sind.

2) Jede Streitfrage über die Natur der Erbzinsgefälle, betreffe sie solche, die laut Inhalt der Erklärung des Wiener-Congresses und der Vereinigungs-Urkunde abgeschafft sind oder nicht, soll vor die gewöhnlichen Civil-Gerichte gebracht werden, die aus Richtern bestehen, welche bey Gefällen dieser Art durchaus kein Interesse haben, um von diesen nach den jetzt bestehenden daherigen Gesetzen beurtheilt zu werden.

3) Jede solche Streitfrage (deren Prozeßform übrigens durchaus summarisch seyn soll), die nicht am ersten July 1818 wird vor dem Richter anhängig gemacht worden seyn, ist von da an als unzulässig erklärt.

4) Partikular-Verträge, welche erst nach der Vereinigung des Landes mit Frankreich, zwischen berechtigten und verpflichteten Parteyen, über dergleichen streitig gewordene Fragen abgeschlossen worden sind, behalten ihre Rechtsgültigkeit und sollen gehandhabt werden.

13. Juny 1817. 5) Der Loskauf der Gefälle, die als bloße, nicht lebensrechtliche Grundzinse anerkennt, und als solche benbehalten sind, ist gestattet und zwar nach der Schätzung und dem Werthe, welchen die jetzt im alten Canton bestehenden Gesetze bestimmt haben.

6) Der Schuldner der benbehaltenen Gefälle bleibt mit der Entrichtung der gewöhnlichen und der außerordentlichen Abgaben beladen, wenn ihm der ursprüngliche Titel dieselben ausdrücklich auferlegt. Im entgegengesetzten Falle hat der Gläubiger den Abzug des fünften Theils vom jährlichen Gefälle zu tragen, oder selbst alle Abgaben zu bezahlen.

7) Die Clauseln und Conventionen, welche in den ursprünglichen Pachtbriefen der benbehaltenen Gefälle enthalten sind, sollen ihrer Form und Inhalt nach erfüllt werden; jedoch soll die Stipulation der Verwirkung oder der Verlust des Pachtes, allen entgegengesetzten Bedingungen ungeachtet, nur als comminatorisch angesehen werden, und die Verwirkung selbst nur dann eintreten, wenn der Richter einen peremptorischen Termin bestimmt und der Schuldner denselben versäumt hätte.

8) Die rückständigen Gefälle können nur von dem 23. November des Jahrs 1815, das heißt, von dem Tag an gefordert werden, an welchem Wir die Einverleibungs-Urkunde angenommen und bestätigt haben; sie sollen in Geld, auf dem Fuß von zwanzig und fünf Bazen für den Kernen das Bern-Mäs, und die übrigen Früchte im Verhältniß bezahlt werden.

9) Unsere Civil-Gerichte erster und zweiter Instanz 13. Juny
sollen den Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes nach= 1817.
kommen.

Gegeben in Unserer Großen Raths-Versammlung,
den 13. Juny 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

Neue Jagd = Verordnung.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. I. S. 382.

Wir Schultheiß Klein und Große Rätthe 14. Juny
der Stadt und Republik Bern, thun kund hier= 1817.
mit: Demnach Wir nothwendig gefunden, das Jagdgesetz
vom 16., 23. und 25. May 1804 einer Revision zu un-
terwerfen und nebst einigen Abänderungen, zu vervoll-
ständigen; als haben Wir, in Aufhebung desselben, auf
den Vortrag Unsers Finanz-Raths beschlossen und ver-
ordnet, was hiernach folget, wie Wir denn

14. Juny
1817.

verordnen:

1) Die Beschützung und Nutzung der Jagd-Gerechtigkeit zu Händen des Staats, ist Unserm Kleinen Rathe übertragen, welcher über die Vollziehung und Handhabung gegenwärtiger Verordnung zu wachen hat.

2) Das Jagen ist nur denjenigen gestattet, welche dazu ein eigenes Patent erhalten haben. Besonders aber ist mit Vorbehalt der in den §§. 4. 5. und 7. bestimmten Ausnahmen, jedermann und zu allen Zeiten gänzlich untersagt: Alles Gewildlauren, alles Garnstellen für kleine Vögel, Finken, Lerchen, Kramets- oder Neckholdervögel, alles Letschen- und das Fallenlegen, oder Gewehrrichten; und für die Widerhandlungen sind folgende Strafen festgesetzt:

a. Für alles Jagen mit oder ohne Hund, eine Buße von drenßig Franken, nebst Confiskation des Jagdgeräthes.

b. Für Garnstellen auf kleine Vögel, wie Finken, Lerchen, Kramets- oder Neckholdervögel, so wie für das Letschen- oder Fallenlegen, gleichfalls eine Buße von drenßig Franken, nebst Confiskation alles ausgestellten Jagdgeräthes.

c. Für das Lauren auf Gewild bey Nacht eine Buße von sechzig Franken, nebst Confiskation des Jagdgeräthes.

d. Für das Gewehrrichten und Schlingenlegen eine Buße von hundert Franken, und noch größere Strafe, nebst Vergütung des Schadens, wenn dadurch Menschen oder Vieh verunglücken würden.

3) Eben

3) Eben so ist verboten, Hasen, Vögel und Eier 14. Tunn auszunehmen, bey einer Buße von zehn Franken für 1817. jeden Hasen, und von zwey bis vier Franken für jede Brut und für jedes Nest.

Davon sind jedoch ausgenommen: alle Raubvögel, Raben, Krähen, Elstern und Späzen, wie auch wilde Tauben und Rinderstaaren, als welche zwey Leptere, oder deren Eier, jedoch nur auf seinen eigenen Gütern, auszunehmen, zu jeder Zeit erlaubt seyn soll.

4) Reißende und gefährliche Thiere, als Bären, Wölfe, Luchse, wilde Schweine, mögen zu allen Zeiten und an allen Orten gefangen und gefällt werden.

Wenn wegen solcher reißender Thiere allgemeine Treibjagden vorzunehmen wären, so soll dafür die Bewilligung der betreffenden Oberamt männer anbegehrt werden, welche dann aber zu veranstalten haben, daß eine Anzahl Jagdaufseher diesen Jagden beywohne.

5) Vom 1. September bis 1. December ist jedermann erlaubt, auf Vögel Letschen zu stellen, vom 1. December an sollen sie aber weggenommen werden. Kramets- oder Reckholdervögel mögen den ganzen Winter hindurch, bis den ersten März mit Garnen gefangen werden. Wer jedoch von dieser Erlaubniß, Letschen zu stellen, Gebrauch machen will, soll den Bezirk, wo er solches zu thun gesinnet ist, dem Oberamt mann anzeigen, damit dieser sodann nach Ende der erlaubten Zeit nachsehen lassen könne, ob die Letschen weggenommen seyen. Von jedem alsdann noch gefundenen Letsch soll die oben §. 2. bestimmte Jagdsfrevel-Buße bezahlt werden.

24. Juny 1817. 6) Zu Erlangung eines Jagdpatents wird erfordert: daß der Bewerber ein hiesiger Cantons-Angehöriger sey, und entweder eine Civil- oder Offizier-Stelle unter den Auszögern, der Reserve oder der Landwehr erster Classe bekleide, oder bekleidet habe, oder ein schuldenfreyes Eigenthum von wenigstens sechstausend Franken vorweisen könne. Auch an solche Fremde, welche in obrigkeitlichen Diensten stehen, oder im Canton angesessen sind, können auf ihr Anmelden von dem Finanz-Rathe Patente zum Jagen ertheilt werden.

Hingegen sind davon ausgeschlossen, Vergeldstage und mehrjährige Bevogtete, und diejenigen, deren Person oder Familie besteuert wird, so wie auch diejenigen, welche an eines Andern Muß und Brod als Knechte stehen; worunter denn auch solche begriffen sind, die von der Polizen als Bediente eingeschrieben und in dieser Rücksicht von verschiedenen Beschwerden befreit sind.

7) Von der Bewerbung um ein Jagdpatent sind aber enthoben, Unsere Oberamt männer, welche, jeder in seinem Amtsbezirk, während der offenen Zeit und in den erlaubten Bezirken mit oder ohne Hund jagen dürfen, und welchen für ihren Hausgebrauch zwey Amtsjäger zu halten, so wie noch über dieß gestattet ist, in Vorfällen auch in der beschlossenen Zeit und mit aller Bescheidenheit, etwas Gewild schießen lassen zu dürfen.

Hingegen sollen die Jagdaufseher für die Oberamt männer nicht jagen, wenn sie nicht zugleich Amtsjäger sind.

8) Jeweilen bis auf 15. July werden die Ober- 14. Juny
 amtmänner die Verzeichnisse derjenigen ihrer Amtsange- 1817.
 hörigen, welche ein Jagdpatent zu erhalten wünschen,
 und zu Erlangung eines solchen die nöthigen Eigenschaf-
 ten besitzen, Unserm Finanz - Rathe einsenden, welcher
 dann darüber verfügen und den Betreffenden die erfor-
 derlichen Patente zufertigen wird.

9) Für diese Patente werden folgende Gebühren
 festgesetzt:

- a. Für ein einfaches Jagdpatent in der offenen Zeit
 eines Jahrs mit oder ohne Hund, zwanzig Franken.
- b. Für ein solches Patent, um noch einen Knecht
 dazu gebrauchen zu dürfen, dreßsig Franken.

Der Name dieses Knechtes oder Jägers, der übrigi-
 gens an seines Herrn Muß und Lohn seyn soll, und
 ohne diesen nicht jagen darf, muß im Patent an-
 gemerkt werden.

- c. Für ein Patent zum Birsen oder Bogelschießen
 allein, jedoch nur an Knaben unter sechzehn Jah-
 ren, vier Franken.

- d. Für alles Garnstellen für Finken, Lerchen, Kra-
 mets - oder Neckholdervögel mögen die Oberamt-
 männer die Bewilligung ohne Gebühr für den Staat
 ertheilen.

10) Noch werden in Betreff dieser Patente folgende
 Bedinge und Erläuterungen vorgeschrieben:

- a. Sie sollen den Partikularen nicht anders als gegen
 baare Bezahlung ertheilt werden.

24. Juny 1817. b. Sie sollen nur für diejenige Person und für die Zeit, auf die sie gestellt sind, gültig seyn.

c. Jeder patentirte Jäger ist verbunden, sein Jagdpatent den bestellten Jagdausschreibern vorzuweisen, zu welchem Ende er selbiges immer bey sich zu tragen hat; widrigen Falls er dem Aufseher die daherigen Jagdkosten zu vergüten haben soll.

d. Den Oberamt Männern ist gestattet, angesehenen Fremden, oder auf Besuch bey ihnen oder bey patentirten Jägern sich aufhaltenden Personen, für eine bestimmte Zeit während der offenen Jagd, in ihrem Amt Bewilligungen zu ertheilen.

11) Einem jeden Grund-Eigenthümer soll erlaubt seyn, inner den Gränzen seiner eingefriedeten Güter alles Gewild zu erlegen, durch welches ihm Schaden zugefügt wird.

12) Die Jagdzeit soll mit Ausnahme der unter §. 13. angezeigten Tage offen seyn:

a. Für das Birschen oder Bogelschiessen, vom 20. July bis 31. December.

b. Für das Jagen mit oder ohne Hund, vom zweyten Montag im September bis 31. December.

c. Für die Moosjagd, vom 1. August bis 31. December, unter dem Vorbehalt jedoch, daß vor dem zweyten Montag im September, oder vor Eröffnung der eigentlichen Jagd, kein Hase geschossen werden darf; woben sich versteht, daß weder in Fruchtfeldern, noch Pflanzplätzen soll gejagt werden,

daher denn auch bestimmt verordnet wird, daß die 14. Juny
 Jäger für allen Schaden haften, der durch sie oder 1817.
 ihre Hunde dem Getreide, Feldfrüchten 2c. zuge-
 fügt werden möchte.

Wegen der Frühlings - Schnepfen - Jagd vom 10.
 März bis 10. April überlassen Wir Unserm Kleinen
 Rath, dieselbe je nach den Umständen zu gestatten oder
 nicht.

Das ganze übrige Jahr hindurch ist die Jagd mit
 Vorbehalt der im §. 5. gemachten Ausnahme für jeder-
 mann verschlossen, und zwar bey Confiskation aller
 Jagdgeräthe und einer Buße von hundert Franken, wenn
 man auf Hochgewild, und von dreßsig Franken, wenn
 man auf Kleingewild jagen würde; welche Buße noch
 für jedes erlegte Stück Hochgewild mit vierzig Franken,
 und für jedes kleine Stück mit zehn Franken vermehrt
 werden soll.

13) Nicht nur in der beschlossenen, sondern auch
 in der offenen Zeit ist Jagen und Bogelschiessen, wie
 es immer seyn mag, an allen Sonn- und Feiertagen,
 so wie auch am Tage vor dem Vettag und vor den Com-
 munionstagen bey der jeweiligen doppelten Buße ver-
 boten.

14) Das Bogelschiessen in den Dörfern ist gänzlich
 verboten, und außer dem Eigenthümer oder mit seiner
 Bewilligung, darf niemand auf Häusern nach Vögeln
 schiessen, bey fünf Franken Buße von jedem Schuß, und
 Vergütung alles Schadens, welcher durch dergleichen
 Unvorsichtigkeiten entstehen mag.

14. Juny 1817. 15) Während der beschlossenen Zeit ist alles Handeln mit Gewild und Vertragen desselben verboten; bey Confiskation des Gewilds und vierzig Franken Buße. Dem Verkäufer ist überlassen, sich an den Jäger zu halten, der ihm das Gewild zum Verkauf übertragen hat.

16) Zu Fristung und Neufnung des Gewildes ist dem Kleinen Rath vorbehalten, einen oder mehrere Bezirke für ein oder mehrere Jahre in Bann oder Verbot zu legen, dergestalt, daß während dieser Zeit niemand gestattet seyn soll, innerhalb dieser Bezirke zu jagen, oder dem Gewild nachzustellen. Diese Bezirke sollen dann jeweilen mit einer deutlichen Beschreibung ihrer Gränzen öffentlich bekannt gemacht werden; in dem Verstande jedoch, daß dem in einem Bezirke wohnenden Grundeigenthümer unbenommen bleibt, von dem im §. 11. zugestandenen Recht auch in diesem Falle Gebrauch zu machen.

17) Nur allein den beeidigten Jagdausschreibern ist erlaubt, die mit Bann belegten Bezirke mit geladenen Gewehren, um Füchse und dergleichen Raubthiere darin zu erlegen, zu betreten. Sonst verfällt jedermann, der mit einer Flinte, an welcher der Hahn nicht abgeschraubt ist, im Bannbezirk angetroffen wird, in eine Buße von fünfzig Franken, wenn es in der offenen, und von hundert Franken, wenn es in der verbotenen Zeit geschieht.

18) Unter dem Bann und Verbot sollen zu allen Zeiten und für jedermann sich befinden: die Hirsche, Rehe, Steinböcke und Gemsen; als welche zu jagen und

zu erlegen bey einer Buße von hundert Franken für das 14. Juny
Stück jedermann verboten seyn soll; es sey dann, daß 1817.
Unser Kleine Rath oder die von ihm bestellte Behörde
für diese Jagd besondere Bewilligung auf beschränkte
Zeiträume und auf eine bestimmte Zahl von Thieren er-
theile; für welche Bewilligungen dann jedesmal die Ge-
bühr, die wenigstens sechzehn Franken betragen soll, zu
bestimmen seyn wird.

Den Oberamt Männern in Berg - Gegenden ist zu-
gegeben, das Jagen auf Gamsen, jedoch mit der erfor-
derlichen Schonung, zu bewilligen. Auch sollen diesel-
ben befugt seyn, vom Monat August an, auf Spiel-
und Auerhahnen, mit Einschränkungen, Erlaubniß zu
ertheilen.

19) Zu Hegung des Gewildes und Aufnung der
Jagd, ist der Kleine Rath begwältigt, nicht nur, wie
von Alters her, für die Erlegung schädlicher Thiere
Schußgelder von vier bis vierzig Franken zu bewilligen,
sondern auch Füchse, Dachs, Marder und dergleichen
in der beschlossenen Zeit durch die beeidigten Aufseher
schießen und fangen zu lassen.

20) Zu pünktlicher Vollziehung dieser Verordnung
wird der Kleine Rath die erforderlichen Jagdaufseher
bestellen lassen, welche durch ein Zeichen den Jägern
kenntlich zu machen sind, und in jedem Amtsbezirke
durch die Oberamt Männer besonders beeidigt werden
sollen, damit ihren amtlichen Aussagen vor dem compe-
tenten Richter voller Glaube bezumessen sey.

21) Alle fallende Bußen sollen in zwey gleiche
Theile getheilt, der eine dem Verleider ausbezahlt, der

14. Juny 1817. andere aber zu Handen der Regierung bezogen und ver-
rechnet werden. Im unvermögenden Fall wird je für
zehn Franken Buße, vier und zwanzig Stunden Gefan-
genschaft aufgelegt.

22) Alle Jagdfrevel, von welchen die Buße die
Summe von fünfzig Franken nicht übersteigt, werden
von Unseren Oberamt Männern, als absoluten Polizen-
Richtern, endlich gefertigt. Diejenigen Jagd-Bußen
aber, so diese Competenz übersteigen, können vor Un-
sern Kleinen Rath gezogen werden, welcher dann als
Ietzinstanzlicher Richter darüber entscheidet.

23) Diese Verordnung, durch welche alle vorher-
gehenden Jagd-Verordnungen aufgehoben sind, soll ge-
druckt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer Großen Rath's-Versammlung,
Bern den 14. Juny 1817.

Der Amts-Schultheiß,
H. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

D e k r e t.

Beschränkung der Waldtheilungen.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 9. July
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1817.
Demnach Wir zu vernehmen gehabt, daß dem noch in
Kraft bestehenden helvetischen Gesetze vom 15. December
1800 zuwider, viele gemeine- und auch solche Waldun-
gen, die unvertheilt zu einer gewissen Anzahl von Gü-
tern gehört haben, ohne obrigkeitliche Bewilligung ver-
theilt worden seyen; diese Waldvertheilungen dann, so-
wohl dem Ertrag der Waldungen überhaupt, als auch
insbesondrer der Sicherung des Holzbedarfs für jede Ge-
gend und jede einzelne Ortschaft sehr nachtheilig werden,
und zur Folge haben müssen, daß niemals für die Behol-
zung der Armen hinlänglich gesorgt werden kann; so
haben Wir aus landesväterlicher Vorsorge zu künftiger
Vermeidung dieser immer mehr überhandnehmenden
Waldvertheilungen zu verordnen nöthig befunden, was
hiernach folget, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

- 1) Von der Bekanntmachung der gegenwärtigen
Verordnung an, soll es gänzlich verboten seyn, ohne

9. July obrigkeitliche Genehmigung folgende Classen von Waldungen zu vertheilen, nemlich:

1. Solche Waldungen, die einer ganzen Ortschaft insgemein gehören.
2. Diejenigen Wälder, die einer gewissen Anzahl von Theilhabern oder sogenannten Rechtsame-Besitzern, Bergtheilern oder anderen solchen waldbesitzenden Eigenthümern gemeinsam gehören.
3. Waldungen, die zu der Beholzung von einem oder mehreren Lehengütern gehören oder gehört haben, wenn schon allenfalls die Lehenpflicht der Güter infolge Gesetzes losgekauft worden wäre.

2) Die Uebertretung dieser Verordnung soll, nebst der Ungültigkeit der Verhandlung, mit einer Buße von einhundert Franken von jeder ohne Unsere Genehmigung vertheilten Fuchart Wald bestraft werden. Von dieser Buße soll ein Drittheil dem Verleider, ein Drittheil den Armen der Gemeinde zukommen, und ein Drittheil Uns verrechnet werden.

3) Da Uns angezeigt worden, daß seit dem Jahr 1800 viele Waldvertheilungen ohne obrigkeitliche Genehmigung vorgenommen worden sind, so sollen alle diejenigen, so es betreffen mag, gehalten seyn, Uns diese unbefugt vorgenommenen Waldtheilungen inner Jahresfrist zur Genehmigung vorzulegen, alles bey der im Art. 2. angezeigten Strafe.

Gegenwärtige Verordnung soll von den Kanzeln 9. July
verlesen und an den gewohnten Orten angeschlagen 1817.
werden.

Gegeben in Bern, den 9. July 1817.

Der Alt-Schultheiß,
J. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r b o t

Waldungen ohne Bewilligung
auszureuten.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt
und Republik Bern, thun kund hiermit:
Da Wir in Erfahrung gebracht haben, daß dem 6. Ar-
tikel des zweiten Abschnitts der noch in Kraft bestehen-
den Forst-Ordnung vom 7. July 1786 zuwider, viele
kleinere und größere Waldbezirke ohne Unsere Erlaubniß
ausgereutet und in urbares Land verwandelt werden,
wodurch dann die noch übrig bleibenden Wälder immer
mehr beschwert, und endlich zum größten Nachtheil des
ganzen Landes zu Grund gerichtet werden müßten. So

9. July haben Wir zu Verhinderung dieses schädlichen Miß-
 1817. brauchs und zu Erhaltung der Waldungen zu verordnen
 nöthig erachtet, was hier von einem zum andern folgt:

1) In Erneuerung und Verstärkung des in den
 Forst - Ordnungen von 1725, 1753 und 1786, gegen
 das Ausreuten der Waldungen enthaltenen Verbots, soll
 es jedermann verboten seyn, einige Waldung auszureu-
 ten und in anderes Land zu verwandeln, es seye dann
 vorher die Bewilligung dazu von Unserm Finanz - Rathe
 erhalten worden.

2) Die diesem Verbot zuwider Handelnden sollen je
 nach den Umständen in eine Buße von fünfzig bis zwe-
 hundert Franken verfällt, und über dieß angehalten wer-
 den, den ausgereuteten Bezirk wieder mit Holz anzusäen,
 oder zu bepflanzen.

3) Von dieser Buße soll die Hälfte dem Verleider,
 die andere Hälfte der Forst - Cassa zukommen.

4) Von diesem Verbot sollen die sogenannten Rütte-
 hölzer in denen Berggegenden, welche von Zeit zu Zeit
 niedergehauen, mit Getreide und Erdsfrüchten angebaut,
 und dann wieder zu Walde liegen gelassen werden, in
 sofern ausgenommen seyn, als sie nicht gänzlich aus-
 gestocket und in angebautes oder Weidland verwandelt
 werden.

5) Allen Unseren Ober - und Unterbeamten, den
 Vorgesetzten der Gemeinden, und den Bannwarten ist
 anbefohlen, ob der Beobachtung dieser Verordnung zu
 halten, und die Fehlbaren, ohne Ansehen der Person,
 anzuzeigen und zu bestrafen.

6) Es ist noch ferners erlaubt, das auf den Berg- 9. July
weiden aufwachsende junge Gehölze und Gestrüppe weg- 1817.
zuschwänden, in sofern dieses nur auf Grund und Boden
geschiehet, der schon wirklich rechtmäßig bloß als offe-
nes Land genutzt, und dadurch das urbare Land nicht
auf Unkosten der Waldungen vergrößert wird.

Diese Unsere Verordnung soll gedruckt und an den
gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 9. July 1817.

Der Alt-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

W e i s u n g

über die Eintragung von Quittungen und
Uebergaben in ungestempelte Schuldtitel.

Kreisschreiben des Kleinen Rathes an alle
Oberämter.

Auf den Vortrag des Finanz-Rathes über die Frage:
Ob Quittungen und Cessionen, die in Kaufbeulen und
andere Titel eingetragen werden, welche vor dem

9. July 1817. Stempelgesetz errichtet worden, und also nicht gestempelt sind, gültig seyen, gleich wie sie es in Gültbriefen kraft des Gesetzes sind? haben Wir gefunden, daß alle Cessionen oder Quittungen, welche in einen Titel eingetragen werden, der an sich selbst nach dem Gesetz gültig ist, gleichfalls als gültig anzusehen, mithin Cessionen und Quittungen, welche in Titel, die vor dem Stempelgesetz errichtet, und folglich nicht gestempelt sind, eingetragen werden, als rechtskräftig angesehen werden sollen. Dessen Ihr zur Communication an das Amtsgericht und die Fertigungs-Gerichte, die Amtsschreiber und Amtsnotarien berichtet werdet, mit dem Auftrag, die gegenwärtige Weisung seines Orts nachrichtlich einschreiben zu lassen.

Gegeben in Bern, den 9. July 1817.

Der Alt-Schultheiß,

F. v o n M ü l l i n e n.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

H e r s t e l l u n g

des freyen Kaufs von Lebensmitteln auf den Märkten.

Vergl. oben S. 180. 215. 319.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 4. August
u n d R e p u b l i k B e r n , thun kund hiermit: 1817.
Daß, nachdem Wir in Betrachtung gezogen, wie die
Uns umgebenden Mitstände nun auch Ihrerseits durch
Ankäufe von ausländischem Getreide, dem allgemein
herrschenden Mangel nach Möglichkeit zu steuern gesucht
haben, und da, wie zu verhoffen, eine durchgehends
von Gott gesegnete reiche Erndte der allgemeinen Noth
und Theurung mit ehestem ein Ziel setzen werde; als
haben Wir, von den gleichen Grundsätzen beseelt, welche
schon im Oktober leztthin Uns bewogen hatten, den Uns
umgebenden Mitständen unter denen durch die Zeitum-
stände nothwendig gewordenen gemeinschaftlichen Ver-
sorgungs-Maasregeln, die Wiederherstellung des freyen
Verkehrs anzutragen, nun auch bey den dermalen ver-
änderten Umständen Uns bewogen gefunden zu beschlies-
sen was folgt, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Der freye Ankauf von Lebensmitteln aller Art,
auf Unseren öffentlichen Märkten, soll den Eidgenössischen

4. August Angehörigen von nun an wieder gestattet seyn; der An-
1817. kauf bey den Häusern aber, bey Strafe der Confiskation,
und bis auf weitere Verfügung noch verboten bleiben.

2) Sind alle im verflossenen Jahr auf die Beschränkung des freyen Verkehrs erlassenen Verordnungen, sowohl als diejenige vom 30. April dieses Jahrs, anmit zurück genommen.

3) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen, und den Eidgenössischen Mitständen zur Kenntniß mitgetheilt werden.

Gegeben in Bern, den 4. August 1817.

Der Alt-Schultheiß,
F. v o n M ü l l e n.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

Polizen = Verordnung

wegen der aus dem Wallis und Italien
kommenden Viehwaare.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 25. August
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1817.
Demnach Uns von Unserer verordneten Landes - Defo-
nomie - Commission angezeigt worden, daß seit einiger
Zeit nicht nur von einigen Unserer Angehörigen, son-
dern auch von äußeren Händlern, in Unserm Canton mit
fremdem und auch mit Wallis - Vieh ein, die vorzügliche
Viehzucht desselben gefährdender Handel getrieben werde,
durch welchen die von Uns angeordneten alljährlichen
Viehschauen und die auf denselben zu Veredlung der
Viehzucht ertheilenden Aufmunterungen vereitelt, und
durch die Fortpflanzung einer geringen und schlechten
Vieh - Race dem Lande ein nicht zu berechnender Scha-
den verursacht werden müßte; als haben Wir, aus
Landesväterlicher Fürsorge, und um Unsere Angehörigen
vor den Nachtheilen und Gefahren sicher zu stellen,
welche für ihren Viehstand aus der, bey längerem völ-
lig freyen Verkehr, unausweichlichen Abartung, und

25. August 1817. aus den mangelhaften Gesundheits - Anstalten im Auslande erfolgen würden, in Erneuerung der dießörtigen vormaligen Polizen - Vorschriften erkennt und verordnet, was hiernach folgt, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Alle aus dem Wallis und Italien kommende Viehwaare, ohne Ausnahme, soll einzig und allein durch folgende Gränzpässe in den Canton eingeführt werden können, als nämlich:

Ueber den Sanetsch, durch das Gränz - Bureau von Gsteig bey Saanen,

über die Gemmi, durch das Gränz-Bureau im Kandersteg, und

über die Grimsel, durch das Gränz - Bureau zu Guttannen.

2) Jedermann, der von obbemeldter Viehwaare in den Canton einführt, ist verpflichtet, solche acht Wochen lang in seiner Stallung und an eigenem Futter zu halten, bevor er sie abführen oder weiters veräußern darf; auch soll diese Waare, während dieser Zeit, nicht zur öffentlichen Tränke oder Weide getrieben, sondern im Stall gehalten werden.

3) Demzufolge soll, nachdem der betreffende Gränz-Inspektor, nach Vorschrift des Reglements über die Rindvieh - Polizen vom 26. März 1816, bey der Ankunft

solcher Viehwaare aus dem Wallis oder Italien, die 25. August
Scheine für dieselbe untersucht und selbige in Richtig- 1817.
keit befunden haben wird, dem Führer derselben durch
ihn, den Gränz-Inspektor, ein besonderer Schein aus-
gestellt werden, durch welchen erklärt wird, daß dieselbe
im betreffenden Gränz-Büreau controllirt seye, und an
dem darin anzuzeigenden Orte, vom Datum der Aus-
stellung dieses Scheins hinweg, acht Wochen lang in
seiner Stallung an eigenem Futter gehalten werden solle,
bevor es weiter geführt oder verkauft werden dürfe.
Dieser Schein soll von dem Eigenthümer des Viehs dem
Oberamtmanne des Orts, wo dasselbe eingestellt wird,
sogleich bei der Ankunft vorgewiesen werden.

4) Für die Ausfertigung eines solchen Scheins soll
dem Inspektor, über die Vergütung der Stempelgebühr
von einem Baken, annoch bezahlt werden: vier Baken,

Und für die schriftliche Anzeige an den betreffenden
Oberamtmanne samt Controлле fünf Baken.

Mithin im Ganzen zehn Baken.

5) Nach Verfluß der acht Wochen soll der Eigen-
thümer solchen Viehs, wenn er dasselbe weiters zu ver-
kaufen oder an einen andern Ort zu führen Vorhabens
ist, sich mit dem ihm von dem Gränz-Inspektor aus-
gestellten Schein, bei seinem Oberamtmanne um die
Bewilligung dafür melden, der, wenn weiters keine
Bedenken dagegen walten, und wenn der Eigenthümer,
nach Vorschrift des obangezogenen Reglements, neue
Gesundheitscheine für das weiters führende Vieh erhal-
ten haben wird, solche Bewilligung unter den Schein

25. August des Gränz-Inспекtors besetzen, und zu Verhinderung
1817. von Verfälschung derselben sein amtliches Siegel be-
fügen wird.

6) Ohne eine solche oberamtliche Bescheinigung, daß das eingeführte Vieh acht Wochen lang in dem betreffenden Amt an eigenem Futter gestanden, soll bey Strafe der Confiskation und einer Buße von einhundert Schweizer-Franken von jedem Stück, verboten seyn, dasselbe aus der angezeigten Stallung wegzuführen, oder gar zu verkaufen. Der nemlichen Confiskation und Buße sind auch alle diejenigen unterworfen, welche es versuchen sollten, dergleichen Viehwaare durch andere Wege und mit Uebergabung der Eingangsbemerkten Gränz-Büreauz in den Canton einzuführen.

7) Von allen fallenden Bußen, so wie von den Confiskationen, soll die eine Hälfte dem Verleider, die andere aber den Armen des Orts heimdienen.

8) Bey allen Fällen von Widerhandlung, haben unsere Oberamt männer, als Richter erster Instanz, summarisch zu urtheilen, unter Vorbehalt des Refurses an Uns den Kleinen Rath.

9) Unsere Zoll-Kammer ist mit der genauen Exekution dieser Verordnung beauftragt; ihr bleibt auch überlassen, nöthig findenden Falls die vorbemeldten Eingangs-Pässe noch durch andere zu vermehren, und darüber das Angemessene bekannt zu machen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von den 25. August
Kanzeln angezeigt und an den gewohnten Orten an- 1817.
geschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 25. August 1817.

Der Amts-Schultheiß,
in dessen Abwesenheit,

N. Stettler, Alt-Seckelmeister.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o t t.

V e r b o t

des Vermostens von Obst.

Vergl. oben S. 189. §. 1. u. 216. §. 3.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 22. Sept.
und Republik Bern, haben, auf den Vortrag 1817.
Unsers Justiz- und Polizen-Raths, in Betrachtung:
daß Wir unterm 16. Oktober vorigen Jahrs das Ver-
bot des Mostens von Obst nur auf das laufende Jahr
beschränkt, daß aber der dießjährige Obst-Ertrag, ob-
schon an einigen Orten ergiebig, doch bey weitem nicht
reichlich genug ausgefallen, um die vielen Nachtheile zu

22. Sept. 1817. heben , welche durch das Vermosten dieses wichtigen Nahrungsmittels entstehen würden ; besonders aber in der Absicht , dem Betrug der Weinverfälschung mit Obstwein möglichst vorzubeugen , erkennt , was hiernach folgt ; wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Bis auf weitere Verfügung bleibt aller Kauf des Obstes zum Vermosten und der Handel mit solchem Most verboten.

2) Es ist einzig den Landbesitzern gestattet , das auf ihrem Lande gewachsene Obst , doch ausschließlich nur zum eigenen Hausgebrauch , selbst zu vermosten.

3) Die Einfuhr des fremden Obstweins , Eider genannt , ist unter folgenden Bedingungen gestattet :

a. Soll bey dem Eintritt in das hiesige Gebiet , auf der betreffenden Zollstätte , der Ort der Versendung , der Name des Versenders , die Qualität und der Name des Käufers getreu angegeben , und von dem Gränz - Bureau der Zollkammer angezeigt werden , welche dessen alsobald das betreffende Oberamt , mit Anzeige aller Umstände , benachrichtigen wird , damit der bestellte Ambeiler oder Ohmgeldbeamte davon unterrichtet werden kann.

b. Soll jeder , welcher mit fremdem Eider , oder Obstwein , en gros oder en détail handelt , gehalten seyn , solches durch eine ausgehängte Tafel dem Publikum anzuzeigen.

4) Die Vermischung des Traubenweins mit Eider bleibt verboten ; weshalb die Ohmgeldner , Ambeiler zc.

ein wachsamcs Auge auf alle diejenigen, welche Obst- 22. Sept.
wein verkaufen oder kaufen, haben und befugt seyn sol- 1817.
len, so oft sie es nöthig finden, dießörtige Untersu-
chungen der Getränke vorzunehmen und Proben veran-
stalten zu lassen.

5) Alles bey Strafe der Confiskation des heimlich
eingeführten, oder unerlaubt vermischten Getränks,
und des doppelten Werthes desselben, wovon die Hälfte
dem Verleider, die andere Hälfte aber dem Armenfond
des Orts zufallen soll; als worüber der Oberamtmann,
in dessen Bezirk die Widerhandlung vor sich gegangen,
sub beneficio recursus vor Uns, abzusprechen hat.

6) Sämmtliche Polizcn-Beamte und Landjäger sind
beauftragt, auf die genaue Befolgung dieser Verord-
nung zu achten, und die Fehlbaren bey aufhabender
Pflicht und Eiden gehörigen Orts zu verleiden.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von den
Kanzeln angezeigt, und an den gewohnten Orten ange-
schlagen werden.

Gegeben in Bern, den 22. September 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
B e n o i t.

P u b l i k a t i o n.

Warnung gegen falsche Münzsorten.

24. Sept. 1817. Es haben Unsere Gnädigen Herren, Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, nöthig erachtet, sämtliche Einwohner hiesigen Cantons, zu Verhütung von Verlust, auf verschiedene ausgestreute falsche Münzsorten, wovon einige hiernach beschrieben sind, aufmerksam zu machen, mit der Aufforderung an jedermann, besonders aber an alle Polizen-Beamten, auf die Verbreiter falschen Geldes genau zu achten, und solche dem betreffenden Herrn Ober-Amtmann sogleich anzuzeigen.

Beschreibung einiger entdeckten falschen Münzsorten.

1) Französische Federthaler mit der Jahrzahl 1789, von weißem Kupfer, mit etwas Silber vermischt, gegossen, sind an ihrer Leichtigkeit, an den Gießlöchern und schmutzigen Anfühlen, besonders aber, wenn die äußere weiße Oberfläche ein wenig abgeschabt wird, an der innern Kupfer- oder Messingfarbe des Metalls sehr kennbar.

2) Französische Federthaler mit der Jahrzahl 1739, von Zinn gegossen, die ebenfalls an den Gießlöchern,

an ihrer Leichtigkeit, schmutzigen Anföhlen und Weich- 24. Sept.
heit, indem sie mit einem Messer ohne Mühe geschnitten 1817.
werden können, sehr kennbar sind.

3) Berner Zwen-Franken-Stücke mit der Jahr-
zahl 1796, von gemeinem Zinn.

4) Zwen-Franken-Stücke von Solothurn, von
1798.

5) Zehn-Baen-Stücke, Canton Aargau, von
1808, beyde letztere von englischem Zinn gegossen, füh-
ren außer dem die nemlichen Merkmale, wie die oben
beschriebenen Sorten.

Es giebt auch auf ähnliche Weise verfertigte falsche
Brabänterthaler und französische Fünf-Franken-Stücke,
und falsche Federthaler, die mit einer dünnen Silber-
platte belegt, von den ächten schwerer zu unterschei-
den sind.

Da übrigens diese falschen Geldstücke fast alle nur
gegossen, und die Modelle bey dem Abformen nach Will-
führ abgeändert werden können, so kann eine große
Mannigfaltigkeit im Gepräge statt finden; jedoch läßt
sich im Allgemeinen bemerken, daß bey allen gegossenen
Stücken die Umrisse immer stumpfer als bey den ge-
prägten ausfallen.

Bern, den 24. September 1817.

C a n z l e n B e r n.

F o r t w e i s u n g von criminalisirten und vergeldstagten Fremden.

Vergl. Ges. u. Destr. Th. I. S. 379. §. 15. Art. 5.

Kreisschreiben des Kleinen Raths an alle
Oberämter.

29. Sept. 1817. **D**a diejenigen fremden Hintersäßen, welche durch Criminal- oder Polizen-Vergehen sich die Abndung und Strafe des Richters zuziehen, die Eigenschaften nicht besitzen, welche einem Fremden den Aufenthalt in hiesigen Landen zusichern, und da solche fremde Einsäßen auch von mehreren Eidgenössischen Regierungen, nach ausgestandener Strafe, fortgewiesen werden; so haben Wir angemessen gefunden, diese Maaßregel auch in Unseren Landen vorzuschreiben: Demnach tragen Wir Euch auf, von nun an bey Beurtheilung solcher Cantonsfremden, welche wegen Vergehungen zu Zuchthaus- oder Schallenwerkstrafe verfällt worden, die Fortweisung aus dem Canton, ihre Signalisirung, und das Verbot, nach ausgestandener Strafzeit die hiesige Botmäßigkeit wieder zu betreten, auszusprechen, und von dieser Regel nur

dann eine Ausnahme zu machen, wenn besondere günstige Umstände obwalten. 29. Sept. 1817.

In dem gleichen Fall befinden sich auch Cantonsfremde, welche in dem hiesigen Land angesessen und ver-
geldstagt sind; auch diese sind nach beendigter Liquidation ihres Vermögens in der Regel nicht mehr zu dulden, sondern ohne anders fortzuweisen.

Gegenwärtige Vorschrift werdet Ihr zu Euerm und Eurer Amts-Nachfahren Verhalt in das Mandaten-Buch einschreiben lassen.

Gegeben in Bern, den 29. September 1817.

Der Amts-Schultheiß,
H. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

P r i v i l e g i u m

für den Kunstmahler F. Nikl. König, seine in
Kupfer gestochenen Arbeiten betreffend.

10. Nov. 1817. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Demnach Hr. F. Niklaus König von Bern, Kunstmahler, um das Privilegium für seine sämtlichen in Kupfer gestochenen Arbeiten, in Geziemenheit sich beworben; daß daraufhin Wir, in Anerkennung der ausgezeichneten Geschicklichkeit dieses Künstlers und des Eigenthumsrechts jedes solchen auf sein eigenes Produkt, so wie zu Aufmunterung des vaterländischen Kunstfleißes, dem Hrn. König in seinem Ansuchen willfabret, mithin demselben für die Herausgabe und den Verkauf in hiesigem Canton, seiner sämtlichen eigenen bereits in Kupfer gestochenen Arbeiten, so wie aller derjenigen, welche er künftig herausgeben möchte, gegenwärtiges ausschließliches Privilegium ertheilt haben; welchemnach jedermann verboten seyn soll, seine des Hrn. Kunstmahlers König herausgegebene Kunstarbeiten jezt und bey weil seinem Leben in hiesigem Canton nachzustechen, oder die colorirten und uncolorirten Abdrücke solcher Nachstiche, in demselben

zu verkaufen; bey Strafe der Confiskation der Kupfer- 10. Nov.
platten und deren Abdrücke, und einer Buße von höch- 1817.
stens fünfzig Franken, wovon die Hälfte dem Hrn. Kö-
nig, die andere Hälfte dem Verleider zukommen soll.

Gegeben in Bern, den 10. November 1817.

Der Amts - Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
Benoit.

V e r o r d n u n g

über die Ausfuhr von Lebensmitteln.

Vergl. oben S. 215. 319. 351.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 26. Nov.
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1817.
Demnach Wir zu vernehmen gehabt, daß Unserer Ver-
ordnung vom 4. August lezthin zuwider, Lebensmittel
aller Art bey den Häusern angekauft werden und auch
durch andere Mißbräuche dieselbe umgangen werde; so
haben Wir, ohne dem den Angehörigen eidgenössischer
Mitstände zugestandenen freyen Ankauf Eintrag zu thun,

26. Nov. und nur allein in der Absicht Unsere bemeldte Verord-
 1817. nung zu handhaben, des nähern vorzuschreiben gutge-
 funden und

v e r o r d n e t :

1) Alle Ankäufe und Versendungen von Getreide, Mehl und Erdäpfeln zur Ausfuhr durch die Einwohner des Cantons sind verboten.

2) Alle Ankäufe von Getreide und Erdäpfeln auf Unseren öffentlichen Märkten, welche nur eidgenössischen Angehörigen gestattet sind, sollen nach der Verordnung vom 4. August lezthin von selbigen persönlich stattfinden; der Verkauf durch Händler oder Beauftragte im hiesigen Canton aber ist gänzlich verboten.

3) Wer auf einmal mehr als zehn Mäs sogenannte blutte Frucht oder Erdäpfel, oder zwey Mütt Dinkel, Haber oder Gerste ankaufen will, soll durch ein von seiner Wohnorts-Behörde ausgestelltes und von dem ersten Regierungs-Beamten des Amts oder Bezirks legalisirtes Zeugniß als eidgenössischer Angehöriger sich ausweisen und bescheinigen, daß das Anzukaufende zum Verbrauch in dem von ihm bewohnten Canton bestimmt sey.

4) Das auf die Märkte gebrachte Mehl mag von Angehörigen anderer Cantone, gleich wie von den Unsrigen, unter obigen Vorschriften angekauft und ausgeführt werden.

Die Verkäufer desselben sollen aber gehalten seyn, solches vor zehn Uhr auf die Märkte zu bringen, und bey der Ankunft das Quantum und die Preise nach Vorschrift der Marktordnung anzugeben und abwägen zu

lassen; widrigen Falls kein Ausfuhrschein dafür ertheilt 26. Nov.
werden darf. 1817.

5) Die durch Unsere Verordnung vom 30. April vorgeschriebenen Einfuhr-Prämien und Ausgangs-Gebühren für Getreide sollen von nun an wieder eingeführt werden.

6) Jeder vorschriftmäßige Ankauf soll sogleich und in der durch die Marktordnung bestimmten Zeit von Käufer und Verkäufer dem Markt-Inspektor in Treuen angegeben, und in eine eigene für die äußeren Käufer errichtete Controlle eingetragen werden.

7) Der Markt-Inspektor wird dem Käufer, wenn der Einkauf zu rechter Zeit gemacht und gehörig angegeben worden ist, einen Marktschein ertheilen, worauf die Art des Getreides, das Quantum und die Zollstatt, wo solches ausgeführt werden soll, bezeichnet sind.

8) Der Käufer ist gehalten, diesen Marktschein bey der ersten Zollstatt visiren zu lassen, und bey der Ausfuhr, welche inner drey mal vier und zwanzig Stunden nach dem Ankauf statt finden soll, solchen auf dem Gränz-Büreau auszuliefern; wenn aber der Schein am ersten Orte nicht visirt worden, oder der Termin zur Ausfuhr verflossen wäre, so sollen die betreffenden Lebensmittel angehalten werden.

9) Für den Marktschein von zwey Säcken und darunter mag der Inspektor einen Bagen, für mehr als zwey und bis fünf Säcke zwey Bagen fünf Rappen, und von fünf Säcken und darüber fünf Bagen beziehen; woben immer fünf Mäs Kernen oder Weizen, sechs Mäs

26. Nov. Roggen oder fünf und siebenzig Pfund Mehl für einen
1817. Sack Dinkel, Gerste oder Haber gerechnet werden sollen.

10) Soll die Markt = Inspektion, nach Aufhebung
des Markts, sogleich eine getreue Abschrift der Markt-
Controlle ausfertigen und in der Hauptstadt der Verpro-
viantirungs = Commission, an den übrigen Orten aber
Unserm Oberamtman zu Händen derselben eingeben.

11) Alle obiger Vorschrift zuwider gemachten An-
fänge oder versuchten Ausschwäzungen sind nach der Ver-
ordnung vom 4. August d. J. mit Confiskation zu belegen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich
angeschlagen und von dem Tag der Publikation an in
Vollziehung gesetzt werden.

Gegeben in Bern, den 26. November 1817.

Der Alt = Schultheiß,

N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

Vollziehung

der Verordnungen über den Verkehr mit Lebensmitteln.

Vergl. oben S. 351. u. 365.

Mehghrn. Secfelmeister und Finanzräthe 5. Dec.
der Stadt und Republik Bern, haben in Folge 1817.
der Ihnen übertragenen Execution der Verordnung
UrGhrn. des Kleinen Rathes, vom 4. August und 26.
Wintermonat 1817, über den Verkehr mit Lebensmit-
teln, in näherer Erläuterung des §. 5. der letztern, nach
welchem die Einfuhr-Prämien, und die Ausgangs-
gebühren für Getreide von nun an wiederum entrichtet
werden sollen, zu bestimmen nöthig erachtet, was hier-
nach folget, und demnach

v e r o r d n e t :

1. In Betreff der Einfuhr-Prämien.

Diese wird entrichtet jedem Verkäufer, der aus-
ländische Frucht oder Mehl in hiesigen Canton einführt,
und auf Unseren Wochenmärkten zum Verkauf feil bietet.
Es soll aber

- a. Der Eigenthümer von solchem gemahlenen oder
ungemahlenen Getreide gehalten seyn, bey seiner
I. 1. Na

5. Dec.
1817.

Ankunft auf dem Markt selbiges sogleich dem Markt-Inspektor anzugeben, und die daherigen Frachtbriefe ihm vorzuweisen und zuzustellen.

b. Die Frachtbriefe sollen nicht nur die Zahl der Säcke, und die Benennung der Frucht oder Mehl, nebst der Unterschrift des Expeditoren, enthalten, sondern es muß auf denselben auch von dem Eintritts-Büreau des Cantons die Einfuhr bescheinigt seyn.

c. Nur bey genauer Erfüllung dieser Erfordernisse, und wenn der Verkäufer wird erweisen können, daß sein eingebrachtes Quantum Getreid oder Mehl auf dem öffentlichen Kornmarkt verkauft worden sey, ist er berechtigt, in der Hauptstadt bey Unserer Verproviantirungs-Commission und an übrigen Orten bey den betreffenden Oberamtmännern sich um die Bezahlung der Prämien zu melden, und zwar nach folgendem Tarif:

Von 1 Mütt Kernen oder Waizen	bz. 20
" 1 " Roggen . . .	" 15
" 1 " Dinkel oder Gerste . . .	" 10
" 1 " Haber . . .	" 7½
15 Pfund Mehl . . .	" 2

2. In Betreff der Ausgangs-Gebühr.

Diese Gebühr wird von allem aus hiesiger Botmäßigkeit durch Eidgenössische Angehörige ausgeführten Getreid oder Mehl bezahlt; welchen jedoch die Ausfuhr nur unter Beobachtung folgender Vorschriften gestattet wird:

Dieselben müssen, wenn sie ein größeres Quantum ^{5. Dec. 1817.} als zehn Mäs sogenannter blutter Frucht, oder zwey Mütt Dinkel anzukaufen wünschen, mit einem, durch §. 3. der Verordnung vom 26. November vorgeschriebenen Zeugniß versehen seyn.

Gegen Ablieferung desselben wird ihnen von dem Markt - Inspector ein Marktschein zugestellt werden, auf welchem das Quantum und die Qualität der auszuführenden Frucht angemerkt seyn soll.

Dieser Marktschein dann soll auf dem Zoll - oder Gränz - Bureau, wo die Ausfuhr statt findet, dem Beamten abgegeben werden, welcher die Gebühren nach dem hiernach gegebenen Verhältniß zu bestimmen und zu beziehen hat, als:

Von 1 Mütt Kernen oder Waizen	bis. 20
" 1 " Roggen	" 15
" 1 " Dinkel oder Gerste	" 10
" 1 " Haber	" 7½
15 Pfund Mehl	" 2

Diese Vorschrift soll von nun an in Exekution gesetzt und zu jedermanns Kenntniß öffentlich angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 5. December 1817.

Sekelschreiberen Bern.

B e s c h l u ß.

Einführung der Bern-Maaß und Gewicht zu Neuenstadt.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. III. S. 71—77.

5. Dec. 1817. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf die ehrerbietige Vorstellung Unserer Lieben und Getreuen Burgermeister und Rath der Stadt Neuenstadt, daß das für den Canton Bern allgemein angenommene Gewicht und Maaß, auch zu Neuenstadt eingeführt werden möchte, beschlossen haben:

1) Die bisher zu Neuenstadt gebräuchlichen Gewichte und Maaße werden anmit beyseits gesetzt.

2) An ihre Stelle sollen von nun an daselbst die Maaße und Gewichte des hiesigen Cantons, so wie solche durch Unsere Verordnung vom 23. May und 16. July 1807 festgesetzt sind, eingeführt und allein gültig seyn.

3) Zu dem Ende sollen zugleich mit gegenwärtigem 5. Dec. 1817. Beschluß die nöthigen Modelle nach den hiesigen Mutter-Maassen und Gewichten dem Oberamt Erlach zu Händen der Stadt Neuenstadt übersendet werden.

4) Für die Reduktion der bisherigen Maasse und Gewichte in die kraft gegenwärtigen Beschlusses neu eingeführten, ist folgendes Verhältniß angenommen und bestimmt.

Die Neuenstadter Elle ist gleich 22 Bern-Zoll 7 Linien, und 53 Neuenstadter Ellen sind gleich 54 Berner Ellen.

Die Neuenstadter Maass verhält sich zu der Berner Maass wie 31 zu $32\frac{1}{15}$, oder 100 Bern-Maass sind gleich $103\frac{11}{25}$ Neuenstadter Maass.

Das Neuenstadter Pfund beträgt genau 30 Loth Bern-gewicht.

Das Neuenstadter Mäs endlich ist gleich dem Bern-Mäs.

5) Unser Oberamtman zu Erlach wird in der ersten Hälfte des künftigen Jahres, und sodann von Zeit zu Zeit, nach Inhalt der §. 7. u. f. Unserer oben angeführten Verordnung, die Gewichte und Maasse zu Neuenstadt untersuchen lassen, und deren Berichtigung veranstalten.

6) Unser wohlverordnete Justiz-Rath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt,

5. Dec. welcher in die Sammlung der Gesetze eingerückt werden soll.
1817.

Gegeben in Bern, den 5. December 1817.

Der Amts = Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Der Staatschreiber,
Gruber.

V e r o r d n u n g

ü b e r d e n G e t r e i d e m a r k t.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. IV. S. 89. u. 91.

17. Dec. 1817. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, entbieten allen Unseren lieben und getreuen Angehörigen Unsern geneigten Willen und geben ihnen dabey zu vernehmen:

Demnach Wir Unser stetes Augenmerk auf Erhaltung einer guten Getreide = Polizen gerichtet, und auch in den Zeiten der letzten Theurung dafür gesorgt haben, daß Unser Land mit Früchten versehen, und der öffentliche Markt zum Bedarf Unserer Angehörigen gespiesen werde; bey diesem Anlaß aber einige Unvollständigkeiten und Mängel in der bisherigen Berechnungsart der Brod =

preise und der dabei zur Grundlage dienenden Durchschnittspreise des hiesigen Kornmarkts wahrgenommen haben, indem einerseits der Bäckerlohn wegen der damaligen Rechnung in Kreuzern und Bierern nicht gleichmäßig mit allen Veränderungen der Getreidpreise bestimmt, anderseits dann der Durchschnitt der letzteren nach dem Maaß und nicht nach dem Gewicht des Verkaufsten, und zwar nur des Kernens, berechnet ward: so haben Wir es Unserer landesväterlichen Fürsorge angemessen erachtet, auch für die Zukunft Fürsorge zu thun, damit den Bäckern ein gleichmäßiger Lohn zugesichert und auch der Getreidpreis auf eine sichere und umfassendere Weise berechnet werde; zu welchem Ende Wir, nach den von Unserer Verproviantirungs-Commission angestellten Berechnungen und auf angehörten Vortrag Unsers Justiz- und Polizey-Raths, in Abänderung des §. 16. der Verordnung vom 8. April 1811 und derselben beigelegten Brodttag-Tabelle,

17. Dec. 1817.

v e r o r d n e n :

1) Die Grundlage der Brodttage für den Canton Bern ist der Mittelpreis des auf dem Kornmarkt hiesiger Stadt verkauften Getreides in Dinkel, Waizen und Kernen.

2) Dieser Mittelpreis wird nach dem Gewicht bestimmt; und soll zu diesem Ende von jeder, vor zwei Uhr Nachmittags, verkauften Parthie von fünf Mütt Dinkel und darunter, ein Mütt, und von fünfzig Mäs Kernen oder Waizen und darunter, wenigstens ein Sack von zehn Mäs, von größeren Parthien dann in dem nemlichen Verhältniß, durch den bestellten Markt-Ausseher

17. Dec. (nach dem Ausmessen), abgewogen werden, wofür die
1817. hiesige Stadtpolizen-Behörde einen Waglohn von höchstens einem Baken von jedem abgewogenen Sack Kernen oder Waizen, und fünf Rappen von jedem abgewogenen Mütt Dinkel zu beziehen berechtigt ist.

3) Aller Dinkel, der unter einhundert und zwanzig Pfund, der Mütt, und aller Kernen oder Waizen, der unter siebenzehn Pfunde das Mäs wiegt, sollen nicht in Anschlag kommen. Für den Sack werden drey Pfunde Thara gerechnet.

4) Das Totalgewicht des in den Anschlag kommenden Getreides wird addirt und hernach in Mütte Dinkel zu einhundert zwey und drenßig Pfund und Quanta von fünf Mäs Kernen oder Waizen zu zwey und neunzig Pfund reducirt, deren Mittelpreis sich aus der Division des Totalpreises an Geld durch die Zahl der reducirten Mütte Dinkel und Quanta Kernen oder Waizen ergibt.

5) Dieser Mittelpreis bestimmt die Mehl- und Brodtage für die Stadt Bern und deren Bezirk; so daß von einhundert zwey und drenßig Pfund Dinkel oder zwey und neunzig Pfund Kernen oder Waizen, die Müller, nach Abzug ihres Lohns, fünf und siebenzig Pfund einzügiges und siebenzig Pfund zwenzüziges Mehl; die Bäcker dann hundert Pfund Brod aus einzügigem und neunzig Pfund Brod aus zwenzüzigem Mehl, mit Zusatz des geordneten Bäckerlohns, liefern sollen.

6) Nach diesem Verhältniß soll die, gegenwärtiger Verordnung angehängte Tabelle, zur Richtschnur dienen; woben zwar der bisherige Bäckerlohn als Grund-

lage angenommen, allein mit günstiger Berücksichtigung 17. Dec.
 der Bäcker für die Vermehrung ihrer Ausgaben und die 1817.
 Verminderung ihres Verdienstes im Verhältniß der höheren Getreidpreise, neu berechnet, und zu mehrerer Genauigkeit und Gleichmäßigkeit in der Decimal-Rechnung ausgesetzt worden ist.

7) Die Mehl- und Brodtage wird jede Woche gleich nach dem Markttage, je nach den Mittelpreisen der zwey letzten Märkte, für die nächstfolgende Woche bestimmt und durch das Wochenblatt öffentlich bekannt gemacht.

8) Sie dient auch zur Regel für den übrigen Canton; indem in den Amtsbezirken und Städten die Oberamtmänner oder die mit der daherigen Polizen in Folge Hochobrigkeitlicher Concessionen besetzten Stadt-Beörden, den Brodpreis nach dem Verhältniß dieser Tabelle als dem höchsten Fuß, und da, wo es die Lokalität gestattet, auch darunter, von Zeit zu Zeit, und wenigstens alle vierzehn Tage bestimmen werden.

9) Zu besserer Handhabung der gegenwärtigen, auf das allgemeine Beste des Landes ab Zweckenden Verordnung, haben Wir gutgefunden, auf die Widerhandlungen gegen die darin enthaltenen Vorschriften folgende Geld- und andere Strafen festzusetzen:

- a. Auf die unrichtige oder unvollständige Angabe des Verkaufs von Dinkel, Kernen oder Weizen auf hiesigem Kornmarkt an den Kornhüter nach §. 2. von dem Fehlbaren, er sey Verkäufer oder Käufer, höchstens fünfzig Franken.

17. Dec. 1817. b. Auf den Verkauf obiger Getreidearten nach zwei Uhr Nachmittags auf dem Kornmarkt, von dem Käufer, von jedem verkauften Sack Kernen, höchstens zehn Franken; von den anderen Getreidearten, nach Verhältniß.
- c. Auf allfälligen Betrug mit Maaß oder Gewicht, per Sack, höchstens fünfzig Franken.
- d. Auf die Weigerung von Seite der Müller oder Bäcker, Mehl oder Brod nach der bestimmten Tage gegen baare Bezahlung abzuliefern, ist nach vorhergegangener Warnung die Einstellung der Ausübung ihres Berufs auf einen bis drei Monate gesetzt.
- e. Wenn aber die Müller oder Bäcker zu leichte Gewichte brauchen, oder solche gar verfälschen, so sollen sie, nebst Confiskation des zu leicht erfundenen Mehls oder Brods, nach vorhandenen Verordnungen mit aller Strenge bestraft werden.

Von obigen Geldstrafen und dem Betrag der allfälligen Confiskationen soll ein Drittel dem Verleider, ein Drittel den Armen des Orts und ein Drittel dem Staat anheimfallen.

10) Die Vollziehung gegenwärtiger Verordnung ist, soviel die Polizen des hiesigen Kornmarkts und die Berechnung der Mehl- und Brodtage betrifft, der hiesigen Stadt-Verwaltung aufgetragen; doch wird ein Mitglied Unfers Justiz-Raths in Verbindung mit der Stadtpolizen sowohl die Aufsicht über den Kornmarkt führen, als die Berechnung des Mittelpreises des verkauften Getreides und der Mehl- und Brodtage verfertigen. Auch wird

Kernen.		Einzüßiges Brod.								Zweyzüßiges Brod.								Kernen.		Einzüßiges Brod.								Zweyzüßiges Brod.							
Das Maß.		1 Hb.		2 Hb.		3 Hb.		4 Hb.		Bäcker- lohn per Mütt.		1 Hb.		2 Hb.		3 Hb.		4 Hb.		Bäcker- lohn per Mütt.		1 Hb.		2 Hb.		3 Hb.		4 Hb.		Bäcker- lohn per Mütt.					
bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.	bh.	rp.				
10	0	7	4	1	4	2	1	2	8	20	6	0	4	0	4	6	0	8	0	8	20	6	2	2	2	2	2	2	2	2	27	6			
11	0	7	4	1	4	2	1	2	8	15	8	1	4	2	4	8	3	8	4	26	8	4	4	8	3	4	4	4	4	31	8				
12	0	8	4	1	4	3	4	3	8	20	8	1	4	2	4	8	6	8	4	30	8	4	4	8	4	4	4	4	4	26	8				
13	0	9	4	1	4	3	4	3	8	25	0	0	4	4	4	0	6	0	4	25	0	5	5	0	5	5	0	5	0	30	0				
14	0	9	4	1	4	3	4	3	8	20	0	0	4	4	4	0	6	0	4	20	0	5	5	0	5	5	0	5	0	25	0				
15	0	9	4	1	4	3	4	3	8	15	0	0	4	4	4	0	6	0	4	15	0	5	5	0	5	5	0	5	0	25	0				
16	1	0	4	2	0	3	0	4	0	20	2	2	2	2	2	2	2	2	2	20	2	2	2	2	2	2	2	2	2	29	2				
17	1	1	4	2	2	3	3	4	4	25	4	2	2	2	2	2	2	2	4	25	4	2	2	2	2	2	2	2	2	24	2				
18	1	1	4	2	2	3	3	4	4	20	4	2	2	2	2	2	2	2	4	20	4	2	2	2	2	2	2	2	2	28	2				
19	1	1	4	2	2	3	3	4	4	15	4	2	2	2	2	2	2	2	4	15	4	2	2	2	2	2	2	2	2	23	2				
20	1	2	4	2	2	3	6	4	8	20	4	2	2	2	2	2	2	2	4	20	4	2	2	2	2	2	2	2	2	27	2				
21	1	3	4	2	6	3	9	5	2	25	8	3	2	2	2	2	2	2	4	25	8	3	2	2	2	2	2	2	2	31	2				
22	1	3	4	2	6	3	9	5	2	20	8	3	2	2	2	2	2	2	4	20	8	3	2	2	2	2	2	2	2	26	2				
23	1	4	4	2	6	3	9	5	2	25	0	3	2	2	2	2	2	2	4	25	0	3	2	2	2	2	2	2	2	30	2				
24	1	4	4	2	6	3	9	5	2	20	0	3	2	2	2	2	2	2	4	20	0	3	2	2	2	2	2	2	2	29	2				
25	1	5	4	2	8	4	2	5	6	25	6	4	2	2	2	2	2	2	4	25	6	4	2	2	2	2	2	2	2	33	2				
26	1	5	4	2	8	4	2	5	6	20	6	4	2	2	2	2	2	2	4	20	6	4	2	2	2	2	2	2	2	28	2				
27	1	5	4	2	8	4	2	5	6	25	0	4	2	2	2	2	2	2	4	25	0	4	2	2	2	2	2	2	2	32	2				
28	1	6	4	2	8	4	2	5	6	20	6	4	2	2	2	2	2	2	4	20	6	4	2	2	2	2	2	2	2	31	2				
29	1	6	4	2	8	4	2	5	6	25	6	4	2	2	2	2	2	2	4	25	6	4	2	2	2	2	2	2	2	35	2				
30	1	7	4	2	8	4	2	5	6	20	8	4	2	2	2	2	2	2	4	20	8	4	2	2	2	2	2	2	2	30	2				
31	1	7	4	2	8	4	2	5	6	25	8	4	2	2	2	2	2	2	4	25	8	4	2	2	2	2	2	2	2	34	2				
32	1	8	4	2	6	4	4	7	7	20	8	4	2	2	2	2	2	2	4	20	8	4	2	2	2	2	2	2	2	29	2				
33	1	8	4	2	6	4	4	7	7	25	8	4	2	2	2	2	2	2	4	25	8	4	2	2	2	2	2	2	2	33	2				
34	1	9	4	2	6	4	4	7	7	20	8	4	2	2	2	2	2	2	4	20	8	4	2	2	2	2	2	2	2	29	2				
35	2	9	4	2	6	4	4	7	7	25	8	4	2	2	2	2	2	2	4	25	8	4	2	2	2	2	2	2	2	33	2				

Unser wohlverordnete Justiz-Rath die zu Vollziehung 17. Dec.
dieser Verordnung nöthigen Instruktionen und Anord- 1817.
nungen veranstalten.

11) Gegenwärtige Verordnung, vermittelt welcher
alle hier einschlagenden älteren Reglemente, in soweit
sie mit derselben im Widerspruch stehen, aufgehoben
werden, soll vom 1. Januar 1818 an in Kraft treten,
auch gedruckt, an gewohnten Orten angeschlagen und der
neuen Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt
werden.

Gegeben in Bern, den 17. December 1817.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Namens des Raths,
der Rathschreiber,
B e n o i t.

Die hierher gehörende Brodtag-Tabelle folgt
nach Seite 380.

Leberbergische Zollverordnung.

12. Nov. Die Zollverordnung für die Leberbergischen Amtsbezirke, 1817. vom 18. Sept. 1816, ist am 12. Nov. 1817 neu aufgelegt und publicirt worden; mit folgenden Abänderungen, welche oben Seite 195 u. f. zu berichtigen sind.

S. 195. Art. 1. Zu den untergeordneten Zoll-Büreaux.
Im Amtsbezirk Bruntrut ist ein neues hinzugekommen, aux Rangiers.

Im Amtsbezirk Delsperg ist das untergeordnete Bureau zu Brislach, statt zu Blauen.

S. 196. Art. 1. des Tarifs: Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte aller Art, zahlen vom Centner Marktgewicht Gränzzoll

Transit.	Eintritt.	Austritt.
5 fr.	5 fr.	5 fr.

S. 198. Art. 6. In Betreff des Holzes, welches mit Bewilligung durch Flößen ausgeführt würde, so soll davon vom Klasten erhoben werden vier Bazen.

Die auf die Widerhandlung gesetzten Strafen sind folgendermaßen abgeändert:

S. 201. Art. 14. statt der Confiskation: eine Buße vom zehnfachen Betrage der verschlagenen Gebühren.

S. 201. Art. 15. statt der Confiskation: eine Buße von sechzig Franken.
ebendas. statt der Buße von L. 37. 5.
eine Buße von zwanzig Franken.